

Partizipation vor Ort

Endbericht

**im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kooperation mit der
Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Arbeit,
Soziales, Familie und Integration**

15. Dezember 2011

Partizipation vor Ort

Endbericht

Bearbeitung:

Dr. Reinhard Aehnelt (IfS, Projektleitung)

Kristin Schwarze (IfS)

Emilija Mitrović (Projektbüro für sozialwissenschaftliche Studien, Hamburg)

**im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kooperation mit der
Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Arbeit,
Soziales, Familie und Integration**

15. Dezember 2011

Gesellschafter:

Dr. Reinhard Aehnelt

Prof. Dr. Christian Diller

Prof. Dr. Hartmut Häußermann†

Prof. Dr. Karl-Hermann Hübler

Dipl.-Pol. Wolfgang Jaedicke

Peter Luther, M.A.

Dr. Oliver Schwab

Dipl.-Hdl. Gisela Seidel

Dipl.-Geogr. Jürgen Vesper (Geschäftsführer)

Dipl.-Ing. Bärbel Winkler-Kühlken

Prof. Dr. Hellmut Wollmann

Dr. Katrin Zapf

Kurztitel:

Partizipation vor Ort - IfS L09/2f

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.....	1
1. Forschungsgegenstand und Analysemethoden.....	4
1.1 Verwendete Begriffe.....	5
1.2 Methoden der Analyse.....	11
2. Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg	17
2.1 Beschreibung der Untersuchungsgebiete	22
2.1.1 Osdorfer Born.....	23
2.1.2 St. Georg Mitte und Böckmannstraße.....	26
2.1.3 Phoenix-Viertel	29
2.1.4 Weltquartier Wilhelmsburg	32
2.1.5 Lohbrügge-Ost	36
3. Gremien und Strukturen zur Beteiligung von Migranten auf Bezirks- und Landesebene	39
3.1 Einführung und Stand der Forschung	39
3.2 Integrationspolitische Beteiligungsstrukturen auf Landesebene.....	41
3.3 Integrationspolitische Beteiligungsstrukturen in den Bezirken.....	51
3.4 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung	59
3.5 Fazit	62
4. Freiwilliges Engagement von Migranten	63
4.1 Stand der Forschung	63
4.2 Netzwerke und Strukturen der Engagementförderung in Hamburg.....	68
4.3 Das Schöffenamtsamt als Ehrenamt von Migranten.....	73
4.4 Weitere Engagementbereiche und Selbstorganisation von Migranten	77
4.4.1 Befunde aus der schriftlichen Befragung	77
4.4.2 Befunde aus den Gesprächen	92
4.5 Fazit	97
5. Quartiersbezogene Partizipation	99
5.1 Stellenwert der Partizipation im Stadtteil und Stand der Fachdiskussion	99
5.2 Konzeptionelle Vorgaben des Hamburger Senats zur quartiersbezogenen Beteiligung	101
5.3 Auswertung der schriftlichen Befragung der Gebietsentwickler	103

5.4	Ergebnisse zur Gremienarbeit aus den Experten- und Bewohnergesprächen	109
5.5	Weitere Beteiligungsformen in den Quartieren und Partizipation von Migranten	113
5.6	Beteiligungsanlässe und -hindernisse auf Seiten der Migranten	120
5.7	Fazit.....	127
6.	Engagement von Migranten in der Schule.....	130
6.1	Stand der Forschung.....	132
6.2	Schulsystem und Rechtslage in Hamburg.....	134
6.3	Befunde zum Umfang der Beteiligung.....	140
6.4	Befunde aus den Interviews	143
6.5	Interkulturelle Elterninitiative und Volksentscheid zur Schulreform	153
6.6	Fazit.....	154
7.	Beteiligung von Migranten am parteipolitischen Willensbildungsprozess.....	155
7.1	Stand der Forschung.....	156
7.2	Engagement von Migranten in politischen Parteien.....	158
7.3	Motive für parteipolitisches Engagement von Migranten	161
7.4	Integration von Migranten in die Parteiorganisationen.....	165
7.5	Kandidaten mit Migrationshintergrund bei den Wahlen am 20. Februar 2011	167
7.6	Migranten als Mandatsträger in Hamburg	169
7.7	Ethnisch geprägte Wahlkämpfe als neuer Aspekt der Kommunalpolitik?	174
7.8	Fazit.....	175
8.	Zentrale Ergebnisse der Untersuchung	175
8.1	Einflussfaktoren auf die Beteiligung von Migranten	183
8.1.1	Hemmende Faktoren für die Beteiligung auf Seiten der Migranten.....	184
8.1.2	Hemmende Faktoren für die Beteiligung auf Seiten der Aufnahmegesellschaft.....	187
8.2	Bewährte Ansätze im Beteiligungsprozess.....	191
9.	Handlungsempfehlungen an Politik, Verwaltung und Akteure	195
9.1	Allgemeine Empfehlungen	195
9.2	Handlungsfeldbezogene Empfehlungen.....	200
	Literaturverzeichnis.....	208

Wir bedanken uns bei allen sehr herzlich, die uns bei der Erstellung dieser Studie unterstützt haben. An erster Stelle bei allen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern, die uns offen auf unsere Fragen geantwortet haben.

Im Besonderen gilt unserer Dank der studentischen Mitarbeiterin Laura Röhr von der Hochschule für angewandte Wissenschaften für die Mitarbeit bei der Durchführung der Interviews, Deborah Riemann und Ponnammal Moses für ihre Mitwirkung an der Erstellung des Berichts, Jean Engler für die türkischen Übersetzungen, Frau Möhle und Frau Al Asiri vom Referat Integration in der ehemaligen Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft (jetzt Amt für Arbeit und Integration) für die Unterstützung bei der Befragung der Migrant*innenorganisationen, Dragica Brügel für die Einblicke in die Praxis der Sozialraummanagerin und Margret Hauch für die wissenschaftliche Begleitung des Projektbüros für sozialwissenschaftliche Studien, Hamburg.

Anmerkung: Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Text darauf verzichtet, Personenbezeichnungen in ihrer männlichen und weiblichen Form parallel zu verwenden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass trotzdem stets auch weibliche Personen gemeint sind. Wird die weibliche Form verwendet, handelt es sich ausschließlich um weibliche Personen.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt in Hamburg bei knapp 30 Prozent, das sind rund eine halbe Million Menschen. Inwieweit diese die lokalen Beteiligungsmöglichkeiten nutzen oder sich anderweitig engagieren, wurde von Mitte 2010 bis Mitte 2011 in sechs Stadtgebieten, vier Bezirken und auf Landesebene untersucht. Sekundäranalysen, Auswertung statistischer Daten, schriftliche und Online-Befragungen sowie mehr als 100 qualitative Interviews bildeten die empirische Basis. Zentrale Ergebnisse der Untersuchung sind:

Die Einrichtung des Hamburger Integrationsbeirates wird von den meisten hierzu befragten Migranten begrüßt. Auf Landesebene lässt das Wirken des Integrationsbeirats allerdings erkennen, dass diese Form der Beteiligung ein fehlendes politisches Wahlrecht von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit nicht ersetzen kann, da der Integrationsbeirat lediglich als beratendes Gremium fungiert. Um dem Gremium eine höhere Verbindlichkeit zuzumessen, sollte künftig eine stärkere Begleitung und Kontrolle bei der Umsetzung der Beschlüsse ermöglicht werden.

Auf der Ebene der Bezirke kommt den Referenten für Integration im Sozialraummanagement bei der Ansprache und Beteiligung von Migranten eine wichtige Funktion zu. In einigen Bezirken wurden von den Sozialraummanagern bereits Ansätze erprobt, die zu einer ersten Aktivierung und Beteiligung von Migranten(organisationen) geführt haben und auch für andere Bereiche genutzt werden können.

Das Engagement der meisten Migrantorganisationen ist neben dem allgemeinen Ziel, die Integration zu fördern sowie die Verständigung und das Miteinander zu verbessern, in erster Linie auf die eigene Migrantengemeinschaft ausgerichtet und mit den Anliegen verknüpft, Landsleute zu unterstützen, Bildungschancen und berufliche Möglichkeiten zu verbessern sowie die eigene Kultur oder Religion zu pflegen. Ihre personellen Kapazitäten und finanziellen Ressourcen sind äußerst begrenzt. Die bisherigen Erfahrungen im Rahmen der Beteiligungsprozesse und die Unterstützung durch Verwaltung und Politik werden von den Migrantorganisationen zurückhaltend bewertet, wobei in den letzten Jahren aber größtenteils eine Verbesserung wahrgenommen wird.

Vielen Migrantorganisationen sind zentrale Institutionen oder Netzwerke der Freiwilligenarbeit nicht bekannt oder ihnen konnte der Mehrwert für eine Beteiligung an den vom Land geförderten Angeboten und Aktivitäten im Bereich der Freiwilligenarbeit bisher nicht vermittelt werden. Bei den meisten Migrantorganisationen ist aber eine große Bereitschaft vorhanden, sich in unterschiedlichen Themenbereichen (Bildung, Jugendarbeit, Stadtentwicklung etc.) einzubringen und eine Brückenfunktion einzunehmen.

Auf einem wichtigen Feld der Freiwilligenarbeit, nämlich als ehrenamtliche Schöffen, ist, öffentlich kaum wahrgenommen, bereits ein durchaus beachtlicher Anteil von Migranten aktiv. Dieser Studie zufolge haben rund sechs Prozent aller Schöffen einen Migrationshintergrund. Deren Rekrutierung erfolgt vollkommen unabhängig von den Strukturen der Freiwilligenarbeit durch die Bezirksämter. Im Interesse einer ausgewogenen sozialen Zusammensetzung der Schöffen sollten die Bemühungen um eine Gewinnung weiterer Migranten für dieses Amt gezielt verstärkt werden. Bei Parteien und Organisationen sollte im Sinne einer Anerkennungskultur dafür geworben werden.

In den untersuchten Quartiers- und Stadtteilgremien liegt der Studie zufolge der Anteil der Mitwirkenden mit Migrationshintergrund deutlich unter dem Migrantenanteil an der Bevölkerung. Migranten mit den Bezugsländern Türkei und Russland stellen die meisten Mitglieder in den formellen Quartiers- oder Stadtteilgremien. Auffällig wenig oder gar nicht beteiligt sind Migranten mit einem afrikanischem oder südeuropäischem Bezugsland. Für informelle Veranstaltungen, wie Stadtteilstefen, Grillnachmittage oder kulturelle Aktivitäten sind Migranten im sehr viel größeren Umfang zu gewinnen. Darüber hinaus sind auf der Quartiersebene verschiedene Eigeninitiativen von Migranten, insbesondere von Frauen, zu finden.

In fast allen untersuchten Stadtteilgremien gelingt eine dauerhafte Einbeziehung von Bewohnern mit Migrationshintergrund aus verschiedenen Gründen nicht. Die Auswertungen der schriftlichen Befragung der Gebietsentwickler und der vertiefenden Interviews mit insgesamt 60 Bewohnern und Stadtteilvertretern haben gezeigt, dass sich das Bemühen, Mitwirkende zu gewinnen, oft auf Appelle und Aufrufe beschränkt und zu wenig versucht wird, konkrete Anliegen aufzugreifen und gemeinsam Verbesserungen zu erreichen. Die Losverfahren setzen erfolgreiche Rekrutierungen unnötig aufs Spiel. In den Gremien fühlen sich die wenigen mitwirkenden Migranten meist in einer Außenseiterrolle, hier wird zu wenig gegengesteuert. Von Migranten werden bislang wenige Projektanträge gestellt, diese sind aber der Hauptgegenstand der Gremienarbeit. Ihr Interesse daran könnte durch eine stärkere Information über die Möglichkeiten der Nutzung von Mitteln aus dem Verfügungsfonds für eigene Vorhaben gesteigert werden.

Den Anforderungen, die das Schulsystem an eine Mitwirkung der Eltern bei der Bildung ihrer Kinder stellt, können viele sozial benachteiligte Familien nicht nachkommen. Bei Migranten wirken Sprachbarrieren, Unkenntnis der schulischen Abläufe und des Schulsystems als zusätzliche Hemmschwellen. Zudem fühlen sie sich bisweilen durch ungerechte Behandlung oder Beurteilung ihrer Kinder diskriminiert. Um den Dialog mit den Eltern in Gang zu setzen, haben sich niedrigschwellige Angebote (Elternnachmittage, Schulfeste und Elterncafés) bewährt. Die Gremienarbeit stellt hohe Anforderungen hinsichtlich der Sprachkompetenz und der Fähigkeit, sich den Verhaltensnormen formaler Organisationen

anzupassen, so dass eine schulbezogene Mitwirkung in der Regel mit höherem Bildungsniveau verbunden ist. Nichtsprachliche Teilnahmeanlässe sollten stärker genutzt und unterschiedlichen Sicht- und Verhaltensweisen mehr Raum gegeben werden.

Zunehmend engagieren sich deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund, vor allem türkeistämmige, in der SPD, bei den Grünen und den Linken. Auch der CDU ist es gelungen vor allem christliche Einwanderer an sich zu binden. Zunehmend bekleiden sie Parteifunktionen und es wurden bei der letzten Wahl zehn Migranten in die Bürgerschaft und 60 in die Bezirksversammlungen gewählt. Zu dem Erfolg vieler Kandidaten trug das neue Wahlsystem bei, weil es den Wählern die Möglichkeit gab, von den Vorschlagslisten der Parteien zugunsten der Kandidaten abzuweichen. Einigen Migranten ist es auffallend gut gelungen, ihre jeweilige Community zu mobilisieren.

Der programmatische Rahmen für eine stärkere Einbeziehung von Bürgern mit Migrationshintergrund ist in Hamburg gegeben, auch Teilnahmsstrukturen sind vorhanden. Die meisten Akteure äußern den Wunsch nach einem stärkeren Engagement von Migranten. Allerdings werden die Gründe, warum es nicht stärker ist, in erster Linie auf Seiten der Migranten gesehen. Auch wenn fehlende Rechte, sprachliche Defizite und andere Prioritätensetzungen bei vielen sicher eine Rolle spielen, gibt es doch eine ganze Reihe von Mechanismen in den Teilnahmeprozessen (Auswahlverfahren, formalisierte Arbeitsweise, fehlende Willkommenskultur, Insiderverhalten), die eine stärkere Partizipation behindern. Vor allem fehlt es auf allen Ebenen an einer wirksamen Erfolgskontrolle der Teilnahmeprozesse.

Erfahrungen mit Bürokratie im Heimatland, Probleme mit der Verwaltung in Deutschland, vielfältige Diskriminierungserfahrungen haben bei vielen Migranten eine grundlegende Skepsis gegenüber dem Sinn von Teilnahmsanstrengungen und ihren Erfolgsaussichten genährt. Vielen gelingt es nicht, sich in den Teilnahmsgremien zu artikulieren und sie fühlen sich aufgrund ihrer mangelnden Beherrschung der deutschen Sprache den Kommunikationsanforderungen der Gremien nicht gewachsen. Dies bestätigt ihre Skepsis und sie ziehen sich zurück. Hier fehlt es an dem Bemühen der Verantwortlichen, persönliche Beziehungen aufzubauen und eine positive Atmosphäre zu schaffen.

Es hat sich gezeigt, dass für die Ansprache und Motivation die Begriffe "Migrationshintergrund" oder "Migranten" ungeeignet sind da die Lebensbedingungen, die Interessen und die Teilnahmenvoraussetzungen einzelner Gruppen zu unterschiedlich sind. Deren jeweilige Lage und Anliegen müssen von den Akteuren vor Ort genauer studiert und berücksichtigt werden. Offenheit, Wertschätzung, Wahrnehmung der Bedürfnisse, Unterstützung bei der Artikulation der eigenen Interessen und Toleranz gegenüber abweichenden Sichtweisen sind das elementare Rüstzeug einer offenen Teilnahmskultur.

1. Forschungsgegenstand und Analysemethoden

Bei der Erarbeitung des bundesweiten Integrationsprogramms, das seit Herbst 2010 vorliegt,¹ war deutlich geworden, dass einige wichtige Sachverhalte noch nicht ausreichend wissenschaftlich erforscht sind, unter anderem, welche Teilnehmungsangebote Migranten offen stehen, inwieweit sie von den verschiedenen Gruppen genutzt werden und welche reale Einflussnahme auf die Gestaltung der Lebensräume damit erzielbar ist. Mit dem Vorliegen des bundesweiten Integrationsprogramms haben die Fragestellungen nichts an ihrer Relevanz eingebüßt, auch dort werden an vielen Stellen Wissenslücken beklagt. Die vorliegende Untersuchung soll dazu beitragen, einige der genannten Sachverhalte aufzuklären.

Bei einer Untersuchung der "Beteiligung vor Ort" bildet der Stadtteil eine wichtige Betrachtungsebene. Allein aufgrund der Problemdichte und der Möglichkeiten, verschiedene Politikfelder räumlich zusammenzuführen und die jeweiligen Aktivitäten zu bündeln, erscheint er als zentraler Handlungsort für die Integrationspolitik. Mitwirkung auf kommunaler Ebene ist allerdings mehr als nur Beteiligung in der Nachbarschaft. Insofern wäre es methodisch nicht gerechtfertigt, eine Untersuchung der Mitwirkung von Bürgern mit Migrationshintergrund an kommunalen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen auf die Ebene der Quartiere zu beschränken. In der öffentlichen Auseinandersetzung um Partizipation von Einwanderern standen Ausländerbeiräte, später Integrationsbeiräte und kommunales Wahlrecht im Vordergrund. In Zeiten, in denen Migranten der zweiten Generation in Ministerämter aufsteigen, spielt die Rolle parteipolitischen Engagements von Zuwanderern keine marginale Rolle mehr.

Die Analysearbeit selbst hat diesen umfassenden Ansatz für die Betrachtung der Beteiligung von Migranten auf kommunaler Ebene bestätigt. Die Akteure selbst wechseln bei ihrem kommunalen Engagement die Ebenen, es bilden sich Netzwerke von Aktiven in Migrantenorganisationen, in Parteien oder schulischen Gremien, Migranten bemühen sich neben der Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen zunehmend um eine Mitgestaltung kommunaler Prozesse. Das Engagement von Migranten bewegt sich nicht mehr allein im Rahmen des unmittelbar Lokalen und der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme. Insofern wurden im Rahmen der vorliegenden Studie am Beispiel Hamburgs folgende Ebenen in die Betrachtung einbezogen:

¹ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010): Bundesweites Integrationsprogramm - Angebote der Integrationsförderung in Deutschland - Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung, Nürnberg/Berlin.

- Strukturen zur Beteiligung auf Bezirks- und Landesebene,
- Selbstorganisation und freiwilliges Engagement,
- formelle und informelle Beteiligung in den Quartieren,
- Mitwirkung im Bildungsbereich,
- Parteipolitisches Engagement.

Bei der Untersuchung der Strukturen, die für die Stadtteilentwicklung relevant sind, konzentriert die Studie ihr Augenmerk auf sechs vom Auftraggeber ausgewählte Gebiete, die mit unterschiedlichem Status im Hamburger Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)² gefördert werden. Auf Landesebene sind nicht alle Gremien und Institutionen in die Untersuchung einbezogen worden. Bei einigen (z. B. Landessenorenbeirat oder den EFRE-Begleitgremien) ergaben erste Sondierungen, dass es sich bei diese Gremien für die vorliegende Fragestellung um nur wenig instruktive Fälle handeln würde, sodass der Erhebungsaufwand in keinem vertretbaren Verhältnis zum Ertrag gestanden hätte. Im Jugendbereich (z. B. Schülerkammer) stellte die hohe Fluktuation der Akteure eine Schwierigkeit dar, die im Zeit- und Finanzrahmen der Studie nicht bewältigt werden konnte.³

1.1 Verwendete Begriffe

Das Thema der Untersuchung ist die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort. Alle drei Begriffe: "Beteiligung", "Menschen mit Migrationshintergrund", sowie "vor Ort" sind ausgesprochen unbestimmt, sodass ihre Bedeutung hinterfragt und ihr Gebrauch in der vorliegenden Untersuchung erläutert werden müssen.

Menschen mit Migrationshintergrund

Mit der Verstetigung der Zuwanderung nach Deutschland ist der Begriff "Menschen mit Migrationshintergrund" entstanden, der an die Stelle der zunehmend unscharfen Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit getreten ist. Immer mehr länger in Deutschland lebende Einwanderer hatten die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen, in den 1990er

² Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2009): Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft - Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE), Drucksache 19/3652.

³ So hatte ein Schüler mit Migrationshintergrund in der vergangenen Wahlperiode den Vorsitz der Schülerkammer inne gehabt. Dieser leistete jedoch inzwischen seinen Wehrdienst ab und konnte nicht kontaktiert werden.

Jahren waren aus Polen und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion Menschen zugewandert, die als Spätaussiedler bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Hinzu kommt inzwischen, dass durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts ein seit dem 1. Januar 2000 im Inland geborenes Kind, dessen Eltern beide Ausländer sind, die deutsche Staatsangehörigkeit erhält, wenn ein Elternteil zu diesem Zeitpunkt seit acht Jahren seinen gewöhnlichen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Bis zum 23. Lebensjahr muss das Kind erklären, welche Staatsangehörigkeit es auf Dauer besitzen möchte (Optionsmodell).

Mit der Änderung des Mikrozensusgesetzes von 2003 war es durch die Aufnahme von Fragen zur Zuwanderung und Staatsangehörigkeit von Familienmitgliedern seit 2005 erstmals möglich, auch solche Personen statistisch zu erfassen, die eingebürgert wurden oder als Kinder von Ausländern in Deutschland geboren wurden. Es zeigte sich, dass in Deutschland 15,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben. Enthalten sind nach der Definition des Statistischen Bundesamtes alle Personen, die seit 1950 von außerhalb nach Deutschland zugewandert sind, unabhängig von ihrer Nationalität sowie alle übrigen Ausländer. Hinzu kommen die in Deutschland lebenden eingebürgerten ehemaligen Ausländer sowie in Deutschland Geborene, bei denen sich der Migrationsstatus von einem oder beiden Elternteilen ableitet. Nicht zur Bevölkerung mit Migrationsstatus gehören Flüchtlinge und Vertriebene in Folge des zweiten Weltkrieges.⁴ Von diesen insgesamt 15,7 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund haben 7,2 Mio. eine ausländische und 8,5 Mio. die deutsche Staatsangehörigkeit.

Für das Thema Partizipation ist der formalrechtliche Status einer Person mit Migrationshintergrund relevant. So genießen Deutsche die vollen staatsbürgerlichen Rechte, also auch aktives und passives Wahlrecht auf allen Ebenen, unabhängig davon, ob sie eingebürgert wurden oder ihre Eltern als Ausländer nach Deutschland zugezogen sind. Mit dem Vertrag von Maastricht ist 1993 die sogenannte Unionsbürgerschaft eingeführt worden, die es EU-Bürgern erlaubt, sich auch in anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union an Wahlen zu beteiligen, wenn sie dort dauerhaft leben. Allerdings gilt diese Regelung nur für Europawahlen und für Wahlen in Gemeinden, Städten und Landkreisen.

Daneben dürfte die eigene Wanderungserfahrung nicht ohne Einfluss auf die Beteiligungsfähigkeit und die Partizipationsbereitschaft sein, denn eine im Ausland aufgewachsene Person ist mit einem anderen Erfahrungshintergrund groß geworden als eine in Deutschland geborene Person. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus haben von allen Personen mit Migrationshintergrund etwa zwei Drittel eigene Migrationserfahrungen. Von

⁴ Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus, S. 5.

diesen sind etwas mehr als die Hälfte Ausländer. Das bedeutet, etwa ein Drittel aller Personen mit Migrationshintergrund verfügt nicht über die vollen Beteiligungsrechte und ist selbst von außerhalb zugewandert.⁵

Der Rechtsstatus, der biografische Werdegang eines Menschen, sein sozialer und gesellschaftlicher Hintergrund im Heimatland sowie die aktuelle soziale und ökonomische Situation und die Zukunftsperspektive im Aufnahmeland bestimmen mit, inwieweit sich Migranten in Beteiligungsprozesse und freiwilliges Engagement im Aufnahmeland begeben. Die Untersuchung richtet sich auf jene Gruppe der Migranten/Menschen mit Migrationshintergrund, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben bzw. schon die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Dennoch ist die Frage des ungesicherten Status auch für Migranten mit gesichertem Aufenthalt insofern relevant, als es die gesamte Familie tangiert, wenn ein oder mehrere Familienmitglieder entweder eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, eine Duldung oder gar keine Papiere haben.

Neben der spezifischen Migrationserfahrung ist für eine Beteiligung am gesellschaftlichen Willensbildungsprozess in Deutschland das Beherrschen der deutschen Sprache von zentraler Bedeutung. Obwohl darin ein wesentlicher Faktor für die Integration gesehen wird, werden repräsentative Daten zum Sprachstand von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland nicht regelmäßig erhoben. Im Jahr 2007 wurde eine Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen in Deutschland von TNS Infratest im Auftrag des BAMF durchgeführt.⁶ In einer Selbsteinschätzung gaben 72 Prozent der erwachsenen Migranten an, Deutsch gut oder sehr gut zu verstehen, zwei Drittel gaben an, es sehr gut oder gut zu sprechen. Bei den Migranten mit Bezugsland Italien waren die Werte deutlich höher, bei den türkeistämmigen Befragten lagen sie nur bei 63 bzw. 55 Prozent. Neuere Studien bescheinigen den Türkinnen der zweiten Generation zu 70 Prozent gute Sprachkenntnisse, denen der ersten Generation zu 35 Prozent. Bei den männlichen Türken sind es 84 Prozent bei der zweiten und 59 Prozent bei der ersten. Bei den Zugewanderten aus Polen, Griechenland, Italien und dem ehemaligen Jugoslawien liegt der Anteil derer, die sehr schlechte und schlechte Sprachfähigkeit in Deutsch haben, etwa halb so hoch.⁷ Wenn man in Rechnung stellt, dass es sich um subjektive Einschätzungen handelt, kann schätzungsweise davon ausgegangen werden, dass etwa bei einem Drittel der Personen

⁵ In diesem Text wird aus sprachlichen Gründen der Begriff "Menschen oder Personen mit Migrationshintergrund" meist synonym mit den Begriffen "Migrant", "Zuwanderer" oder "Einwanderer" verwendet, auch wenn diese sich streng genommen nur auf Personen mit eigener Wanderungserfahrung beziehen. Gemeint ist immer, wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, die Gesamtheit der Personen mit Migrationshintergrund.

⁶ Babka von Gostomski, Ch. (2010).

⁷ Foroutan, N. (2010): Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand, Dezember 2010, S. 30 f.

mit Migrationshintergrund sprachliche Defizite der Beteiligung in Gremien im Wege stehen können.

Inwieweit das Bezugsland (also das eigene oder das Herkunftsland mindestens eines Elternteils) ein sinnvolles Merkmal für die Beschreibung von Migrantengruppen darstellt, ist in der Literatur umstritten.⁸ Es greift auf den nationalstaatlichen Kontext der Herkunft zurück, der häufig erhebliche soziale und ethnische Unterschiede überdeckt. Aber auch Unterscheidungen nach Volksgruppen, Sprachgemeinschaften, Milieus und Kulturen werden pauschalierende Zuschreibungen nicht vermeiden können, die im Einzelfall nicht zutreffen und der Differenzierung bedürfen. Für die Untersuchung der Partizipation etwa bilden der Bildungsstand und die soziale Lage von Personengruppen zentrale Merkmale, die das Verhalten unter Umständen stärker erklären als das jeweilige Bezugsland. Wenn Bezugsländer als beschreibende Merkmale verwendet werden, so muss man sich dieser Relativität bewusst bleiben. Bei der vorliegenden Untersuchung wird darauf zurückgegriffen, weil sie trotz dieser Einschränkungen einen Erklärungswert besitzen und weil zusätzliche soziale Merkmale wie Einkommen, Bildungsstand, Konfession in Bezug auf die zu untersuchenden Personen nicht immer vorliegen.

Beteiligung

Partizipation ist ein breiter Begriff, der verschiedene Formen und Stufen der Beteiligung⁹ umfasst. Zu unterscheiden sind in diesem Zusammenhang soziale und politische Partizipation. Unter sozialer Partizipation werden nach van Deth alle Tätigkeiten verstanden, "die Bürger freiwillig innerhalb sozialer Organisationen unternehmen" (van Deth 2001, S. 208). Hierzu zählen beispielsweise die Mitgliedschaft in einem Verein, in einer Gewerkschaft oder einem Unternehmensverband, wobei die passive Mitgliedschaft als Beitragszahler die einfachste Form der sozialen Beteiligung darstellt (ebenda, S. 209). Politische Partizipation geht darüber hinaus, indem hierbei der Versuch der politischen Einflussnahme hinzukommt. Nach Kaase werden unter politischer Partizipation oder Beteiligung "jene Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen" (Kaase 2003, S. 495). Der Versuch der politischen Einflussnahme kann sich dabei auf die verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Bund, Land, Kommune) beziehen und sowohl traditionelle Formen der Beteiligung - wie die Teilnahme an Wahlen, die Mitgliedschaft in einer

⁸ Kalpaka, A./Mecheril, P. (2010): "Interkulturell". Von spezifisch kulturalistischen Ansätzen zu allgemein reflexiven Perspektiven, in: Mecheril, P. u. a., Migrationspädagogik, Weinheim und Basel, S. 77 f.

⁹ Partizipation und Beteiligung werden im Rahmen dieser Studie synonym verwendet.

Partei oder die Unterstützung eines Kandidaten - als auch neuere Beteiligungsformen - wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Verkehrsblockaden oder Partizipationsmöglichkeiten im Cyberspace - umfassen (vgl. van Deth 2001, Hunger/Candan 2009).

Im Rahmen dieser Studie ist der Fokus insbesondere auf die politische Partizipation, das heißt auf Möglichkeiten der Einflussnahme auf kommunaler Ebene und Quartiersebene gerichtet. Da soziale Partizipation eine Vorstufe zur politischen Partizipation darstellen kann und in Bezug auf die Teilhabe und Integration von Migranten ebenfalls eine wichtige Rolle spielt, ist auch diese Partizipationsform in die Untersuchung einbezogen worden. Die Analyse auf formelle Tätigkeiten innerhalb der Organisationen zu beschränken, erscheint nicht sinnvoll, da die Vereins- und Organisationsstrukturen in Deutschland insbesondere neu zugewanderten Migranten fremd sind. Daher wird der Beteiligungs-begriff in der vorliegenden Untersuchung möglichst breit gewählt, um auch informelle Formen der Beteiligung wie Frauentreff, Quartiersfrühstück oder Gebietsspaziergänge in die Überlegungen einbeziehen zu können.

Freiwilliges Engagement

In der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion wird zwischen freiwilligem und bürgerschaftlichem Engagement unterschieden. Während freiwilliges Engagement allgemein als die freiwillige Übernahme von Aufgaben und Arbeiten definiert wird,¹⁰ wird der Begriff "bürgerschaftliches Engagement" darüber hinaus mit einem positiven Bezug auf das Gemeinwesen verknüpft. So umfasst bürgerschaftliches Engagement nach einer Definition der Enquetekommission des Deutschen Bundestages alle "Aktivitäten der Selbsthilfe, der Nachbarschaftshilfe und in Projekten aller Art, die das Zusammenleben und das Funktionieren in Politik, Wirtschaft und im Bereich des Sozialen tangieren und dem Leitbild der Bürgergesellschaft entsprechen. Es handelt sich somit um freiwillige und auf das Gemeinwesen bezogene Aktivitäten, denen kein Erwerbszweck zu Grunde liegt und die zu einem großen Teil gemeinschaftlich und in der Öffentlichkeit stattfinden".¹¹

Was als bürgerschaftliches Engagement zu werten ist und was nicht, wird bei der Enquetekommission positiv als "auf das Gemeinwohl bezogen", bei Huth umgekehrt negativ als

¹⁰ TNS Infratest Sozialforschung (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, München, S. 92.

¹¹ BMFSFJ (2001): Fachworkshop Freiwilliges Engagement in Deutschland, Tagungsdokumentation, Bonn, 18.12.2001. S. 12.

"auf eine Abschottung gegenüber der deutschen Gesellschaft" zielend beschrieben.¹² Die normative Definition dessen, was Gemeinwohl definiert, was Abschottung ist und wo die "deutsche" Gesellschaft anfängt, bleibt in beiden Fällen unbestimmt und damit willkürlich. Für die Untersuchung des Engagements von Migranten erscheint es den Autoren dieser Studie daher fruchtbarer, den weniger normativ besetzten Begriff des freiwilligen Engagements zu verwenden. Darüber hinaus kann eine Analyse entlang des Ansatzes erfolgen, der im Zusammenhang mit Theorien des Sozialkapitals entwickelt worden ist und die Netzwerkbildung daraufhin untersucht, ob sie in erster Linie der Festigung der eigenen Gruppe dient ("bonding") oder eine Kommunikation mit anderen Gruppen ("bridging") bewirkt.¹³

Beteiligung als wechselseitiger Prozess

Der Begriff "Beteiligung" ist sprachlich und inhaltlich mehrdeutig. Einerseits beschreibt der Begriff, wie bereits dargelegt, die tätige Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer Lebensumgebung. Andererseits wird damit ein Bemühen gesellschaftlicher Institutionen um Aktivierung und Mobilisierung bezeichnet. Der Einzelne ist bei dieser Sichtweise Objekt von Bemühungen Dritter. Beteiligung entsteht also im Schnittpunkt von partizipativen Angeboten (top-down) und der Artikulation interessen geleiteter Bedürfnisse (bottom-up).

Bei partizipativen Prozessen von Migranten handelt es sich automatisch um eine Wechselbeziehung zwischen Aufnahmegesellschaft und Zugewanderten. Die Kontextbedingungen in den Gebieten, den Bezirken und der gesamten Stadt bilden jeweils die Basis für die konkrete Ausgestaltung der Beteiligungsstrukturen und -strategien. Daher sind in der Untersuchung zwei Ebenen von Interesse:

1. die Formen und Wege, in denen sich die Interessen von Bewohnern und Bewohnergruppen artikulieren, und
2. die Strukturen und Prozesse, die für diese Artikulation vorhanden sind.

¹² Huth (2007a): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten - Lernorte und Wege zu sozialer Integration, INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt, S. 23 f.

¹³ Putnam, R. D. (2001) (Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinsinn, Gütersloh.

Beteiligung vor Ort

Die vorliegende Studie untersucht die Beteiligung vor allem als einen räumlich bezogenen Prozess. Ausgangspunkt der Beteiligungsaktivitäten sind die Interessen und Wünsche der Bewohner von Quartieren als einzelne, als Familien und als Gruppen oder vermittelt über professionelle und ehrenamtliche Akteure. Für ihre praktische Wirksamkeit braucht Beteiligung möglichst adäquate Strukturen und Prozesse auf der Ebene des Quartiers, aber ebenso auf den übergeordneten Ebenen Bezirk und Stadt.

Für die Untersuchung bilden die Kontextbedingungen in den Gebieten, den Bezirken und der gesamten Stadt die Basis einerseits für die konkrete Interessenlage unterschiedlicher Gruppen der Bevölkerung, für die Benennung von Beteiligungsanlässen, und sie bilden den Rahmen für die konkrete Ausgestaltung der Beteiligungsstrukturen und -strategien.

Insofern war, aufbauend auf Aussagen zu den Spezifika unterschiedlicher Migrantengruppen, in den Gebieten zunächst die konkrete Bevölkerungsstruktur zu untersuchen. Darauf aufbauend zeichnet die Untersuchung nach, welche Beteiligungsstrukturen und -möglichkeiten auf den verschiedenen Ebenen (Quartier bzw. Stadtteil, Bezirk, Land) existieren, welchen Gruppen sie faktisch offenstehen (Deutsche mit Migrationshintergrund, Drittstaatsangehörige) und wer sie nutzt.

1.2 Methoden der Analyse

Die Untersuchung wurde in den relevanten Handlungsfeldern und auf den unterschiedlichen Ebenen als Struktur-, Prozess- und Ergebnisanalyse angelegt, d. h. es wird untersucht, welche Formen die Beteiligungsprozesse annehmen, wie sie verlaufen und was ihre Resultate sind. Bei ihrer empirischen Erfassung und Aufbereitung kamen verschiedene Methoden zum Einsatz. Für die Erfassung von Bevölkerungs- und Beteiligungsstrukturen wurden die für eine Sekundäranalyse verfügbaren Daten, Dokumente und Materialien zusammengetragen und ausgewertet. Sehr hilfreich für die Arbeit war die zeitliche Koinzidenz mit der Fertigstellung einer Sonderauswertung des Statistikamtes Nord zur Hamburger Bevölkerung mit Migrationshintergrund im August 2010. Das Amt hatte erstmals eine Analyse der Daten aus dem Melderegister zur Bevölkerung mit Migrationserfahrung oder Migrationshintergrund nach Stadtteilen und Bezugsländern durchgeführt. Die öffentlich verfügbaren Daten sind durch Sonderauswertungen für die Untersuchungsgebiete ergänzt worden.

Da zu den Beteiligungsstrukturen und -verfahren sowie den Mitgestaltungsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Handlungsfeldern noch keine umfassende Bestandsaufnahme

vorgenommen worden war, sind bei der Daten- und Dokumentenanalyse verschiedene Quellen ausgewertet worden:

- Sozialräumliche Daten der amtlichen Statistik (Statistisches Bundesamt, Statistikamt Nord, Bezirksämter) zur Bevölkerung, Demographie, Bildungsbeteiligung und Beschäftigung.
- Berichte und Evaluationen zu Beteiligungsstrukturen und -verfahren in den Untersuchungsgebieten und auf gesamtstädtischer Ebene.
- Studien oder Befragungen zu ehrenamtlichem Engagement (Freiwilligensurvey, Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien, Engagementatlas etc.).
- Ausgewählte Projektberichte, Beschlussfassungen, Stellungnahmen oder anderweitige Gremienunterlagen.
- Listen zu den Vorschlägen der Bezirksämter zur Schöffenwahl 2009 sowie Listen der Amtsgerichte und des Landesverwaltungsgerichtes zu den gewählten Schöffen.
- Verzeichnisse der Kandidaten sowie der Gewählten zu den Bürgerschaftswahlen und den Wahlen zu den Bezirksversammlungen in Hamburg 2011.
- Unterlagen und Listen des Referates Integration in der ehemaligen Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft (jetzt Amt für Arbeit und Integration) zum Integrationsbeirat und zu den Aktionstagen "Nachbarschaft verbindet".
- Unterlagen und Listen der Gebietsentwickler zu den Stadtteil- und Sanierungsbeiräten sowie den Verfügungsfonds (Mitgliederlisten, Wahlordnungen, Beschlüsse, Protokolle etc.).
- Stadtteilzeitungen und -magazine, Hamburger Tageszeitungen.
- Homepages der Schulen in den Untersuchungsgebieten, Homepages von Einrichtungen und Initiativen, Homepages der Parteien in der Hamburger Bürgerschaft und ihrer Kandidaten.

Wenn auf Hamburg bezogene Daten nicht beschafft werden konnten, aber auch, um lokale Ausprägungen mit bundesweiten Strukturen zu vergleichen, sind auch Daten des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit sowie Ergebnisse zahlreicher Einzelstudien herangezogen worden. Insgesamt hat es sich gezeigt, dass die empirische Forschung zu Menschen mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Handlungsfeldern (freiwilliges Engagement, Wahlverhalten, Beteiligung in Schulen etc.) große Lücken

aufweist. Bei der Umfrageforschung bleibt ein Teil der Migranten aufgrund von Kommunikationsproblemen meist ausgeschlossen und aus diesem Grund werden Ergebnisse zu Personen mit Migrationshintergrund kaum systematisch erfasst. Aber auch auf der lokalen Ebene fehlen empirisch belastbare Angaben zu diesem Personenkreis.

Da sich allein auf Grundlage der Daten- und Dokumentenanalyse die Beteiligungsstrukturen, -prozesse und -ergebnisse im Detail nicht erfassen ließen, bildete eine nicht-repräsentative empirische Erhebung von weiteren Daten und Angaben den methodischen Kern der Untersuchung. Diese basierte auf mehreren Komponenten:

- Schriftliche Befragung der Hamburger Migrantenorganisationen (insgesamt wurden 279 Migrantenorganisationen und interkulturelle Vereine angeschrieben, von denen 67 antworteten).
- Online-Befragung der Schulleitungen in den Bildungseinrichtungen in den Untersuchungsgebieten (es wurden 23 Schulen angeschrieben, von denen sich sechs an der Befragung beteiligten).
- Online-Befragung der Parteigliederungen und Fraktionen der fünf wichtigsten Parteien (SPD, CDU, GAL, Linke, FDP) auf Ebene der Gesamtstadt, der Bezirke sowie der lokalen Gliederungen (in die Auswertung konnten die ausgefüllten Fragebögen von elf Parteigliederungen und 13 Fraktionen einbezogen werden).
- Schriftliche Befragung der Gebietsentwickler zur Beteiligung von Migranten in den Stadtteil- und Sanierungsbeiräten in den sechs Untersuchungsgebieten (in die Befragung wurden insgesamt acht Quartiers- und Stadtteilgremien einbezogen).
- 35 vertiefende Interviews mit Experten und Vertretern von Migrantenorganisationen auf Bezirks- und Landesebene.
- Vertiefende qualitative Befragung von 30 Stadtteilakteuren sowie von 30 aktiven Migranten und von ausgewählten Bewohnern, die im Rahmen niedrigschwelliger Ansätze einbezogen wurden.

Schriftliche Befragung der Migrantenorganisationen

Es wurde eine Befragung der Migrantenorganisationen in Hamburg als Vollerhebung durchgeführt. Die schriftliche Befragung erfolgte gemeinsam mit dem Fachreferat Integration in der ehemaligen Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft (jetzt Amt für Arbeit und Integration). Diese hatte verschiedene Listen mit Hamburger Migrantenorganisatio-

nen zusammengestellt, die im Rahmen der Studie zusammengeführt, aktualisiert und ergänzt wurden. Bei der schriftlichen Befragung wurden insgesamt 279 Migrantenorganisationen und interkulturelle Vereine angeschrieben, von denen 67 antworteten. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 24 Prozent.

Befragungen in den Quartieren

Die Befragung umfasste 32 Interviews mit Menschen mit Migrationshintergrund und 30 Interviews mit Experten, von denen ein Teil ebenfalls Migrationshintergrund aufweist. Darüber hinaus fanden eine Reihe von ersten Informationsgesprächen und Stadtteilrundgängen mit Experten vor Ort statt, um sich ein Bild von den Untersuchungsquartieren zu verschaffen. Die Zugänge in die Untersuchungsgebiete fanden auf unterschiedlichen Wegen statt. Im Osdorfer Born unterstützte die für Integrationsfragen zuständige Sozialraummanagerin des Bezirksamts Altona den Zugang zu den Migrantenorganisationen und -gruppen. In Wilhelmsburg wurden erste Kontakte zu Bewohnern des Weltquartiers über einen Stadtteilrundgang der Heinrich-Böll-Stiftung hergestellt. In Lohbrügge wurden von der Quartiersmanagerin der Lawaetz-Stiftung, die das Stadtteilbüro betreibt, Interviewpartner vermittelt. In St. Georg erfolgte der Zugang zu den Experten über die Vernetzungen der verschiedenen Einrichtungen in den Stadtteilbeiräten. Über die Elternvertretung der bilingualen Grundschule und mit einem Türkisch sprechenden Mitarbeiter gelangen Kontakte zu Migranten der türkischen Community. Des Weiteren wurden mögliche Interviewpartner durch die Centrum-Moschee genannt. Als hilfreich erwiesen sich auch die früheren Kontakte aus dem Community Organizing Projekt "Kraftwerk Mitte", das vor einigen Jahren in St. Georg existierte.

In den anderen Gebieten wurde der Erstkontakt telefonisch oder per E-Mail zu den Quartiersmanagern hergestellt. Soweit die professionellen Akteure gar nicht oder nur schwer Zugang zu Migranten vermitteln konnten, wurde er über überregionale Migrantenorganisationen, Beratungsstellen oder Schulen geschaffen.

Das Hauptkriterium, nach dem die Interviewpartner mit Migrationshintergrund ausgewählt wurden, war, dass sie in irgendeiner Weise in Stadtteilaktivitäten und Beteiligungsprozessen involviert waren. Da es nur sehr wenige Migranten in den Stadtteilgremien gibt, die befragt werden konnten, wurden weitere Interviewpartner danach ausgewählt, dass sie überhaupt durch die Teilnahme an Aktivitäten in Erscheinung getreten waren (Frauenfrühstück, Elternbeirat, etc.). Zudem wurde darauf geachtet, dass sowohl Frauen wie Männer in die Befragung einbezogen wurden und die Altersspanne von Jugendlichen bis Senioren reichte. Darüber hinaus wurden Interviewpartner aus möglichst verschiedenen Herkunftsländern in die Studie einbezogen.

Die Interviews wurden im Zeitraum von Juni 2010 bis Mai 2011 in der Regel mündlich-persönlich vor Ort - in Ausnahmefällen telefonisch - durchgeführt. Sie dauerten zwischen 20 Minuten und zwei Stunden. Zum Teil wurden sie mit Hilfe von Dolmetschern durchgeführt und protokolliert. Die Interviews wurden in der Regel nicht auf Tonband aufgenommen, sondern in Notizen festgehalten und am gleichen Tag oder zeitnah in ein Protokoll überführt. Befragt wurden Migranten mit den Bezugsländern Türkei, Russland (bzw. Ländern der ehemaligen Sowjetunion), Senegal, Bosnien, Polen, Neuseeland, Brasilien, Schweden, Iran, Afghanistan, Philippinen, Mazedonien, Serbien und Griechenland.

Weitere Interviews mit Experten und Migranten

Die Befragungen weiterer Experten und Migranten (ca. 40) dienten insbesondere dazu, die Beteiligungsstrukturen und -prozesse in den Untersuchungsgebieten und auf gesamtstädtischer Ebene zu erfassen und Anhaltspunkte für Hemmnisse und unterstützende Faktoren hinsichtlich der Beteiligung von Migranten zu finden. Darüber hinaus wurden die Akteure jeweils zu den Einflussmöglichkeiten der ihnen bekannten Gremien und Verfahren auf kommunale oder quartiersbezogene Entscheidungsprozesse befragt und dazu, inwiefern diese Entscheidungsprozesse zugänglich für Migranten sind.

Eine ursprünglich vorgesehene Online-Befragung aller für das Thema relevanten Experten erwies sich im Verlauf der Bearbeitung als nicht zielführend. Hauptgrund hierfür war die große Bandbreite spezifischer Handlungsfelder mit jeweils sehr unterschiedlichen Fragestellungen, die sich einem gemeinsamen Befragungsformat entzogen. Daher wurde die Online-Befragung auf die beiden wichtigen Adressaten Parteien und Schulen fokussiert und hierfür jeweils auf die spezifischen Bedingungen abgestimmte Fragebögen entwickelt.

Die übrigen Experten wurden in ausführlichen mündlich-persönlichen Gesprächen befragt, für die im Vorfeld Gesprächsleitfäden erarbeitet worden sind. Die Gesprächsleitfäden wurden jeweils an die spezifische Ausgangssituation der Gesprächspartner angepasst, um möglichst viel Raum für spontane Aussagen und Schilderungen zu bieten, ohne auf eine strukturierte Gesprächsführung zu verzichten. Teilweise sind die Gespräche mitgeschnitten und zumindest auszugsweise transkribiert worden. Eine Liste der interviewten Experten findet sich im Anhang der Studie.

Ermittlung der Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Bei der ersten Sonderauswertung, die das Statistikamt Nord im Jahr 2010 zum Thema Bevölkerung mit Migrationshintergrund durchgeführt hat, ist die Schätzung auf der Grundlage eines anonymisierten Melderegisterauszugs mit Stand 31.12.2009 durchgeführt worden. Angewandt wurde das Verfahren MigraPro der deutschen Städtestatistik.¹⁴ Aus den verwendeten Staatsangehörigkeits- und Gebietsschlüsseln konnte für Deutsche mit Zuwanderungshintergrund ein "Bezugsland" abgeleitet werden.¹⁵

Bei der Analyse von Einwohnergruppen stützt sich die vorliegende Untersuchung auf Sonderauswertungen des Statistikamtes Nord, die auf der Grundlage dieser Methode vorgenommen worden sind. Das betrifft die Berechnung der Anteile von Personen mit Migrationshintergrund in den Untersuchungsgebieten sowie die Darstellung der wichtigsten Bezugsländer der Migranten in den Gebieten. Da die Anwendung von MigraPro den Zugriff auf den vollständigen Datensatz des Melderegisters voraussetzt, war es aus datenschutzrechtlichen Gründen für die Analyse von anderen Personengruppen als den gemeldeten Einwohnern nicht verwendbar. Um trotzdem für diese Untersuchung wichtige Fragen wie die der Anteile von Personen mit Migrationshintergrund beispielsweise bei der ehrenamtlichen Arbeit oder in Bezug auf das parteipolitische Engagement untersuchen zu können, wurde ein numerologisches Verfahren gewählt. Grundlage dieses Verfahrens ist die semantische Unterscheidung von Namen und Namensverbindungen unter dem Gesichtspunkt ihrer plausiblen Zuordnung zu einem deutschen beziehungsweise nicht-deutschen Kontext.

Es konnte auf Datenreihen mit unterschiedlicher Informationsdichte zurückgegriffen werden. So war in den Vorschlagslisten der Bezirksämter für die Schöffenwahl neben dem Geschlecht und dem Alter auch der Geburtsort als zusätzliche Angabe enthalten. Bei den Listen zu Funktionsträgern im politischen Bereich standen zwar nur die Namen zur Verfügung, hier konnte jedoch teilweise auf personenbezogene Angaben aus dem Internet zurückgegriffen werden. In einigen Fällen standen nur Namenslisten zur Verfügung. Zusätzlich konnten Plausibilisierungen anhand der schriftlichen Befragung vorgenommen werden.

Um die Validität dieses numerologischen Verfahrens zu überprüfen, wurde aus dem Hamburger Einwohnermelderegister eine Stichprobe von 4.094 Einwohnern gezogen. Die

¹⁴ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2010): Statistik informiert vom 10. August 2010, S. 3.

¹⁵ Verband Deutscher Städtestatistiker: Informationen über MigraPro im Internet unter staedtestatistik.de (Zugriff am 16.02.2011).

Stichprobe sollte groß genug sein, um ausreichend Personen unterschiedlicher Bezugsländer abzubilden. Als Stichtag wurde der 31.12.2009 gewählt, um die gewonnenen Befunde mit den Analysen der Sonderauswertung des Statistikamtes Nord vergleichen zu können. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund betrug nach der Analyse durch das Statistikamt Nord für die Stichprobe 41 Prozent. Es wurden zwei Verfahren getestet: Die Analyse der Namen und Vornamen sowie des Geburtsortes und des Geburtsjahres ergab für die betrachtete Stichprobe insgesamt 1.395 Personen mit dem Merkmal Migrationshintergrund, was einem Anteil an der Gesamtstichprobe von 34,1 Prozent entspricht. Das Ergebnis liegt damit rund sechs Prozentpunkte unter dem amtlichen Befund.

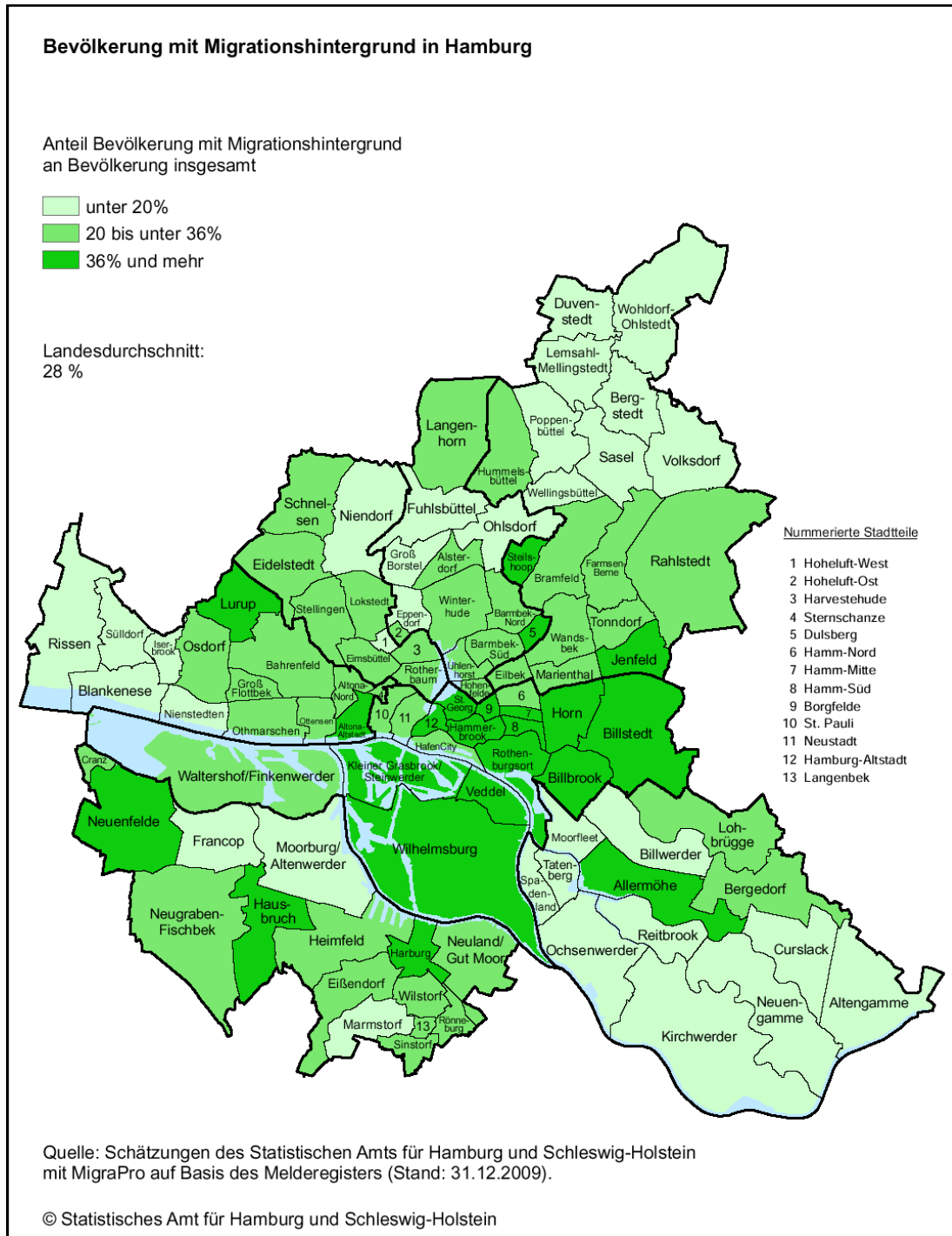
Ohne Hinzuziehung des Merkmals Geburtsort ergibt die Schätzung einen Anteil rund 32 Prozent und liegt damit knapp 10 Prozentpunkte unter dem Ergebnis des Statistikamtes. Abweichungen ergeben sich vor allem bei Zuwanderern aus Polen und den ehemaligen sowjetischen Gebieten, da diese häufig rein deutsche Namen haben und nur die Angabe des Geburtsortes auf einen Migrationshintergrund schließen lässt. Insofern dürften reine Namensanalysen ohne Kenntnis des Geburtsortes oder weiterer Merkmale vor allem in Teilgruppen fehleranfällig sein, in denen viele deutschstämmige Aussiedler aus Polen oder aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion stammen. Das ist bei der Interpretation der Ergebnisse entsprechend zu beachten.

2. Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg

Knapp eine halbe Million Menschen mit Migrationshintergrund lebt in Hamburg, das sind rund 28 Prozent der Hamburger Bevölkerung.¹⁶ In einem Stadtstaat liegt der Anteil aufgrund der Wanderungsprioritäten grundsätzlich höher als im Bundesdurchschnitt, wo er nur rund 18,5 Prozent beträgt. In Berlin, Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg liegt er bei etwa einem Viertel der Bevölkerung.

¹⁶ Ergebnisse des Hamburger Statistikamtes Nord vom August 2010, vgl. Hamburger Abendblatt vom 10. August 2010. Eine neuere Analyse vom Juli 2011 beziffert den Anteil auf knapp 30 Prozent bzw. 515.000 Menschen (vgl. Statistik informiert vom 18. Juli 2011).

Abbildung 2.1



Von den rund 500.000 Personen mit Migrationshintergrund sind 45 Prozent Ausländer und 17 Prozent (Spät-) Aussiedler. Die zehn Länder, zu denen die meisten eingewanderten Hamburger Bezüge haben, sind Türkei, Polen, Russland und Kasachstan, Afghanistan, Iran, Serbien/Montenegro, Portugal, Ghana, Italien und Griechenland.

Tabelle 2.1¹⁷

Die wichtigsten Migrantengruppen in Hamburg						
	Bezugsland (Staatsangehörigkeit)	Migranten insgesamt	davon Ausländer	davon mit dt. Pass	mit dt. Pass in % Migr.	Migranten/ Ausländer
1(1)	Türkei	92.500	53.038	39.462	42,7%	1,7:1
2(2)	Polen	55.137	20.027	35.110	63,7%	2,8:1
3(6)	Russ. Föd. u. Kasachstan	44.464	8.762	35.702	80,3%	5,1:1
4(4)	Afghanistan	26.187	11.951	14.236	54,4%	2,2:1
5(8)	Iran	17.284	6.044	11.240	65,0%	2,9:1
6(3)	Serbien und Montenegro	15.568	12.001	3.567	22,9%	1,3:1
7(5)	Portugal	10.324	8.527	1.797	17,4%	1,2:1
8(10)	Ghana	10.124	5.196	4.928	48,7%	1,9:1
9(9)	Italien	9.310	5.966	3.344	35,9%	1,6:1
10(7)	Griechenland	8.219	6.141	2.078	25,3%	1,3:1
18(11)	Kroatien	5.671	4.319	1.352	23,8%	1,3:1
19(13)	Mazedonien	5.707	4.065	1.642	28,8%	1,4:1
20(17)	Bosnien-Herzegowina	5.907	3.757	2.150	36,4%	1,6:1

Rangfolge in Klammern: Zahl der Ausländer

Die beiden größten Migrantengruppen in Hamburg sind die mit Bezugsland Türkei und Polen. Das entspricht weitgehend der Größenordnung auf Bundesebene. Auch die Tatsache, dass die Personen mit Migrationshintergrund, die aus der heutigen russischen Föderation beziehungsweise aus Kasachstan zugewandert sind, eine sehr große Gruppe darstellen, ist in anderen Teilen des Bundesgebietes ähnlich. Diese Gruppe besteht ebenso wie die Zuwanderer aus Polen ganz überwiegend aus Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Würde man die Menschen aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien als eine Gruppe zählen, würde diese die viertgrößte Gruppe bilden. Auch dies entspricht deutschlandweiten Proportionen.

Eine Besonderheit Hamburgs stellt das große quantitative Gewicht der Personen mit den Bezugsländern Afghanistan und Iran dar, die zu einem erheblichen Teil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Auch die zahlenmäßige Stärke der Bürger aus Ghana fällt in Hamburg aus dem bundesweiten Rahmen. Der hohe Anteil der Personen mit deutschem Pass wird hier vom Statistischen Amt mit dem hohen Anteil von Kindern erklärt. Hinsichtlich der Einwanderergruppen aus Anwerbeländern ergeben sich Abweichungen zum Bundesdurchschnitt insofern, als die Gruppe der Portugiesen in Hamburg relativ groß ist.

Die zehn größten Migrantengruppen in Hamburg repräsentieren etwa zwei Drittel aller Migranten in der Stadt, die zahlenmäßig stärksten fünf Gruppen stellen rund die Hälfte.

¹⁷ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Damit wird deutlich, dass einerseits zwar ein großer Teil der Menschen, die unter dem Begriff "Personen mit Migrationshintergrund" zusammengefasst werden, aus einer überschaubaren Zahl von Ländern zugewandert ist, dass es sich andererseits jedoch vor allem um eine außerordentlich heterogene soziale Kategorie handelt. In Hamburg sind es über 90 Bezugsländer, denen sich jeweils mindestens 400 Migranten zuordnen lassen. Zudem zeigt sich bei einer näheren Betrachtung der größten Einwanderergruppen, dass auch diese keineswegs in sich homogen sind, sondern ihrerseits wiederum in Untergruppen zerfallen, die durch erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Wanderungskontextes, der kulturellen Merkmale und des Status im Aufnahmeland geprägt sind:

So sind die Einwanderer aus der Türkei eine heterogene Gruppe aus bis zu 25 bis 30 unterschiedlichen Ethnien und Sprachgruppen. Ungefähr ein Viertel von ihnen sind Kurden, für die Türkisch die Zweitsprache darstellt. Mehrheitlich gehören türkische Staatsbürger und Türkeistämmige zwei Ausprägungen des Islam an: dem sunnitischen Islam nach der hanafitischen Rechtsschule und den Aleviten.

Bei der Mehrheit der heute in Deutschland lebenden Polen handelt es sich um deutsch-polnische Spätaussiedler. Sie erhielten nach kurzer Zeit die deutsche Staatsbürgerschaft und hatten Anspruch auf verschiedene Eingliederungshilfen. Den übrigen Polen gelang es erst nach langwierigen Verhandlungen in den 1990er Jahren, ihren Aufenthaltsstatus in der Regel zu verfestigen, das heißt in unbefristete Aufenthaltsverhältnisse umzuwandeln. Was die unterschiedlichen Gruppen allerdings eint, ist ihr Bezug zur katholischen Kirche.

Bei den Eingewanderten aus der Russischen Föderation und aus Kasachstan sind Russlanddeutsche, russischsprachige Juden und Russen zu unterscheiden. Die Eingewanderten aus beiden Bezugsländern sind zu einem großen Teil dem Status nach Spätaussiedler, die zweite Gruppe kam aufgrund einer Sondervereinbarung als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland, zur dritten Gruppe gehören häufig die russischen Verwandten der ersten zwei Gruppen. Während die Russlanddeutschen Deutsche im Sinne des Art. 116 GG und damit bei der Einreise automatisch deutsche Staatsbürger sind, können die mitreisenden russischen Familienangehörigen als Ehepartner erleichtert eingebürgert werden. Das gilt für die Kontingentflüchtlinge nicht. Seit 2001 müssen die Spätaussiedler deutsche Sprachkenntnisse nachweisen.

Kamen die ersten Afghanen schon in den 1950er Jahren als Studenten und Geschäftsleute nach Hamburg, waren es danach vor allem politische Flüchtlinge, die das Land aufgrund der sowjetischen Invasion verließen, darunter Anhänger der islamistischen Mudschahedin. Als diese 1992 gesiegt hatten, flohen Menschen, die der ehemaligen Linksregierung nahegestanden hatten. Bei den Flüchtlingen, vor allem der zweiten Gruppe, han-

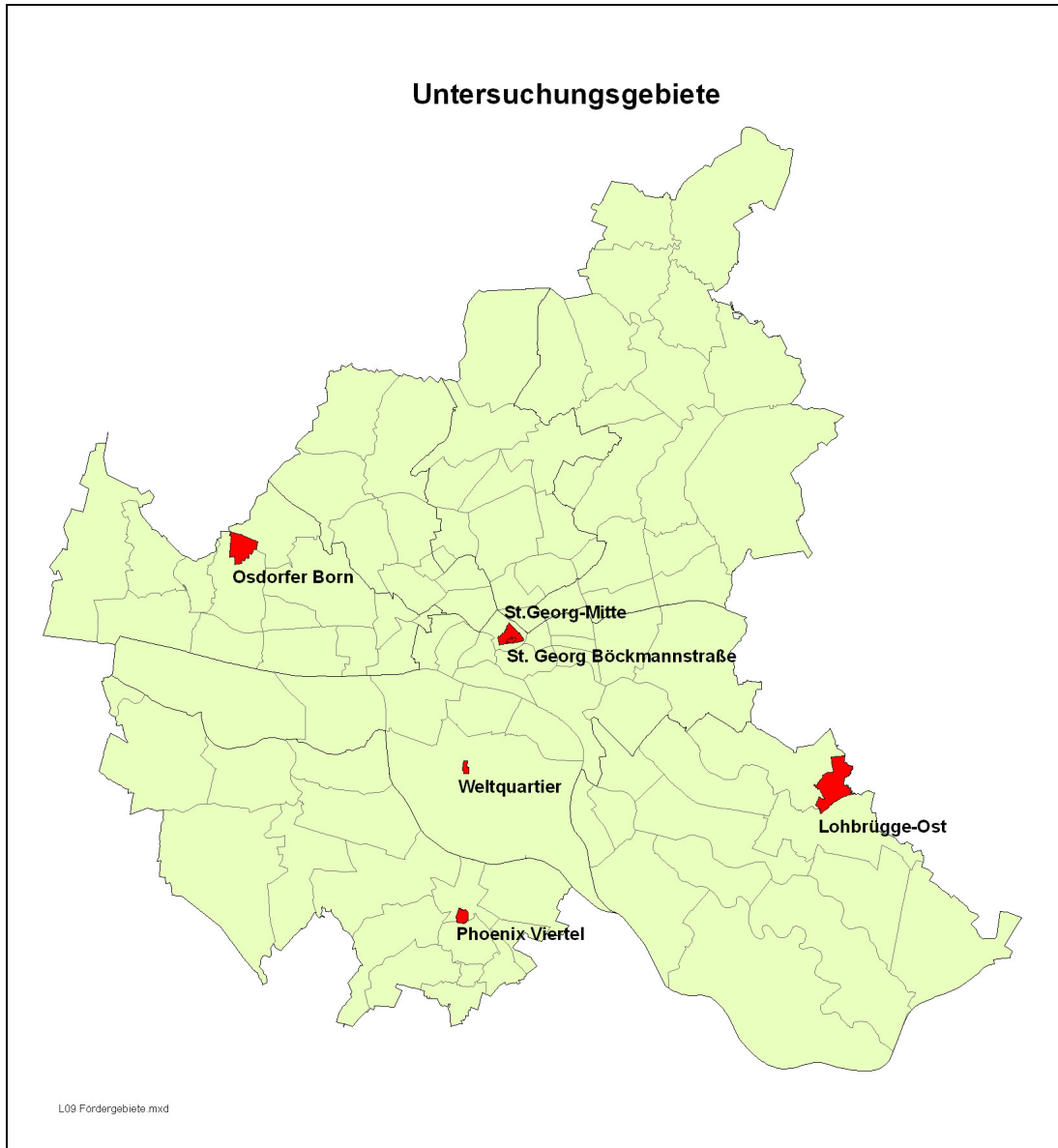
delte es sich häufig um Intellektuelle, fliehen konnten überdies vor allem die materiell besser Gestellten. Die Afghanen in Deutschland, ganz überwiegend Muslime, sind vor allem in politischer Hinsicht außerordentlich heterogen, ja sogar untereinander stark verfeindet.

Aus dem Iran kamen nach dem zweiten Weltkrieg sowohl Geschäftsleute als auch politische Flüchtlinge, die wegen des Schah-Regimes das Land verließen, nach Deutschland. Sie bildeten in Hamburg eine kleine iranische Minderheit, die schon 1961 die erste schiitische Moschee in Deutschland baute. Die länger ansässigen Iraner arbeiten entweder in akademischen Berufen oder sind gezwungen, nicht ihrer Qualifikation entsprechend zu arbeiten. Viele Flüchtlinge sind arbeitslos.

Dass es sich bei den Menschen aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien um keine homogene Gruppe handelt, haben die politischen Ereignisse der 1990er Jahre in aller Deutlichkeit zutage treten lassen. Waren jugoslawische Arbeitnehmer in den 1960er und 1970er Jahren als Arbeitsmigranten eingewandert, kamen anfangs der 1990er Jahre viele Menschen als Flüchtlinge nach Deutschland. Die Mehrheit der Kroaten gehört der römisch-katholischen Kirche an, die Bosnier sind mehrheitlich Muslime, rund 80 Prozent der Serben bekennen sich zur serbisch-orthodoxen Kirche, ein Drittel der Mazedonier zur mazedonisch-orthodoxen Kirche.

2.1 Beschreibung der Untersuchungsgebiete

Abbildung 2.2



In die quartiersbezogene Untersuchung wurden sechs Gebiete einbezogen. Deren Auswahl war durch den Auftraggeber vorgegeben und orientierte sich an aktuellen oder abgeschlossenen Aktivitäten im Rahmen von Programmen der Stadterneuerung. Insofern richtete sich das Untersuchungsinteresse auch auf die Partizipation von Migranten an Aktivitäten und in Gremien aus diesem Kontext. Die Stadterneuerungsgebiete mit ihren planungsrechtlich festgelegten Gebietsabgrenzungen sind allerdings nicht in jedem Fall deckungsgleich mit Quartieren. So liegen St. Georg Mitte und St. Georg Böckmannstraße

unmittelbar nebeneinander und bilden gemeinsam das Quartier St. Georg. Das "Weltquartier" besteht praktisch aus einem Straßenzug im Stadtteil Wilhelmsburg und hat im Wesentlichen planungsrechtliche Bedeutung. Als am ehesten deckungsgleich mit "gelebten" Quartieren können Lohbrügge Ost und Osdorfer Born gelten.

2.1.1 Osdorfer Born

Der Stadtteil Osdorfer Born entstand im westlichen Teil der Stadt im Bezirk Altona als erste Hamburger Großsiedlung, die nach dem Krieg unter dem Leitbild "Urbanität durch Dichte" gebaut wurde. Die Planung war Teil eines gesamtstädtischen Entwicklungsprojektes, das ausreichend Wohnraum für die Bürger der Hansestadt nach dem Krieg und den Sturmfluten schaffen sollte. Von 1967 bis 1972 wurden rund 5.100 Wohnungen auf einer Fläche von 104 Hektar geschaffen. Die Großsiedlung wurde vorwiegend in Plattenbauweise mit Gebäudehöhen von drei bis 21 Geschossen errichtet. Die Wohnungen im Osdorfer Born waren zunächst sehr begehrt, da sie nach modernsten Maßstäben ausgestattet waren. Außerdem lag das Naherholungsgebiet der Osdorfer Feldmark mit dem Helmut-Schack-See vor der Haustür. Eingestreut in das Gebiet Osdorfer Born liegen Gemeinbedarfs- und andere Infrastruktureinrichtungen.¹⁸

Tabelle 2.2

Gebietssteckbrief Fördergebiet Osdorfer Born ¹⁹	
Bezirk	Altona
Stadtteile	Osdorf und Lurup
Quartierstyp	Großwohnsiedlung (errichtet 1966-1970)
Gebietsförderung	Nachsorgegebiet (2008-2011)
Größe	ca. 104 ha
Bevölkerungszahl	12.000
Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	28 Prozent
Hauptbezugsländer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	Türkei, Polen und Russland
Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis unter 65-Jährige)	12,1 Prozent

Im Osdorfer Born handelte es sich bei der Entstehung fast ausschließlich um öffentlich geförderten Wohnungsbau mit den damit verbundenen Belegungsbindungen. Der Wohnbestand ist zu 66,9 Prozent im Besitz der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA

¹⁸ Ebenda: 3 und Convent Planung und Beratung (2008): S. 5.

¹⁹ Forum Oldenburg (2010): Überleitungsevaluation Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung Osdorfer Born, Abschlussbericht.

GWG und zu 13,3 Prozent im Besitz des Bauvereins der Elbgemeinden e. G. (BVE). In den letzten Jahren - 40 Jahre nach Grundsteinlegung - liefen die Belegungsbindungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus sukzessive aus. Dennoch liegen die Mieten in der Regel unterhalb des Hamburger Durchschnitts.

Im Mittelpunkt bzw. in zentraler Lage des Osdorfer Born befindet sich das Nahversorgungszentrum Born Center, in dem sich ein nach wie vor breites Angebot an Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistern sowie öffentlichen und sozialen Einrichtungen befindet. Der im Laufe der Jahre gewachsene, für eine Großsiedlung hohe Anteil an Grün- und Aufenthaltsflächen innerhalb und am Rande des Quartiers (Spielplätze, Gemeinschaftsanlagen, privat angelegte Beet- und Gartenanlagen bzw. Mietergärten an Wohngebäuden, Wiesenflächen etc.) stellt eine besondere, von den Bewohnern deutlich wahrnehmbare Charakteristik und Qualität des Stadtteils dar.²⁰

"Anfang der neunziger Jahre verstärkten sich die Probleme im Gebiet. Zum einen wiesen die quartiersbezogenen Strukturdaten auf die zunehmende 'soziale Schieflage' hin. Eine erhöhte Fluktuation mit dem Wegzug 'sozial stabiler' Haushalte führte zu einer Verschärfung der Situation. Zum anderen trugen die vorhandenen Defizite im Bereich der sozialen Infrastruktur, insbesondere im Bereich der Jugendeinrichtungen sowie spezieller Einrichtungen für Migranten und Migrantinnen, zur angespannten Situation erheblich bei. Hinzu kam ein erhöhter Sanierungsbedarf vieler Gebäude. Die Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Stadtteil nahm deutlich ab und das Außenimage war im Wesentlichen durch Schreckensmeldungen in der Presse geprägt."²¹

Wie die meisten Großwohnsiedlungen ist auch der Osdorfer Born mehr als andere städtische Sozialräume von relativer Armut und sozialer Benachteiligung betroffen. Der Anteil der Arbeitslosen ist am Osdorfer Born mit 12,2 Prozent fast doppelt so hoch wie im Hamburger Stadtgebiet. Auch der Anteil der Empfänger von SGB II liegt mit 30,8 Prozent hoch (im Vergleich dazu Hamburg: 11,6 Prozent). Über die Hälfte der Kinder unter 15 Jahren (55,2 Prozent) sind in Mindestsicherung, was auf ein erhebliches Ausmaß an Kinderarmut im Gebiet hinweist.²² An der allgemein relativ schlechten sozioökonomischen Situation des Projektgebietes Osdorfer Born hat sich statistisch gesehen seit Beginn der Förderung im Rahmen der Stadtteilentwicklung von 1999 bis Ende 2007 kaum etwas verändert.²³

²⁰ Convent Planung und Beratung (2008), S. 5.

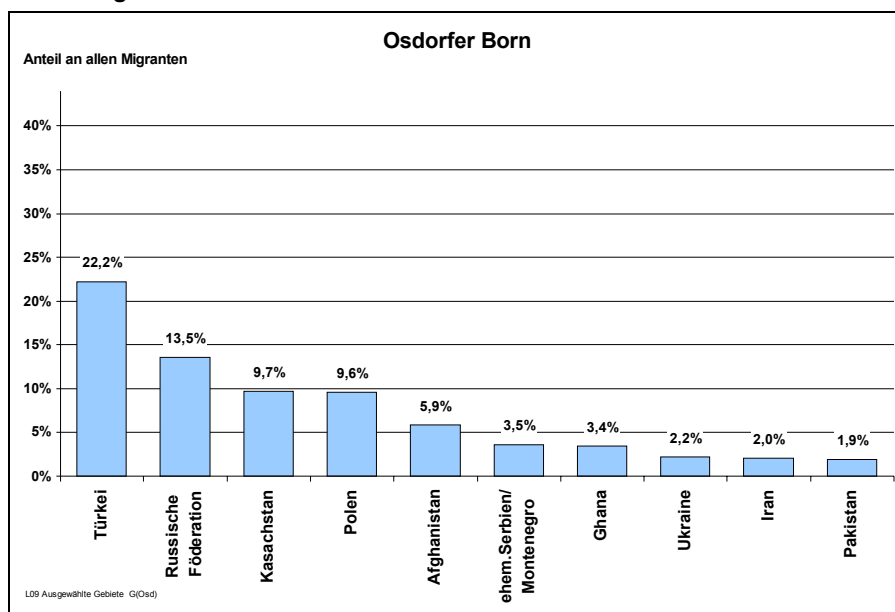
²¹ Ebenda, S. 6.

²² Ulrike Alsen (2010): PP-Präsentation zu Integrierter Stadtentwicklung, Bezirksamt Altona.

²³ Convent Planung und Beratung (2008), S. 12.

Mehr als die Hälfte der Bewohner hat einen Migrationshintergrund (54,7 Prozent), bei den unter 18-Jährigen sind es sogar 68,5 Prozent. Das Verstetigungsgebiet Osdorfer Born hebt sich insofern vom bezirklichen Durchschnitt ab, als die Deutschtürken einerseits und die Menschen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion jeweils rund ein Viertel der migrantischen Bevölkerung ausmachen. Hinzu kommen fast 10 Prozent Migranten aus Polen. Ansonsten kommen nur die Afghanen auf einen höheren Anteil von etwa sechs Prozent. Der Kinderanteil insgesamt liegt im Gebiet bei knapp 20 Prozent, davon sind mehr als zwei Drittel Migranten. Es leben rund 4.500 erwachsene Migranten im Gebiet.

Abbildung 2.3²⁴



Im Zuge der gebietsbezogenen Förderung wurden im Programmgebiet rund 60 Projekte und Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern umgesetzt. Zurzeit wird gemeinsam mit dem Bezirk Altona geprüft, ob der Osdorfer Born in das seit 2009 bestehende Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung (RISE) aufgenommen wird. Die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an der Stadtteilentwicklung war im Gebiet Osdorfer Born bisher noch kein explizites Ziel. Treffpunkt für viele Aktivitäten von Migranten ist vor allem das Stadtteilbüro, in dem regelmäßig verschiedene Frauengruppen tagen, darüber hinaus die Maria-Magdalena-Gemeinde für die Deutschen aus Russland und das Deutsche Rote Kreuz.

²⁴ Eigene Berechnungen auf Grundlage von Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig Holstein.

2.1.2 St. Georg Mitte und Böckmannstraße

Der Stadtteil St. Georg mit dem Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte und dem Sanierungsgebiet Böckmannstraße befindet sich in zentraler Lage in Hamburg Mitte hinter dem Hamburger Hauptbahnhof. Die Wohnbevölkerung ist in den letzten Jahren unter 10.000 Einwohner gesunken. Da der Stadtteil St. Georg ein attraktives Innenstadtquartier ist, halten sich dort täglich rund 50.000 Menschen auf, sei es, weil sie hier arbeiten, zur Schule oder Kita gehen, studieren, soziale und religiöse Einrichtungen aufsuchen, Cafés und Restaurants mit gehobener Küche oder Kultureinrichtungen wie das Schauspielhaus, das Kabarett Politbüro, das Hansatheater sowie das kommunale Kino Metropolis am Stein-damm oder den Kulturladen St. Georg in der Alexanderstraße besuchen.

Tabelle 2.3

Gebietssteckbrief Fördergebiete St. Georg Mitte und Böckmannstraße²⁵	
Bezirk	Hamburg-Mitte
Stadtteil	St. Georg
Quartierstyp	Innerstädtisches Viertel mit gründerzeitlicher Baustruktur
Gebietsförderung	St. Georg-Mitte: Entwicklungsquartier (2005-2008 Aktive Stadtteilentwicklung, seit 2009 RISE) St. Georg Böckmannstraße: ehemaliges Sanierungsgebiet (1995-2010)
Größe	ca. 96 ha (Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte) ca. 6 ha (Sanierungsgebiet Böckmannstraße)
Bevölkerungszahl	ca. 6.280 (Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte) ca. 1.500 (Sanierungsgebiet Böckmannstraße)
Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	36 Prozent (Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte) 44 Prozent (Sanierungsgebiet Böckmannstraße)
Hauptbezugsländer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	Türkei, Polen, Italien, Portugal, ehemaliges Serbien/Montenegro
Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis unter 65-Jährige)	6,5 Prozent

Aufgrund der Nähe zum Hauptbahnhof ist St. Georg aber nicht nur ein touristisch hoch frequentierter Stadtteil, sondern auch immer noch ein Anziehungspunkt für die Drogenszene und Treffpunkt für andere "Randständige". Traditionell ist hier auch das Rotlichtmilieu mit entsprechenden Unterkünften (Steigen) und der Straßenprostitution angesiedelt. Der PKW-Verkehr der Freier in den entsprechenden Straßen hat zu erheblichen Beschwerden von Seiten der Bewohner geführt.

²⁵ Stadtraumkonzept/Planungsgruppe Stadtbüro (2010): Abschlussbericht zur Überleitungsevaluation, Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte./Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung (2006): Sanierungsgebiet St. Georg S2 Böckmannstraße.

Neben diesen Problemlagen ist der Stadtteil aber auch durch eine Reihe an Potenzialen und gegenläufigen Entwicklungen geprägt. So verfügt St. Georg über ein vielfältiges ökonomisches, gastronomisches, kulturelles und infrastrukturelles Angebot. Neben einer hohen Anzahl von Betrieben aus dem Gastgewerbe, kleineren Einzelhändlern und Gewerbetreibenden, haben sich in dem Gebiet weltweit agierende Unternehmen, wie z. B. Siemens, angesiedelt, weshalb die Bedeutung St. Georgs als Büro- und Dienstleistungsstandort deutlich gewachsen ist. Darüber hinaus weisen steigende Wohnungsmieten, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und der Ausbau von Hotelkapazitäten auf eine Entwicklung zu einem "Trendviertel" hin.

Städtebaulich ist das Quartier durch eine gründerzeitliche Struktur geprägt. In Bezug auf den baulichen Zustand des Gebäudebestandes bestehen große Unterschiede. In einigen Teilen wurden zahlreiche Sanierungsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt, andere Teile sind weiterhin durch einen Instandsetzungs- und Modernisierungstau gekennzeichnet.²⁶

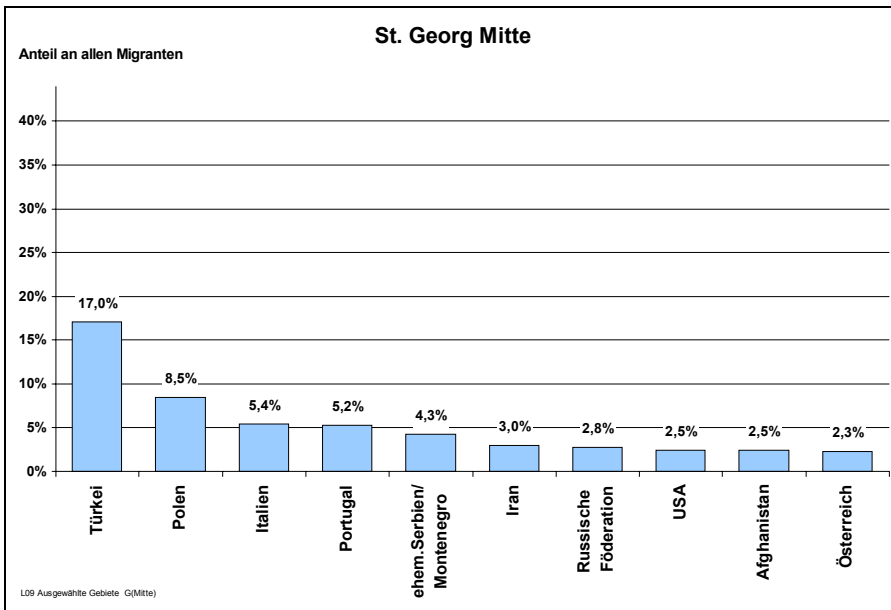
Das Durchschnittseinkommen der Einwohner des Gebietes ist in den vergangenen Jahren durch die Zuwanderung einkommensstärkerer Haushalte deutlich gestiegen. 2004 lagen die Einkünfte der steuerpflichtigen Einwohner pro Person bei 30.353 Euro (im Bezirk dagegen waren es nur 22.665 Euro). Auch der Anteil von Kindern unter 15 Jahren, die im SGB-II-Bezug geführt werden, liegt im Vergleich zum Bezirk Hamburg-Mitte niedriger.²⁷ Insgesamt leben in dem Gebiet relativ viele ältere Menschen, Singles und wenige Kinder.

Von den ca. 10.000 Einwohnern in St. Georg haben noch 37,8 Prozent einen Migrationshintergrund. Die Zahl der Bewohner mit ausländischem Pass hat sich von 1994 bis heute halbiert. Dies ist zum einen mit der Schließung von Unterkünften für Asylbewerber und Flüchtlingsfamilien zu erklären, zum anderen mit der erleichterten Einbürgerungsmöglichkeit und zum dritten mit dem Wegzug - vor allem türkischer Familien - aus dem Stadtteil. Dennoch stellt die türkische Bevölkerungsgruppe mit 17 Prozent die stärkste Migrantengruppe. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist mit rund 53 Prozent deutlich geringer als im Bezirk Hamburg-Mitte und nimmt ab, je jünger die Altersgruppe ist, d. h., die Zahl der migrantischen Haushalte mit Kindern nimmt im Verhältnis zu den deutschen ab.

²⁶ MieterJournal, Zeitschrift des Mietervereins zu Hamburg. Stadtporträt St. Georg. Ausgabe 2/2009, S. 8 und Bezirksamt Hamburg-Mitte (2010): Situationsanalyse St. Georg/Borgfelde, vorgelegt von Anne Pelzer.

²⁷ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord) (2010): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen, in: Statistik informiert Spezial, August 2010.

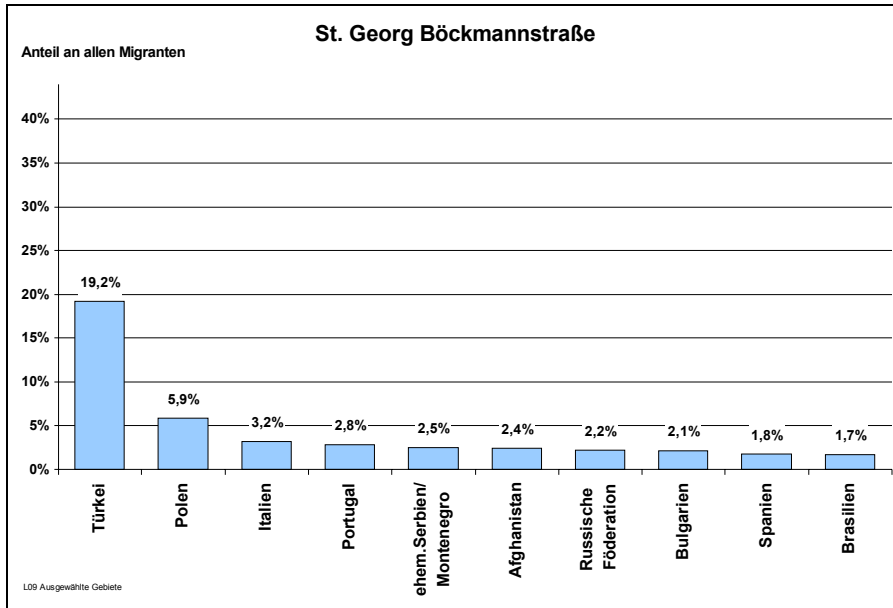
Abbildung 2.4²⁸



Im Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte unterscheidet sich die migrantische Bevölkerung hinsichtlich der Herkunftsländer deutlich sowohl vom Bezirk Hamburg-Mitte als auch von der Gesamtstadt. Die migrantische Bevölkerung des Gebietes ist insgesamt sehr heterogen. Im Sanierungsgebiet Böckmannstraße dagegen leben nach wie vor deutlich mehr Menschen aus der Türkei, hier ist die Abwanderung noch nicht so stark spürbar wie im benachbarten Gebiet.

²⁸ Eigene Berechnungen auf Grundlage von Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig Holstein.

Abbildung 2.5²⁹



Treffpunkte von Migranten sind sowohl die Gemeindehäuser der katholischen Kirche als auch die Moscheen, darüber hinaus das Haus der Jugend und der Kulturladen St. Georg. In St. Georg sind religiöse Institutionen vielfältig vertreten. Hier befinden sich die evangelische Gemeinde St. Georg, der Bischofssitz mit dem St. Marien-Dom, fünfzehn muslimische Moscheen und andere Gebetsstätten. Die Heinrich-Wolgast-Schule ist seit fünf Jahren eine bilinguale Grundschule mit türkisch- und deutschsprachigem Unterricht. Sie wird sehr stark auch von türkischen Kindern aus anderen Stadtteilen frequentiert.

2.1.3 Phoenix-Viertel

Das Sanierungsgebiet Phoenix-Viertel ist ein gründerzeitliches Arbeiterviertel im Zentrum des Bezirks Harburg direkt hinter dem S-Bahnhof und dem neu entstandenen Einkaufszentrum, das den Stadtteilbewohnern alle notwendigen Einkaufsmöglichkeiten bietet. Der Name des Quartiers geht auf die Phoenix-Werke zurück, die in unmittelbarer Nachbarschaft des Quartiers liegen. Jenseits der vierspurigen Straße, die es vom Einkaufszentrum, S-Bahnhof und den Phoenix-Werken trennt, handelt es sich um ein homogen strukturiertes Wohngebiet mit geschlossenen Blockrändern und einem teilweise dichten Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe. Hier sind auch eine Reihe von Kulturvereinen verschiedener Nationalitäten (überwiegend türkische, die in der Regel nur für männliche

²⁹ Eigene Berechnungen auf Grundlage von Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig Holstein.

Mitglieder zugänglich sind) und auffällig viele Spielhallen angesiedelt. Das Viertel hatte Ende der 1990er Jahre durch soziale Entwicklungen und durch eine Verlagerung der Drogenszene in den Bereich des Harburger Bahnhofes ein negatives Image erhalten. In den letzten Jahren hat sich das Image des Viertel etwas gebessert. Die Arbeitslosenrate liegt bei 14 Prozent, wovon 13 Prozent Transferleistungen nach SGB II erhalten.³⁰

Tabelle 2.4

Gebietssteckbrief Fördergebiet Phoenix-Viertel³¹	
Bezirk	Harburg
Stadtteil	Harburg
Quartierstyp	Gründerzeitliches Arbeiterviertel mit 3- bis 4-geschossigen Baublöcken
Gebietsförderung	Sanierungsgebiet (2005 bis 2015)
Größe	ca. 24,1 ha
Bevölkerungszahl	ca. 5.967
Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	47 Prozent
Hauptbezugsländer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	Türkei, Polen, Portugal
Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis unter 65-Jährige)	12,9

Das Wohnviertel ist in seiner Wohn- und Lebensqualität durch modernisierungs- und instandsetzungsbedürftige Wohngebäude beeinträchtigt. Knapp 1.000 der insgesamt etwa 2.500 Wohnungen werden als sanierungsbedürftig eingeschätzt. Die Verbesserung des Wohnstandards bei gleichzeitiger Schaffung eines differenzierten und zeitgemäßen Wohnungsangebotes stellt eine zentrale Aufgabe dar, die die Stadt Hamburg im Rahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung mit dem Sanierungsverfahren von 2005 bis 2015 angehen will. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Neubau der Schule Maretstraße mit dem Bürgerzentrum Feuervogel mit der die soziale, kulturelle, freizeitbezogene Infrastruktur im Viertel gestärkt wird.

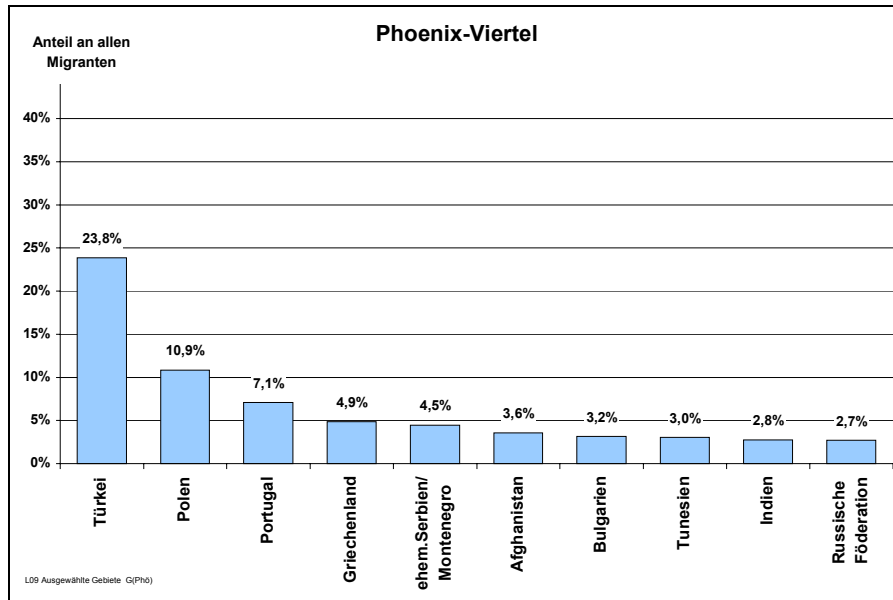
Im Sanierungsgebiet liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund mit 47 Prozent deutlich höher als im Bezirksdurchschnitt. Griechen, Portugiesen und Serben stellen zusammen eine Gruppe von 16,5 Prozent der Migranten. Der Anteil der Migranten an

³⁰ Bezirksamt Harburg (2009): Erneuerungskonzept, 1. Fortschreibung, S. 9.

³¹ FIRU mbh Berlin/isoplan-Marktforschung Saarbrücken (2010): Überleitungsevaluation Integrierte Stadtteilentwicklung Freie und Hansestadt Hamburg./steg (2009): Sanierungsgebiet Harburg S6 "Phoenix-Viertel", Erneuerungskonzept, 1. Fortschreibung.

allen Kindern und Jugendlichen liegt bei über zwei Dritteln, allerdings beträgt der Anteil der Kinder an der Bevölkerung nur etwas mehr als 15 Prozent.³²

Abbildung 2.6³³



Im Phoenix-Viertel leben viele Migranten in überbelegten Wohnungen (zum Teil zehn Personen in vier Zimmern) mit zu hohen Mietpreisen (10 Euro/Quadratmeter). Es gibt jedoch keine Initiativen der Mieter, diesen Zustand zu ändern. In Experteninterviews wurde ausgesagt, sie seien es gewohnt, auf engem Raum zu leben und wollten das auch so beibehalten. Die Kaufpreise steigen zurzeit immens und es gibt Immobilienhändler, die gerade im Phoenix-Viertel Immobilien aufkaufen.³⁴

Ein griechischer und ein türkischer Fußballclub sorgen auf dem Sportplatz für rege Beteiligung. Der griechische Elternverein organisiert 50 Familien, die sich jeden Samstag im Bürgerzentrum Feuervogel treffen, um die griechische Kultur zu pflegen und miteinander zu kommunizieren.³⁵ Es gibt eine große Anzahl von türkischen Kulturvereinen, die nur für Mitglieder zugänglich sind und zum Teil auch für Glücksspiele genutzt werden. Darüber hinaus gibt es noch einen portugiesischen Kulturverein. Die griechisch-orthodoxe Kirche,

³² Statistikamt Nord, eigene Berechnungen 2011.

³³ Eigene Berechnungen auf Grundlage von Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig Holstein.

³⁴ Interview im Sozialraummanagement vom 08.09.2010.

³⁵ Interview mit Migrantin vom 02.03.2011.

200 Meter vom Phoenix-Viertel entfernt, wird von etwa 1.500 Gemeindemitgliedern für ein sehr aktives Gemeindeleben genutzt. Ebenfalls am Rande des Quartiers liegt eine Moschee in der Koopstraße, die dem Bündnis Islamischer Gemeinden (BIG) angehört. Sie wird vor allem von den türkischen Bewohnern des Quartiers aufgesucht und die Kinder aus dem Phoenix-Viertel werden hier im islamischen Glauben bzw. im Koran unterrichtet.³⁶

2.1.4 Weltquartier Wilhelmsburg

Das Weltquartier im Reiherstiegviertel in Wilhelmsburg südlich der Elbe ist eine kleine Wohnsiedlung aus den 1930er Jahren in der Weimarer Straße. Die Häuser sind dreigeschossig, mit großen Freiflächen zwischen den Häuserzeilen. Die insgesamt 820 Wohnungen befinden sich im Besitz des Wohnungsunternehmens SAGA GWG. Der Name Wilhelmsburg galt über Jahrzehnte als Synonym für einen Problemstadtteil. Im Reiherstiegviertel liegt der Anteil der Kinder unter 15 Jahren mit SGB-II-Bezug bei über 50 Prozent.³⁷ Das Reiherstiegviertel ist seit 1960 Einwanderungsgebiet. Damals kamen die ersten Gastarbeiter aus Italien und 1962 nach der großen Sturmflut, die 200 Wilhelmsburgern das Leben kostete, wurden verstärkt Gastarbeiter aus der Türkei angeworben, um im Deichbau zu arbeiten. Das gesamte Quartier Reiherstiegviertel hat ca. 21.000 Bewohner. Davon haben fast 60 Prozent einen Migrationshintergrund, das ist ein höherer Wert als für den gesamten Stadtteil Wilhelmsburg.

³⁶ Steg Hamburg (2010): Phoenix-Viertel - das Magazin zur Sanierung, Ausgaben 3/10 und 6/10.

³⁷ Alle Daten vom Statistikamt Nord zum 31.12.2009.

Tabelle 2.5

Gebietssteckbrief Fördergebiet Weltquartier Wilhelmsburg³⁸	
Bezirk	Hamburg-Mitte
Stadtteil	Wilhelmsburg
Quartierstyp	Wohnsiedlung der 1930er Jahre in dreigeschossiger Zeilenbauweise
Gebietsförderung	Stadtumbaugebiet (2009-2013) IBA-Sonderförderung und EU-Förderung (ESF und EFRE), das Wohngebiet grenzt unmittelbar an das Sanierungsgebiet Reiherstiegviertel an
Größe	10,8 ha, 820 Bestandswohnungen
Bevölkerungszahl	ca. 1.700
Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	57 Prozent
Hauptbezugsländer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	Türkei, Polen, Ghana, Portugal
Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis unter 65-Jährige)	Wilhelmsburg: 11,7 Prozent Anteil der SGB-II-Empfänger im Weltquartier: ca. 17,3 Prozent

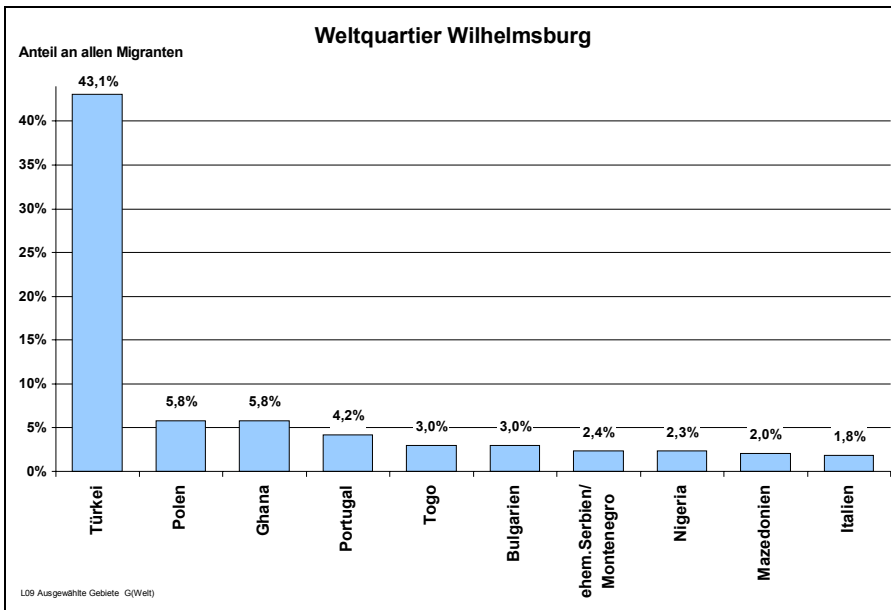
Das Weltquartier, eine Siedlung in der Weimarer Straße, hat in Hamburg den zweithöchsten Migrantenanteil.³⁹ Der Anteil von Kindern und Jugendlichen liegt hier über 70 Prozent, der Anteil aller Kinder an der Gebietsbevölkerung beträgt fast 24 Prozent. Mit einem Anteil von 43 Prozent prägen hier sehr deutlich die türkischen Migranten das Gebiet, daneben bilden die Migranten aus Polen mit 6 Prozent eine nennenswerte Gruppe. Auffällig hoch ist der Anteil der Ghanaer, hinzu kommen Menschen aus Togo und Nigeria, sodass der Anteil der Afrikaner an allen Migranten im Weltquartier bei 11 Prozent liegt.⁴⁰

³⁸ IBA Hamburg GmbH (2007): Interkulturelle Planungswerkstatt, Weltquartier Wilhelmsburg - Ein Leben in der Kosmopolis./superurban (2007): Interkulturelle Planungswerkstatt, Weltquartier Wilhelmsburg, Abschlussbericht im Auftrag der IBA und SAGA GWG.

³⁹ Übertroffen wird er nur von Veddel mit einem Anteil von 70 Prozent.

⁴⁰ Statistikamt Nord, eigene Berechnungen 2011.

Abbildung 2.7⁴¹



Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA), die für den Zeitraum von 2006 bis 2013 in Kooperation mit dem Senat vielfältige Aktivitäten in ganz Wilhelmsburg entwickelt, wurde unter dem Namen "Weltquartier" mit der Sanierung der Siedlung begonnen. Die Umgestaltung des öffentlichen Raumes, private Wohnumfeldmaßnahmen sowie Ordnungsmaßnahmen werden durch die Integrierte Stadtteilentwicklung mit dem Programm Stadtumbau gefördert. Das ambitionierte Ziel heißt: Entwicklung eines Modellprojektes für interkulturelles Wohnen mit angrenzendem Weltgewerbehof, der ein lebendiges Miteinander zwischen ansässiger lokaler Ökonomie und neu zuziehenden Kreativen und selbstständigen Dienstleistern beherbergen soll. Ein Pavillon am Weimarer Platz, der im August eingeweiht wurde und vom türkischen Elternbund mit betrieben wird, nimmt im Konzept Weltquartier einen zentralen Stellenwert für die Kommunikation unter den Bewohnern ein.⁴²

Da das Weltquartier fast ausschließlich aus Wohnungen besteht, ist das Reiherstiegviertel der Bezugsort für die Bewohner, wenn es um die soziale Infrastruktur, die Freizeitgestaltung und Einkaufsmöglichkeiten geht. Das Reiherstiegviertel ist ein lebendiges Quartier mit vielen türkischen Basaren, Bäckereien, Friseuren und anderen Dienst- und Einzelhandelsläden des täglichen Bedarfs rund um den Stübenplatz, der auch täglich als Marktplatz

⁴¹ Eigene Berechnungen auf Grundlage von Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig Holstein.

⁴² Internationale Bauausstellung (2011): Weltgewerbehof.

genutzt wird. Das Reiherstiegviertel hat hier schon länger einiges zu bieten. Kreative und Kunstschaffende mit ungewöhnlichen Ideen und Gestaltungswünschen sind seit Jahren im Quartier aktiv und nutzen Freiräume für ihre Vorhaben. Dadurch ist gerade im Reiherstiegviertel eine "Szene" entstanden, die als Impulsgeber für zukünftige Entwicklungen dienen kann.

Seit den 1980er Jahren werden die meisten Wohnquartiere im Reiherstiegviertel von türkischstämmigen Familien bewohnt. Sie haben sich über viele Jahre eine Infrastruktur aufgebaut, wo es für die Bewältigung des Alltags nicht unbedingt notwendig ist, die deutsche Sprache zu sprechen. Entsprechend viele Wilhelmsburger sprechen kein Deutsch und verständigen sich ausschließlich in ihrer Herkunftssprache, vorwiegend türkisch. Die Bildungssituation ist im Reiherstiegviertel wie in ganz Wilhelmsburg als schlecht zu bezeichnen. Ein hoher Anteil der Schulabgänger verlässt die Schule ohne Abschluss. Es gibt im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt deutlich weniger Abiturienten und einen deutlich größeren Anteil von Schülern mit Hauptschulabschluss. Von den türkischen Jugendlichen verlassen 70 Prozent die Schule ohne Hauptschulabschluss.⁴³

Im Quartier befinden sich vier Moscheen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl islamisch geprägter Kulturvereine. Auf die Initiative der Pastorin von einer der evangelischen Kirchengemeinden in Wilhelmsburg geht der "Interreligiöse Dialogkreis Wilhelmsburg" zurück.⁴⁴ In Kindertagesstätten, Schulen und auch Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind Kinder deutscher Herkunft zur Minderheit geworden, die es zu integrieren gilt. Es wird eine hohe Zahl an Verfügungen von Hilfen zur Erziehung durch die sozialen Dienste registriert, was zeigt, dass viele Familien mit ihrem Erziehungsauftrag überfordert sind.⁴⁵

Seitdem die IBA das Projekt "Sprung über die Elbe", ein Leitprojekt der Strategie "Wachsende Stadt", mit dem Hamburg um Einwohner und Investitionen werben wollte, weiterentwickelte und mit Sanierungsmaßnahmen in großem Stil begann, hat sich der Stadtteil sichtbar verändert. Das Büro für Lokale Wirtschaft bemüht sich gemeinsam mit der IG Reiherstieg, einem Zusammenschluss von Kaufleuten, Geschäftsinhabern und Dienstleistern im Reiherstiegviertel, das Quartier auch für andere Gewerbetreibende und Kreative attraktiv zu machen. Künstlerische Aktivitäten und kreative Impulse/Akzente haben als Baustein der Stadtteilentwicklung in letzter Zeit immer mehr an Bedeutung gewonnen. Inzwischen sind aufgrund der Förderprogramme auch Studierende ins Reiherstiegviertel

⁴³ Interview vom 22.02.2011, 10:45 Uhr.

⁴⁴ Interview vom 18.04.2011.

⁴⁵ HdJ Wilhelmsburg, Konzeptpapier "Der Sozialraum", S. 1.

gezogen. In der Fährstraße hinterlassen die neuen Stadtteilbewohner auch bereits ihre Spuren: Hier gibt es inzwischen einen Tattooladen, die "Kaffeeliebe"⁴⁶ und andere Orte, die eher von den Studenten als von der ursprünglichen türkischen Mehrheitsgesellschaft im Quartier frequentiert werden.

2.1.5 Lohbrügge-Ost

Das Untersuchungsgebiet Lohbrügge-Ost liegt im Südosten Hamburgs im Bezirk Bergedorf in fußläufiger Nähe zur S-Bahn. Damit ist die Lage sowohl mit der Anbindung zur Innenstadt/Hauptbahnhof als auch in die Naherholungsgebiete wie zum Bille-Wanderweg attraktiv für die Bewohner des Stadtteils.

Tabelle 2.6

Gebietssteckbrief Fördergebiet Lohbrügge-Ost ⁴⁷	
Bezirk	Bergedorf
Stadtteil	Lohbrügge
Quartierstyp	Wohnsiedlungen der 60er, 70er und 80er Jahre sowie kleinteiligere, teilweise historisch gewachsene Siedlungsgebiete
Gebietsförderung	Entwicklungsquartier (2007-2014, Aktive Stadtteilentwicklung und RISE)
Größe	ca. 200 ha
Bevölkerungszahl	13.800
Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	31 Prozent
Hauptbezugsländer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	Polen, Russland, Türkei, Kasachstan, Afghanistan
Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis unter 65-Jährige)	8,5 Prozent

Es leben 13.800 Einwohner in einer unterschiedlichen Baustruktur aus mehrgeschossigen Wohnhäusern, Einfamilien- und Hochhäusern im Untersuchungsgebiet. Die Bewohnerschaft ist ebenso heterogen zusammengesetzt wie die Besiedlung des Stadtteils unterschiedlich ist. Für die alteingesessenen eher mittelständischen Bewohner in den Ein- und Mehrfamilienhäusern gilt, was im Integrierten Entwicklungskonzept für Lohbrügge-Ost ausgeführt wird: "Die Menschen scheinen gerne in Lohbrügge-Ost zu leben und mit ihren Wohnhäusern und Straßen überwiegend zufrieden zu sein. Die gewachsene gute Nach-

⁴⁶ Die Kaffeeliebe wurde von einer Frau mit türkischem Migrationshintergrund gegründet.

⁴⁷ Lawaetz-Stiftung (2010): Integriertes Entwicklungskonzept Lohbrügge-Ost./Forum Oldenburg (2010): Bilanzierende Überleitungsevaluation Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung Lohbrügge-Nord.

barschaft und die Nähe zum Zentrum Bergedorfs mit seiner kleinstädtischen Infrastruktur haben bei vielen alteingesessenen Bewohnern eine hohe Identifikation mit Lohbrügge geschaffen."⁴⁸

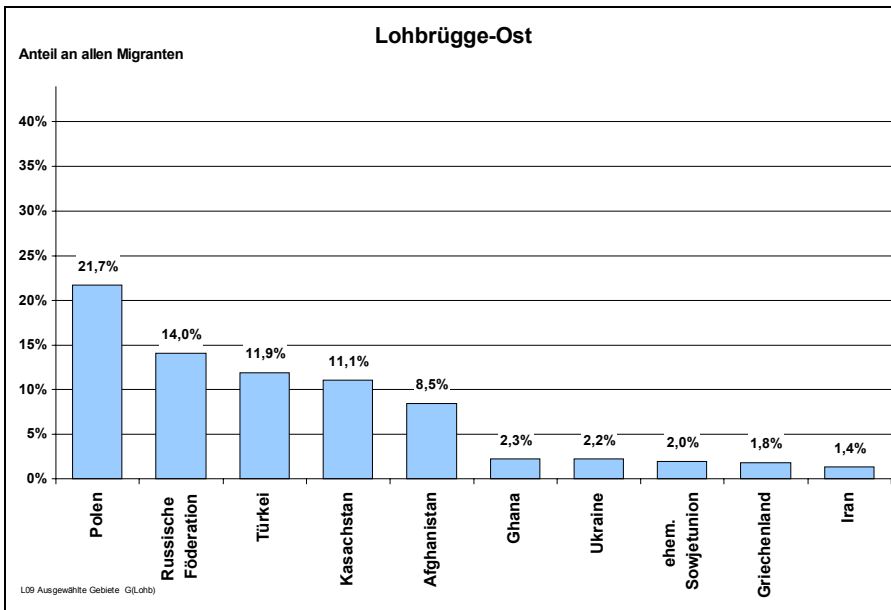
Als sozial belastete Quartiere gelten die Hochhaus-Wohnanlagen Lindwurm, die in den 1960er Jahren errichtet wurde, und der Billebogen, der aus den 1980er Jahren stammt. Viele Bewohner beschwerten sich, dass die Miet- und Nebenkosten steigen. Das Leben in den Hochhäusern findet in relativer Anonymität statt. Im Lindwurm besteht eine Bewohner-AG. Auslöser war ein Auftaktfest des Stadtteilbüros, das von der Lawaetz-Stiftung betrieben wird.

Das zweite Quartier in Lohbrügge-Ost, dem eine besondere Bedeutung im Rahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung zukommt, ist die Hochhausanlage Billebogen. Den größten Anteil der Bewohner stellen hier mit etwa 19,8 Prozent die jungen Menschen unter 18 Jahren, während die älteren Menschen, also die über 65-Jährigen, im Billebogen den geringsten Anteil bilden. In einem Drittel der Haushalte wohnen Kinder. Etwa 50 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben in Armut von den Transferleistungen nach SGB II. In den beiden Problemgebieten Billebogen und Lindwurm lebt also eine sehr hohe Anzahl an arbeitslosen Bewohnern und Empfängern von Transferleistungen. So ist das Einkommensniveau in diesen Quartieren sehr gering und führt dazu, dass sich die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen viel um die alltäglichen Sorgen des Alltags kümmern müssen und die Motivation zu einer sozialen Teilhabe, z. B. in Form von Gremienarbeit im Stadtteilbeirat, entsprechend gering ist.

Der Migrantenanteil in Lohbrügge-Ost liegt bei 31 Prozent, der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund liegt bei 43 Prozent. Die größte Gruppe mit 22 Prozent hat einen polnischen Migrationshintergrund, gefolgt von 14 Prozent aus der Russischen Föderation, zu denen noch 11 Prozent aus Kasachstan und weitere 2 Prozent aus anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion kommen. Dagegen stellen die Migranten aus der Türkei mit 12 Prozent eine geradezu kleine Gruppe dar. Dazu kommt noch eine Gruppe von Migranten aus Afghanistan mit etwa 400 Menschen.

⁴⁸ Lawaetz-Stiftung (2010): a. a. O., S. 8.

Abbildung 2.8⁴⁹



In Lohbrügge-Ost gibt es ein großes Angebot sozialer Einrichtungen für die verschiedenen Zielgruppen, die von den Bewohnern mit Migrationshintergrund viel und gern genutzt werden. So ist das Kinder- und Familienhilfezentrum Lohbrügge (Kifaz) eine wichtige Anlaufstelle für viele Familien mit Migrationshintergrund. Da die Leiterin selbst einen polnischen Migrationshintergrund hat und Russisch spricht, sind diese beiden Bevölkerungsgruppen stark im Kifaz präsent. Aber ebenso für die afghanischen und iranischen Stadtteilbewohner ist das Kifaz eine wichtige Institution.

Wie oben ausgeführt, ist die Bewohnerschaft in Lohbrügge sehr heterogen. Sie verteilt sich auf ein eher wohlhabendes, mehrere kleine mittelständische und zwei benachteiligte Gebiet/e. Es sind die älteren, einkommensstärkere Bewohner deutscher Herkunft, die sich bislang im Sinne bürgerschaftlichen Engagements in Gremien wie dem Stadtteilbeirat Lohbrügge-Ost engagieren, dort auch den Ton angeben und die Diskussionsstruktur und Kultur prägen.

Nachdem Lohbrügge-Nord bereits von 1999 bis 2007 Fördergebiet der "Sozialen" bzw. "Aktiven Stadtteilentwicklung" war und sich seit 2008 in der Nachsorgephase befindet, wurde das Gebiet Lohbrügge-Ost im Jahr 2008 als Entwicklungsquartier in das Programm "Aktive Stadtteilentwicklung (2005 bis 2008)" aufgenommen. Erst seitdem es im Jahr 2009 in das "Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung" übergeleitet wurde, ist

⁴⁹ Eigene Berechnungen auf Grundlage von Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig Holstein.

die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ein Thema der Quartiersentwicklung.⁵⁰

3. Gremien und Strukturen zur Beteiligung von Migranten auf Bezirks- und Landesebene

3.1 Einführung und Stand der Forschung

Wie bereits dargestellt, besitzen Drittstaatsangehörige kein kommunales oder darüber hinausgehendes Wahlrecht in Deutschland und bleiben daher zu großen Teilen vom politischen Willensbildungsprozess ausgeschlossen. Um diesem Demokratiedefizit zu begegnen, haben Kommunen daher Anfang der 1970er Jahre damit begonnen, Ausländer- oder Integrationsbeiräte ins Leben zu rufen, die eine Beteiligung nicht-deutscher Einwohner an kommunalen Entscheidungsprozessen sicherstellen sollen.⁵¹ Bundesweit existieren mittlerweile etwa 400 kommunale Ausländer- oder Integrationsbeiräte.⁵² Die Struktur und die Befugnisse dieser Gremien sind von Kommune zu Kommune unterschiedlich geregelt. Einige Länder haben die Möglichkeit zur Einrichtung eines Ausländerbeirats in der Kommunalverfassung verankert und hierfür Rahmenbedingungen festgelegt. So sind beispielsweise in Nordrhein-Westfalen Gemeinden mit mehr als 5.000 ausländischen Einwohnern verpflichtet, einen Ausländerbeirat einzurichten, der von der nicht-deutschen Bevölkerung gewählt wird.⁵³ Häufig verfügen die Beiräte über eine beratende Funktion, das heißt, dass sie zu bestimmten Themen konsultiert werden und Empfehlungen aussprechen dürfen, in einigen Fällen bestehen auch begrenzte Beteiligungsrechte.

Auf Länderebene wurden seit dem Jahr 2000 ebenfalls Gremien zur Beteiligung von Migranten einberufen. Den Anfang machte das Land Hessen, gefolgt von den Ländern Hamburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Mittlerweile gibt es in neun Bundesländern Integrationsbeiräte oder Integrationsräte. Anfang 2011 wurde auch auf Bundesebene ein Beirat für Integration eingerichtet.

⁵⁰ "Wir denken Migranten/-innen mit, sprechen es an, aber nicht speziell für Migranten/-innen." (vgl. Interview vom 01.04.2011).

⁵¹ Roth, Roland (2009): Integration durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, in: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft - Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen, S. 201.

⁵² Cyrus, Norbert/Vogel, Dita (2008): Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten, University of Oldenburg, POLITIS-Working paper No. 13/2008, www.uni-oldenburg.de/politis-europe/webpublications, S. 33.

⁵³ Ebenda, S. 31.

In Bezug auf die Zusammensetzung der Gremien hat über die Jahre hinweg eine Entwicklung stattgefunden. Während in der Anfangszeit mit der Einrichtung von Ausländerbeiräten oftmals der Anspruch verbunden wurde, repräsentative Gremien für die ausländische Bevölkerung zu schaffen und somit einen Ersatz für das fehlende Wahlrecht zu gewährleisten, führten die Kritik an fehlenden Beschlussrechten und die niedrige Wahlbeteiligung unter der ausländischen Bevölkerung immer mehr zu der Erkenntnis, dass die Ausländerbeiräte diesem Anspruch nicht gerecht werden konnten und es fand in mehreren Ländern und Kommunen ein Umdenken statt.⁵⁴ So wurde in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2004 eine Experimentierklausel eingeführt, die es ermöglichte, auch Zuwanderer mit Wahlrecht (EU-Bürger und Spätaussiedler) sowie gewählte und stimmberechtigte Ratsmitglieder in die Gremien einzubeziehen.⁵⁵ Hierdurch sollten eine Anbindung an die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse gewährleistet und die Entscheidungskompetenzen der Gremien gestärkt werden.

Dieses Umdenken zeigte sich auch an der Namensgebung, in mehreren Kommunen wurden die Ausländerbeiräte zu Migrations- oder Integrationsräten/-beiräten umbenannt. Doch nicht immer ging diese Namensänderung mit einer Änderung der Strukturen oder Erweiterung der Entscheidungsbefugnisse einher. So besteht auch heute noch eine sehr große Heterogenität unter den kommunalen Beteiligungsgremien. Unterschiede bestehen insbesondere in Bezug auf die Art der Benennung (Wahl oder Berufung) und Zusammensetzung der Mitglieder sowie in Bezug auf die Mitsprache- und Entscheidungsrechte der Gremien. Eine übergreifende Untersuchung zu den Einflussmöglichkeiten der verschiedenen Gremien liegt allerdings noch nicht vor.

Cyrus und Vogel weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei der Einrichtung der Gremien darauf geachtet werden müsse, welche normativen, funktionalen und symbolischen Ziele realistisch sind. Aus ihrer Sicht können Gremien dieser Art insbesondere als Konsultationsgremien fungieren. Sie plädieren für eine strikte Unterscheidung der Maßnahmen zur Stärkung der politischen Legitimation durch politische Partizipation, die nur über eine gleichberechtigte Einbeziehung, wie ein grundsätzliches kommunales Ausländerwahlrecht oder Anspruchseinbürgerung, hergestellt werden könne, und der Stärkung der funktionalen Dimension durch Einbeziehung von ausländischen und deutschen Zuwanderern als sachkundige Bürger in Entscheidungsprozesse, um die Problemanzeige und Interessenvermittlung in diesem Prozess sicherzustellen.⁵⁶

⁵⁴ Beispielsweise lag im Jahr 2004 die Beteiligung bei Wahlen zu kommunalen Ausländerbeiräten in Nordrhein-Westfalen bei durchschnittlich 11,4 Prozent (Roth (2009): a. a. O. S. 201).

⁵⁵ Cyrus/Vogel (2008): a. a. O.

⁵⁶ Ebenda, S. 34.

3.2 Integrationspolitische Beteiligungsstrukturen auf Landesebene

In Hamburg liegt die Zuständigkeit für Integrationspolitik bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI). Das Amt der Ausländerbeauftragten wurde im Jahr 2002 von der damaligen Koalition von CDU, FDP und Schill-Partei abgeschafft.

Im Jahr 2008 wurde unter der damaligen Koalition von CDU und GAL die Leitstelle Integration und Zivilgesellschaft (LIZ) eingerichtet, die bei der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) angesiedelt war. Sie nahm die fachbehördlichen und behördenübergreifenden Aufgaben in den Bereichen Integration von Zuwanderern, bürgerschaftliches Engagement und Opferschutz wahr und war für den Dialog mit den Migrantenorganisationen zuständig. Zur Förderung der Integration von Zuwanderern steuerte und koordinierte sie die Umsetzung und Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes zur Integration von Zuwanderern, unterstützte den Integrationsbeirat und informierte Zuwanderer über bestehende Beratungs- und Förderangebote. Nach der Neuwahl im Frühjahr 2011 wurde die Leitstelle aufgelöst und die Mitarbeiter in das Amt für Arbeit und Integration in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) überführt.

Das Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern, das im Dezember 2006 vom Hamburger Senat beschlossen wurde, enthält kein eigenes Kapitel zur politischen Partizipation von Migranten. Allerdings wird im Kapitel zur Steuerung der Integrationspolitik darauf verwiesen, dass der Integrationsbeirat an der Erarbeitung und Fortschreibung des Handlungskonzeptes beteiligt wurde und weiterhin zu beteiligen ist.⁵⁷ Der neu gewählte SPD-Senat hat angekündigt, in der laufenden Legislaturperiode eine Fortschreibung und Neuausrichtung des Handlungskonzeptes vorzunehmen. Schwerpunkte sollen dabei die Handlungsfelder Sprachförderung, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt sowie Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und von Organisationen, in denen sich Migranten engagieren, bilden.

Struktur, Aufgaben und Zusammensetzung des Hamburger Integrationsbeirats

Der Hamburger Integrationsbeirat wurde im Jahr 2002 von der damaligen CDU-FDP-Schill-Koalition ins Leben gerufen. Ziel war es, ein Gremium zur Beratung und zum Austausch integrationspolitischer Themen unter der Beteiligung von in Hamburg lebenden Zuwanderern zu schaffen. Die Mitglieder des ersten Integrationsbeirats wurden vom Senat direkt benannt und setzten sich aus 45 berufenen Mitgliedern zusammen, darunter 18

⁵⁷ Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (2007): Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern, Hamburg, S. 46.

mit erkennbarem Migrationshintergrund.⁵⁸ Den Vorsitz hat der Sozialsenator inne. Nach der Wahl im Jahr 2004 wurde der Integrationsbeirat von dem CDU-Senat neu einberufen. In dem neu einberufenen Integrationsbeirat waren im Jahr 2005 49 Mitglieder, darunter 23 mit erkennbarem Migrationshintergrund, vertreten. Das Gremium sollte die Arbeit des ersten Integrationsbeirates fortsetzen. Im Zuge der Erstellung des Handlungskonzeptes zur Integration erfolgte eine Einbindung des Integrationsbeirates durch den Einsatz von themenbezogenen Arbeitsgruppen, in denen eine Bestandsaufnahme der Integrationspolitik in Hamburg vorgenommen wurde.

Im Jahr 2008 wurde der Beirat unter der CDU-GAL-Koalition neu konstituiert. Seitdem wird ein Teil der Mitglieder von Migrantenorganisationen gewählt. Dem Integrationsbeirat für die 19. Legislaturperiode unter Vorsitz von Sozialsenator Dietrich Wersich gehörten insgesamt 70 Mitglieder an, die sich in folgende Gruppen untergliedern:

- 19 von Migrantenorganisationen gewählte Mitglieder mit Migrationshintergrund, davon vier Vertreter für die Europäische Union, jeweils drei Vertreter für die Türkei und Asien (ohne Türkei), zwei Vertreter für Europa (ohne die Europäische Union und ohne die Türkei) und Afrika und jeweils ein Vertreter für Amerika und Ozeanien sowie drei Spätaussiedler,
- 38 Vertreter von Organisationen und Institutionen diverser Handlungsfelder (u. a. Politik, Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Kultur und Religion), die vom Präses der Sozialbehörde berufen worden sind,
- 13 assoziierte Mitglieder ohne Stimmrecht von Fachbehörden und der sieben Bezirksverwaltungen.

Die Wahlordnung für den Integrationsbeirat sah vor, dass sich für die Wahl alle in Hamburg ansässigen Migrantenorganisationen akkreditieren lassen können, bei denen es sich "um einen eingetragenen Verein oder Verband handelt, der sich satzungsgemäß speziell für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzt und im Vorstand (auch) von Menschen mit Migrationshintergrund geleitet wird."⁵⁹ Gewählt werden konnte jede Person mit Migrationshintergrund, die ihren Wohnsitz in Hamburg hat und die von einer wahlberechtigten Organisationen für eine der Regionen vorgeschlagen wird. Die Anzahl

⁵⁸ Der Migrationshintergrund der berufenen und assoziierten Mitglieder wurde anhand einer Analyse der Namen und Institutionen sowie zusätzlicher Recherchen ermittelt. Es ist nicht jedoch nicht auszuschließen, dass weitere Mitglieder einen Migrationshintergrund haben, der auf Grundlage dieser Recherchen nicht erkennbar wurde.

⁵⁹ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz: Wahlordnung für den Integrationsbeirat, S. 2, <http://www.hamburg.de/arbeitsweise/>.

der Sitze der Regionen orientierte sich am Anteil der Hamburger Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Um Migrantenorganisationen dafür zu gewinnen, sich an der Wahl des Integrationsbeirates zu beteiligen, hat die ehemalige Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft alle ihr bekannten Migrantenorganisationen angeschrieben und für eine Beteiligung geworben. Darüber hinaus wurden einzelne Personen mit Migrationshintergrund von der Sozialbehörde auch persönlich angesprochen und gefragt, ob sie sich vorstellen könnten, für den Integrationsbeirat zu kandidieren.

Für die Wahl im Jahr 2008 hatten sich insgesamt 104 Migrantenorganisationen für das Wahlverfahren akkreditieren lassen und 48 Kandidatenvorschläge unterbreitet. Von diesen haben 94 Vereine und Verbände ihre Stimme abgegeben. Neben den 19 von Migrantenorganisationen gewählten Vertretern haben 13 der im Jahr 2008 berufenen Mitglieder und eines der assoziierten Mitglieder einen erkennbaren Migrationshintergrund, somit setzte sich das Gremium insgesamt etwa zur Hälfte aus Mitgliedern mit und ohne Migrationshintergrund zusammen.

Nach der Geschäftsordnung von 2008 hatte der Integrationsbeirat folgende Aufgaben und Rechte:⁶⁰

- die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und den Hamburger Senat zu integrationspolitischen Fragen konstruktiv und kritisch zu beraten, die Umsetzung des Hamburger Handlungskonzeptes zur Integration von Zuwanderern kritisch zu begleiten und an der Fortentwicklung mitzuwirken,
- zu integrationsbezogenen Themen und Vorhaben Stellungnahmen abzugeben,
- Vorschläge für die Besetzung von Gremien der Hamburger Verwaltung mit Personen mit Migrationshintergrund zu machen,
- auf Grundlage von Informationen über Entscheidungen der Lenkungsgruppe zur Steuerung der Umsetzung des Handlungskonzeptes zur Integration von Zuwanderern Vorschläge zur Umsetzung und Fortentwicklung des Handlungskonzeptes zu unterbreiten,
- als "Integrationsmultiplikator" in alle Bereiche der Gesellschaft zu wirken, indem die Mitglieder in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen aktiv zur Integrationsförderung beitragen.

⁶⁰ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz: Geschäftsordnung des Integrationsbeirats - Aufgaben, Zusammensetzung, Arbeitsweise, S. 2, <http://www.hamburg.de/arbeitsweise/>.

Der Beirat war beschlussfähig, wenn außer dem Vorsitzenden mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend war. Eine Beschlussfassung war nur im Konsens der Mitglieder möglich. Kam ein Beschluss nicht zustande, konnten Mehrheits- und Minderheitsvoten dokumentiert und in Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht werden.

Der Beirat kam mindestens zweimal im Jahr zusammen. Neben den Plenumsitzungen wurden drei Themenforen eingerichtet, die vertiefte Diskussionen zu einzelnen Handlungsfeldern ermöglichen sollten. Diese widmeten sich den Themenfeldern gleichberechtigte Teilhabe (Forum I), Bildung, Ausbildung, Arbeit (Forum II) und Zusammenleben in der Stadt (Forum III).

Nach der Bürgerschaftswahl im Februar 2011 muss der Integrationsbeirat neu konstituiert werden. Der neu eingesetzte Senat hat bereits angekündigt, dass er die Arbeit des Integrationsbeirates fortsetzen möchte und dabei den Ergebnissen eine höhere Verbindlichkeit zumessen möchte. Nach Auskunft von Mitarbeiterinnen des zuständigen Fachreferats fand zur Vorbereitung der neuen Geschäftsordnung bereits ein Gespräch des Integrationsssenators mit den im ehemaligen Integrationsbeirat vertretenen Migrantenorganisationen statt. Die Vertreter der Migrantenorganisation erhielten bei diesem Gespräch die Möglichkeit, ihre Einschätzung zum Aufbau und zu Arbeitsweisen des Beirates zu äußern. Darauf aufbauend werden derzeit die Struktur und Arbeitsgrundlagen des neuen Beirates erarbeitet.

Aktivitäten des Integrationsbeirates und Teilnahmeverhalten der Mitglieder⁶¹

In den Jahren 2008 bis 2010 befasste sich der Integrationsbeirat insbesondere mit den Themen Förderung von Einbürgerungen, interkulturelle Kompetenz und Vielfalt in Verwaltung und Unternehmen, berufliche Integration von Migranten, der Hamburger Schulreform sowie Partizipation vor Ort und ehrenamtliches Engagement. Hierzu führte der Integrationsbeirat verschiedene Aktivitäten durch:

- Eines der ersten großen Themen des Integrationsbeirates der 19. Legislaturperiode stellte die Förderung von Einbürgerungen dar. Der Integrationsbeirat begrüßte im März 2009 in einem Beschluss die Absicht der Innenbehörde, durch Stellenaufstockungen und organisatorische Maßnahmen die Dauer der Einbürgerungsverfahren deutlich zu verkürzen und unterstützte die Senatskampagne zur Förderung der Einbürgerung.

⁶¹ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die 19. Legislaturperiode, die im Frühjahr 2011 endete.

- In einem Beschluss zur Förderung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung forderte der Integrationsbeirat im September 2009 den Senat auf, die Förderung der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten auf allen Hierarchieebenen und in allen Aufgabenbereichen umzusetzen, die Fortbildungen Top-down zu gestalten und die Fortbildungsmittel der Behörden verstärkt für Angebote zur Teamentwicklung, fortführende Supervision und begleitendes Coaching einzusetzen.
- Ein weiterer Beschluss des Integrationsbeirates vom September 2009 bezog sich auf die von der Behörde für Schule und Berufsbildung im Rahmen des Aktionsplans zur Bildungs- und Ausbildungsförderung junger Menschen mit Migrationshintergrund geplanten Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen, die vom Integrationsbeirat begrüßt und unterstützt wurden.
- In einem Beschluss zur beruflichen Integration formulierte der Integrationsbeirat im Mai 2010 Empfehlungen zur Verbesserung der gleichberechtigten Teilhabe von Zuwanderern am Arbeitsmarkt, wie z. B. die Entwicklung von Standards für adressatengerechte Kompetenzfeststellungsverfahren, eine stärkere Beteiligung von Betrieben und Verwaltungen bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und die Erleichterung der Teilnahme an Sprachförderungsmaßnahmen für Beschäftigte mit unzureichenden Deutschkenntnissen seitens der Unternehmen.
- Ebenfalls im Mai 2010 verabschiedete der Integrationsbeirat einen Beschluss zur Förderung der Beteiligung vor Ort. Darin forderte er die Senatskommission Integrierte Stadtentwicklung auf, in die Anforderungsprofile für Sanierungsträger und Quartiersentwickler das Merkmal interkulturelle Kompetenz aufzunehmen, von Gebietsentwicklern regelhaft die verbindliche Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen zu erwarten und bei Programmentscheidungen und Programmevaluationen darauf zu achten, dass Beteiligungsprojekte durchgeführt werden, die ortsansässige Migrantengruppen einbeziehen.
- Bei der Sitzung im Mai 2010 stand anlässlich des im Juni anstehenden Volksentscheides als ein weiteres Thema die geplante Primarschulreform auf der Tagesordnung. Diese wurde von den Mitgliedern intensiv diskutiert. Da zu dieser Frage kein einvernehmlicher Konsens gefunden werden konnte, kam es zu keiner formalen Beschlussfassung. Eine große Anzahl von Mitgliedern unterzeichnete aber am Rande der Sitzung eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich für die Umsetzung der geplanten Schulreform aussprachen und an die Bürger appellierten, am Volksentscheid teilzunehmen und für die Schulreform zu stimmen.

- Im Forum II wurden zudem zwei Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich vertiefend mit einzelnen Themen beschäftigten. Die Arbeitsgruppe "passgenaue Angebote" legte im Mai 2010 zu den Themen Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, Förder- und Eingliederungsinstrumente sowie Übergang von Schule/Beruf drei Abschlusspapiere vor, die eine Problemdarstellung und Handlungsansätze beinhalteten. In der Arbeitsgruppe "Eltern stärken" wurde Anfang 2011 eine Beschlussvorlage für den Integrationsbeirat vorbereitet, in der verschiedene Ansätze und Aktivitäten zur Weiterentwicklung von Bildungseinrichtungen und zur Stärkung der Zusammenarbeit mit den Eltern empfohlen werden.

Zum Teilnahmeverhalten der Mitglieder an den Gremiensitzungen wurde den Verfassern dieser Studie von dem zuständigen Fachreferat eine Übersicht für den Zeitraum von September 2009 bis Oktober 2010 zur Verfügung gestellt.⁶² In diesem Zeitraum fanden insgesamt acht Gremiensitzungen statt: Neben zwei Plenarsitzungen kam das Forum II zweimal zusammen und die Foren I und III tagten jeweils einmal gesondert und zweimal zu gemeinsamen Sitzungen. Während die beiden Plenarsitzungen von mindestens der Hälfte der Mitglieder besucht wurden, lag der Anteil der teilnehmenden Mitglieder bei den Foren zwischen 15 und 25 Prozent. Wie an der Übersicht in Tabelle 3.1 zu erkennen ist, liegt der Anteil der Teilnehmer mit Migrationshintergrund jeweils bei mindestens 40 Prozent. Besonders hoch ist die Beteiligung von Migranten bei den Sitzungen des Forums II, in dem die Themen Bildung, Ausbildung und Arbeit behandelt werden. Hieran wird deutlich, dass die beteiligten Migranten den Handlungsfeldern Bildung, Ausbildung und Arbeit eine besonders große Bedeutung für die Integration von Migranten beimessen.

⁶² Für die Sitzungen ab November 2010 stehen den Verfassern dieser Studie keine Angaben zum Teilnahmeverhalten der Mitglieder zur Verfügung.

Tabelle 3.1

Teilnahmeverhalten der Mitglieder des Hamburger Integrationsbeirates September 2009 bis Oktober 2010									
Gremien	Integrationsbeirat (Stand Okt. 2010)	Plenum		Forum I	Forum II		Forum III	Gemeinsame Sitzungen: Forum I, III	
		Sept. 09	Mai 10	Feb. 10	Apr. 10	Aug. 10	März 10	Apr. 10	Juni 10
Anzahl der Mitglieder	70	44	35	10	14	17	19	15	12
Anzahl der Mitglieder mit Migrationshintergrund (davon gewählt)	31 (19)	21 (13)	18 (11)	4 (3)	9 (3)	11 (4)	8 (6)	6 (4)	6 (5)
Anteil der Mitglieder mit Migrationshintergrund ⁶³	44%	48%	51%	40%	64%	65%	42%	40%	50%
Quelle: Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft									

Weiterverfolgung der Beschlüsse des Integrationsbeirates durch die Behörden

Die Beschlüsse des Integrationsbeirates richten sich an unterschiedliche Akteure aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die jeweils für die Umsetzung der Beschlüsse zuständig sind. Das zuständige Fachreferat sah es zwar als seine Aufgabe an, die Umsetzung der Beschlüsse in den Landesbehörden sicherzustellen, allerdings gab es bisher noch kein verbindliches Verfahren, nach dem die Umsetzung und deren Überprüfung geregelt waren. Im Folgenden wird anhand von einzelnen Beispielen aufgezeigt, wie mit den Beschlüssen des Integrationsbeirates weiter verfahren wurde:

- Die Umsetzung des Beschlusses zur Förderung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung erfolgt durch das Zentrum für Aus- und Fortbildung, das zum Personalamt des Landes Hamburg gehört. Das Personalamt hatte bereits im Vorfeld des Beschlusses damit begonnen, Aktivitäten zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung durchzuführen (siehe Kapitel 9), und war daher auf den Integrationsbeirat zugegangen, um dort die durchgeführten Maßnahmen zu präsentieren. Nach Auskunft der Leiterin des Zentrums für Aus- und Fortbildung war der Beschluss des Integrationsbeirates für den Personalbereich hilfreich, um die Bedeutung des Themas hervorzuheben und die angestoßenen Aktivitäten fortzusetzen. Die Präsentation im Integrationsbeirat habe zudem zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit einzelnen Mitgliedern des Integrationsbeirates geführt. Zur Umsetzung der Empfehlungen des Integrationsbeirates hat das Zentrum

⁶³ Eigene Berechnungen (siehe Fußnote 58).

für Aus- und Fortbildung drei Workshops veranstaltet, an dem auch drei Mitglieder des Integrationsbeirates teilnahmen. Die Workshops dienten dazu, Beispiele für interkulturelle Konfliktsituationen zu erarbeiten, die von der Verwaltung genutzt werden können. Nach Auskunft der Leiterin würden diese auch schon im Rahmen der Auswahlverfahren Anwendung finden. Um das Thema Förderung der interkulturellen Kompetenz in den Behörden und Ämtern deutlicher strategisch zu verankern, haben das Zentrum für Aus- und Fortbildung und die Leistelle für Integration und Zivilgesellschaft für 2010 vereinbart, eine Strategie für einen Top-down-Prozess zu entwickeln.⁶⁴ Ergebnisse hierzu liegen noch nicht vor.

- Für die Umsetzung des Beschlusses zur beruflichen Integration sind verschiedene Behörden zuständig, da hiervon die Bereiche Arbeit, Berufsbildung und Sprachförderung betroffen sind. Nach Auskunft eines Mitarbeiters der Behörde für Arbeit sei ein Problem in Bezug auf die Umsetzung der Empfehlungen des Integrationsbeirates, dass diese noch nicht ausreichend operationalisiert worden seien und somit in einigen Bereichen zunächst noch Konkretisierungen vorgenommen werden müssten, bevor eine konkrete Umsetzung erfolgen könne.⁶⁵ So sei beispielsweise noch unklar, wie die Entwicklung von Standards für adressatengerechte Kompetenzfeststellungsverfahren genau aussehen könnte. Diesbezüglich finde zwar eine Abstimmung mit dem Job Center und der Arbeitsagentur statt, eine konkrete Umsetzung der Empfehlung habe es daher aber noch nicht gegeben.
- Der Beschluss zur Förderung der Beteiligung vor Ort wurde am 30.06.2010 von der Senatskommission für Integrierte Stadtteilentwicklung aufgegriffen. Die Bezirke wurden damit beauftragt, das Merkmal interkulturelle Kompetenz in die Anforderungsprofile für Sanierungsträger und Quartiersentwickler aufzunehmen und von Gebietsentwicklern regelhaft die verbindliche Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen zu erwarten. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt erhielt den Auftrag, bei Programmentscheidungen und Programmevaluationen darauf zu achten, dass Beteiligungsprojekte durchgeführt werden, die ortsansässige Migrantengruppen einbeziehen. In den Gesprächen, die im Rahmen dieser Untersuchung in den Bezirken und Gebieten geführt wurden, wurden noch keine Auswirkungen des Beschlusses erkennbar. Somit scheint die Umsetzung zwar gewollt, aber noch nicht praktisch vollzogen zu sein.

⁶⁴ Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (2010): Personalmanagementbericht 2010, Hamburg, S. 57.

⁶⁵ Telefonisches Interview am 6. Juni 2011.

Einschätzungen zum Integrationsbeirat aus Sicht der beteiligten Migranten

Im Rahmen der Untersuchung wurden sechs gewählte und zwei berufene Mitglieder mit Migrationshintergrund ausführlich zu ihren Erfahrungen und Einschätzungen zum Hamburger Integrationsbeirat befragt.⁶⁶ Grundsätzlich wurde von allen befragten Mitgliedern die Möglichkeit zur Beteiligung im Integrationsbeirat begrüßt. Allerdings variieren die Einschätzungen in Bezug auf die Bewertung der Arbeit des Integrationsbeirates und die Einflussmöglichkeiten, die eine Mitwirkung in diesem Gremium geboten hat. Im Folgenden werden die Vor- und Nachteile, die die Gremienarbeit aus Sicht der befragten Migranten mit sich brachte, zusammenfassend dargestellt.

Einige der befragten Migrantenveterer äußerten in den Gesprächen eine deutliche Kritik an den Strukturen des ehemaligen Integrationsbeirates, da diese eine politische Einflussnahme verhindern würden. *"Dem Integrationsbeirat fehlen die Mittel, um seiner Aufgabe, den Senat zu beraten, gerecht zu werden."*⁶⁷ Die fehlende politische Einflussmöglichkeit sei u. a. dadurch bedingt gewesen, dass das Gremium nur einstimmige Beschlüsse fassen konnte. So wird in einem Gespräch darauf verwiesen, dass ein Beschluss zur Primarschulreform, für den sich die Mehrheit der Mitglieder ausgesprochen habe, nicht zu Stande kam. Hierdurch habe sich der Integrationsbeirat im Vorfeld des Volksentscheides öffentlich nicht klar positionieren können, obwohl es sich um ein integrationspolitisch sehr relevantes Thema gehandelt habe. Von einem anderen Mitglied wurde darauf verwiesen, dass die Unterordnung des Gremiums unter den Senator für Soziales verhindert habe, dass das Gremium frei und unabhängig arbeiten könne. Dieses Mitglied hatte das Gefühl, Entscheidungen der Sozialbehörde lediglich "abnicken" zu dürfen.

Weitere Kritik bezog sich darauf, dass der Beirat über keine eigenen Mittel verfüge und insgesamt zu groß gewesen sei, um effektiv arbeiten zu können. Darüber hinaus wurde bemängelt, dass die Beteiligung der Migrantenveterer hierbei lediglich auf ehrenamtlicher Basis erfolge, während unter den hauptamtlichen Mitarbeitern in den Behörden und Institutionen insbesondere auf höherer Ebene kaum Migranten vertreten seien.

Bei anderen befragten Migrantenveterern besteht eine deutlich positivere Sichtweise. So wurde in einigen Gesprächen darauf verwiesen, dass durch die Mitwirkung im Integrationsbeirat die Möglichkeit bestünde, eigene Themen einzubringen und bei den Behörden Gehör zu finden. Einige der befragten Mitglieder brachten deutlich zum Ausdruck, dass

⁶⁶ Interview vom 14.12.2010, 17 Uhr; Interview vom 03.03.2011, 10:45 Uhr; Interview vom 08.02.2011, 10.30 Uhr; Interview vom 14.12.2010, 11 Uhr; Interview vom 08.02.2011, 12 Uhr; Interview vom 07.02.2011, 14:30 Uhr; Interview vom 01.03.2011, 10:30 Uhr; Interview vom 09.02.2011, 13 Uhr.

⁶⁷ Interview vom 14.12.2010, 17 Uhr.

sie sich durch die Beteiligung im Integrationsbeirat anerkannt und ernst genommen fühlten. So habe insbesondere durch die Arbeit in den thematischen Foren die Möglichkeit bestanden, sich bei bestimmten Themen gezielt einzubringen. Darüber hinaus wurde in mehreren Gesprächen deutlich, dass die Zusammenarbeit mit der ehemaligen Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft überwiegend als fruchtbar empfunden wurde und einzelne Aktivitäten der Sozialbehörde, wie die Einbürgerungskampagne oder die Aktionstage "Nachbarschaft verbindet", die in diesem Zusammenhang stattgefunden haben, auf viel Zustimmung stießen. So ging von der Einbürgerungskampagne auch auf einige Beiratsmitglieder eine Signalwirkung aus: *"Die haben gesagt, wir sollen alle Hamburger sein, das hat mir gut gefallen."*⁶⁸

Positiv wahrgenommen wurde zudem, dass die gemeinsame Arbeit im Integrationsbeirat neue oder intensivere Kontakte zwischen den Migranten auf der einen Seite und den Behördenvertretern sowie Vertretern von zentralen Institutionen auf der anderen Seite mit sich brachte. So berichtete ein Teil der Gesprächspartner, dass durch die Mitwirkung im Integrationsbeirat neue Kontakte zu institutionellen Vertretern, wie z. B. dem Hamburger Sportbund oder der Arbeitsagentur entstanden, die zu weiteren Kooperationen außerhalb des Integrationsbeirates führten. Beispiele für eine Zusammenarbeit sind in diesem Zusammenhang die Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen oder Besuche von institutionellen Vertretern in der jeweiligen migrantischen Community. Darüber hinaus wurden die Kontakte zu den Behördenvertretern zum Teil von den beteiligten Migranten genutzt, um in bilateralen Gesprächen bestimmte Anliegen oder Probleme anzusprechen und somit auf indirektem Wege Einfluss zu nehmen.

Neben der Einbringung von konkreten Anliegen wurde in der Zusammenarbeit mit den politischen und institutionellen Vertretern die Möglichkeit gesehen, generell etwas in den Köpfen der Entscheidungsträger zu verändern. Viele der hauptamtlichen Mitarbeiter hätten selten Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund. Daher könne der Austausch im Integrationsbeirat zu neuen Anstößen und wechselseitigem Lernen führen. *"Wir können im Beirat nichts entscheiden und nicht jeder Vorschlag wird angenommen, aber es gibt eine Facette, dass Homogenität aufgebrochen wird. [...] Aber wir sollten zu dem Schritt kommen, dass wir das nicht brauchen, weil Menschen mit Migrationshintergrund in unterschiedlichen Ebenen in Politik und Verwaltung partizipieren."*⁶⁹

Aus den Gesprächen mit den Beiratsmitgliedern mit Migrationshintergrund lässt sich somit grundsätzlich schließen, dass die Möglichkeit zur Beteiligung im Integrationsbeirat aus

⁶⁸ Interview vom 03.03.2011, 10:45 Uhr.

⁶⁹ Interview vom 08.02.2011, 12 Uhr.

Sicht der Migranten insbesondere dazu dient, einen Austausch zwischen Entscheidungsträgern und Migranten herzustellen oder zu intensivieren, was von den meisten begrüßt wird. Indem darauf Wert gelegt wird, dass Migranten aus verschiedenen Herkunftsregionen im Integrationsbeirat vertreten sind, konnte bei einigen Vertretern außerdem das Gefühl der Anerkennung der zugehörigen Migrantencommunity gestärkt werden. Darüber hinaus wird aber auch deutlich, dass die Beteiligung im Integrationsbeirat eine unzureichende Partizipation in Politik und Verwaltung nicht ersetzen kann.

3.3 Integrationspolitische Beteiligungsstrukturen in den Bezirken

Auf Bezirksebene wurde in den letzten Jahren damit begonnen, in den Fachämtern für Sozialraummanagement zusätzliche Stellen für das Handlungsfeld "Integration und kulturelle Vielfalt" zu schaffen. Abhängig vom jeweiligen Bezirk sind die neu eingesetzten Sozialraummanager entweder ausschließlich für die Förderung der Integration oder noch für weitere Themenfelder wie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zuständig. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden die integrationspolitischen Ansätze zur Beteiligung von Migranten von den Bezirken näher beleuchtet, in denen die sechs Untersuchungsgebiete liegen, also von den Bezirken Altona, Bergedorf, Harburg und Mitte. Hierzu wurden Gespräche mit den für Integration zuständigen Sozialraummanagern geführt und Beschlüsse, Konzepte oder vorliegende Entwürfe zur Integrationspolitik ausgewertet. Aufgrund der erst seit kurzem bestehenden Zuständigkeit ist zu berücksichtigen, dass sich viele Aktivitäten der neu eingesetzten Sozialraummanager noch im Aufbau oder in der anfänglichen Umsetzung befinden, weshalb in diesem Zusammenhang größtenteils über Ansätze und Strategien und weniger über die Prozesse und Ergebnisse der Beteiligung berichtet werden kann.

Den Sozialraummanagern der Bezirke steht für integrationspolitische Aktivitäten kein eigenes oder nur ein sehr geringes Budget zur Verfügung. Die Sozialraummanager sind somit dazu gezwungen, eng mit den anderen Fachbehörden, Einrichtungen und Trägern zusammenzuarbeiten, um Aktivitäten zur Förderung der Integration durchzuführen und Integration als Querschnittsziel zu verankern. Demzufolge sehen die für Integration zuständigen Sozialraummanager die Netzwerkarbeit und die Einbringung in Aktivitäten anderer Behörden als eine ihrer Hauptaufgaben an. So verweist der Sozialraummanager des Bezirkes Bergedorf darauf, dass sich die Veranstaltungen seiner Kollegen, wie z. B. Stadtteilwerkstätten, zwar an alle Bewohner mit und ohne Migrationshintergrund richten würden, dass sich aber Migranten oftmals nicht angesprochen fühlen würden und nicht kämen, wenn es keine differenzierte Ansprache gebe. Eine solche differenzierte Ansprache sei auch sehr aufwändig und könne von seinen Kollegen nicht immer geleistet werden.

Daher sieht er es als seine Aufgabe an, einen Zugang zu den verschiedenen Migrantencommunities aufzubauen, um diese dann für die bezirklichen Aktivitäten zu gewinnen.

Auch wenn die Mitarbeiter in den Bezirken ähnliche Zielsetzungen verfolgen, die sich am Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern orientieren, bestehen einige Unterschiede zwischen den Bezirken in Bezug auf die Handlungsansätze und Strategien der Sozialraummanager. Im Folgenden werden die zentralen Ansätze und Strategien zur Förderung der Beteiligung von Migranten in den vier Bezirken dargestellt.

Bezirk Hamburg-Mitte

Der Hamburger Bezirk Mitte war der erste Bezirk, der im Jahr 2004 beschloss, ein Leitbild zur Integrationsarbeit zu entwickeln. Das Leitbild wurde im Jahr 2007 von der Bezirksversammlung verabschiedet. Die im Leitbild formulierten Ziele und Maßnahmen beziehen sich insbesondere auf die Handlungsfelder Sprachförderung, Schule, Ausbildung und Arbeit, Kultur und Religion, Sport und Gesundheit. Das Thema Beteiligung wird in den Vorbemerkungen zu den Zielen und Maßnahmen aufgegriffen: "Durch Einbürgerung werden Menschen mit Migrationshintergrund deutsche Staatsbürger mit weiteren staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten. Aber auch ohne die deutsche Staatsbürgerschaft ist die politische Beteiligung, insbesondere auf kommunaler Ebene möglich und wichtig. Durch politische Beteiligung in Form aktiver Vertretung in Gremien und auf kommunaler Ebene werden Mitsprachemöglichkeiten eröffnet und Mitverantwortung gefördert."⁷⁰ Als mögliche Maßnahmen werden unter dem Handlungsfeld Kultur und Religion diesbezüglich die Gewinnung von Vertretern mit Migrationshintergrund für die Arbeit in Stadtteil- und Sanierungsbeiräten sowie Vernetzungen im Stadtteil und auf Bezirksebene aufgeführt.⁷¹ Allerdings bleibt unklar, durch welche Ansätze und Strategien die Beteiligung von Migranten in den Gremien und Netzwerken erfolgen soll. Bei den Gesprächen mit Vertretern der Bezirksverwaltung wurde deutlich, dass hierzu auf Stadtteilebene keine konkreten Handlungsstrategien existieren. So zeigte sich beispielsweise bei einem Gespräch mit einem für Quartiersverfahren zuständigen Mitarbeiter des Fachamtes für Stadt- und Landschaftsplanung, dass die Zielsetzungen des Integrationsleitbildes diesbezüglich nicht bekannt waren und die Stärkung der politischen Partizipation von Migranten durch aktive Vertretung in Gremien kein ausdrückliches Ziel des Gebietsbeauftragten darstellt.⁷² Es

⁷⁰ Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Hamburg-Mitte (2007): Leitbild zur Integrationsarbeit im Bezirk Hamburg-Mitte - "Kultur des Dialogs", S. 3.

⁷¹ Ebenda, S. 5.

⁷² Interview vom 14.12.2010, 14 Uhr.

findet zwar ein Austausch mit Migrant*innenorganisationen, wie z. B. mit den in St. Georg ansässigen Moscheevereinen statt, strategische Ansätze zur Stärkung der politischen Beteiligung von Migrant*innen sind aber auf kommunaler Ebene und auf Bezirksebene noch nicht vorhanden.

Zur Umsetzung der Integrationsleitlinien auf Bezirksebene werden seit 2007 regelmäßig Integrationskonferenzen durchgeführt, die sich unter dem Motto "Kultur des Dialogs" gesellschaftspolitisch relevanten Themenstellungen widmen. Da sich die letzten beiden Integrationskonferenzen dem Thema Ausbildung widmeten, fand nach Auskunft der für Integration zuständigen Sozialraummanagerin in diesem Zusammenhang insbesondere eine Zusammenarbeit mit Unternehmer*innen ohne Grenzen und der Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Migrant*innen statt.⁷³ Im Zuge der Bezirksreform im Jahr 2008, bei der der Stadtteil Wilhelmsburg vom Bezirk Harburg zu Mitte wechselte, wurde im Fachamt für Sozialraummanagement eine Stelle für Integration und bürgerschaftliches Engagement eingerichtet. Seitdem befinden sich weitere Ansätze und Strategien zur Förderung der Integration und Beteiligung von Migrant*innen im Aufbau. Im Gespräch mit der Sozialraummanagerin wird deutlich, dass es aus ihrer Sicht zunächst darauf ankommt, Zugänge zu den einzelnen Migrant*innencommunities zu schaffen, Schlüsselpersonen zu identifizieren und Vertrauen aufzubauen. Darauf aufbauend könnten dann weitergehende Aktivitäten zur Beteiligung von Migrant*innen an Gremien oder Netzwerken angegangen werden. Ein neues Format zur Ansprache von Bewohner*innen mit Migrationshintergrund stellen in diesem Zusammenhang Stadtteilspaziergänge dar, bei denen es darum geht, gemeinsam mit den Bewohner*innen zentrale Orte im Stadtteil aufzusuchen, die für Migrant*innen von Bedeutung sind, und gemeinsame Aktivitäten durchzuführen. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen durch lokale Vernetzungen aufgebaut bzw. intensiviert werden. In St. Georg und Borgfelde soll hierfür insbesondere das Bundesprogramm "Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" dazu genutzt werden, eine systematische Zusammenarbeit von lokalen Einrichtungen und Migrant*innenorganisationen aufzubauen. Im Rahmen des Programms soll ein gemeinsamer lokaler Aktionsplan zur Förderung der Vielfalt, Toleranz und Demokratie erstellt werden. Nach Auskunft der Sozialraummanagerin konnten im Zuge der Vorbereitungen bereits eine Reihe von lokalen Akteuren und Migrant*innencommunities als Partner für das Programm gewonnen werden. Dabei hätten sich auch einige neue Kontakte ergeben. So seien beispielsweise auch Vertreter der afrikanischen Community in den vorbereitenden Runden vertreten gewesen, die ansonsten nur schwer zu erreichen sei. Der Zugang sei über eine Kirchengemeinde in Borgfelde entstanden, weshalb das Programmgebiet, das zunächst nur auf St. Georg ausgerichtet war, ausgedehnt wurde und nun auch Borgfelde umfasse. Somit hofft die Sozialraumma-

⁷³ Interview vom 23.02.2011, 10:20 Uhr.

nagerin, mit diesem Programm neue Zugänge zu Migrantengemeinschaften zu schaffen und diese in die Netzwerkstrukturen einzubeziehen.⁷⁴

Bezirk Altona

In Altona wurde im Jahr 2008 im Fachamt für Sozialraummanagement ein Referat für Integration und Partizipation geschaffen. Die Stelle der für Integration zuständigen Sozialraummanagerin wurde von einer Migrantin serbischer Herkunft besetzt. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere die Planung und Umsetzung des Konzeptes zur Integration von Einwanderern in Altona sowie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Die Sozialraummanagerin selbst sieht es als eine ihrer zentralen Aufgaben an, Maßnahmen zu entwickeln oder zu unterstützen, die darauf ausgerichtet sind, Migranten an sozialen, politischen und kulturellen Entwicklungen im Stadtteil teilhaben zu lassen und sie zu eigenen Aktivitäten zu motivieren bzw. sie bei der Umsetzung zu unterstützen.

Im Mai 2010 wurde ein Integrationskonzept von der Bezirksversammlung Altona beschlossen. In dem Konzept werden Ziele und Maßnahmen zu den Handlungsfeldern Bildung und Ausbildung, berufliche Integration, Gesundheitsförderung, Perspektiven von Flüchtlingen, Integration im Stadtteil, Sport, Senioren mit Migrationshintergrund sowie bürgerschaftliches Engagement benannt. Das Thema Partizipation wird an verschiedenen Stellen aufgegriffen. So stellt die Förderung des individuellen bürgerschaftlichen Engagements und die Steigerung politischer Partizipationsmöglichkeiten eines der drei übergreifenden Ziele dar.⁷⁵ Als konkrete Maßnahmen werden im Unterkapitel "Integration im Stadtteil" diesbezüglich u. a. die Einbindung von eingewanderten Menschen als Multiplikatoren in Wohnquartieren, der Ausbau von migrantischen Selbsthilfeorganisationen in den Quartieren, die Beteiligung von Anwohnern, Kindern und Jugendlichen bei der Planung und Gestaltung von öffentlichen Räumen sowie die Förderung lokaler Netzwerke und die Beteiligung von Migrantengemeinschaften aufgeführt.⁷⁶ Bei der Vernetzung auf Stadtteilebene

⁷⁴ Derzeit ist allerdings noch unklar, ob und wie es mit dem Programm in Hamburg-Mitte weitergeht, da sich der ursprünglich vorgesehene Träger weigerte, eine Demokratieerklärung des BMFSFJ zu unterzeichnen, die eine Voraussetzung für die Förderung darstellt. In der Demokratieerklärung soll sich der Träger u. a. dazu verpflichten, dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Der Stadtteilbeirat St. Georg hat daraufhin gefordert, den Passus zur Überprüfung der Partner in der Demokratieerklärung zu streichen, da hierdurch eine offene Zusammenarbeit gefährdet werde. Falls es zu keiner Streichung der Passung durch das BMFSFJ kommt, fordert der Einwohnerverein St. Georg den Hamburger Senat auf, die Kosten für das Programm zu übernehmen (Einwohnerverein St. Georg von 1987 e. V. (Hrsg.) (2011): Der lachende Drache - Stadtteilzeitung für St. Georg, 3/2011).

⁷⁵ Bezirksamt Altona (2011): Integrationskonzept, Hamburg, S. 8.

⁷⁶ Ebenda, S. 25 f.

komme den Stadtteilbüros und dem Quartiersmanagement eine wichtige Funktion zu. In diesem Zusammenhang wird auch auf das Hamburger Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung verwiesen, in das das Thema "Integration in Altona" eingeordnet werden soll.

Die für Integrationsförderung zuständige Sozialraummanagerin verfügt nach eigener Auskunft über gute Kontakte zu Migrantenorganisationen und -communities im Bezirk, die zum Teil auch schon vor ihrem Amtsbeginn bestanden, da sie zuvor in der interkulturellen Elternarbeit tätig war.⁷⁷ Die Kontakte nutzt sie, um die Organisationen auf Möglichkeiten zur Beteiligung aufmerksam zu machen, beispielsweise wenn es um Beteiligungsverfahren zu den Stadtplanungsprojekten "Zukunftsplan Altona" oder zur "Neuen Mitte Altona" geht. *"Ich sage ihnen dann, warum es wichtig ist, sich an den Prozessen zu beteiligen"*.⁷⁸ Die größeren Migrantenorganisationen würden dann auch an den Veranstaltungen teilnehmen. Doch auch zu kleineren Organisationen bestünde ein guter Kontakt. Diese würden sich beispielsweise an die Verwaltung wenden, wenn sie Unterstützung bei der Organisation von Veranstaltungen oder der Suche nach Räumlichkeiten benötigen. Die Sozialraummanagerin versucht den Gruppen behilflich zu sein, indem sie diese mit Einrichtungen oder Initiativen zusammenbringt und/oder ihnen einen Zugang zu Mitteln aus dem Verfügungsfonds verschafft. Die Unterstützung einzelner Migrantengruppen würde wiederum dazu führen, dass sich andere an sie wenden, weshalb die Sozialraummanagerin selbst kein Problem darin sieht, einen Zugang zu den Migrantencommunities zu finden.

Eine weitere Aktivität der Sozialraummanagerin besteht in der Initiierung und Begleitung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Diese erfolgt derzeit insbesondere über die Fortbildung der Mitarbeiter und Führungskräfte. So sollen bis Ende des Jahres alle Mitarbeiter des Dezernats für Soziales, Jugend und Gesundheit fortgebildet werden. Darüber hinaus werden Broschüren des Bezirksamtes in verschiedene Sprachen übersetzt und Schülerpraktika in der Verwaltung ermöglicht. Im Rahmen des Bundesprogramms "Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie", das neben Mitte auch in Altona stattfindet, werden zudem 20 Multiplikatoren aus der Verwaltung und aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe geschult, um Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen zu starten. Das erste Treffen fand bereits statt. Von Seiten der Verwaltung sind u. a. die Gebietsbetreuer an dem Projekt beteiligt, weshalb sich die Sozialraummanagerin durch dieses Projekt generelle Verbesserungen in Bezug auf die Ansätze zur Beteiligung von Migranten im Rahmen der Stadtentwicklung verspricht.

⁷⁷ Interview vom 25.08.2010, 14 Uhr; Interview vom 22.01.2011, 20 Uhr.

⁷⁸ Interview vom 22.01.2011, 20 Uhr.

Um die Beteiligung von Migranten an Quartiersverfahren zu erhöhen, soll zudem eine Information über die Ziele und Inhalte der Gremienarbeit erfolgen. Hierzu möchte die Sozialraummanagerin Schlüsselpersonen mit Migrationshintergrund ansprechen, die schon in Gremien oder Bürgerforen gearbeitet haben oder arbeiten, und die andere Bewohner mit Migrationshintergrund bei gemeinsamen Veranstaltungen darüber informieren können, was Beteiligung bedeutet und was in den Gremien passiert. Derzeit arbeitet das Referat für Integration und Partizipation zudem an Leitlinien für die Beteiligung von Migranten. Nach Auskunft der Sozialraummanagerin soll auf Grundlage der Leitlinien bis 2016 sichergestellt werden, dass in allen Entwicklungsquartieren Maßnahmen etabliert werden, die eine Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund gewährleisten. Wichtige Ansatzpunkte sieht sie in diesem Zusammenhang in der Sicherstellung von interkultureller Kompetenz der Quartiersentwickler, die künftig nachgewiesen werden soll, und in der Schaffung von niedrigschwelligen Zugängen zu Beteiligungsgremien sowie einer zielgruppenadäquaten Ansprache.

Bezirk Bergedorf

Im Bezirk Bergedorf wurde im Jahr 2010 im Fachamt für Sozialraummanagement eine Stelle für Integration und bürgerschaftliches Engagement eingerichtet. Der neu eingesetzte Mitarbeiter mit brasilianischem Migrationshintergrund führte zu Beginn seiner Tätigkeit eine Bestandsaufnahme der Integrationsangebote im Bezirk durch. Ein Ergebnis der Bestandsaufnahme war, dass es im Bezirk bereits eine Reihe an Gremien gab, die eine gute Zusammenarbeit der Träger und Akteure der Integrationsarbeit sicherstellten, an den bestehenden Gremien aber nur wenige Migrantenorganisationen beteiligt waren. Beispielsweise war in der Arbeitsgruppe Integration, in der professionelle Träger der Integrationsarbeit unter der Leitung der Bergedorf-Bille-Stiftung regelmäßig zusammenkommen, zum Zeitpunkt der Erhebung nur eine Migrantenorganisation vertreten (der Hamburger Verein der Deutschen aus Russland). Auf Grundlage der Bestandsaufnahme entwickelte der Sozialraummanager daher ein Strategiepapier, in dem die Stärkung der Selbsthilfepotenziale von Migranten und die Beteiligung von Migranten an Entscheidungsprozessen und Gremien als zentrale Ziele formuliert werden.⁷⁹ Als konkrete Maßnahmen werden in dem Strategiepapier u. a. die Einrichtung eines Internetportals, die Schaffung eines Forums für interkulturellen Dialog sowie die Verortung von Integration und Vielfalt bei öffentlichen Veranstaltungen benannt. In dem Strategiepapier wird zudem auf das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung Bezug genommen. Dabei wird auf die Entstehung eines Kinder- und Jugendkulturhauses als eine der zahlreichen Maßnahmen zur Verbesserung

⁷⁹ Bezirksamt Bergedorf (2010): Integration gestalten - Vielfalt leben, Strategiepapier für den Bezirk Bergedorf/SR60/Stand: 26.10.2010, S. 2.

der Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund und zur Förderung der Bedeutung und Akzeptanz kultureller Vielfalt auf sozialräumlicher Ebene verwiesen.⁸⁰

Zur Förderung der Beteiligung von Migranten hat der Sozialraummanager des Bezirks Bergedorf den "Bergedorfer Dialog der Kulturen" ins Leben gerufen, der im Mai 2011 erstmals stattfand und künftig dreimal im Jahr durchgeführt werden soll. An der ersten Veranstaltung im Bergedorfer Rathaus nahmen über 150 Personen teil. Das Motto der Veranstaltung lautete "Miteinander! Nachbarschaft gestalten - aktiv beteiligen". Nach Auskunft des Sozialraummanagers lag der Anteil der Teilnehmer mit Migrationshintergrund bei ungefähr 60 Prozent, was eine beachtliche Zahl darstellt. Als förderlich dürfte sich in diesem Zusammenhang die Herangehensweise des Sozialraummanagers erwiesen haben. Dieser hat im Vorfeld der Veranstaltung gezielt versucht, einen Zugang zu den verschiedenen Migrantengemeinschaften aufzubauen, durch persönliche Ansprache und über Multiplikatoren mit Migrationshintergrund. Im Interview erläuterte der Sozialraummanager, dass es sehr wichtig sei, dass die Ansprache auf persönlichem Weg erfolge, da einige Migranten in der Vergangenheit eher negative Erfahrungen mit Behörden gemacht hätten und daher auf schriftliche Anfragen oder Einladungen der Behörden eher misstrauisch reagieren würden.⁸¹ Darüber hinaus hat der Sozialraummanager im Vorfeld der Veranstaltung einen sechssprachigen Einladungsflyer entworfen, auf dem Bergedorf mit und ohne Migrationshintergrund jeweils vor dem Bergedorfer Wappen und der Flagge ihres Herkunftslandes abgebildet sind. Hierdurch sollte signalisiert werden, dass beide Identitäten miteinander vereinbar sind. Aus Sicht des Sozialraummanagers ist es wichtig, zunächst ein Signal zu setzen, dass die Migranten willkommen sind. Im zweiten Schritt könne dies dann auch zu einer aktiveren Beteiligung führen.

Bei der Veranstaltung selbst arbeitete der Sozialraummanager darüber hinaus mit mehrsprachigen "Kulturmittlern" zusammen, die Fragen und Ideen von Migranten aufgreifen sollten, die der deutschen Sprache nicht so gut mächtig sind oder sich nicht trauen, vor größerer Runde das Wort zu ergreifen.

Bezirk Harburg

Im Bezirk Harburg wurde im Jahr 2010 im Fachamt Sozialraummanagement ein Referat für Integration geschaffen. Bereits zuvor wurde in dem Bezirk damit begonnen, ein Integrationskonzept zu erarbeiten. Der Entwurf für das Konzept wurde von einer Arbeitsgruppe

⁸⁰ Ebenda, S. 10.

⁸¹ Interview vom 18.03.2011, 14.30 Uhr.

des Ausschusses Interkulturelles Zusammenleben erarbeitet und befand sich bereits in der Abstimmung mit den Bezirksfraktionen. Da es vor der Wahl im Februar 2011 aber noch zu keiner Beschlussfassung kam, liegt das Konzept derzeit nur in Entwurfsfassung vor. In seiner Entwurfsfassung orientiert sich das Konzept mit dem Titel "Zusammenarbeit in Eigenverantwortung" sehr stark an dem Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern. Thematische Schwerpunkte bilden die Handlungsfelder Sprache, Bildung, Ausbildung, berufliche Integration, soziale Integration und Zusammenleben in der Stadt.⁸² Als eines der übergeordneten Ziele wird in dem Konzept die Aktivierung und Einbindung von Personen und Gruppen mit Migrationshintergrund im Hinblick auf soziale, kulturelle, politische und ökonomische Ziele sowie zivilgesellschaftliches Engagement genannt. Dies umfasse die Förderung und Einbindung von Personen und Gruppen mit Migrationshintergrund in die Formulierung und Umsetzung von politischen Entscheidungen, den Aufbau bzw. die Förderung von Personen und Gruppen mit Migrationshintergrund als Ansprech- und Kooperationspartner sowie die Förderung der Übernahme von Verantwortung für soziale, kulturelle, politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Belange durch Personen und Gruppen mit Migrationshintergrund.⁸³ Als konkrete Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang u. a. der Aufbau eines Dialogs der Kulturen und die Einrichtung eines Integrationsbeirates vorgesehen. In dem Kapitel "Zusammenleben in der Stadt" wird zudem auf das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung Bezug genommen. In Bezug auf die Beteiligung von Migranten wird darauf verwiesen, dass Menschen mit Migrationshintergrund an den quartiersbezogenen Beteiligungsprozessen in der Regel nicht beteiligt seien. Daher sollten entsprechende Anstrengungen verstärkt und im Austausch mit Migrantenorganisationen neue Methoden der Einbindung und Aktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund entwickelt werden.⁸⁴

Die Aktivitäten zur Umsetzung der im Integrationskonzept formulierten Ziele und Maßnahmen befinden sich nach Auskunft der zuständigen Sozialraummanagerin noch sehr am Anfang. Bisher gestalte sich die Beteiligung von Migrantenorganisationen im Bezirk noch eher schwierig. So würden beispielsweise an dem Fachgespräch Integration und dem Arbeitskreis Migration, zu dem neben Trägern der Integrationsarbeit und der Jugendhilfe auch Migrantenorganisationen eingeladen würden, nur wenige Migrantenorganisationen sporadisch teilnehmen.⁸⁵ Derzeit ist die Sozialraummanagerin damit befasst,

⁸² Bezirksamt Harburg, Fachamt Sozialraummanagement (2010): Empfehlungen für ein Harburger Integrationskonzept "Zusammenleben in Eigenverantwortung" - Entwurf (Stand: 17.02.2010), unveröffentlichtes Dokument.

⁸³ Ebenda, S. 15.

⁸⁴ Ebenda. S. 31.

⁸⁵ Interview vom 18.04.2011, 10 Uhr.

einen Kontakt zu den Moscheen im Bezirk aufzubauen, um den im Integrationskonzept erwähnten "Dialog der Kulturen" ins Leben zu rufen. Zu zwei Moscheen würde bereits aus anderen Zusammenhängen ein Kontakt bestehen.

Darüber hinaus möchte die Sozialraummanagerin durch die Einrichtung eines bezirklichen Integrationsbeirates eine Anlaufstelle zur Beteiligung schaffen. Da sie für die Betreuung des Integrationsbeirates zusätzliche personelle Unterstützung bräuchte, sei die Umsetzung bisher an fehlenden finanziellen Mitteln gescheitert. Dieses Jahr wolle sie noch einmal versuchen, Mittel über den europäischen Integrationsfonds zu bekommen. Einen bezirklichen Integrationsbeirat gibt es bisher nur in Wandsbek, der erstmals im Januar 2010 von der Bezirksamtsleiterin einberufen wurde. Die Einrichtung des Beirates ging auf einen Beschluss der Bezirksversammlung im Jahr 2007 zurück und wurde von einem Arbeitskreis mit Vertretern von Wandsbeker Einrichtungen und Organisationen der Integrationsarbeit vorbereitet.

3.4 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist in zweifacher Hinsicht für das Thema Beteiligung vor Ort von Bedeutung. Es stellt sich die Frage, inwiefern Menschen mit Migrationshintergrund als Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung vertreten sind und somit in diesem Bereich partizipieren. Darüber hinaus ist von Interesse, ob Mitarbeiter der Verwaltung, die Beteiligungsprozesse initiieren, über die notwendige interkulturelle Kompetenz verfügen, die für die Ansprache und Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund erforderlich ist.

Das Thema "Interkulturelle Öffnung" fand in Deutschland in den 1990er Jahren in Bezug auf die Öffnung der Sozialen Regeldienste seinen Ursprung. Damals wurde deutlich, dass die Angebote der allgemeinen Sozialen Dienste, wie z. B. der Jugend-, Familien- oder Altenhilfe, stärker auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zugeschnitten werden müssen, um speziellen Problemlagen und Bedürfnissen dieser Bevölkerungsgruppe gerecht zu werden.⁸⁶ Mit der Zeit wurde das Konzept der interkulturellen Öffnung auch auf andere Bereiche übertragen und interkulturelle Kompetenz wird inzwischen in verschiedenen Zusammenhängen als Schlüsselqualifikation angesehen. Nach Schröder lässt sich interkulturelle Öffnung folgendermaßen definieren: *"Interkulturelle Öffnung wird zusammenfassend verstanden als ein bewusst gestalteter Prozess, der (selbst-)reflexive Lern- und Veränderungsprozesse von und zwischen unterschiedlichen Menschen, Lebenswei-*

⁸⁶ Lima-Curvello, Tatiana: Interkulturelle Öffnung, <http://www.bpb.de/themen/W2GWPY.html>.

*sen und Organisationsformen ermöglicht, wodurch Zugangsbarrieren und Abgrenzungsmechanismen in den zu öffnenden Organisationen abgebaut werden und Anerkennung ermöglicht wird.*⁸⁷

Der Prozess der interkulturellen Öffnung ist allerdings nicht unumstritten. So wird beispielsweise kritisiert, dass die permanente Thematisierung von Differenz zu einer Aufrechterhaltung oder Verstärkung dieser führen kann.⁸⁸ Zudem könne die Betonung der kulturellen Differenz dazu führen, dass historisch, politisch oder machtvoll bedingte Gegebenheiten aus dem Blickfeld geraten.⁸⁹ Außerdem wird es als problematisch angesehen, dass die Begriffe interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz teilweise verwendet werden, ohne dass immer ganz klar ist, was damit gemeint ist. Von Bedeutung ist es daher, für den jeweiligen Zusammenhang genau zu definieren, was interkulturelle Kompetenz für die jeweilige Arbeit bedeutet und welche Aktivitäten zur interkulturellen Öffnung erforderlich sind.

In Hamburg hat das Thema interkulturelle Öffnung der Verwaltung in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. So wurde im Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern das Ziel formuliert, den Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Auszubildenden im öffentlichen Dienst⁹⁰ von 5,8 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Senat eine Dachkampagne "Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?" entwickelt, die im Jahr 2007 startete. Bestandteile der Kampagne sind ein Ausbildungsmarketing sowie eine kulturoffene Ausgestaltung der Auswahlverfahren. Nach Auskunft der Leiterin des Zentrums für Aus- und Fortbildung, das für diese Kampagne verantwortlich ist, fand zur Durchführung der Kampagne eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Migrantenorganisationen statt, was sehr stark zum Erfolg der Kampagne beigetragen habe. Wie dem Personalmanagementbericht 2010 zu entnehmen ist, hat sich der Anteil der neu eingestellten Auszubildenden mit Migrationshintergrund bis zum Jahr

⁸⁷ Schröder, Hubertus (2007): Interkulturelle Öffnung, Statement für den Workshop des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema "Chancengleichheit in Betrieben und Verwaltungen - Empirische Befunde und strategische Optionen", Berlin, http://www.fes.de/wiso/pdf/integration/2007/14_Schroer_230407.pdf.

⁸⁸ Ebenda.

⁸⁹ Kalpaka, Annita/Mecheril, Paul (2010): "Interkulturell". Von spezifisch kulturalistischen Ansätzen zu allgemein reflexiven Perspektiven, in: Paul Mecheril u. a. (Hrsg.): Migrationspädagogik, Weinheim/Basel, S. 77-98.

⁹⁰ Zu den Ausbildungen im öffentlichen Dienst gehören die Beamtenausbildungen des mittleren und gehobenen Dienstes in den Ausbildungsbereichen Allgemeine Verwaltung, Justizverwaltung, Strafvollzug, Polizei, Feuerwehr und Steuerverwaltung sowie in den vergleichbaren Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz.

2009 auf 14,7 Prozent erhöht und somit deutlich zugenommen. Die am stärksten vertretenen Herkunftsländer sind dabei die Türkei, Polen, Russland und Kasachstan.⁹¹

Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund wird noch nicht regelmäßig erhoben. Im Jahr 2008 hat das Zentrum für Aus- und Fortbildung allerdings eine freiwillige und anonyme Befragung aller rund 73.000 Mitarbeiter der Hamburger Behörden und Ämter vorgenommen, die im Jahr 2012 wiederholt werden soll. An der Befragung haben sich 20.081 Beschäftigte mit auswertbarer Datensetzung beteiligt, von denen 8,9 Prozent einen Migrationshintergrund haben.⁹² Die am stärksten vertretenen Herkunftsländer waren Polen, Türkei und Russland, wobei in Polen geborene Beschäftigte im Vergleich zur Hamburger Bevölkerung überdurchschnittlich häufig in der Verwaltung arbeiteten, in der Türkei und Russland geborene Beschäftigte aber im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert waren. Die meisten der Beschäftigten mit Migrationshintergrund sind in Deutschland geboren (42,2 Prozent) oder leben bereits überdurchschnittlich lange in Deutschland (37,2 Prozent seit mehr als 19 Jahren).

Beschäftigte mit Migrationshintergrund gehörten im Jahr 2008 überwiegend niedrigeren Laufbahngruppen an (Einfacher Dienst und Mittlerer Dienst) und waren überdurchschnittlich häufig in Berufsfeldern tätig, die eine Verbeamtung im Regelfall nicht vorsehen (wissenschaftlicher, sozialer und technischer Bereich). Bei einer Differenzierung nach Behörden und Ämtern zeigte sich, dass besonders viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund in den Universitäten (zwischen 13 und 22 Prozent) und in der Kulturbehörde (19,2 Prozent) zu finden waren, während in den Behörden für Stadtentwicklung und Umwelt (7,9 Prozent), für Justiz (7 Prozent), für Inneres (6,8 Prozent), für Wirtschaft und Arbeit (6,3 Prozent) und für Finanzen (6,2 Prozent) vergleichsweise wenige Beschäftigte mit Migrationshintergrund arbeiteten. In den Bezirksämtern waren bis auf das Bezirksamt Altona mit einem Migrantenanteil von 8,7 Prozent unter den Beschäftigten überdurchschnittlich viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund vertreten (Harburg: 9,1; Bergedorf: 9,7; Hamburg-Nord: 9,8; Hamburg-Mitte: 9,9; Eimsbüttel: 10,8 und Wandsbek 11,4 Prozent).⁹³

Im Jahr 2008 hat der ehemalige erste Bürgermeister von Beust zudem die Charta der Vielfalt unterzeichnet und sich in diesem Zusammenhang dafür ausgesprochen, mehr Personal mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund zu gewinnen und die Kompeten-

⁹¹ Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (2010): Personalmanagementbericht 2010, Hamburg, S. 53.

⁹² Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2009): Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, Bericht über die Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung 2008 zur Erhebung des Migrationshintergrundes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hamburgischen Verwaltung, Drucksache 19/2532.

⁹³ Ebenda, S. 10.

zen der Bediensteten im Umgang mit Bürgern mit Migrationshintergrund und im Umgang mit einer vielfältigen Belegschaft zu stärken. Interkulturelle Kompetenz wird vom Hamburger Senat dabei folgendermaßen definiert: *"Unter Interkultureller Kompetenz verstehen wir die Fähigkeit, in der interkulturellen Begegnung situations- und adressatengerecht Kontakt aufzunehmen, kulturell bedingte Unterschiede aufgeschlossen und wertschätzend wahrzunehmen und sie differenziert und zielorientiert zu kommunizieren. Interkulturelle Kompetenz ist eine spezifische Form der Sozialkompetenz. Sie ist das Resultat eines aktiven Lern- und Entwicklungsprozesses, der auf der Erweiterung des konkreten, kulturspezifischen Wissens über andere basiert. Sie beruht auf der Aufmerksamkeit für kulturell bedingt andere Selbstverständlichkeiten, auf der Kenntnis und grundsätzlichen Wertschätzung der Werte, Anschauungen und Verhaltensweisen des Gegenübers sowie auf dem Bewusstsein für die eigene Kultur und deren Relativität. Die Werte des Grundgesetzes bilden die Basis für das interkulturelle Verständnis."*⁹⁴

Zur Förderung der interkulturellen Kompetenz von Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung finden jährlich inzwischen um die 30 Veranstaltungen statt. Dabei hat es sich der Leiterin des Zentrums für Aus- und Fortbildung zufolge als hilfreich herausgestellt, wenn Veranstaltungen zu konkreten Themen, wie z. B. "Islam und Christentum" angeboten würden, da in Bezug auf das eher abstrakte Oberthema "Erweiterung der interkulturellen Kompetenzen" nicht immer ein direkter Fortbildungsbedarf gesehen werde. Nach Auskunft der Leiterin werden die Fortbildungen bisher vor allem von Mitarbeitern mit direkten Bürgerkontakten angenommen, Führungskräfte seien dagegen schwerer zu erreichen. Auch dem Personalmanagementbericht 2010 ist zu entnehmen, dass von den in 2009 durchgeführten 29 Veranstaltungen mit insgesamt 297 Teilnehmenden lediglich drei Veranstaltungen für Führungskräfte mit durchschnittlich fünf Teilnehmenden realisiert werden konnten.⁹⁵ Neben den Kursen, die sich direkt der Förderung der interkulturellen Kompetenzen widmen, wird die Thematik auch in anderen Fortbildungen in den Themenfeldern "Europa" und "Sprachen" aufgegriffen, wodurch weitere Beschäftigte erreicht werden können.

3.5 Fazit

Das Wirken des Integrationsbeirats lässt erkennen, dass diese Form der Beteiligung ein fehlendes politisches Wahlrecht von Migranten nicht ersetzen kann. Die Einrichtung eines solchen Gremiums wird aber dennoch von den meisten hierzu befragten Migranten be-

⁹⁴ Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (2009): Personalmanagementbericht 2009, Hamburg, S. 44.

⁹⁵ Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (2010): a. a. O., S. 57.

grüßt. Von den in der 19. Legislaturperiode beteiligten Migranten positiv wahrgenommen wurde in diesem Zusammenhang insbesondere, dass hierdurch der Austausch mit Vertretern von Behörden und zentralen Institutionen intensiviert wurde und eigene Anliegen in die Diskussion eingebracht werden konnten. Zudem wurde die Möglichkeit zur Mitwirkung im Integrationsbeirat von einigen Migrantenorganisationen als Anerkennung der eigenen Arbeit empfunden. Kritisiert wurde allerdings, dass der Beirat über keine eigenen Mittel verfügt, sowie die fehlende politische Verbindlichkeit der Beschlüsse. Dass es bisher an Strukturen zur verbindlichen Umsetzung und Weiterverfolgung der Beschlüsse fehlte, hat auch die Befragung der zuständigen Mitarbeiter der Behörden gezeigt. Hier bedarf es einer stärkeren Begleitung und Operationalisierung. Von dem neuen Senat wurde diesbezüglich bereits eine Weiterentwicklung angekündigt.

Auf der Ebene der Bezirke kommt den Referenten für Integration im Sozialraummanagement in Bezug auf die Ansprache und Beteiligung von Migranten eine wichtige Funktion zu. Die bisherigen Aktivitäten der Sozialraummanager gestalten sich sehr unterschiedlich. In einigen Bezirken wurden von den Sozialraummanagern bereits Ansätze erprobt, die zu einer ersten Aktivierung und Beteiligung von Migranten(organisationen) geführt haben und auch für andere Bereiche genutzt werden können. Besonders vielversprechende Aktivitäten stellen in diesem Zusammenhang die persönliche Ansprache von Migrantenorganisationen, die Nutzung von Multiplikatoren und Sprachmittlern, Aktivitäten zur Anerkennung der Vielfalt im Bezirk sowie Maßnahmen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz dar.

In Hamburg sind bereits einige Aktivitäten entwickelt und umgesetzt wurden, die auf eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung abzielen. Erste Erfolge konnten mit der von Senat beschlossenen Zielsetzung zur Erhöhung des Migrantenanteils unter den Auszubildenden sowie einer Kampagne erzielt werden. Darüber hinaus wurden verschiedene Veranstaltungsreihen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz unter den Beschäftigten entwickelt. In Bezug auf die Einbindung und Weiterqualifizierung von Führungskräften besteht aber noch ein deutliches Potenzial zur Ausweitung der Aktivitäten.

4. Freiwilliges Engagement von Migranten

4.1 Stand der Forschung

In den letzten Jahren hat das freiwillige Engagement von Migranten in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion an Bedeutung gewonnen. Dabei werden Migranten nicht mehr nur als bedürftige Zielgruppe wahrgenommen, der es durch freiwilliges Engagement

zu helfen gilt, sondern im Fokus steht zunehmend das zivilgesellschaftliche Engagement von Migranten sowie das Integrationspotenzial, das diesem zugeschrieben wird.⁹⁶

Zwar gibt es mittlerweile neben einer Reihe von qualitativen Studien auch einige quantitative Untersuchungen, die sich dieser Thematik widmen, doch sind Anlässe, Formen und Umfang der Beteiligung von Migranten im Vereinswesen oder im Bereich des freiwilligen Engagements noch immer unzureichend erforscht. Umfragen richten sich entweder nur an bestimmte Herkunftsgruppen oder Migranten mit weniger guten Deutschkenntnissen sind in der Stichprobe unterrepräsentiert. Der Fokus der Untersuchungen ist oftmals auf das formelle Engagement im Vereinswesen gerichtet, weshalb auf anderen Traditionen beruhende und informelle Formen des Engagements in den Bereichen Nachbarschafts- und Selbsthilfe oftmals unberücksichtigt bleiben.⁹⁷

Den Ergebnissen des Freiwilligensurveys 2004 zufolge beteiligen sich 61 Prozent der migrantischen Bevölkerung aktiv in Vereinen, Gruppen, Organisationen oder Einrichtungen (siehe Tabelle 4.1). Bei den Nicht-Migranten sind dies 71 Prozent. Für die Migranten türkischer Herkunft ergab eine Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien (ZfT) eine Beteiligungsquote von 64 Prozent. Da in der Studie des ZfT auch Migranten berücksichtigt wurden, die die deutsche Sprache nicht oder weniger gut beherrschen, scheint die einfache Beteiligung in Vereinen, Gruppen, Organisationen und Einrichtungen nicht unmittelbar an eine bestimmte Herkunft oder an die Beherrschung der deutschen Sprache geknüpft zu sein.

Tabelle 4.1

Beteiligung, Engagement und Engagementpotenzial von Nicht-Migranten, Migranten und Migranten türkischer Herkunft im Vergleich (Angaben in %)			
	Nicht-Migranten Freiwilligensurvey 2004	Migrantenstichprobe Freiwilligensurvey 2004	Migrantenstichprobe Zentrum für Türkeistudien
Beteiligungsquote	71	61	64
Engagementquote	37	23	10
Engagementpotenzial	32	42	48
Quelle: TNS Infratest Sozialforschung (2005): a. a. O. und Zentrum für Türkeistudien (2005): a. a. O.			

Das freiwillige Engagement fällt dagegen bei allen drei Gruppen deutlich geringer aus. So beträgt die Engagementquote den Ergebnissen des Freiwilligensurveys 2004 zufolge bei

⁹⁶ Huth, Susanne (2007a): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten - Lernorte und Wege zu sozialer Integration, INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt.

⁹⁷ Huth, Susanne (2007a): a. a. O., S. 25/Olk, Thomas (2007): a. a. O.

den Nicht-Migranten 37 Prozent und bei den Migranten 23 Prozent.⁹⁸ Da die Migrantenstichprobe nicht für alle Migrantengruppen repräsentativ ist und besser integrierte Migranten stärker berücksichtigt, gehen die Autoren der Studie davon aus, dass auch die 23 Prozent noch einen überhöhten Wert darstellen.⁹⁹ Die Studie des Zentrums für Türkei-studien, die mit einem zweisprachigen Design arbeitet, ermittelte für die Gruppe der Migranten türkischer Herkunft eine Engagementquote von lediglich 10 Prozent.¹⁰⁰ Insgesamt lässt sich hieraus schlussfolgern, dass die Migranten in Deutschland zwar zu einem beachtlichen Anteil an Aktivitäten in Gruppen, Vereinen oder Einrichtungen beteiligt sind, im Rahmen ihrer Gemeinschaftsaktivitäten aber deutlich seltener Ämter, Funktionen oder freiwillige Aufgaben übernehmen als Nicht-Migranten.

Bei einer Betrachtung der soziodemographischen Merkmale der freiwillig engagierten Migranten lässt sich anhand der Untersuchungen sagen, dass sich insbesondere eine Erwerbstätigkeit, eine höhere Bildung und eine längere Aufenthaltsdauer in Deutschland positiv auf das Engagement von Migranten auswirken.¹⁰¹ Somit stellen die strukturelle und soziale Integration wichtige Voraussetzungen für das Engagement von Migranten dar. Dieser Aspekt wird auch bei Huth deutlich, die darauf verweist, dass bürgerschaftliches Engagement Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten voraussetzt. "Nur wer an den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auch teilhat, wird für diese Verantwortung übernehmen und sie mitgestalten wollen."¹⁰²

In Bezug auf die Bereiche, in denen Migranten und Nicht-Migranten überwiegend engagiert sind, zeigen sich einige Unterschiede (siehe Anhang). Während bei den Nicht-Migranten die meisten ehrenamtlichen oder freiwilligen Aktivitäten in dem Bereich Sport und Bewegung stattfinden, steht bei den Migranten das Handlungsfeld Schule und Kindergarten an oberster Stelle.¹⁰³ Für die Migranten türkischer Herkunft konnte das stärkste Engagement im religiösen Bereich festgestellt werden, dicht gefolgt von den Handlungsfeldern Sport und Bewegung sowie Schule und Kindergarten.¹⁰⁴ Vergleichsweise wenig

⁹⁸ Das freiwillige oder bürgerschaftliche Engagement wird in diesem Zusammenhang als eine längerfristige Aufgabe und Arbeit für maximal eine geringe Aufwandsentschädigung definiert.

⁹⁹ TNS Infratest Sozialforschung (2005): a. a. O., S. 368.

¹⁰⁰ Zentrum für Türkeistudien (2005): a. a. O., S. 70.

¹⁰¹ TNS Infratest Sozialforschung (2005): a. a. O., S. 370 ff./Zentrum für Türkeistudien (2005): a. a. O., S. 83 ff.

¹⁰² Huth, Susanne (2007a): a. a. O., S. 36.

¹⁰³ TNS Infratest Sozialforschung (2005): a. a. O., S. 377.

¹⁰⁴ Zentrum für Türkeistudien (2005): a. a. O., S. 73.

sind engagierte Migranten in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz und Feuerwehr/Rettungsdienste vertreten.

In der Studie des Zentrums für Türkeistudien wurde neben dem formellen Engagement in Vereinen, Einrichtungen oder Initiativen auch das informelle Engagement im Bereich der Nachbarschaftshilfe in die Untersuchung einbezogen. Unter Nachbarschaftshilfe wird in diesem Zusammenhang die regelmäßige oder gelegentliche Unterstützung von Personen außerhalb des Haushaltes verstanden, z. B. durch die Übernahme von Besorgungen oder kleineren Arbeiten oder die Pflege und Betreuung von Kindern und Kranken. Den Ergebnissen zufolge leisten 27,1 Prozent der befragten Migranten türkischer Herkunft Nachbarschaftshilfe.¹⁰⁵ Wie die Untersuchungen von TNS Infratest Sozialforschung und des Zentrums für Türkeistudien zeigen, besteht sowohl bei den Nicht-Migranten als auch bei den Migranten ein deutliches Potenzial zur Ausweitung des Engagements (siehe Tabelle 4.1).¹⁰⁶

In Bezug auf die Erwartungen, die Engagierte mit der freiwilligen Tätigkeit verbinden, weisen die Ergebnisse beider Studien darauf hin, dass Migranten im Vergleich zu Nicht-Migranten eine gesteigerte Erwartungshaltung an ihre freiwillige Tätigkeit haben (siehe Anhang). Die Tätigkeit soll auch einen beruflichen Nutzen haben, es wird erwartet, dass man damit eigene Probleme in die Hand nehmen und lösen und eigene Interessen vertreten kann. Ehrenamtliches oder freiwilliges Engagement soll aus Sicht der Migranten also stärker auch dazu dienen, die eigene soziale und berufliche Situation zu verbessern.

An den Ergebnissen des Zentrums für Türkeistudien wird deutlich, dass ein Großteil des Engagements von Migranten in Selbstorganisationen oder eigenethnischen Vereinen stattfindet (siehe Anhang). Auch in anderen Studien und Untersuchungen werden in den letzten Jahren Migrantenorganisationen, deren integrationsfördernde oder -hemmende Wirkung lange Zeit eher kontrovers diskutiert wurde, verstärkt hinsichtlich ihrer Partizipationspotenziale in den Blick genommen.¹⁰⁷ Hadeed hat im Rahmen einer Studie zu Selbst-

¹⁰⁵ Ebenda.

¹⁰⁶ Prognos AG/AMB General Holding AG: Engagementatlas 2009 - Daten, Hintergründe, Volkswirtschaftlicher Nutzen, S. 21, <http://www.wir-tun-was.de/index.php?id=498>.

¹⁰⁷ Ebenda/Hadeed, Anwar (2005): Selbstorganisation im Einwanderungsland - Partizipationspotenziale von Migranten-Selbstorganisationen in Niedersachsen, Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Nr. 21, Oldenburg/Rambøll Management Consulting/TU Darmstadt (2010): Forschungsstudie Migrantinnenorganisationen in Deutschland, Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010): Bundesweites Integrationsprogramm, Angebote der Integrationsförderung in Deutschland - Empfehlungen ihrer Weiterentwicklung, Nürnberg.

organisationen von Migranten im Land Niedersachsen vier Funktionsbereiche von Migrantenorganisationen herausgearbeitet:¹⁰⁸

- Dienstleistungsfunktion: In ihrer Dienstleistungsfunktion greifen sie die spezifischen Bedürfnisse der Migranten auf und versuchen, die Lücken in der sozialen und kulturellen Regelversorgung zu schließen.
- Pflege der Herkunftskultur: Insbesondere herkunftshomogene Migrantenorganisationen bilden nach Hadeed ein wichtiges Forum zur Erhaltung und Entwicklung der Herkunftskultur.
- Brückenfunktion: In ihrer Brückenfunktion nehmen Migrantenorganisationen eine Vermittlungsrolle ein, indem sie auf der einen Seite politischen und administrativen Akteuren als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und auf der anderen Seite Informationen und Kenntnisse zur Aufnahmegesellschaft an ihr Klientel weiterreichen.
- Interessenvertretung: Schließlich besteht Hadeed zufolge eine zentrale Aufgabe der Migrantenorganisationen in der organisierten Wahrnehmung und Vertretung von Interessen von Migranten gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und deren Einrichtungen. "Dies bildet die Basis einer gesellschaftlichen Partizipation, bei der Ressourcen aktiviert und qualifiziert werden."¹⁰⁹

Bevor Migrantenorganisationen ihre Interessen organisiert wahrnehmen und vertreten können, haben sie allerdings oftmals besondere Herausforderungen zu bewältigen. So weisen die bisherigen Untersuchungen darauf hin, dass viele Migrantenorganisationen mit fehlenden Räumlichkeiten, geringen finanziellen Ressourcen, fehlenden hauptamtlichen Strukturen und geringen Erfahrungen mit dem deutschen System zu kämpfen haben. Insbesondere muslimische Organisationen fühlen sich auf der kommunalen Ebene zudem nicht ausreichend unterstützt und anerkannt.¹¹⁰ Als Erschwernis kann für Migrantenorganisationen eine fehlende politische Durchsetzungskraft hinzukommen, wenn ein Großteil ihrer Mitglieder ohne deutsche Staatsbürgerschaft ist und sie somit kein Wählerpotenzial repräsentieren.¹¹¹

¹⁰⁸ Hadeed, Anwar (2005): a. a. O., S. 238 f.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 239.

¹¹⁰ Huth (2007a): a. a. O., S. 33.

¹¹¹ Hadeed (2005): a. a. O., S. 245.

Im bundesweiten Integrationsprogramm des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird der Rolle der Migrantenorganisationen ein eigenes Kapitel gewidmet.¹¹² In dem Programm wird darauf verwiesen, dass Migrantenorganisationen mit ihren Angeboten oftmals Lücken in der Integrationsarbeit schließen, ihnen aber häufig nicht die nötige Anerkennung zugute kommt und eine Reihe von vereinsinternen und -externen Faktoren ihre Partizipation an den Förderstrukturen erschweren. Damit Migrantenorganisationen in die Lage versetzt werden, ihr Potenzial noch konkreter und umfangreicher zu nutzen und als Akteure der Integrationsförderung zu agieren, sollten Bund, Länder, Kommunen und gesellschaftliche Institutionen die Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund durch die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen und individuelle Förderung unterstützen.

4.2 Netzwerke und Strukturen der Engagementförderung in Hamburg

Für Hamburg liegen bislang noch keine empirischen Untersuchungen vor, die Erkenntnisse zum freiwilligen Engagement von Migranten liefern. Eine umfassende Erhebung zur Ermittlung der Beteiligung von Migranten in den verschiedenen Engagementbereichen war auch im Rahmen dieser Studie nicht möglich. Es ist aber davon auszugehen, dass sich die Hamburger Situation nicht grundsätzlich von der gesamtdeutschen Situation unterscheidet, weshalb auf Grundlage der dargestellten Ergebnisse vertiefende Untersuchungen vorgenommen werden konnten. Im Fokus der Untersuchung standen dabei zum einen die Strategien und Ansätze zur Engagementförderung in Hamburg und die Strukturen der Freiwilligenarbeit, die dahingehend untersucht wurden, inwiefern sie Migranten(organisationen) offen stehen und von diesen genutzt werden. Zum anderen sollten Kenntnisse zu den von Migranten selbstorganisierten Tätigkeitsfeldern der Freiwilligenarbeit sowie zur Vernetzung der Migrantenorganisationen mit in Hamburg agierenden Institutionen und Einrichtungen gewonnen werden. Hierzu wurden eine Reihe von Expertengesprächen mit Akteuren der Engagementförderung und Freiwilligenarbeit geführt.¹¹³ Darüber hinaus wurde eine schriftliche Befragung von Migrantenorganisationen durchgeführt, die durch vertiefende Gespräche mit Vertretern von Migrantenorganisationen ergänzt wurde.¹¹⁴

¹¹² Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010): a. a. O., S. 116 ff.

¹¹³ Interview vom 24.02.2011, 10 Uhr; Interview vom 16.04.2011, 13:20 Uhr; Interview vom 26.04.2011, 14 Uhr; Interview vom 09.03.2011, 10 Uhr; Interview vom 29.04.2011, 10:30 Uhr.

¹¹⁴ Interview vom 14.12.2010, 11 Uhr; Interview vom 03.03.2011, 10:45 Uhr; Interview vom 09.01.2011, 16 Uhr; Interview vom 09.01.2011, Interview vom 08.01.2011, 10:30 Uhr; Interview vom 14.12.2010, 17 Uhr; Interview vom 15.12.2010, 14:30 Uhr etc., weitere Angaben zu den Interviews siehe vorn

Die Förderung des freiwilligen Engagements von Migranten stellt in Hamburg ein explizites Ziel des Senats dar. So heißt es im Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern, dass die Bereitschaft für freiwilliges Engagement von und für Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen ist und sichtbar gemacht werden soll. Hierzu sollen geeignete Anspracheformen entwickelt, eine positive öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung des Engagements gefördert und Zugangsmöglichkeiten zu den verschiedenen Feldern und Organisationen des freiwilligen Engagements verbessert werden.¹¹⁵ Bis zum Ende der 19. Legislaturperiode war in Hamburg die Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement zuständig. Nach der Wahl im Frühjahr 2011 wurde die Leitstelle in das Amt für Arbeit und Integration in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration überführt.

Ein zentraler Bestandteil der Engagementförderung in Hamburg ist das AKTIVOLI-Netzwerk, das im Jahr 2000 als Verbund zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gegründet wurde. Anlass der Gründung war, dass verschiedene Wohlfahrtsverbände und Träger ähnlichen Herausforderungen durch gemeinsame Aktivitäten begegnen wollten. Zu seiner Gründung hatten die positiven Ergebnisse geführt, die im Jahr 1999 mit der ersten Freiwilligenbörse gemacht worden waren. Der Verbund setzt sich aus Vertretern verschiedener Hamburger Organisationen sowie engagierten Bürgern zusammen, die im Bereich der Engagementförderung aktiv sind. Die Geschäftsführung liegt derzeit noch beim Fachreferat Bürgerschaftliches Engagement in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Nach Auskunft der zuständigen Mitarbeiterin ist es aber geplant, dem Netzwerk eine eigene Rechtsform zu geben und die Geschäftsführung dann an eines der Mitglieder zu übertragen.

Aufgabe des Netzwerkes ist es, die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements zur Geltung zu bringen, sie zu bewerben und zu vernetzen. Das Netzwerk möchte hierfür unter anderem regionale Freiwilligenzentren aufbauen, die Kommunikationsstrukturen ausbauen, Qualifizierungsangebote schaffen und Anerkennungssysteme etablieren.¹¹⁶ Anfang 2010 gehörten dem Verbund insgesamt 41 Mitglieder an, Migrantenorganisationen waren lange Zeit nicht dabei. Den Anfang machte schließlich der Hamburger Verein der Deutschen aus Russland (HVDaR). Im Gespräch mit dem Vorsitzenden des HVDaR wird deutlich, dass dieser bald feststellen musste, dass die Einbindung von Migrantenorganisationen kein Thema im Netzwerk darstellte. Er habe daraufhin deutlich gemacht, dass er auch nur für eine bestimmte Gruppe spreche und daher weitere Migran-

¹¹⁵ Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (2007): a. a. O., S. 36.

¹¹⁶ AKTIVOLI Netzwerk Hamburg (2003): AKTIVOLI-Netzwerk - Verbund zur Engagementförderung in Hamburg, Leitbild, http://www.aktivoli.de/website.php?id=/index/fuer_organisationen/leitbild.html, S. 6 f.

tenorganisationen einbezogen werden müssten. In den letzten Jahren habe sich in dieser Hinsicht dann einiges bewegt.¹¹⁷

Dies bestätigt auch die für die Geschäftsstelle zuständige Mitarbeiterin des Referates Bürgerschaftliches Engagement. Sie berichtet, dass das AKTIVOLI-Netzwerk in den letzten Jahren damit begonnen habe, verschiedene Aktivitäten durchzuführen, um Migranten für eine Mitarbeit im Netzwerk zu gewinnen, allerdings mit bisher mäßigem Erfolg. So habe sich das Netzwerk im Jahr 2009 bei einer Sitzung des Integrationsbeirates vorgestellt und dafür geworben, dass sich Migrantenorganisationen im Netzwerk und an der Freiwilligenbörse beteiligen. Zwar habe man dort positiv auf die Präsentation reagiert, es sei aber zu keiner weiteren Beteiligung gekommen. Ein weiterer Ansatz, Migrantenorganisationen für eine Beteiligung am AKTIVOLI-Netzwerk zu gewinnen, bestehe in dem Angebot, Migrantenorganisationen eine Partnerorganisation beratend zur Seite zu stellen. Doch auch dies habe bisher noch zu keiner weiteren Beteiligung von Migrantenorganisationen geführt.¹¹⁸

Die Mitarbeiterin der AKTIVOLI-Geschäftsstelle erklärt sich die geringe Beteiligung damit, dass das Thema sehr abstrakt sei und es wohl noch nicht gelungen sei, den Mehrwert der Netzwerkarbeit deutlich zu machen. Zudem würden Migrantenorganisationen zum Teil nicht die Zeit finden, an den Sitzungen teilzunehmen, da sie aufgrund der eigenen Arbeitsbelastung keine Kapazitäten mehr frei hätten. *"Viele stoßen schon im Rahmen ihres Engagements innerhalb der eigenen Organisation an ihre Grenzen. [...] Ich bekomme häufig zu hören, dass sie das nicht auch noch schaffen."*¹¹⁹ Dieser Eindruck wird auch in Gesprächen mit Vertretern von Migrantenorganisationen bestätigt. So stehen insbesondere bei den Vereinen, die auf rein ehrenamtlicher Basis arbeiten, oftmals andere Herausforderungen und Themen im Vordergrund, die bewältigt werden müssen, wie z. B. die Beschaffung von eigenen Räumlichkeiten oder die Durchführung von eigenen Beratungen und Veranstaltungen. Darüber hinausgehende Aktivitäten werden zwar als wichtig erachtet, können aber nicht auch noch auf rein ehrenamtlicher Basis bewältigt werden.¹²⁰

Nachdem eine Einladung der Mitglieder des Integrationsbeirates zur Freiwilligenbörse 2010 trotz des Angebots einer speziellen Führung durch ein multikulturell besetztes Team auf keine Resonanz gestoßen war, hat das Fachreferat Bürgerschaftliches Engagement in

¹¹⁷ Interview vom 14.12.2010, 11 Uhr.

¹¹⁸ Interview vom 24.02.2011, 10 Uhr.

¹¹⁹ Ebenda.

¹²⁰ Interview vom 03.03.2011, 10:45 Uhr; Interview vom 09.01.2011, 16 Uhr.

Zusammenarbeit mit dem Referat Integration im letzten Jahr einen weiteren Versuch gestartet, um Migrantenorganisationen bei der Freiwilligenbörse einzubeziehen. In diesem Zusammenhang erwies es sich als Vorteil, dass eine Mitarbeiterin mit Migrationshintergrund des Fachreferates Integration bereits über eine Reihe von Kontakten zu Migrantenorganisationen verfügte und Erfahrungen bezüglich der Ansprache und Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen hatte. So konnten durch persönliche Ansprache und Beratung im Vorfeld der Veranstaltung insgesamt zehn Migrantenorganisationen gewonnen werden, sich an der Freiwilligenbörse 2011 zu beteiligen. Zu einer Mitwirkung im AKTIVOLI-Netzwerk hat die Beteiligung an der Freiwilligenbörse bisher allerdings nicht geführt.

Für die Freiwilligenbörse 2011 wurde nach Auskunft der Mitarbeiterin der AKTIVOLI-Geschäftsstelle mit mehrsprachigen Flyern geworben (in Englisch, Französisch, Türkisch und Russisch). Der Anteil der Besucher mit Migrationshintergrund wurde in der begleitenden Befragung nicht erhoben, sie selbst hatte aber den Eindruck, dass der Anteil der Besucher mit Migrationshintergrund unter den insgesamt 6.000 Besuchern trotz der erstmaligen Beteiligung von mehreren Migrantenorganisationen verschwindend gering gewesen sei.¹²¹ Zur Gewinnung von Freiwilligen soll auch die virtuelle Freiwilligenbörse eAKTIVOLI dienen. Inwiefern die virtuelle Freiwilligenbörse von Personen mit Migrationshintergrund oder Migrantenorganisationen genutzt wird, lässt sich nicht sagen. Die Nutzung der Seite setzt allerdings gute Deutschkenntnisse voraus, da die Datenbank bisher nur in deutscher Sprache verfügbar ist.

Neben dem Hamburger Verein der Deutschen aus Russland ist seit 2010 eine weitere Migrantenorganisation im Netzwerk vertreten, die Hamburger Stiftung für Migranten. Diese wurde als regionale Servicestelle Hamburg des Bundesprogramms "Aktion zusammen wachsen" in das Netzwerk aufgenommen. Die Finanzierung der regionalen Servicestelle lief zwar vor kurzem aus, die Hamburger Stiftung für Migranten versucht aber, zumindest einen Teil der Arbeit auf Honorarbasis weiterzuführen. Im Gespräch mit einer Mitarbeiterin der Stiftung wurde deutlich, dass die Hamburger Stiftung für Migranten es als ihre Aufgabe ansieht, dafür zu sorgen, dass Integrationsthemen in die Netzwerkarbeit aufgenommen werden. Beispielsweise habe es einen Q-AKTIVOLI-Fachtag zur interkulturellen Kompetenz gegeben, an dem die Stiftung mitgewirkt habe und die Stiftung würde bei verschiedenen Veranstaltungen Einzelworkshops zu Integrationsthemen anbieten. Das Engagement der Hamburger Stiftung für Migranten wird von den Partnern als sehr fruchtbar wahrgenommen. Wie die Leiterin des Freiwilligenzentrums Hamburg berichtet, werde das

¹²¹ Interview vom 24.02.2011, 10 Uhr.

Thema Engagement von Migranten durch die Zusammenarbeit mit der Stiftung nun regelmäßig bei Fachtagen aufgegriffen.¹²²

Die Gewinnung, Beratung und Vermittlung von Freiwilligen erfolgt darüber hinaus über Freiwilligenzentren oder -agenturen, die an verschiedenen Standorten als Anlaufstellen für interessierte Bürger zur Verfügung stehen. Die Beratung erfolgt persönlich, telefonisch und übers Internet. Wie die Leiterin des Freiwilligenzentrums Hamburg berichtet, gebe es in einer Woche durchschnittlich etwa 60 bis 70 Kontakte mit interessierten Bürgern. Wie viele davon einen Migrationshintergrund haben, kann sie nicht sagen. Aufgrund der Mehrsprachigkeit von Mitarbeitern kann die Beratung auch auf Englisch, Spanisch und neuerdings auch Italienisch erfolgen. Diesbezüglich ist auch ein mehrsprachiger Internetauftritt geplant. Ansonsten ist seitens des Freiwilligenzentrums aber keine spezifische Ansprache von Migranten vorgesehen, vielmehr sollen alle Bürger, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, als engagierte Freiwillige wahrgenommen und angesprochen werden. Dabei sollen die Ansprache am besten über konkrete Projekte oder Aktivitäten erfolgen.¹²³

Ein Versuch, Engagement durch konkrete Aktivitäten zu fördern, wurde im letzten Jahr von der Sozialbehörde unternommen. Gemeinsam mit dem Hamburger Integrationsbeirat rief sie im Rahmen der bundesweiten Interkulturellen Woche Bürger, Initiativen und Verbände auf, sich an den Aktionstagen "Nachbarschaft verbindet" zu beteiligen, die vom 22. September bis zum 3. Oktober stattfanden. Ziel war es, dass sich möglichst viele Bürger, Initiativen und Einrichtungen in der Nachbarschaft zusammenfinden sollten, um gemeinsame Veranstaltungen oder Aktivitäten zu planen und durchzuführen. Insgesamt wurden 200 Veranstaltungen angemeldet, wobei meist das gesellige Zusammenkommen im Vordergrund stand. Darüber hinaus gab es aber auch Aktionen, die dazu dienten, das lokale Umfeld zu verschönern oder zu erkunden, bestimmte Themen zu diskutieren oder sich im Rahmen eines Tags der offenen Tür den Nachbarn zu präsentieren.

Anhand einer Übersicht der ehemaligen Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft (jetzt BASFI), die Informationen zu den Teilnehmern und Aktionen enthält, lässt sich erkennen, dass an mindestens 36 der 200 Aktivitäten Migranten oder Migrantenorganisationen als Organisatoren beteiligt waren, was einem Anteil von 18 Prozent entspricht. Somit scheint dies ein Ansatz zu sein, über den Migranten erreicht werden können. Dies wurde auch in einzelnen Gesprächen mit Vertretern von Migrantorganisationen deutlich. *"Solche Ansätze sollte es noch viel öfter geben. Einfach mal eine Straße sperren und die*

¹²² Interview vom 09.03.2011, 10 Uhr.

¹²³ Interview vom 16.04.2011, 14:20 Uhr.

Menschen gemeinsam essen und tanzen lassen",¹²⁴ so die Vorsitzende einer Migrantenorganisation mit ghanaischem Migrationshintergrund.

4.3 Das Schöffenamnt als Ehrenamt von Migranten

Als Schöffen werden in der Bundesrepublik Deutschland die ehrenamtlichen Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit bei der Strafgerichtsbarkeit der Amts- und Landgerichte bezeichnet. Sie wirken in Strafverfahren bei den Schöffengerichten der Amtsgerichte und bei den Strafkammern der Landgerichte in der Hauptverhandlung mit. In Hamburg sind rund 3.800 Schöffen berufen. Das Schöffenamnt ist ein wichtiges und verantwortungsvolles Ehrenamt. Schöffen tragen auch zur demokratischen Legitimation des Rechtssystems bei, in das sie ein zivilgesellschaftliches Element einführen, das die Justiz "bürger näher und transparenter" gestalten hilft.¹²⁵

Die Amtsperioden für Schöffen betragen fünf Jahre. Die aktuelle Periode begann am 1. Januar 2009 und endet am 31. Dezember 2013. Bewerbungen für das Schöffenamnt sind in Hamburg an die Bezirksamter zu richten, die für die Amtsperioden Vorschlagslisten für den Schöffenauswahlausschuss erarbeiten. "Die Vorschlagsliste soll alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigen".¹²⁶ Schöffen sollen mindestens 25 Jahre alt sein, die deutsche Staatsbürgerschaft haben und dürfen einigen bestimmten Berufsgruppen (wie Polizeivollzugsbeamte, Pfarrer, politische Beamte) nicht angehören. Im Übrigen sollen möglichst alle Altersgruppen und sozialen Schichten vertreten sein. Jugendschöffen sollen darüber hinaus über Erfahrungen aus der Jugendarbeit verfügen. Für ehrenamtliche Richter wie Schöffen gilt gemäß eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2008 eine auswahlrelevante "besondere Verfassungstreue". Ferner sind ausreichende Deutschkenntnisse unabdingbar. In Hamburg kommen für das Schöffenamnt insgesamt 134.928 Personen mit Migrationshintergrund in Frage, das sind 14,8 Prozent aller deutschen Staatsbürger in dieser Altersgruppe.¹²⁷

¹²⁴ Interview vom 03.03.2011, 10:45 Uhr.

¹²⁵ Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg (o. J.): Informationen zum Schöffenamnt, S. 8.

¹²⁶ § 36 GVG Absatz 2.

¹²⁷ Stand 31.12.2009, Altersgruppe der 25- bis unter 70-Jährigen. Berechnung des Statistikamtes Nord, Mitteilung am 6. April 2011.

Beteiligung von Migranten auf den Vorschlagslisten der Bezirksämter

Für die Gruppe der Migranten ergibt sich aus dem Gesagten, dass für das Schöffenamt nur diejenigen in Frage kommen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Für diese ist die Ausübung des Amtes grundsätzlich genauso verpflichtend wie für Deutsche ohne Migrationshintergrund. Die zweite Einschränkung ergibt sich aus der ausreichenden Kenntnis der deutschen Sprache. In Hamburg ist jedoch kein Fall bekannt geworden, in dem ein Kandidat aufgrund nicht ausreichender Sprachkenntnisse abgelehnt worden wäre. Umgekehrt dürfte es durchaus vorkommen, dass ein per Zufallsstichprobe ausgewählter Kandidat der Aufnahme in die Liste unter Hinweis auf mangelnde Deutschkenntnisse widerspricht. Auseinandersetzungen um die Gewähr einer besonderen Verfassungstreue hinsichtlich der Ausübung des Schöffenamtes durch Migranten im Unterschied etwa zu Anhängern der NPD sind noch nicht öffentlich bekannt geworden.

Auf die Vorschlagslisten der Bezirksämter gelangen diejenigen Personen, die sich freiwillig für das Amt bewerben. Ihre Suche nach Bewerbern machen alle Bezirksämter über Aufrufe in der Presse oder Pressemitteilungen öffentlich. In Mitte und Wandsbek werden auch kostenlos verteilte Wochenzeitungen einbezogen. Hinweise im Internet sind ein weiteres häufig verwendetes Medium: Altona, Eimsbüttel, Mitte und Nord stellen Aufrufe in der Homepage des Bezirks ein. Plakate in Wartebereichen der Ämter und Flyer nutzt man in Altona. Darüber hinaus werden teilweise die Parteien über die Fraktionen im Rathaus angesprochen. Während man in Bergedorf und Altona dies rückblickend nur für wenig ergiebig hält, läuft in Wandsbek der größte Teil der Rekrutierung über die Parteien. In Bergedorf werden auch Vereine und Organisationen in die Suche nach geeigneten Kandidaten einbezogen, in Mitte die Freiwilligenbörsen angefragt. In Altona werden die Personen, die als Wahlhelfer eingesetzt waren, in die Vorschlagslisten aufgenommen. In Bergedorf und in Harburg gilt dies für die amtierenden Schöffen, die noch für eine zweite Amtsperiode tätig werden können. Teilweise führen aber all diese unterschiedlichen Rekrutierungswege nicht zu einer ausreichenden Zahl von Kandidaten. Dann werden Stichproben aus dem Einwohnermelderegister gezogen und die ausgewählten Personen angeschrieben.

In den Vorschlagslisten zur Wahl der Schöffen in Hamburg im Jahr 2009 finden sich unter den knapp 9.000 Personen knapp 600 Deutsche mit Migrationshintergrund, was einem Anteil von gut 6 Prozent entspricht.¹²⁸ Unter den Erwachsenenschöffen ist der Anteil der Migranten etwas höher, was mit den besonderen Anforderungen an Kandidaten für das Amt der Jugendschöffen zusammenhängen könnte.

¹²⁸ Zur Ermittlung des Anteils wurden Listen mit Angaben der Namen, des Geburtsortes und des Geburtstages ausgewertet.

Tabelle 4.2

Vorschläge der Bezirksamter für die Wahl der Schöffen									
	Jugendschöffen			Erwachsenenschöffen			Schöffen gesamt		
	Migran- ten	gesamt	in Prozent	Migran- ten	gesamt	in Prozent	Migran- ten	gesamt	in Prozent
Altona	11	367	3,0%	57	1.106	5,2%	68	1.473	4,6%
Bergedorf	2	106	1,9%	22	466	4,7%	24	572	4,2%
Eimsbüttel	10	172	5,8%	58	963	6,0%	68	1.135	6,0%
Mitte	33	286	11,5%	100	951	10,5%	133	1.237	10,8%
Harburg	18	196	9,2%	134	1.315	10,2%	152	1.511	10,1%
Nord	15	242	6,2%	19	584	3,3%	34	826	4,1%
Wandsbek	12	434	2,8%	73	1.643	4,4%	85	2.077	4,1%
gesamt	101	1.803	5,6%	463	7.028	6,6%	564	8.831	6,4%

Aus der Tabelle ist zu ersehen, dass der Anteil der Migranten unter den Schöffen nicht direkt proportional zu ihren Anteilen an der Bezirksbevölkerung verläuft. Vielmehr ist der Anteil in Eimsbüttel relativ höher als der Anteil an der Bevölkerung erwarten ließe, in Bergedorf hingegen geringer. In den beiden Bezirken mit dem höchsten Migrantenanteil, Mitte und Harburg, befinden sich anteilmäßig auch die meisten migrantischen Kandidaten auf den Auswahllisten. Allerdings sind hierbei die unterschiedlichen Rekrutierungsstrategien der Bezirksamter zu beachten. In beiden Bezirken mit den höchsten Migrantenquoten liegt nämlich der Anteil jener, die über eine Stichprobenauswahl aus dem Einwohnermelderegister in die Liste gelangt sind, besonders hoch. Bei diesem Vorgehen ist ein höherer Migrantenanteil unvermeidliche Folge. Für unser Thema sind die freiwilligen Meldungen interessanter. Bei diesen liegt der Anteil der Migranten zwischen 3,5 und 6,3 Prozent.

Die drei wichtigsten Bezugsländer der Kandidaten für das Schöffenamt sind Polen mit einem Anteil von rund einem Viertel, die türkischstämmigen Deutschen stellen rund ein Fünftel und deutsche Staatsbürger mit russischem Migrationshintergrund sind mit rund einem Zehntel vertreten. Gemessen am jeweiligen Anteil, den die Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit an den Herkunftsgruppen haben und der bei allen drei Gruppen in Hamburg zwischen rund 14 und 15 Prozent beträgt, sind damit Menschen mit Bezugsland Polen deutlich und Personen mit Bezugsland Türkei ebenfalls überrepräsentiert. Die Deutschen mit russischem Migrationshintergrund sind hingegen in relativ geringerem Umfang vertreten.

Tabelle 4.3

Die wichtigsten Bezugsländer (-ländergruppen) von Schöffen mit Migrationshintergrund (absolut und in %) (Vorschlagslisten)			
			Anteil Migranten mit deutschem Pass in HH in %
Polen	136	24,1	13,7
Türkei	110	19,5	15,4
Russland	55	9,8	13,9
Iran	32	5,5	4,4
Ehemaliges Jugoslawien	28	5,0	3,6
Kasachstan	26	4,6	6,5
Afghanistan	11	2,0	5,6

Berücksichtigung von Migranten bei der Wahl zum Schöffen

Die Bezirksamter leiten ihre Vorschlagslisten an die Amtsgerichte und das Landesgericht weiter. Dort konstituiert sich ein Schöffenwahlausschuss, dem auch eine Vertrauensperson des Bezirksamtes angehört. Die Mitglieder der Ausschüsse werden durch die Bezirke und die politischen Parteien vorgeschlagen, im Fall der Jugendschöffen beispielsweise auch durch den Jugendhilfeausschuss. Ein Richter bzw. Jugendrichter, der selbst keine Stimme hat, führt den Vorsitz. Neben der Prüfung der Voraussetzungen der Kandidaten ist die Ausgewogenheit der Altersgruppen und der Geschlechter ein weiteres Kriterium für die Auswahl. Bei den Jugendschöffen werden auch Erfahrungen aus dem pädagogischen Bereich geprüft. Eine angemessene Repräsentanz von Personen mit Migrationshintergrund ist nicht ausdrücklich festgelegt. Zwar sollen die gewählten Schöffen nach dem Gemeindeverwaltungsgesetz die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln, es gibt jedoch in Hamburg keine Durchführungsbestimmung, die dies im Hinblick auf die Bürger mit Migrationshintergrund konkretisieren würde.

Allerdings ist ein Fall bekannt geworden, in dem ein Richter die Schöffenwahl angehalten hat, als er feststellte, dass in den Wahlvorschlägen des Bezirks kaum Personen mit Migrationshintergrund enthalten waren. Der Jugendrichter in Bergedorf gab die Liste des Bezirksamtes zurück mit der Aufforderung, auch den Verein der Deutschen aus Russland und türkische Organisationen anzusprechen, was auch geschah. Allerdings setzt ein solches Vorgehen das individuelle Drängen des vorsitzenden Richters auf eine angemessene Beteiligung von Migranten voraus und er muss entsprechend vor der eigentlichen Wahl initiativ werden, um dem Mangel abzuwehren.

Betrachtet man abschließend den Anteil der Schöffen mit Migrationshintergrund, die aus den Kandidatenlisten für das Amt ausgewählt wurden, und stellt ihre Anzahl in Relation zu der aller gewählten Schöffen, lässt der Vergleich auf eine gewisse negative Selektion dieses Auswahlverfahrens schließen. So haben in der aktuellen Periode 226 von insgesamt 3.880 gewählten Schöffen einen Migrationshintergrund, das sind 5,8 Prozent aller gewählten Schöffen. Damit liegt der Anteil der Migranten bei den gewählten Schöffen 0,6 Prozentpunkte unter ihrem Anteil an den Kandidaten. Es handelt sich aber dennoch um ein Feld bürgerschaftlichen Engagements, in dem eine beachtliche Anzahl von Migranten tätig ist, ohne dass dies in der Öffentlichkeit bisher gewürdigt worden wäre.

4.4 Weitere Engagementbereiche und Selbstorganisation von Migranten

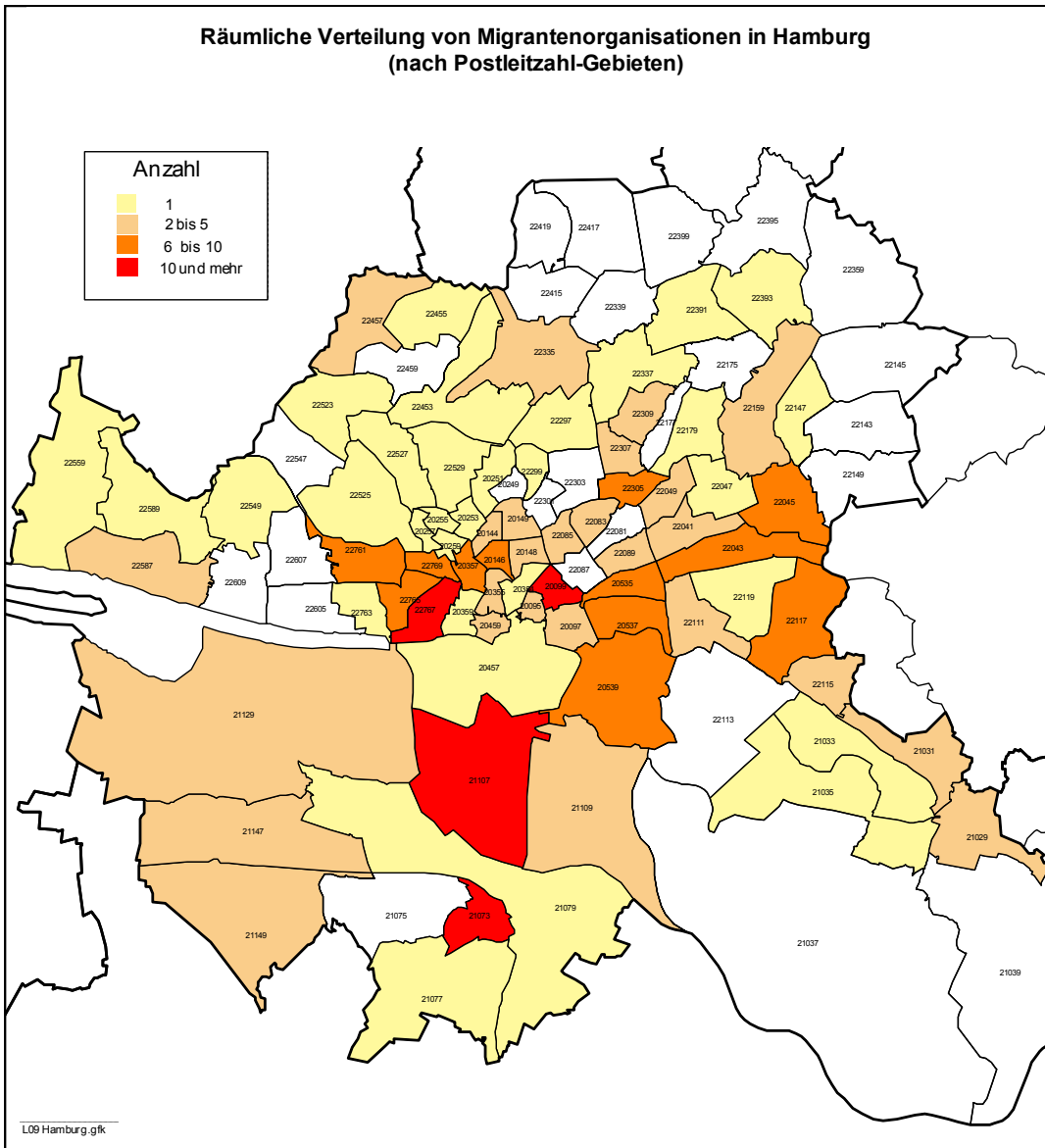
Um Erkenntnisse zu den Formen und Bereichen des Engagements von Migranten zu erlangen, wurden die Migrantenorganisationen schriftlich befragt und vertiefende Gespräche mit engagierten Migranten und Experten durchgeführt.

4.4.1 Befunde aus der schriftlichen Befragung

Bei der schriftlichen Befragung wurden insgesamt 279 Migrantenorganisationen und interkulturelle Vereine angeschrieben, die in Hamburg ihren Sitz haben.¹²⁹ In Bezug auf die räumliche Verteilung der Organisationen fällt auf, dass besondere Konzentrationen in den Stadtteilen St. Georg und Altona Altstadt bestehen, wo sich 33 bzw. 27 der angeschriebenen Organisationen befinden (siehe Abbildung 4.1).

¹²⁹ Die schriftliche Befragung der Migrantenorganisationen wurde gemeinsam mit dem Fachreferat Integration in der ehemaligen Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft (jetzt Amt für Arbeit und Integration) durchgeführt. Diese hatte verschiedene Listen mit Hamburger Migrantenorganisationen vorliegen, die von den Verfassern zusammengeführt, aktualisiert und ergänzt wurden.

Abbildung 4.1



Auf Grundlage der Liste der Migrantenorganisationen wurde eine Systematisierung nach Bezugsland/-region vorgenommen (siehe Tabelle 4.4). Die Zuordnung konnte in den meisten Fällen anhand des Namens erfolgen.¹³⁰ Vereinzelt wurden darüber hinaus Internetrecherchen durchgeführt. Freundschaftsvereine oder Organisationen, die sich mit ihrem Namen sowohl auf ein bestimmtes Bezugsland als auch auf Deutschland beziehen, wurden dem jeweiligen Bezugsland zugeordnet. Die Organisationen, die sich neben Deutschland nicht nur auf ein bestimmtes Bezugsland bzw. eine -region beziehen, son-

¹³⁰ Beispiele hierfür sind die "Afghanische Gemeinschaft e.V." oder die "Griechische Gemeinde Hamburg e.V.".

dern sich an mehrere oder alle Migrantengruppen richten, werden als interkulturelle Vereine bezeichnet. Im Vergleich zu den anderen Migrantenorganisationen sind die interkulturellen Vereine teilweise stärker auf die Förderstrukturen ausgerichtet, indem sie als professionelle Träger der Integrationsarbeit agieren. Darüber hinaus können die Organisationen danach unterschieden werden, ob es sich bei ihnen um eine religiöse oder nicht religiöse Vereinigung handelt.

Insgesamt zeigt sich, dass etwa ein Viertel der Organisationen der Türkei zugeordnet werden kann, wobei es sich bei diesen zu einem großen Teil (69 Prozent) um religiöse Vereinigungen handelt. Mit einigem Abstand folgen Organisationen mit einem Bezugsland in der Europäischen Union (15 Prozent), Afrika (14 Prozent) und der Arabischen Halbinsel (11 Prozent). Bei 14 Prozent der Organisationen handelt es sich um interkulturelle Vereine. Vergleicht man die Bezugsländer/-regionen mit den größten Migrantengruppen in Hamburg (siehe Kapitel 2), fällt insbesondere auf, dass Migrantenorganisationen mit einem Bezugsland der ehemaligen Sowjetunion verhältnismäßig wenig unter den Organisationen vertreten sind, wohingegen Migrantenorganisationen mit einem afrikanischen Bezugsland einen vergleichsweise großen Anteil ausmachen.

Tabelle 4.4

Migrantenorganisationen und interkulturelle Vereine nach Bezugsland/-region				
	Vereine und Migrantenorganisationen		davon religiöse Vereinigung	
	Anzahl	Anteil (in %)	Anzahl	Anteil (in %)
Türkei	68	24	47	69
Arabische Halbinsel	31	11	14	45
Europäische Union	42	15	5	12
Afrika (ohne Arabische Halbinsel)	40	14	11	28
ehemalige Sowjetunion	6	2	0	0
Europa (ohne EU und Türkei)	19	7	4	21
Asien (ohne Arabische Halbinsel und Türkei)	26	9	6	23
Sonstiges (Amerika, Ozeanien)	9	3	0	0
Interkulturelle Vereine	38	14	5	13
Gesamt	279	100	92	33

An der Liste der Migrantenorganisationen ist zudem erkennbar, dass es sich bei den angeschriebenen Migrantenorganisationen neben den religiösen Vereinigungen größtenteils um Kulturvereine handelt.¹³¹ Darüber hinaus befinden sich unter den Vereinen auch einige Organisationen, die sich dem Namen nach an besondere Zielgruppen richten, wie z. B. Jugendliche (ungefähr 24), Frauen oder Eltern (jeweils ungefähr acht), oder die sich be-

¹³¹ In den Namen der Organisationen häufig auftretende Begriffe sind in diesem Zusammenhang: Kulturverein, Kulturzentrum, Kulturbrücke, Kulturbund, Kultur und Völkerverständigung etc.

stimmten Themen oder Aktivitäten widmen, wie z. B. Sport oder der Wissenschaft. Von den 279 angeschriebenen Migrantenorganisationen haben 67 geantwortet, was einem Rücklauf von 24 Prozent entspricht.¹³² Die mit der Befragung erreichten Organisationen bilden die Grundgesamtheit gut ab.

Bei den meisten der befragten Organisationen handelt es sich um bereits etablierte Vereine. Etwa drei Viertel der befragten Migrantenorganisationen bestehen zehn Jahre oder länger, fast die Hälfte (45 Prozent) sogar 20 Jahre oder länger (siehe Tabelle 4.5). Über eigene Räumlichkeiten verfügt etwas mehr als die Hälfte der befragten Vereine (55 Prozent), 19 Prozent der Vereine teilen sich die Räumlichkeiten mit einer anderen Organisation und 21 Prozent der Vereine können auf keine eigenen Räumlichkeiten verweisen.

Tabelle 4.5

Anzahl der Jahre, die der Verein existiert (n=67)					
	weniger als 5 Jahre	5 bis 9 Jahre	10 bis 19 Jahre	20 Jahre oder länger	keine Angabe
Anzahl der Migrantenorganisation	5	10	21	30	1

Vor allem haben sich kleine Migrantenorganisationen an der Befragung beteiligt. In fast 40 Prozent der befragten Organisationen sind weniger als sieben Mitglieder aktiv (siehe

Tabelle 4.6). Fast die Hälfte der Organisationen (48 Prozent) ist Mitglied in einem Dachverband, und 15 Prozent geben an, selbst ein Dachverband zu sein.

Tabelle 4.6

Anzahl der Personen, die im Vorstand des Vereins oder darüber hinaus regelmäßig (d. h. mindestens einmal im Monat) für den Verein tätig sind							
	weniger als 7	7	8 bis 19	20 bis 99	100 oder mehr	keine Angabe	Gesamt
Anzahl der Migrantenorganisationen	26	11	15	9	4	2	67

¹³² Dieser Rücklauf ist beachtlich, wenn man bedenkt, dass viele Migrantenorganisationen auf rein ehrenamtlicher Basis arbeiten, die Organisationen nicht immer über eigene Räumlichkeiten verfügen und die Liste der Ansprechpartner nicht immer aktuell war. Auf die Teilnahmebereitschaft der Organisationen positiv ausgewirkt haben dürfte sich die Unterstützung durch eine Mitarbeiterin mit Migrationshintergrund in der ehemaligen Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft (jetzt: Amt für Arbeit und Integration), die über gute Kontakte zu den Migrantenorganisationen in Hamburg verfügt und diese in persönlichen und telefonischen Gesprächen über die Befragung informierte und zur Beteiligung aufforderte.

Die zentralen Anliegen der Vereine sind sowohl bei den Migrantenorganisationen als auch bei den interkulturellen Vereinen die Förderung der Integration und der Verständigung (siehe Tabelle 4.7). Während erstere ebenso häufig die Pflege der eigenen Kultur/Religion angeben, werden von den interkulturellen Vereinen die Verbesserung der Bildungschancen und beruflichen Möglichkeiten am zweithäufigsten genannt. Bei einer gesonderten Betrachtung der nicht religiösen und religiösen Vereine fällt auf, dass die nicht religiösen Vereine ähnlich wie die interkulturellen Vereine insbesondere die Förderung der Integration, der Verständigung und des Miteinander als zentrales Anliegen nennen, während bei den religiösen Vereinen neben der Pflege der eigenen Kultur/Religion der Austausch und die Kommunikation mit Menschen aus dem Herkunftsland sowie die Beratung und Unterstützung von Landsleuten eine ähnlich hohe Bedeutung wie die Förderung der Integration, der Verständigung und des Miteinander haben.

Tabelle 4.7

Zentrale Anliegen des Vereins (Mehrfachantworten möglich)								
	Migrantenorganisationen		Interkulturelle Vereine		Nicht religiöse Vereine		Religiöse Vereine	
	Anzahl n=52	Anteil (in %)	Anzahl n=15	Anteil (in %)	Anzahl n=41	Anteil (in %)	Anzahl n=26	Anteil (in %)
Förderung der Integration, der Verständigung und des Miteinander	39	75	13	87	31	76	20	77
Pflege der eigenen Kultur/Religion	39	75	7	47	20	49	25	96
Austausch, Kommunikation mit Menschen aus dem Herkunftsland	36	69	7	47	23	56	19	73
Beratung, Unterstützung von Landsleuten	36	69	6	40	22	54	19	73
Verbesserung der Bildungschancen und beruflichen Möglichkeiten	28	54	8	53	19	46	16	62
Information über das Herkunftsland	28	54	4	27	22	54	9	35
Entwicklungszusammenarbeit	24	47	3	19	13	32	13	50
Sonstiges	11	21	5	33	11	27	5	19

Das Engagement der Migrantenorganisationen ist also neben dem generellen Ziel der Förderung der Integration sehr stark mit dem Anliegen verknüpft, die Situation der eigenen Migrantencommunity zu verbessern, die eigene Kultur zu pflegen und Landsleute zu unterstützen. Dabei ist das Engagement nur in Einzelfällen ausschließlich auf das jeweilige Herkunftsland ausgerichtet (siehe Tabelle 4.8).

Tabelle 4.8

Land, auf das die Arbeit des Vereins in erster Linie ausgerichtet ist				
	Migrantenorganisationen		Interkulturelle Vereine	
	Anzahl	Anteil (in %)	Anzahl	Anteil (in %)
Herkunftsland	4	8	0	0
Deutschland	26	50	10	67
beides in gleichem Umfang	22	42	5	33
Gesamt	52	100	15	100

Während die Migrantenorganisationen "kulturelle Veranstaltungen, Feste" sowie andere Formen der Interaktion überwiegend als Tätigkeitsbereich angeben, haben bei den interkulturellen Vereinen Sozialberatung und Elternarbeit einen deutlich höheren Stellenwert.

Tabelle 4.9

Tätigkeitsbereiche des Vereins (Mehrfachantworten möglich)				
	Migrantenorganisationen		Interkulturelle Vereine	
	Anzahl n=52	Anteil (in %)	Anzahl n=15	Anteil (in %)
Informationsaustausch, Herstellen von Kontakten	35	67	8	53
Religiöse Veranstaltungen, Religionsunterweisung	23	44	1	7
Kulturelle Veranstaltungen, Feste	43	83	8	53
Herkunftslandbezogene Informationsveranstaltungen	23	44	3	20
Interkulturelle Zusammenarbeit	40	77	11	73
Gesellschaftspolitische Veranstaltungen	20	39	6	40
Förderung in der Herkunftssprache	18	35	1	7
Deutschkurse	15	29	5	33
(Weiter-)Bildungsangebote	13	25	6	40
Beratung in Migrationsangelegenheiten für Neuzuwanderer, Flüchtlinge oder Asylsuchende	16	31	5	33
Beratung für Arbeitslose und Ausbildungssuchende	16	31	5	33
Sozialberatung	20	39	10	67
Seniorenarbeit	11	21	3	20
Elternarbeit	19	37	8	53
Gesundheitsberatung	17	33	2	13
Sport- und Freizeitangebote	18	35	7	47

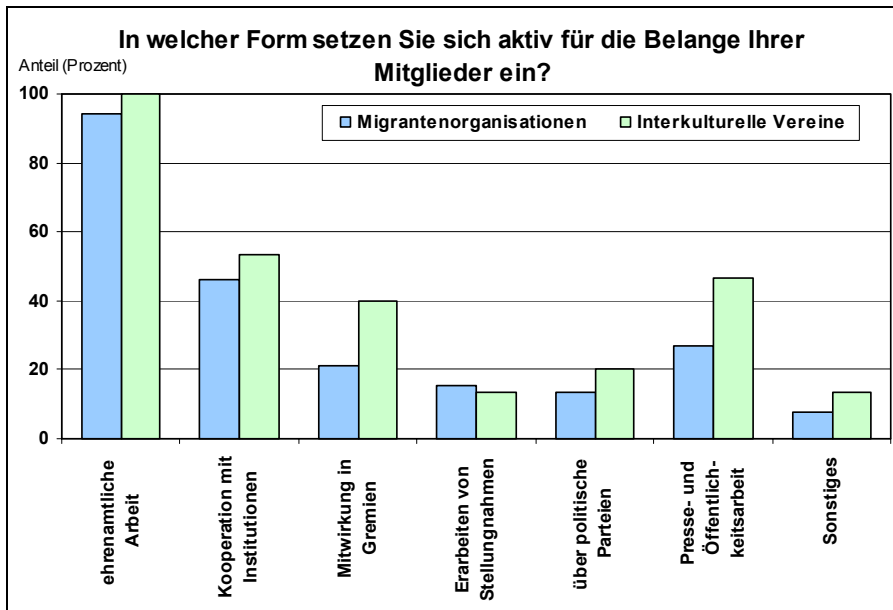
Das Engagement der Migrantenvereine richtet sich vor allem auf die Stadt als Ganzes, während die Arbeit der interkulturellen Vereine oftmals auch auf einen bestimmten Stadtteil ausgerichtet ist. Für die religiösen Vereine stellt die Stadtteilebene keine direkte Bezugsebene dar, da die Mitglieder meist nicht nur in einem Stadtteil leben. Wie sich aber an den noch folgenden Ergebnissen zu weiteren Fragen zeigt, schließt dies nicht aus, dass sie sich an Aktivitäten auf Stadtteilebene beteiligen.

Tabelle 4.10

Wo ist Ihr Verein überwiegend tätig? (Mehrfachantworten möglich)								
	Migrantenorganisa- tionen		Interkulturelle Ver- eine		Nicht religiöse Vereine		Religiöse Vereine	
	Anzahl n=52	Anteil (in %)	Anzahl n=15	Anteil (in %)	Anzahl n=41	Anteil in %)	Anzahl n=26	Anteil (in %)
Deutschland	7	13	1	7	5	12	2	8
Hamburg	47	90	14	93	36	88	24	92
Bestimmter Bezirk	10	19	7	47	12	29	5	19
Bestimmter Stadtteil	10	19	6	40	11	27	0	0

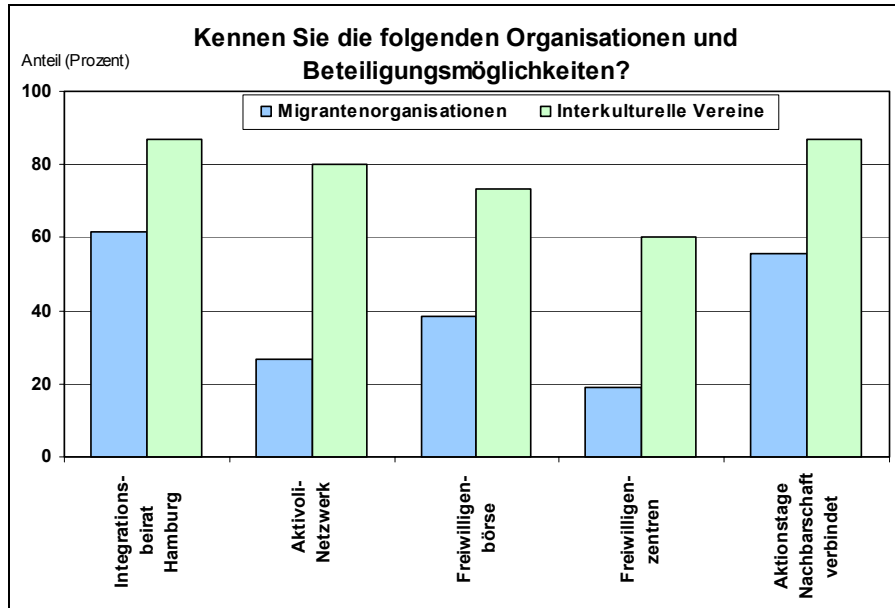
Fast alle Migrantenorganisationen und alle interkulturellen Vereine setzen sich durch ehrenamtliche Arbeit für die Belange ihrer Mitglieder ein (siehe Abbildung 4.2), darüber hinaus kooperiert rund die Hälfte der Migrantenorganisationen mit lokalen Institutionen oder Einrichtungen. Ein deutlicher Unterschied besteht in Bezug auf die Nutzung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zwischen den Migrantenorganisationen und den interkulturellen Vereinen. Während diese bei 47 Prozent der interkulturellen Vereine Anwendung findet, ist dies nur bei 27 Prozent der Migrantenorganisationen der Fall. Das deutet darauf hin, dass die interkulturellen Vereine stärker professionalisiert arbeiten und sich das Engagement der Migrantenorganisationen stärker auf die eigene Community bezieht. Dasselbe wird bezüglich der Mitwirkung in Gremien deutlich, die von 40 Prozent der interkulturellen Vereine, aber von nur 21 Prozent der Migrantenorganisationen als Form des Engagements genannt wird. Der Versuch der politischen Einflussnahme durch die Erarbeitung von Stellungnahmen oder über politische Parteien wird von allen Organisationen vergleichsweise selten genutzt.

Abbildung 4.2



Die Unterschiede in Bezug auf die Mitwirkung in Gremien schlagen sich auch in den Antworten zur Frage nach der Bekanntheit von bestimmten Organisationen des Freiwilligen-sektors und Beteiligungsmöglichkeiten nieder. Während den interkulturellen Vereinen die aufgeführten Organisationen und Beteiligungsmöglichkeiten mehrheitlich bekannt sind, ist dies bei den Migrantenorganisationen nur beim Integrationsbeirat und bei den Aktionstagen "Nachbarschaft verbindet" mehrheitlich der Fall.

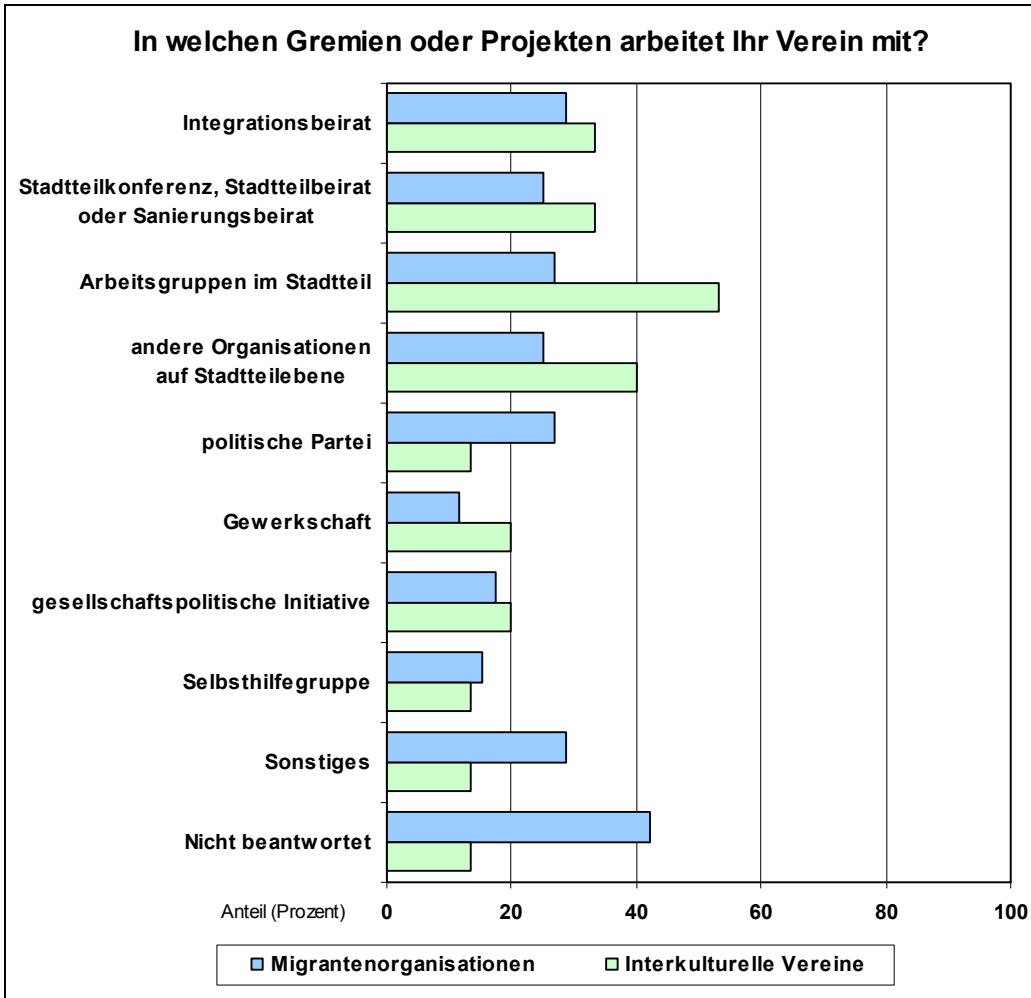
Abbildung 4.3



Auf Stadtteilebene sind eher die interkulturellen Vereine aktiv. So arbeitet über die Hälfte der befragten interkulturellen Vereine in Arbeitsgruppen im Stadtteil mit, über 30 Prozent der interkulturellen Vereine sind in Stadtteilkonferenzen, Stadtteil- oder Sanierungsbeiräten vertreten und 40 Prozent geben an, in anderen Organisationen auf Stadtteilebene mitzuarbeiten (siehe Abbildung 4.4). Bei den Migrantenorganisationen fällt die Beteiligung insgesamt geringer aus und über 40 Prozent lassen die Frage unbeantwortet.

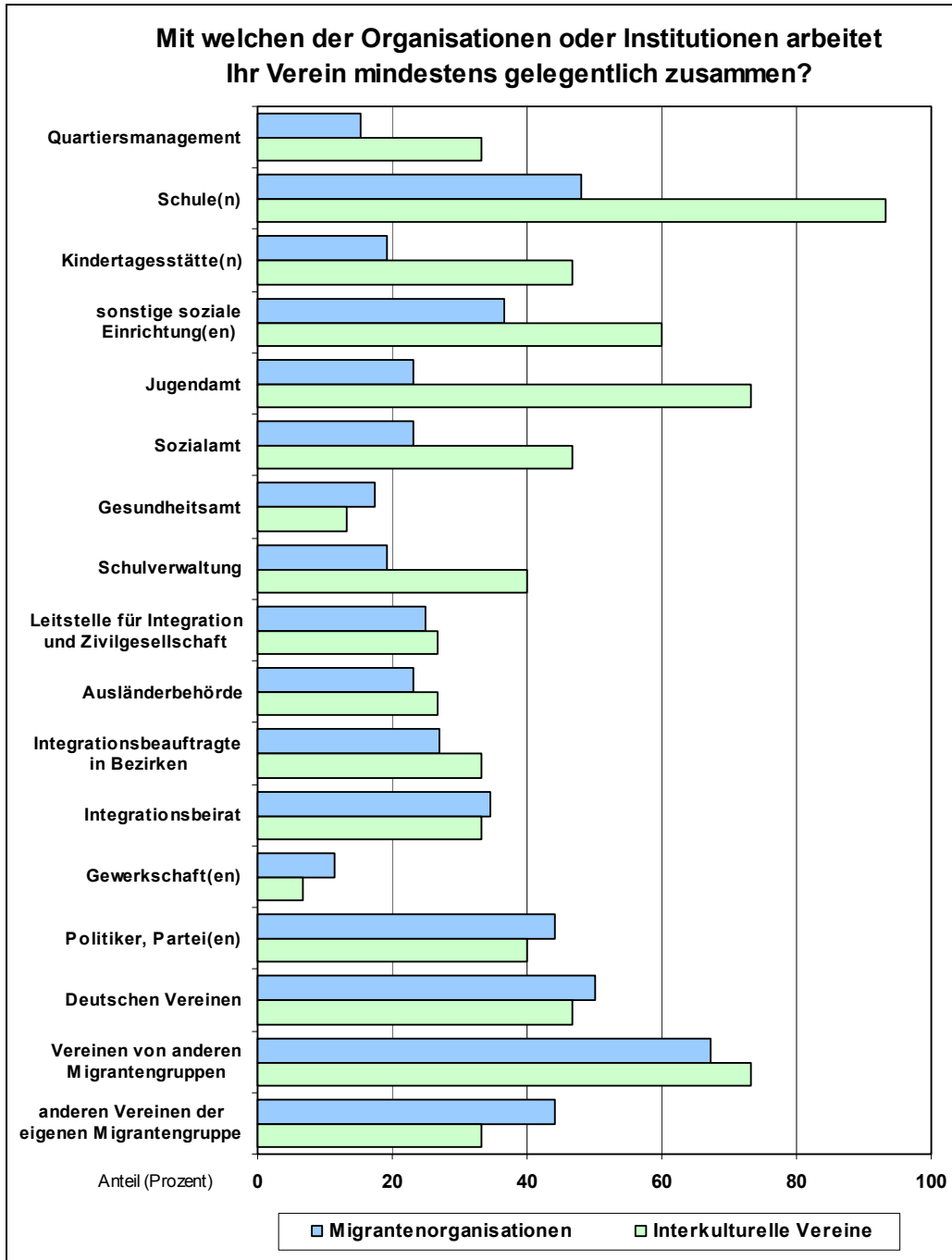
Bei einer differenzierten Betrachtung der Ergebnisse für religiöse und nicht religiöse Vereine wird deutlich, dass auf Stadtteilebene insbesondere die religiösen Vereinigungen aktiv sind, was angesichts der Ergebnisse zur räumlichen Bezugsebene erstaunlich ist (siehe Tabelle 4.10). So geben 38 Prozent der religiösen Vereine an, dass sie an Arbeitsgruppen im Stadtteil beteiligt sind, 31 Prozent der insgesamt 26 befragten religiösen Vereine sind in Gremien auf Stadtteilebene vertreten. Von den nicht religiösen Organisationen sind dagegen nur 27 Prozent an Arbeitsgruppen im Stadtteil beteiligt und 22 Prozent in Gremien vertreten. Die vergleichsweise hohe Beteiligung der religiösen Vereine könnte ein Indiz dafür sein, dass diese den Akteuren auf Gebietsebene eher bekannt sind und somit ggf. eher angesprochen und einbezogen werden, auch wenn deren Mitglieder in mehreren Stadtteilen leben.

Abbildung 4.4



Das vielfältige Engagement der Organisationen kommt auch bei der Frage nach den Kooperationspartnern zum Ausdruck (Abbildung 4.5). Viele interkulturelle Vereine kooperieren mit Schulen, Kitas, dem Jugend- und dem Sozialamt und sonstigen sozialen Einrichtungen. Diese Kooperationen sind deutlich ausgeprägter als bei den Migrantenorganisationen, was den Unterschieden in den Tätigkeitsschwerpunkten entspricht. Die Zusammenarbeit mit "Migrationsspezialisten" (LIZ, Integrationsbeauftragte usw.) fällt in beiden Organisationsformen deutlich geringer aus. Einen wichtigen Stellenwert hat noch die Zusammenarbeit mit anderen Migrantengruppen, weiteren (deutschen) Vereinen und Repräsentanten der politischen Ebene. Am wenigsten Berührungspunkte zeigen sich mit den Gewerkschaften.

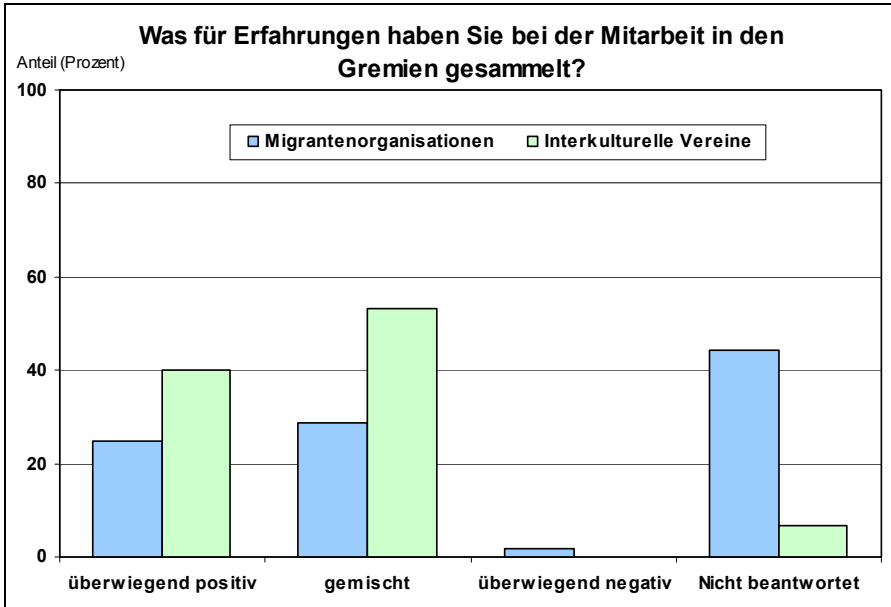
Abbildung 4.5



Mit den oben aufgeführten Gremien haben die befragten Organisationen unterschiedliche Erfahrungen gesammelt. Die Mehrheit der interkulturellen Vereine gibt an, gemischte Erfahrungen gemacht zu haben (siehe Abbildung 4.6). Von überwiegend negativen Erfahrungen berichten nur zwei Prozent der Migrantenorganisationen und keiner der interkultu-

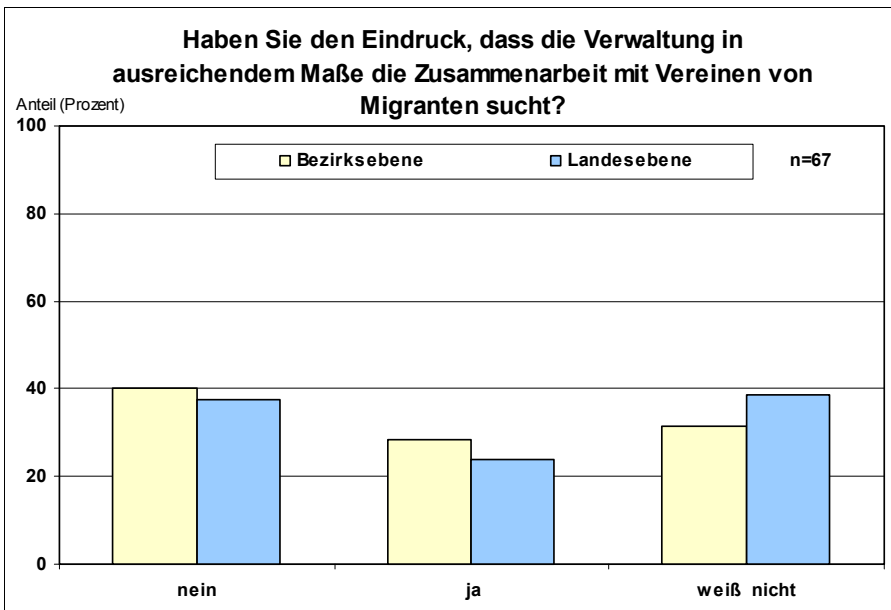
rellen Vereine. Allerdings blieb die Frage bei 44 Prozent der Migrantenorganisationen und 7 Prozent der interkulturellen Vereine unbeantwortet.

Abbildung 4.6



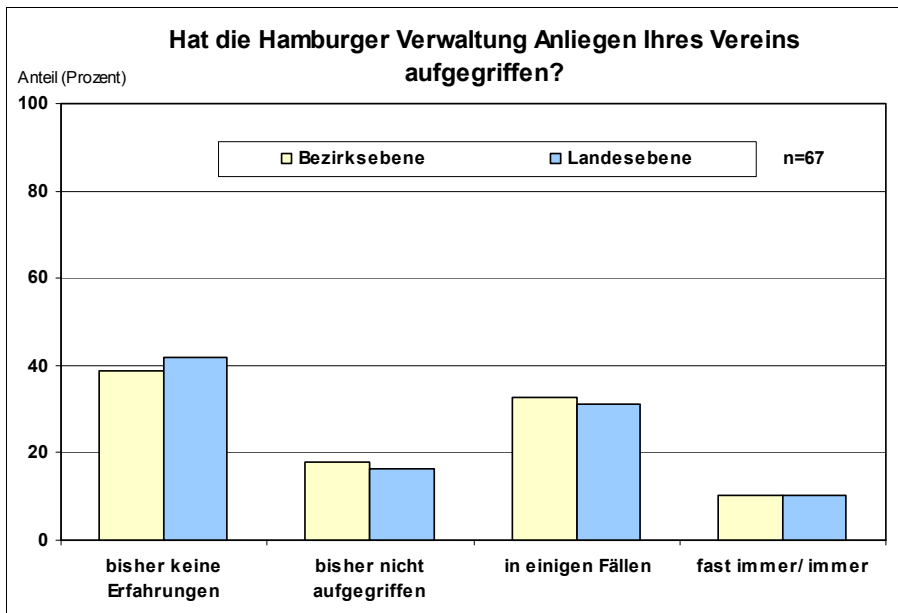
Mehrheitlich haben die Organisationen nicht den Eindruck, dass die Verwaltung in ausreichendem Maße die Zusammenarbeit mit Vereinen von Migranten sucht (siehe Abbildung 4.7).

Abbildung 4.7



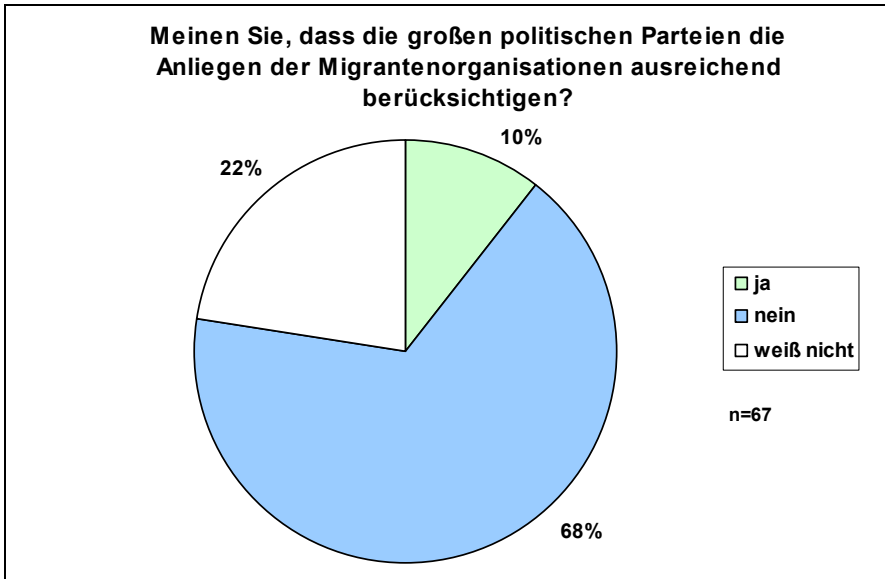
Die zum Teil fehlende Erfahrung in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung schlägt sich auch in den Antworten zu der Frage nieder, ob die Hamburger Verwaltung Anliegen des Vereins aufgegriffen hat. So geben 39 bzw. 42 Prozent der befragten Vereine an, diesbezüglich bisher keine Erfahrungen auf Bezirks- oder Landesebene gemacht zu haben (siehe Abbildung 4.8). Die Migrantenorganisationen und interkulturellen Vereine, die auf Erfahrungen bezüglich der Zusammenarbeit mit der Verwaltung zurückblicken können, geben größtenteils an, dass ihre Anliegen in einigen Fällen aufgegriffen wurden. Den Eindruck, dass ihre Anliegen fast immer oder immer aufgegriffen wurden, haben jeweils 10 Prozent der befragten Organisationen. Somit können etwas über 40 Prozent der befragten Vereine auf positive oder zum Teil positive Beteiligungserfahrungen mit der Verwaltung zurückblicken.

Abbildung 4.8



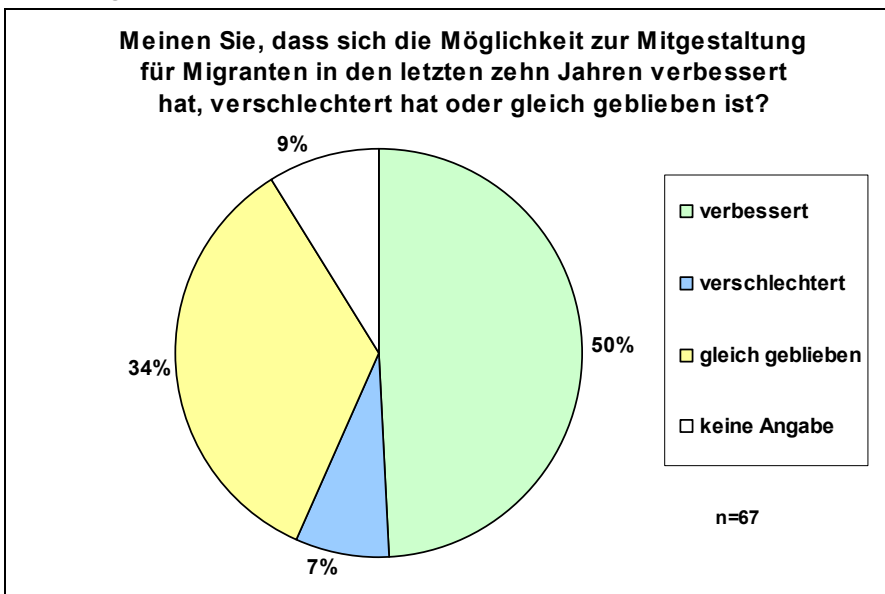
Etwa zwei Drittel der Befragten meinen, dass die großen politischen Parteien die Anliegen der Migrantenorganisationen nicht ausreichend berücksichtigen (siehe Abbildung 4.9). Lediglich 10 Prozent bejahen die Frage und 22 Prozent entziehen sich der Bewertung. Allerdings beruht diese Einschätzung nur selten auf konkreten Erfahrungen der Organisationen, da diese, wie bereits weiter vorne angegeben, diese Form der Beteiligung bisher nur zu einem geringen Anteil (20 bzw. 13 Prozent) nutzen (siehe Abbildung 4.2).

Abbildung 4.9



In der Hälfte der befragten Organisationen herrscht die Ansicht vor, die Möglichkeit zur Mitgestaltung für Migranten hätte sich in den letzten zehn Jahren verbessert, ein Drittel sieht keine Veränderung und nur 7 Prozent eine Verschlechterung (siehe Abbildung 4.10).

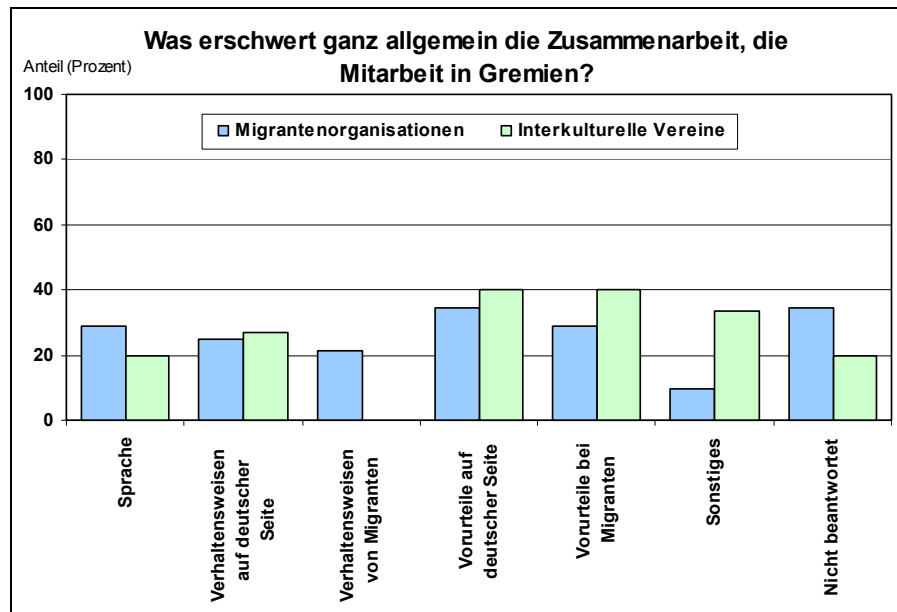
Abbildung 4.10



Nach Meinung der Befragten werden die Zusammenarbeit und die Mitarbeit in den Gremien vor allem durch Vorurteile auf deutscher Seite und bei Migranten erschwert, erst an dritter Stelle wird die Sprache genannt. Vorurteilen und Verhaltensweisen wird von den

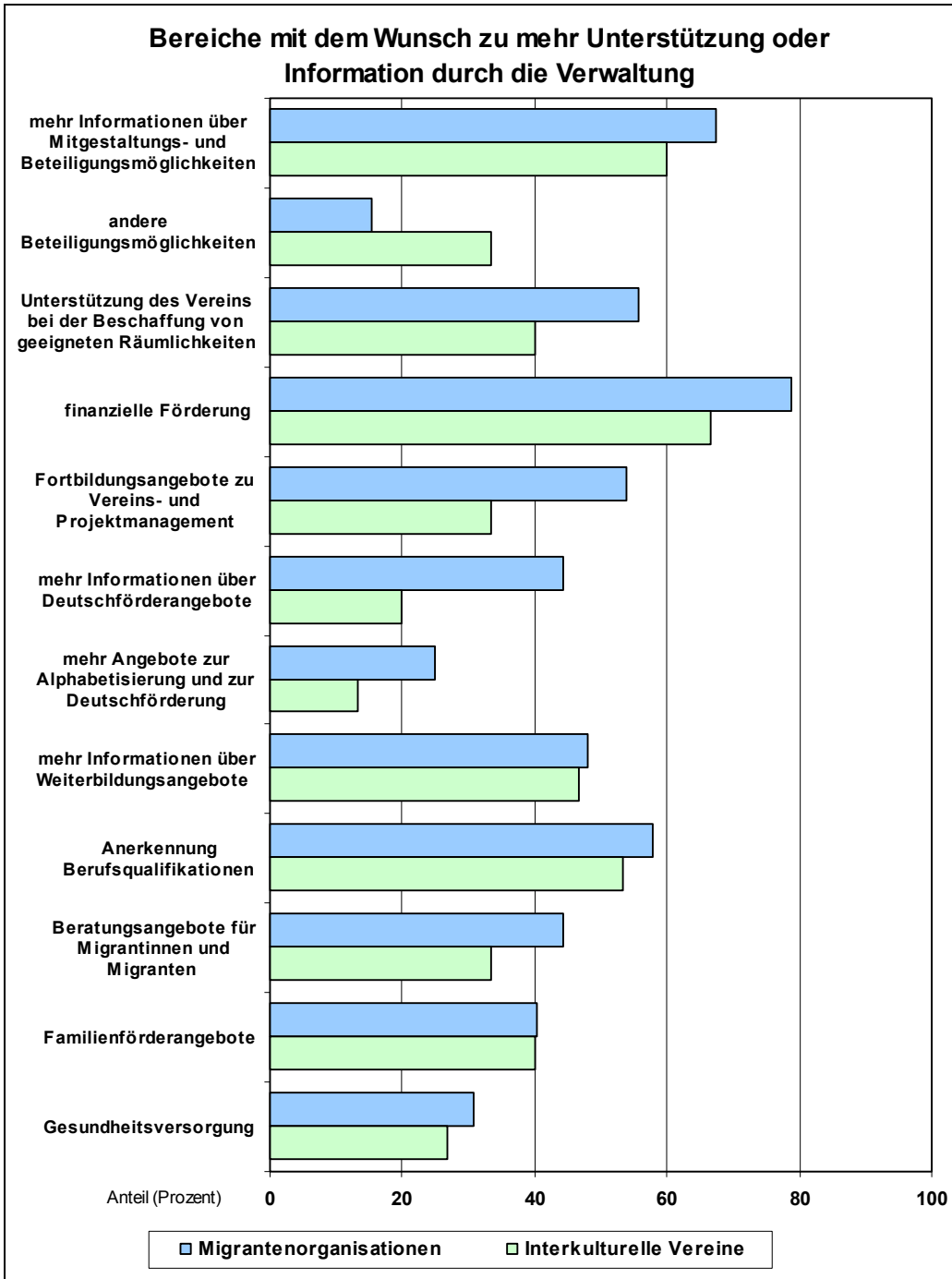
interkulturellen Vereinen ein größeres Gewicht beigemessen als durch die Migrantenorganisationen. Andererseits werden Verhaltensweisen auf Seiten der Migrantenorganisationen von den interkulturellen Vereinen (politisch korrekt) gar nicht für Hemmnisse bei der Zusammenarbeit verantwortlich gemacht.

Abbildung 4.11



Mehr Unterstützung durch die Verwaltung wird in deutlich unterschiedlichem Ausmaß in fünferlei Hinsicht erwartet: Am häufigsten wird eine finanzielle Förderung genannt, wichtig ist vielen Befragten auch eine Hilfe bei der Beschaffung von geeigneten Räumlichkeiten und Fortbildungsangebote zu Vereins- und Projektmanagement. Neben diesen auf die Arbeit der Vereine unmittelbar bezogenen Forderungen spielt der Wunsch nach mehr Informationen über Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten und ein Interesse an weiteren Beteiligungsmöglichkeiten vor allem bei den interkulturellen Vereinen eine wichtige Rolle. Fast ebenso wichtig sind Hilfestellungen für das berufliche Weiterkommen. Eine Ausweitung der Sozialberatung wird angeregt, bei den Angeboten zur Deutschförderung allerdings weniger deren Ausweitung als vielmehr die Informationen darüber.

Abbildung 4.12



4.4.2 Befunde aus den Gesprächen

In Gesprächen mit Akteuren der Freiwilligenarbeit wird darauf verwiesen, dass das ehrenamtliche Engagement von Migranten nicht immer sichtbar sei, da es weniger in den öf-

fentlich geförderten Bereichen stattfinden, sondern vor allem in informellen Zusammenhängen unabhängig von Vereinsgründungen oder Projekten, wie z. B. in der Nachbarschaftshilfe. Dieses Engagement müsse noch stärker sichtbar gemacht werden.¹³³ In den Gesprächen mit Vertretern von Migrantorganisationen wird deutlich, dass sich das Engagement oftmals auf konkrete Bedarfe in der jeweiligen Migrantengemeinschaft bezieht und somit die Unterstützung der eigenen Migrantengemeinschaft in der Aufnahmegesellschaft häufig im Vordergrund der Aktivitäten steht. Wichtige Handlungsfelder, die immer wieder genannt wurden, stellen in diesem Zusammenhang ebenfalls die Bereiche Bildung sowie Versorgung älterer Menschen dar. Bei dem Engagement im Bildungsbereich spielt vor allem die Elternarbeit eine wichtige Rolle.¹³⁴ Einige Migrantorganisationen versuchen eine Brückenfunktion einzunehmen, indem sie die Eltern aufklären und unterstützen oder durch vermittelndes Agieren versuchen, die Kommunikation zwischen Lehrern und Eltern zu verbessern. Darüber hinaus ist auch eine Reihe von Eigeninitiativen von Eltern entstanden, die sich dieser Problematik widmen.

Neben der Bildung ist für viele Migrantorganisationen die Versorgung von älteren Menschen zu einem wichtigen Handlungsbereich geworden, in dem sie sich engagieren. Neben dem Aufbau von Seniorengruppen geht es dabei vor allem um die Unterstützung von Familien bei der Versorgung von Angehörigen oder um die Unterstützung von älteren Menschen, die alleine oder in Heimen leben.¹³⁵ Wie beispielsweise der Vorsitzende des Hamburger Vereins der Deutschen aus Russland erläutert, lasse es die Mentalität der meisten Russlanddeutschen nicht zu, dass pflegebedürftige Familienmitglieder in ein Altenheim gebracht werden. Doch viele könnten die Pflege ihrer Eltern alleine nicht bewältigen. Der Verein bringt sich in diesem Zusammenhang in verschiedene Gremien, wie z. B. dem Seniorenbeirat, ein, um auf die Schwierigkeiten dieser Familien hinzuweisen. Darüber hinaus versucht er, Angebote für ältere Menschen zu schaffen und sie hierdurch an bestehende Einrichtungen heranzuführen. Ähnliche Probleme sind auch in anderen Migrantengemeinschaften zu finden. Wie die Vertreterin einer Migrantorganisation mit ghanaischem Migrationshintergrund erläutert, besteht auch bei vielen älteren Menschen afrikanischer Herkunft ein sehr großer Hilfebedarf. *"Im Alter gewinnt die Kultur stark an Bedeutung. Doch viele Menschen haben hier alleine gelebt ohne ihre Familien. Sie fühlen sich im Alter oftmals diskriminiert und ziehen sich in ihre Wohnungen zurück."*¹³⁶ In den

¹³³ Interview vom 16.04.2011, 13:20 Uhr; Interview vom 24.02.2011, 10 Uhr; Interview vom 09.03.2011, 10 Uhr.

¹³⁴ Unternehmer ohne Grenzen e.V./Krüger, Kirstin (2009): Interkulturelle Elternarbeit in Hamburg und vergleichende Analyse von ausgewählten Multiplikatorenprojekten in anderen Bundesländern, Expertise im Auftrag der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Hamburg.

¹³⁵ Interview vom 03.03.2011, 10:45 Uhr; Interview vom 14.12.2010, 11 Uhr.

¹³⁶ Interview vom 03.03.2011, 10:45 Uhr.

afrikanischen Communities würde die Unterstützung der älteren Menschen oftmals über informelle Nachbarschaftshilfe erfolgen. So würden beispielsweise einige Familien für ältere Menschen, die alleine oder in Heimen leben, afrikanisch kochen und ihnen das Essen vorbeibringen. Darüber hinaus versucht die Migrantenorganisation die Menschen durch die Begleitung bei Behördengängen oder Arztbesuchen zu unterstützen.

Wie die Vertreterin der Migrantenorganisation berichtet, gibt es im Gesundheitsbereich generell einen großen Unterstützungsbedarf für Menschen afrikanischer Herkunft, weshalb sich in diesem Bereich ebenfalls informelle Unterstützungsstrukturen entwickelt haben. Aufgrund der kulturellen Unterschiede hätten viele Menschen afrikanischer Herkunft Schwierigkeiten, im deutschen Gesundheitssystem Hilfe zu finden. *"Zunächst muss eine Vertrauensbasis geschaffen werden und in der afrikanischen Kultur ist es üblich, bei der Behandlung das soziale Umfeld einzubeziehen und auf diesem Weg bestehende Probleme zu lösen. Daher wenden sich viele Menschen eher an den Pastor als an einen Arzt, wenn sie gesundheitliche Probleme haben."*¹³⁷ Vertreter der Migrantenorganisation versuchen in diesem Zusammenhang, die Menschen im Falle einer Krankheit zu unterstützen und sie bei Arztbesuchen zu begleiten. Dass sie dabei selbst bis an ihre Grenzen gehen, macht das folgende Zitat deutlich: *"Ich bin immer im Einsatz. Es gibt Tage, da gehe ich morgens früh aus dem Haus, habe verschiedene Sitzungen und Treffen und komme erst abends spät nach Hause. Ab und zu werde ich auch nachts angerufen und gebeten, jemanden ins Krankenhaus zu begleiten."*¹³⁸

Ein weiterer zentraler Bereich für Eigeninitiativen von Migranten ist das Handlungsfeld Arbeit und lokale Ökonomie. Insbesondere Migranten türkischer Herkunft haben in diesem Zusammenhang einen Unterstützungsbedarf in ihrer Community wahrgenommen und Eigenaktivitäten entwickelt, aus denen später die Hamburger Organisationen Unternehmer ohne Grenzen und die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Migranten hervorgegangen sind. Wie der Geschäftsführer von Unternehmer ohne Grenzen im Gespräch erläuterte, begann er sich Ende der 1990er Jahre in diesem Bereich zu engagieren, nachdem er festgestellt hatte, dass migrantische Unternehmen durch die Strukturen der Handwerks- und Handelskammern nicht ausreichend erreicht wurden und somit ein Bedarf für ergänzende Beratungsstrukturen bestand. Im Jahr 2000 gründete er den Verein Unternehmer ohne Grenzen, um diese Lücke zu schließen und ein zusätzliches Beratungsangebot für Existenzgründer und Unternehmer mit Migrationshintergrund zu schaffen.¹³⁹ Das Angebot sollte sich nicht nur an türkische Unternehmer, sondern an alle Migrantengruppen richten.

¹³⁷ Ebenda.

¹³⁸ Ebenda.

¹³⁹ Interview vom 14.12.2010, 17 Uhr.

Somit sind auch der Vorstand und das Personal des Vereins interkulturell zusammengesetzt. Der Verein versteht sich als Interessenvertretung für Migranten im Bereich Existenzgründung und -sicherung sowie Qualifizierung und Bildung und möchte in diesem Zusammenhang eine Brückenfunktion zwischen Migranten und öffentlichen Einrichtungen, Kammern und Behörden einnehmen.

Auf den zusätzlichen Beratungsbedarf für migrantische Unternehmer reagierte auch die Handelskammer, die Ende der 1990er Jahre die Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer gründete, aus der im Jahr 2007 dann die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Migranten hervorging. An der Namensgebung wird deutlich, dass sich die Angebote zu Beginn insbesondere an Migranten türkischer Herkunft richteten, sich mit der Zeit aber auch für andere Migrantengruppen öffneten. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es, Gründungswillige und Unternehmer mit Migrationshintergrund zu beraten und deren Bereitschaft zu wecken, Lehrlinge auszubilden. Im Jahr 2008 ging aus der Arbeitsgemeinschaft zudem die Hamburger Stiftung für Migranten hervor, die sich im Bereich der beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund engagiert.¹⁴⁰

Eine eigene Jugendarbeit hat beispielsweise das Bündnis der Islamischen Gemeinde in Norddeutschland e.V. (BIG) aufgebaut. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von 17 Moscheevereinen in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. In den einzelnen Moscheevereinen findet mehr oder weniger stark strukturiert eine eigene Jugendarbeit statt. Im Jahr 1997 schlossen sich 14 regionale Jugendinitiativen zu einem Dachverband zusammen, dem Islamischen Jugendbund. Nach Auskunft des Leiters des Islamischen Jugendbundes zielt die Jugendarbeit der Islamischen Gemeinde insbesondere darauf ab, die jungen Menschen für eine Tätigkeit in der Islamischen Gemeinde auszubilden. Darüber hinaus geht es der Gemeinde aber auch generell darum, den Jugendlichen durch Bildung Perspektiven und Möglichkeiten aufzuzeigen und Werte des Islams zu vermitteln.¹⁴¹ Zielgruppe des Islamischen Jugendbundes sind vor allem junge muslimische Männer mit Migrationshintergrund, die in sozialen Brennpunkten leben. Mittlerweile ist die Jugendarbeit für junge Männer in der Islamischen Gemeinde sehr strukturiert aufgebaut. So gibt es in jeder Gemeinde einen eigenen Vorstand mit neun Vorsitzenden, für die regelmäßig ämterbezogene Fortbildungen organisiert werden. Der Islamische Jugendbund wünscht mehr finanzielle Unterstützung, aber auch mehr Anerkennung von Seiten der

¹⁴⁰ Interview vom 09.03.2011, 10 Uhr.

¹⁴¹ Interview vom 07.02.2011, 16 Uhr.

Behörden, weshalb er einen Antrag zur Aufnahme in den Landesjugendring eingereicht hat.¹⁴²

Im Handlungsfeld Sport gewinnt das ehrenamtliche Engagement von Migranten nach Auskunft des Hamburger Sportbundes ebenfalls an Bedeutung. Dieses werde im Rahmen des Programms "Integration durch Sport" auch explizit gefördert. Während die Bereitschaft zur Beteiligung bei kleineren Tätigkeiten mit Helferfunktion, wie z. B. bei der Vorbereitung von Festen oder Turnieren, unter den Migranten bereits recht groß sei, seien Migranten allerdings unter den Ehrenamtlichen mit festen Ämtern, wie z. B. den Übungsleitern oder Vorständen, nach wie vor deutlich unterrepräsentiert.¹⁴³ Insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund seien für solche Funktionen nur selten zu gewinnen, am wenigsten vertreten seien muslimische Frauen, deren Beteiligung sich im Sportbereich generell noch schwierig gestalte. Mögliche Hemmnisse, die einer stärkeren Beteiligung von Migranten im Wege stehen, stellen in diesem Zusammenhang Schwierigkeiten mit der Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland sowie die Gebühren zur Erlangung der Trainerlizenz dar, die um die 250 bis 300 Euro liegen.¹⁴⁴ Eine Mitarbeiterin des Hamburger Sportbundes erläutert, dass eine weitere Hürde darin bestehe, dass den Migranten die deutschen Strukturen im Sportbereich oftmals nicht bekannt seien. *"Es ist wichtig, aktiv auf die Migranten zuzugehen und ihnen konkrete Angebote zur Beteiligung zu unterbreiten."*¹⁴⁵ Der Hamburger Sportbund arbeitet derzeit an Konzepten, um die finanzielle und inhaltliche Einstiegshürde zur Erlangung der Trainerscheine zu senken. Zudem wird es eine Multiplikatoren Ausbildung für Migranten geben, die sich insbesondere an Frauen richtet und diese zur Beteiligung aktivieren soll. Darüber hinaus arbeitet der Hamburger Sportbund eng mit Migrantenorganisationen zusammen, woraus verschiedene Aktivitäten zur Förderung der Beteiligung von Migranten in Sportvereinen entstehen.

Weitere wichtige Engagementbereiche von Migranten stellen die Pflege der eigenen Kultur oder Religion, die Vertretung von Interessen der eigenen Community sowie Aktivitäten dar, die auf das jeweilige Herkunftsland bezogen sind. Beispiele für Vereinsaktivitäten sind in diesem Zusammenhang die Organisation von muttersprachlichem oder religiösem Unterricht, die Durchführung von gemeinsamen Tanz- und Folkloreveranstaltungen, Hilfsprojekte für die Bevölkerung im Herkunftsland, Mitwirkung in einzelnen Gremien oder die

¹⁴² Ebenda.

¹⁴³ Interview vom 26.04.2011, 14 Uhr.

¹⁴⁴ Dieser Aspekt wurde in mehreren Gesprächen von Experten und Vertretern von Migrantenorganisationen angesprochen (vgl. insbesondere Interview vom 26.04.2011, 14 Uhr; Interview vom 01.02.2011, 17 Uhr; Interview vom 29.04.2011, 10:30 Uhr).

¹⁴⁵ Interview vom 26.04.2011, 14 Uhr.

Arbeit auf politischer Ebene. Ansätze dieser Art mit jeweils unterschiedlicher Schwerpunktsetzung findet man bei fast allen Migrantengemeinschaften, beispielsweise sind hier die griechischen Vereine, die Moscheen, die alevitische Gemeinde, die afrikanischen Gemeinden, russische Vereine und die Ortsgruppen des Hamburger Vereins der Deutschen aus Russland zu nennen. Am wenigsten organisiert scheinen in diesem Zusammenhang die Migranten aus Polen zu sein, die eher dadurch auffallen, dass sie sich der deutschen Kultur anpassen wollen.

4.5 Fazit

Im Rahmen der Untersuchung hat sich gezeigt, dass die formellen Netzwerke und Strukturen der Freiwilligenarbeit in Hamburg Migranten(organisationen) bisher nur geringfügig erreichen. Dies hat unterschiedliche Gründe. Zum einen dürfte die geringe Einbindung und Beteiligung der Migrantenorganisationen in Netzwerke und Strukturen der Freiwilligenarbeit darauf zurückzuführen sein, dass einige zentrale Institutionen und Netzwerke, wie die Freiwilligenzentren oder das AKTIVOLI-Netzwerk, vielen Migrantenorganisationen nicht bekannt sind. Dies hat die schriftliche Befragung der Migrantenorganisationen gezeigt. Hier besteht also ein deutlicher Informationsbedarf. Wie die vertiefenden Gespräche mit Akteuren der Freiwilligenarbeit verdeutlicht haben, reicht es in diesem Zusammenhang aber nicht aus, für die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten und Netzwerke zu werben, sondern es kommt zudem darauf an, den Mehrwert von diesen Strukturen deutlich zu machen, was bisher noch nicht in ausreichendem Maße gelungen ist.

Zum anderen ist die geringe Beteiligung der Migrantenorganisationen an den Netzwerken und Strukturen der Freiwilligenarbeit aber auch darauf zurückzuführen, dass viele Migrantenorganisationen eine Reihe von anderen Herausforderungen zu bewältigen haben und ihnen die Kapazitäten für ein darüber hinausgehendes Engagement fehlen. Insbesondere kleinere Migrantenorganisationen, die auf rein ehrenamtlicher Basis arbeiten, kommen hier an ihre Grenzen und bedürfen einer konkreten Unterstützung in Form von Beratung oder finanziellen Ressourcen, um die Voraussetzungen für eine weitergehende Beteiligung zu schaffen, wenn diese gewünscht ist.

Wie die vertiefenden Interviews gezeigt haben, hat die Beteiligung von Migranten(organisationen) bei den Akteuren der Freiwilligenarbeit in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und es wurden einige Ansätze zur Stärkung der Beteiligung erprobt und entwickelt, auf die aufgebaut werden kann. Bei den bisherigen Aktivitäten haben sich insbesondere die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen, wie der Hamburger Stiftung für Migranten, und mit einer Mitarbeiterin mit Migrationshintergrund des Fachreferates Integration als hilfreich erwiesen. Somit scheint es von Bedeutung zu sein, dass bereits

an der Konzipierung und Durchführung von Aktivitäten zur Stärkung der Beteiligung von Migranten(organisationen) als gleichberechtigte Akteure beteiligt sind. Wie die Ergebnisse zu den Aktionstagen "Nachbarschaft verbindet" zeigen, können darüber hinaus eher niedrigschwellige Beteiligungsangebote der Behörden ein sinnvoller Ansatz sein, um die Beteiligung von Migranten(organisationen) zu stärken.

Auf einem wichtigen Feld der Freiwilligenarbeit, nämlich als ehrenamtliche Schöffen, ist bereits, öffentlich kaum wahrgenommen, ein durchaus beachtlicher Anteil von Migranten aktiv. Deren Rekrutierung erfolgt vollkommen unabhängig von den Strukturen der Freiwilligenarbeit durch die Bezirksamter. Im Interesse einer ausgewogenen sozialen Zusammensetzung der Schöffen könnten die Bemühungen um eine Gewinnung weiterer Migranten für dieses Amt gezielt verstärkt werden. Bei Parteien und Organisationen sollte im Sinne einer Anerkennungskultur dafür geworben werden.

In Bezug auf das bisherige Engagement der Migrantenorganisationen wird an den Ergebnissen der schriftlichen Befragung sowie den vertiefenden Befragungen deutlich, dass bei den meisten Migrantenorganisationen eine große Bereitschaft vorhanden ist, sich in unterschiedlichen Zusammenhängen zu engagieren und eine Brückenfunktion einzunehmen. Bei vielen Organisationen ist das Engagement dabei zunächst auf die eigene Migrantencommunity ausgerichtet und mit dem Anliegen verknüpft, Landsleute zu unterstützen oder die eigene Kultur oder Religion zu pflegen. Insbesondere in den Bereichen Seniorenversorgung, Gesundheitsförderung, Elternarbeit, Jugendarbeit und lokale Ökonomie decken Migrantenorganisationen einen zunehmenden Bedarf innerhalb der Communities ab. Gleichzeitig wird hier großer Unterstützungsbedarf durch die Behörden deutlich, da für diese Arbeit häufig Räumlichkeiten fehlen und die Finanzierung nicht allein durch Vereinsmittel gedeckt werden kann. Die räumliche Bezugsebene des Engagements stellt meist die gesamtstädtische Ebene dar, insbesondere bei den befragten religiösen Vereinigungen steht die Stadtteilebene im Rahmen der eigenen Arbeit nicht im besonderen Fokus. Allerdings zeigt ihre Mitwirkung in den Gremien und Arbeitsgruppen im Stadtteil, dass bei den Migrantenorganisationen und auch bei den religiösen Vereinigungen durchaus eine große Bereitschaft zur Mitwirkung in quartiersbezogenen Beteiligungsprozessen vorhanden ist.

Die bisherigen Erfahrungen im Rahmen der Beteiligungsprozesse werden von den Migrantenorganisationen gemischt bewertet, wobei in den letzten Jahren aber größtenteils eine Verbesserung wahrgenommen wird. Zur Unterstützung der eigenen Arbeit wünschen sie sich künftig neben einer finanziellen Förderung vor allem mehr Informationen über Mitgestaltungs- und Beratungsmöglichkeiten, Verbesserungen in der Anerkennung von Berufsqualifikationen, eine Unterstützung bei der Beschaffung von geeigneten Räumlichkeiten sowie Fortbildungsangebote für Vereins- und Projektmanagement. Darüber hinaus

wurde in den vertiefenden Gesprächen deutlich, dass eine stärkere Anerkennung der eigenen Arbeit durch die Behörden begrüßt würde.

5. Quartiersbezogene Partizipation

Befragte, die in politischen Parteien, im Integrationsbeirat, in Migrantenorganisationen oder in Gremien der Elternvertretung aktiv sind, gehören vorrangig der Mittelschicht an. Auf der Quartiersebene wurden auch gezielt Migranten in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen (geringes Einkommen, Lebensunterhalt auf Grundlage von Transferleistungen) in die Untersuchung einbezogen. bei denen von vornherein eine hohe strukturelle Hürde bei den üblichen Beteiligungsverfahren gegeben ist.

5.1 Stellenwert der Partizipation im Stadtteil und Stand der Fachdiskussion

Auf der Stadtteilebene gibt es eine Reihe von Beteiligungsformen, die sich an die gesamte Wohnbevölkerung richten. In benachteiligten Stadtteilen, in denen besonders viele Zugewanderte leben, ist die Aktivierung und Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ein besonderes Anliegen der Integrierten Stadtteilentwicklung.

Bisherige Evaluationen zum Programm "Soziale Stadt" haben gezeigt, dass Ansätze zur Einbindung von Migranten im Rahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung mit besonderen Hindernissen konfrontiert sind. Im Rahmen der Zwischenevaluierung des Bundesländer-Programms, die das IfS vorgenommen hat, konnten als mögliche Gründe für die geringe Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere Sprachprobleme, geringe Identifikation mit dem Quartier aufgrund fehlender Anerkennung und mangelnder politischer Rechte sowie ungewohnte und/oder nicht bekannte Beteiligungsverfahren und -strukturen festgestellt werden.¹⁴⁶

Auch die Zwischenevaluierung des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms durch die Arbeitsgruppe Stadtforschung an der Universität Oldenburg hat gezeigt, dass Migranten im Rahmen von Beteiligungsverfahren auf Quartiersebene nur schwer erreicht werden konnten. So ist zwar versucht worden, durch formelle und informelle Verfahren alle sozialen Schichten und relevanten Bevölkerungsgruppen in die Gremien einzubeziehen, dies ist aber nach Einschätzung der Evaluationen nur teilweise erreicht worden. Insbesondere stärker formalisierte Verfahren, wie Stadtteilbeiräte und Sanierungsbeiräte, haben sich

¹⁴⁶ IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2004): Die Soziale Stadt - Ergebnisse der Zwischenevaluierung, S. 128.

dabei als wenig geeignete Ansätze erwiesen. Besser ist die Einbeziehung von Migranten und Aussiedlern dagegen bei niedrigschwelligen punktuellen und projektbezogenen Beteiligungsformen gelungen.¹⁴⁷

Mit Beteiligungsverfahren auf Quartiersebene unter besonderer Berücksichtigung der Aktivierung von Migranten hat sich auch eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik im Auftrag des Senats von Berlin befasst (Difu 2007). Die Studie zeigt am Beispiel Berlins, dass zur Beteiligung von Migranten ein hoher personeller und zeitlicher Aufwand erforderlich ist. Insbesondere bestimmte Migrantengruppen, seien aufgrund ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus oder ihrer bildungsfernen Lebenssituation nur schwer zu erreichen. Als wichtige Ansätze haben sich in diesem Zusammenhang aufsuchende und teilweise zielgruppenbezogene Angebote, aktivierende Befragungen sowie die Vernetzung mit lokalen Partnern erwiesen.¹⁴⁸

Ebenfalls in Berlin wurde ein Forschungsprojekt der Katholischen Hochschule für Sozialwesen im Jahr 2009 zum Thema "Mehr Demokratie: Sicherstellung der bürgerschaftlichen Beteiligung im Wohnquartier" am Beispiel des Reuterkiezes in Neukölln durchgeführt. Die Forscher kommen zu dem Ergebnis, dass die Beteiligung in Gremien, die sich mit Quartierangelegenheiten befassen, "weitgehend ein Mittelschichtphänomen darstellen" und dass es illusionär sei anzunehmen, "man könnte sozial benachteiligte und partizipationsunerfahrene Migranten in höherem Ausmaß für die gremienbasierte Bearbeitung von Quartiersfragen begeistern als sozial benachteiligte und partizipationsunerfahrene Bewohner der deutschen Mehrheitsbevölkerung".¹⁴⁹

Als Hemmnisse für die Beteiligung von Migranten werden zudem genannt, dass "die diversen Beiratsgremien schwer zugänglich und zu wenig durchsichtig erscheinen" und eine große Hürde für Migranten die "mittelschichtspezifische Kommunikations- und Arbeitsform" sei. Weiterhin wird festgestellt, dass die Sitzungen "teilweise stark von Fachvokabular durchdrungen" sind.¹⁵⁰ Darüber hinaus gäbe es "in vielen Herkunftsländern der Migranten nur eingeschränkte Möglichkeiten, sich an der Gestaltung des öffentlichen Lebens

¹⁴⁷ Arbeitsgruppe Stadtforschung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (2004): Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm - Zwischenevaluation 2003, S. 61 ff.

¹⁴⁸ Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2007): Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren unter besonderer Berücksichtigung der Aktivierung von Berlinerinnen und Berlinern mit migrantischer Herkunft, S. 87 f.

¹⁴⁹ Straßburger, Gaby/Wurtzbacher, Jens (2009): Mehr Demokratie - Sicherstellung der bürgerschaftlichen Beteiligung im Wohnquartier, S. 29.

¹⁵⁰ Ebenda, S. 32.

aktiv zu beteiligen, sodass viele erst einmal grundsätzlich informiert und adäquat eingeführt werden müssen".¹⁵¹

Noch grundsätzlicher wird das Konstrukt der Stadtteilbeiräte als mittelschichtorientierte, deutsche und männliche Form der Partizipation kritisiert.¹⁵² Die Kritik an den Konzepten politischer Partizipation und bürgerschaftlichen Engagements in einer "Dominanzkultur" der Deutschen bezieht sich auf deren Eindimensionalität, die unreflektiert eine angebliche "Normalität" postuliert, durch die aber gleichzeitig Ausgrenzung und soziale Ungleichheit reproduziert werden. "Auf politische Partizipation bzw. bürgerschaftliches Engagement angewendet, bedeutet Ausgrenzung durch Dominanzkultur erstens, dass bestimmte mittelschichtgeprägte, männlich zugeschriebene und "westliche" Formen von Partizipation bzw. Engagement als normal und erstrebenswert gesetzt werden." Die implizierte Normsetzung berge die Gefahr in sich, "dass Menschen ausgegrenzt werden, welche andere Erfahrungen mit Engagement haben bzw. deren Probleme nach anderen Formen von Engagement verlangen".¹⁵³

Bürgerschaftliches oder zivilgesellschaftliches Engagement werde gleichgesetzt mit einem Engagement für "das Gemeinwohl", kritisiert Munsch. Dabei werde Gemeinwohl als das der Mehrheitsgesellschaft gesetzt, in das sich andere eingewanderte Bevölkerungsgruppen zu integrieren haben. Zu diesem Gemeinwohl gehöre zwar die Errichtung von Bürgerzentren in den Stadtteilen, nicht aber der Bau einer Moschee.¹⁵⁴

5.2 Konzeptionelle Vorgaben des Hamburger Senats zur quartiersbezogenen Beteiligung

Im Juli 2009 verabschiedete der schwarz-grüne Senat das Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung (RISE). Im Sinne des partizipativen Ansatzes der Integrierten Stadtentwicklung werden die konkreten Vorgehensweisen, Handlungsfelder und Instrumente nach den jeweils spezifischen Bedingungen und Problemlagen durch die verantwortlichen Akteure vor Ort ausgewählt und umsetzungsbezogen in Form von Projekten und Maßnahmen operationalisiert.

¹⁵¹ Ebenda, S. 33.

¹⁵² Munsch, Chantal (2010): Engagement und Diversity.

¹⁵³ Ebenda, S. 22.

¹⁵⁴ Ebenda

Auf der Programmebene wurden folgende Leitziele für die Integrierte Stadtteilentwicklung formuliert:

- Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Gebiets,
- Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration,
- Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürger.

Als wichtigste Aufgaben der Gebietsentwickler werden die Aktivierung und Einbindung der endogenen Potenziale der Quartiersbevölkerung gesehen. Dem Rahmenprogramm zufolge bestimmen die Qualität, Differenzierung und Ernsthaftigkeit der Beteiligungs- und Aktivierungsprozesse maßgeblich den Erfolg des gesamten Gebietsentwicklungsprozesses.¹⁵⁵ Darüber hinaus ist es die vorrangige Aufgabe der Gebietsentwickler, durch die Förderung von Begegnungen und gemeinsamen Aktivitäten zwischen den verschiedenen sozialen und kulturellen Milieus im Quartier eine Vertrauensbasis herzustellen.

Das Programm zielt nicht darauf, die städtische Heterogenität und Vielfalt aufzuheben, sondern darauf, Quartiere, in denen sozialräumliche Segregations- und Polarisierungsprozesse gravierende Ausmaße annehmen, sozial und materiell zu stabilisieren. Dafür sollen die Rahmenbedingungen entsprechend den spezifischen Anforderungen benachteiligter Stadtquartiere und ihrer vielfältigen Problemlagen gestaltet werden. Dieses soll über die Moderation durch die Gebietsentwickler und das behutsame Management von Konflikten innerhalb des Stadtteils und zwischen Stadtteilinteressen und externen Interessenslagen geschehen.

Welche Form der Beteiligung und welches Vorgehen jeweils Anwendung findet, müsse vor dem Hintergrund der örtlichen Bedingungen entschieden werden. Um auch marginalisierte Bewohnergruppen zu erreichen und zu aktivieren, müsse es in einem ersten Schritt darum gehen, "die Themen und Probleme herauszufinden, die die Menschen beschäftigen, die sie stören, aber auch Dinge, die sie sich wünschen."¹⁵⁶

¹⁵⁵ Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2009): a. a. O., S. 38.

¹⁵⁶ Ebenda, S. 43.

5.3 Auswertung der schriftlichen Befragung der Gebietsentwickler

In den Gebieten der Integrierten Stadtteilentwicklung, die untersucht wurden, existieren verschiedene Gremien, die auf eine Aktivierung und Beteiligung der Stadtteilbewohner abzielen. Diese sollten im Rahmen dieser Studie dahingehend untersucht werden, inwiefern sie zu einer Partizipation von Bewohnern mit Migrationshintergrund führen. Um die formellen Beteiligungsstrukturen und den Umfang der Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund systematisch zu erfassen, wurde ergänzend zu den Experten- und Bewohnergesprächen im Januar und Februar 2011 eine schriftliche Befragung der Gebietsentwickler¹⁵⁷ und Sanierungsträger vorgenommen.

Tabelle 5.1 enthält eine Übersicht über die Quartiers- und Stadtteilgremien, die in die Befragung einbezogen wurden. Bei den quartiersbezogenen Beteiligungsgremien handelt es sich größtenteils um programmbegleitende Stadtteil- und Sanierungsbeiräte, die eine institutionalisierte Mitwirkung aller betroffenen Gruppen am Quartiersentwicklungs- oder Sanierungsprozess sicherstellen sollen. Dort sind neben Vertretern der Bezirksversammlung lokale Organisationen und Initiativen, Anwohner, Gewerbetreibende und Grundeigentümer vertreten. Über ihre konkrete Zusammensetzung und die Wahlverfahren entscheiden die Bezirke. Aufgabe der Beiräte ist es, Maßnahmen der Stadtteilentwicklung und/oder Sanierung zu diskutieren und mit einer Empfehlung für die politischen Entscheidungsgremien zu beschließen. Zudem verfügen die Beiräte über einen jährlichen Verfügungsfonds.

Neben den in den Untersuchungsgebieten liegenden Stadtteil- und Sanierungsbeiräten wurde als ein weiteres quartiersbezogenes Beteiligungsgremium die Borner Runde im Verstetigungsgebiet Osdorfer Born in die Befragung einbezogen. Bei der Borner Runde handelt es sich um ein reines Bürgergremium ohne feste Mitgliederstruktur, bei dem alle Bewohner des Osdorfer Born als stimmberechtigte Mitglieder fungieren, sofern sie mindestens drei Mal anwesend waren. Durch ihre Mitwirkung in der Borner Runde erhalten Bewohner die Möglichkeit, über Entwicklungen und Veränderungen im Stadtteil zu diskutieren und Verbesserungsvorschläge, -maßnahmen und -projekte zu beraten. Zudem obliegt dem Gremium die Entscheidung über die Verwendung der Mittel des Verfügungsfonds Osdorfer Born.

Ergänzend zu den quartiersbezogenen Beteiligungsgremien wurden der Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg und das IBA/igs Beteiligungsgremium in die Befragung ein-

¹⁵⁷ Im Falle des Verstetigungsgebietes Osdorfer Born wurde der Fragebogen von dem zuständigen Mitarbeiter des bezirklichen Fachamtes für Sozialraummanagement beantwortet, da die Borner Runde zum Zeitpunkt der Befragung von keiner nicht-öffentlichen Einrichtung betreut wurde.

bezogen, da auch sie sich mit Quartiersentwicklungsprozessen und Projekten im Weltquartier befassen.

- Der Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg wird vom Ausschuss für Wohnen und Soziale Stadtentwicklung des Bezirkes Hamburg-Mitte eingesetzt. Er hat die Aufgabe, das Mitwirken möglichst vieler Bürger an der Stadtteilentwicklung zu fördern und setzt sich aus 15 Anwohnernvertretern und vier Vertretern der in der Bezirksversammlung vertretenen politischen Fraktionen zusammen. Über die Vergabe der Mittel aus dem Verfügungsfonds entscheidet ein gesonderter Vergabeausschuss, in dem mindestens neun Beiratsmitglieder vertreten sind, die vom Beirat gewählt werden.
- Das IBA/igs Beteiligungsgremium ist ein selbstständiges Bürgergremium, das den Planungs- und Realisierungsprozess aktiv begleiten soll. Es setzt sich aus 24 Anwohnernvertretern aus den Stadtteilen Wilhelmsburg, Veddel und Kleiner Grasbrook sowie Harburg zusammen. Die Mitglieder werden von den jeweils zuständigen bezirklichen Gremien eingesetzt. Aufgabe des Gremiums ist es, die Geschäftsführungen der beiden Gesellschaften zu beraten und Empfehlungen und Anträge zum weiteren Vorgehen zu stellen. Darüber hinaus verfügt das Gremium ebenfalls über einen jährlichen Verfügungsfonds, der aus Mitteln der IBA und igs bereitgestellt wird.

Tabelle 5.1

In die Befragung einbezogene Quartiers- und Stadtteilgremien		
Beteiligungsgremium	Verfügungsfonds	Zeitraum des Bestehens
Borner Runde (Beteiligungsgremium der Bewohner des Osdorfer Born)	Bis Ende 2007: 15.000 € jährlich Seit 2008: 7.500 € jährlich	Seit 2000
Sanierungsbeirat St. Georg Böckmannstraße	8.000 € jährlich	1996 - 2008
Stadtteilbeirat St. Georg Mitte	Seit 2007: 20.000 € jährlich	2006 - 2010 2011 - ca. 2013*
Sanierungsbeirat Phoenix-Viertel	10.000 € jährlich	2006 - 2011 2011 - ca. 2013
Stadtteilbeirat Lohbrügge	Lohbrügge-Ost: 20.000 € jährlich (seit 2008), Nord: 10.000 € jährlich (2007-2011)	Seit 2000
Sanierungsbeirat Reiherstiegviertel	10.000 € jährlich	2006 - ggf. 2015/16
Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg	20.000 € jährlich	Seit 1996, 2009 zuletzt neu konstituiert *
Beteiligungsgremium IBA/igs Wilhelmsburg	Bis zu 10.000 € jährlich	2006 - 2013
* seit 2010 neuer Gebietsentwickler		

Nach Auskunft der befragten Gebietsentwickler und Sanierungsträger sind in den untersuchten Quartiers- und Stadtteilgremien zwischen 15 und 25 Mitglieder vertreten. Wie der Tabelle 5.2 zu entnehmen ist, bewegt sich der Anteil der Mitglieder mit Migrationshin-

tergrund dabei zwischen 0 (IBA/igs Beteiligungsgremium) und 32 Prozent (Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg). Im Durchschnitt liegt er bei 12 Prozent.

Tabelle 5.2

Mitglieder mit Migrationshintergrund in den Quartiers- und Stadtteilgremien									
Beteiligungsgremium		Anzahl der Mitglieder gesamt	Anzahl der Mitglieder mit Migrationshintergrund						Herkunfts-/ Bezugsländer
			Gesamt (Anteil)	darunter Frauen	Darunter				
					Anwohnervertreter	Institutionelle	Gewerbe	Eigentümer	
Borner Runde (Osdorfer Born)		ca. 25	ca. 4 (ca. 16%)	ca. 4	ca. 4	0	0	0	Türkei, Russland, Afghanistan, Iran, andere
Sanierungsbeirat St. Georg Böckmannstraße	bis 2008	15	2 (13%)	0	0	0	1	1	Türkei
Stadtteilbeirat St. Georg Mitte	bis 2010	22	3 (14%)	1	1	1	1	0	Türkei
	seit 2011	22	2 (9%)	1	0	1	0	1	
Sanierungsbeirat Phoenix-Viertel	bis 01/2011	16	0 (anfangs 2*)	0 (1)	0 (1)	0 (1)	0	0	(Iran, Tansania)
	seit 02/2011	16	2 (13%)	0	0	1	1	0	Türkei, ehem. UdSSR
Stadtteilbeirat Lohbrügge-Ost		20	3 (15%)	1	1	2	0	0	Russland, Polen, Türkei
Sanierungsbeirat Reiherstiegviertel		16	1 (6%)	1	0	0	0	1	Russland
Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg		19	6 (32%)	2	6	0	0	0	Türkei, ehemaliges Jugoslawien
IBA/igs Beteiligungsgremium Wilhelmsburg		24	0 (anfangs 2)	0	0	0	0	0	(Türkei)
Gesamt		195	23 (12%)	10	12	5	3	3	

* Rücktritt aus privaten, beruflichen Gründen

Als häufigste Herkunfts- oder Bezugsländer der beteiligten Migranten wurden von den Gebietsentwicklern die Türkei und Russland genannt. In einzelnen Beiräten sind auch Migranten mit den Bezugsländern Polen, Afghanistan, dem Iran oder dem ehemaligen Jugoslawien vertreten. Gar nicht vertreten sind Einwanderer mit den afrikanischen Bezugsländern Ghana, Togo oder Nigeria, die im Weltquartier Wilhelmsburg zusammengekommen einen Bevölkerungsanteil von 11 Prozent ausmachen. Ebenfalls nicht vertreten sind Migranten mit südeuropäischen Bezugsländern, wie Italien oder Portugal, die in St. Georg Mitte die dritt- und viertgrößte Migrantengruppe darstellen und auch im Phoenix-Viertel und im Weltquartier einen nennenswerten Anteil der Bevölkerung umfassen.

Etwa 44 Prozent der beteiligten Mitglieder mit Migrationshintergrund sind Frauen. Besonders hoch ist der Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund in dem Beteiligungsgremium Borner Runde, da gar keine Männer mit Migrationshintergrund unter den regelmäßig anwesenden Anwohnern vertreten sind. In den Sanierungsbeiräten Böckmannstraße und Phoenix-Viertel verhält es sich dagegen umgekehrt, in diesen Gremien waren bzw. sind fast keine Frauen mit Migrationshintergrund als feste Mitglieder beteiligt.

Auf die Frage, ob und durch welche Aktivitäten gezielt versucht wurde, Migranten für eine Mitarbeit in dem jeweiligen Beteiligungsgremium zu gewinnen, gaben jeweils fünf Gebietsentwickler an, dass hierzu eine persönliche Ansprache von Migranten und/oder eine Ansprache von Migrantenvereinigungen erfolgt sei (siehe Tabelle 5.3). Im Fall der Borner Runde wurde zudem durch mehrsprachige öffentliche Aushänge und Ankündigungen in einer Stadtteilzeitung für eine Beteiligung geworben. Beim Sanierungsbeirat Reiherstiegviertel wurde im Aufruf zur Kandidatensuche der Hinweis aufgenommen, dass die Bewerbung von ausländischen Mitbürgern besonders begrüßt werde, da diese noch unterrepräsentiert seien. Keine speziellen Aktivitäten zur gezielten Ansprache von Migranten erfolgten dagegen seit 2010 für den Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg und in Bezug auf das IBA/igs Beteiligungsgremium.

Tabelle 5.3

Haben Sie gezielt versucht, Migranten für eine Mitarbeit in dem jeweiligen Beteiligungsgremium zu gewinnen?						
Falls ja, was haben Sie unternommen?						
Beteiligungsgremium	keine speziellen Aktivitäten	persönliche Ansprache	Mehrsprachige öffentliche Werbung	mehrsprachige Ankündigung	Ansprache von Migrantenvereinigungen	Anderes
Borner Runde (Beteiligungsgremium der Bewohner des Osdorfer Born)	-	X	X	X	X	-
Sanierungsbeirat St. Georg Böckmannstraße	-	X	-	-	X	-
Stadtteilbeirat St. Georg Mitte	-	X	-	-	X	-
Sanierungsbeirat Phoenix-Viertel	-	X	-	-	-	-
Stadtteilbeirat Lohbrügge-Ost	-	X	-	-	X	-
Sanierungsbeirat Reiherstiegviertel	-	-	-	-	X	X
Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg	X (seit 2010)	-	-	-	-	-
IBA/igs Beteiligungsgremium Wilhelmsburg	X	-	-	-	-	-
Gesamt	2	5	1	1	5	1

In keinem der untersuchten Gremien gibt es eine feste Quote für den Anteil der Migranten. Im Falle der Sanierungsbeiräte und des Stadtteilbeirates St. Georg Mitte erfolgt die

Mitgliederauswahl für die Gruppen Anwohner, Gewerbetreibende und Grundeigentümer per Losentscheid. Bei diesem Verfahren ist nicht auszuschließen, dass Kandidaten mit Migrationshintergrund, die ggf. im Zuge der Aufstellung durch persönliche Ansprache oder andere gezielte Aktivitäten ermutigt wurden zu kandidieren, am Ende nicht zum Zuge kommen. Die Bestimmung der institutionellen Mitglieder wird durch eine Bestätigung der zuständigen Ausschüsse der Bezirksversammlung vorgenommen. Im Stadtteilbeirat Lohbrügge werden die Anwohnervereiter durch die übrigen Mitglieder des Beirates gewählt und von der Bezirksversammlung bestätigt. Im Falle des Beirates für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg und des IBA/igs Beteiligungsgremiums erfolgt die Benennung der Mitglieder durch die zuständigen Ausschüsse der Bezirksversammlung. Die genauen Kriterien, nach denen die Benennung vorgenommen wird, sind den Gebietsentwicklern nicht bekannt.

In allen untersuchten Beteiligungsgremien sind die Sitzungen öffentlich, d. h. neben den stimmberechtigten Mitgliedern können weitere Personen aus dem Stadtteil teilnehmen. Die Anzahl der weiteren Mitglieder variiert sehr stark zwischen durchschnittlich vier (IBA/igs Beteiligungsgremium) und 45 Personen (Stadtteilbeirat St. Georg Mitte). Bezüglich des Anteils der Migranten kann ein Teil der Gebietsentwickler keine Angabe machen (Sanierungsbeirat Böckmannstraße, Stadtteilbeirat St. Georg Mitte, Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg). Für den Sanierungsbeirat Reiherstiegviertel gibt der zuständige Gebietsentwickler an, dass ungefähr zwei der durchschnittlich sechs weiteren Teilnehmer einen Migrationshintergrund haben, was immerhin einem Drittel entspricht. Im Falle des Stadtteilbeirates Lohbrügge und des IBA/igs Beteiligungsgremiums wird der Anteil der Migranten unter den weiteren Teilnehmern dahingegen auf null geschätzt. Für den Sanierungsbeirat Phoenix-Viertel gibt der zuständige Gebietsentwickler an, dass null bis zwei der 25 bis 30 weiteren Teilnehmer einen Migrationshintergrund haben.

Alle der in die Befragung einbezogenen Gremien verfügen über einen Verfügungsfonds. Die Projektanträge machen bei einem Großteil der untersuchten Gremien den überwiegenden Teil der Beschlussfassungen aus. Der geschätzte Anteil der Projektanträge, die von Migranten eingebracht wurden, liegt den Angaben der Gebietsentwickler zufolge zwischen 10 und 30 Prozent. Nach Auskunft der Gebietsentwickler wurde den Anträgen der Migranten in der Borner Runde größtenteils und in den anderen vier genannten Gremien immer zugestimmt. Im Stadtteilbeirat St. Georg Mitte werden überwiegend allgemeine Beschlüsse zu lokalen/kommunalen Fragen gefasst. Die Beteiligung von Migranten an Vorschlägen für allgemeine Beschlussfassungen wird von den Gebietsentwicklern deutlich niedriger eingeschätzt, sie liegt in St. Georg und Wilhelmsburg bei ungefähr 5 Prozent (siehe Tabelle 5.4).

Tabelle 5.4

Beteiligung von Migranten an Projektanträgen und Vorschlägen für Beschlussfassungen in den vergangenen zwei Jahren			
Beteiligungsgremium	Geschätzter Anteil der Projektanträge, die von Migranten eingebracht wurden	Geschätzter Anteil der Vorschläge für Beschlussfassungen, die von Migranten eingebracht wurden	Art der Beschlussfassungen im jeweiligen Gremium
Borner Runde (Beteiligungsgremium der Bewohner des Osdorfer Born)	30%	-	Überwiegend Beschlussfassungen zu Projektanträgen
Sanierungsbeirat St. Georg Böckmannstraße	k.A.	k.A.	Überwiegend Beschlussfassungen zu Projektanträgen
Stadtteilbeirat St. Georg Mitte	20%	5%	Überwiegend allgemeine Beschlüsse zu lokalen/kommunalen Fragen
Sanierungsbeirat Phoenix-Viertel	-	-	Überwiegend Beschlussfassungen zu Projektanträgen
Stadtteilbeirat Lohbrügge	15%	-	Ausschließlich Beschlussfassungen zu Projektanträgen
Sanierungsbeirat Reiherstiegviertel	10%	-	Beides etwa in gleichem Umfang
Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg	10%	5%	Überwiegend Beschlussfassungen zu Projektanträgen
IBA/igs Beteiligungsgremium Wilhelmsburg	-	-	Beschlussfassungen zu Projekten von IBA und igs

Abschließend wurden die Gebietsentwickler danach gefragt, ob in den Ausschreibungen für die Übernahme der Betreuungsfunktion für das jeweilige Beteiligungsgremium eine besondere Berücksichtigung migrantischer Belange erwähnt sei. Erfragt wurde auch, ob Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in betreuenden Organisationen tätig sind. An den Antworten der Gebietsentwickler lässt sich erkennen, dass eine besondere Berücksichtigung migrantischer Belange lediglich in den Ausschreibungen für die Betreuung der Stadtteilbeiräte enthalten war, während dieser Aspekt in den Ausschreibungen für die Betreuung der Sanierungsbeiräte keine Rolle spielte. Auch für die Betreuung des IBA/igs Beteiligungsgremiums Wilhelmsburg wurde keine besondere Berücksichtigung migrantischer Belange verlangt.

Gefragt nach der Anzahl der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der betreuenden Organisation gaben die befragten Gebietsentwickler bzw. Sanierungsträger in fünf von sieben Fällen an, dass keine Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der jeweiligen Organisation beschäftigt sind. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass die Beteiligungsgremien Sanierungsbeirat St. Georg Böckmannstraße, Stadtteilbeirat St. Georg Mitte und Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg von derselben Organisation betreut

werden bzw. wurden und es sich somit insgesamt nur um drei Organisationen handelt. In zwei Fällen (Sanierungsbeirat Phoenix-Viertel, Stadtteilbeirat Lohbrügge) gaben die Gebietsentwickler an, dass zwei bis drei bzw. vier bis sechs Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der betreuenden Organisation beschäftigt sind. Allerdings sind auch in diesen beiden Fällen keine Mitarbeiter mit Migrationshintergrund unmittelbar in die Betreuung der in die Befragung einbezogenen Beteiligungsgremien vor Ort involviert, weshalb nicht untersucht werden konnte, ob die Betreuung durch Mitarbeiter mit Migrationshintergrund einen positiven Effekt auf die Beteiligung von Migranten hat.

5.4 Ergebnisse zur Gremienarbeit aus den Experten- und Bewohnergesprächen¹⁵⁸

a) Beteiligung in den Gremien der Integrierten Stadtteilentwicklung

Die Umfrage unter den Gebietsentwicklern hat gezeigt, dass Migranten in allen untersuchten Stadtteilen und Quartieren unterrepräsentiert sind, was die Beteiligung in den formalen Gremien angeht. Das liegt vor allem an der großen Diskrepanz zwischen den Anforderungen an die Mitglieder, die in einem solchen Gremium mitarbeiten können (Bildungsstand, Sprache, Zeit etc.), und an der sozialen Lage des Großteils der migrantischen Bevölkerung mit ihren massiven Problemlagen von Arbeitslosigkeit, unterbezahlter prekärer Arbeit, Armut und vor allem Kinderarmut in den jeweiligen Stadtteilen. Kenntnisse über die Stadtteilgremien und ihre Entscheidungskompetenzen (Verfügungsfonds etc.) zu erlangen und die Fähigkeiten zu entwickeln, sich dort mit Sachkenntnis und Selbstbewusstsein einzubringen, erfordert in der Regel einen relativ hohen Bildungsstand, politisches Interesse und die Zeit, an den monatlichen Sitzungen teilzunehmen, die Protokolle zu lesen und nachzuvollziehen und ggf. in Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen mitzuarbeiten.¹⁵⁹

Die Gremien laufen in einer ritualisierten Form mit Tagesordnungen, Geschäftsordnungen, Protokollführungen und einer formalisierten und mit Fachbegriffen operierenden Sprache ab, die zumindest einen höheren Bildungsstand und Kenntnisse voraussetzen. Für die Migranten ist es in der Regel schwer, sie zu durchschauen und so zu gebrauchen, dass ihre eigenen Interessen zum Tragen kommen. Häufig sind die Gremien auch schon seit ihrem Bestehen - und das sind oft mehr als zehn Jahre - in fester Hand

¹⁵⁸ Die Reihenfolge der Ergebnisse zur Gremienarbeit wurden nach Häufigkeit der Nennung von Hindernissen zur Beteiligung in den Stadtteilbeiräten wiedergegeben.

¹⁵⁹ Interview vom 18.12.2010, 19 Uhr; Interview vom 23.03.2011, 17 Uhr.

von alteingesessenen engagierten deutschen Bürgern. Für sozial benachteiligte Bewohner - ob mit oder ohne Migrationshintergrund - besteht eine große Hürde, sich in solche Gremien zu begeben. Erst recht für Migranten, bei denen nur geringe deutsche Sprachkenntnisse vorhanden sind, andere Gewohnheiten des kulturellen Hintergrunds vorliegen und wenn eine Willkommenskultur offensichtlich fehlt.¹⁶⁰

Ein bosnischer Interviewpartner aus St. Georg sagt, dass ihm die ausgeprägte Diskussionskultur der Deutschen nicht liege. Hier würde alles immer "bis zum Umfallen" diskutiert, was er häufig für überflüssig halte. Eine polnische Interviewpartnerin aus Lohbrügge meint: Der Stadtteil habe sich zwar in den letzten Jahren verändert, der Beirat aber nicht, er sei so konservativ wie zuvor, und er sei "zu deutsch für Migranten". Auch die Vorsitzende des Sanierungsbeirats Reiherstiegviertel, in dem das Weltquartier angesiedelt ist, meint, die Gremien fänden in einer Form statt, die Migranten nicht anspreche. Für den Sanierungsbeirat sieht sie nicht viele Chancen, Migranten einzubeziehen. Zum einen, weil sie nicht das erforderliche Bildungsniveau besäßen, zum anderen, weil sie ganz andere Sorgen in ihrem Lebensalltag hätten, sei es ein begrenztes Aufenthaltsrecht oder eine schlechte, unterbezahlte Arbeit. Der Versuch, über die Einbeziehung von Unterstrukturen wie Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen, Workshops, Mietertreffen, Planungswerkstätten etc. mehr Migranten zu erreichen, ist auch deshalb nicht wirklich erfolgreich, weil diese meist nur den Stadtteilbeiräten und ihren regelmäßigen Besucher bekannt sind.

Auch die Form der Wahl zum Stadtteil- oder Sanierungsbeirat baut zusätzliche Hürden für die Beteiligung von Migranten auf: Zunächst wird zur Kandidatur aufgerufen, sodass sich jeder Anwohner melden kann. Über die Kandidaten wird dann aber nicht durch eine Wahl entschieden, sondern ein Losverfahren entscheidet, wer in den Beirat berufen werden soll. Diese Mitglieder müssen dann noch vom Bezirksausschuss bestätigt werden. Das heißt, wenn es einem Quartiersmanagement gelungen ist, Migranten dafür zu interessieren - oder diese es von sich aus tun - zum Stadtteilbeirat zu kandidieren, dann besteht die Möglichkeit, dass diese durch Losverfahren wieder ausgesondert werden. So geschehen bei den letzten Wahlen im Stadtteilbeirat St. Georg.¹⁶¹

Jenseits einer kontinuierlichen Mitarbeit scheinen die Gremien für Migranten allerdings punktuell attraktiv zu sein. Eine Mitarbeiterin des Kinder- und Familienhilfezentrums (Kifaz) geht beispielsweise dann zum Stadtteilbeirat, wenn sie für ein Projekt mit Migranten Geld aus dem Verfügungsfonds beantragen will. Auch die Mitbegründerin der Schkola Asbuka geht gezielt mit Anträgen an den Verfügungsfonds in den Stadtteilbeirat,

¹⁶⁰ Interview vom 01.04.2011, 13:30 Uhr.

¹⁶¹ Interview vom 01.02.2011, 17 Uhr.

z. B. um ein interkulturelles Theaterprojekt aufzubauen. In St. Georg haben sich Anwohnerinnen mit Migrationshintergrund punktuell im Stadtteilbeirat beteiligt, wenn sie dort eigene Anliegen vertreten wollten oder es wichtig fanden, Informationen über den Stadtteil zu erhalten. Da die Anliegen oder Beschwerden der befragten Migrantinnen aber nicht aufgegriffen wurden und in einem Fall noch nicht einmal in dem offiziellen Sitzungsprotokoll auftauchten, fühlten sich die Anwohnerinnen von dem Gremium nicht verstanden und es kam zu keiner weitergehenden Beteiligung.¹⁶² Auch bei den Projektanträgen wird es von Seiten der Migranten zum Teil so wahrgenommen als werde mit zweierlei Maß gemessen. So sei dem Vorsitzenden des Hamburger Vereins der Deutschen aus Russland (HVDaR) bei einem Antrag auf finanzielle Unterstützung unterstellt worden, "dass sein Verein nur an das Geld wolle", während andere ganz ähnlich gelagerte Anträge beifällig aufgenommen worden seien.¹⁶³

Als ein weiteres Hindernis, das einer höheren Beteiligung von Migranten im Wege steht, sind die begrenzten personellen Ressourcen der Gebietsentwickler zu nennen. So sind die Gebietsentwickler oftmals nur mit zwei halben Stellen in den Gebieten vertreten. In ihrer begrenzten Arbeitszeit müssen sie eine Reihe von vielfältigen Aufgaben erledigen und den formalen Anforderungen gerecht werden. Für eine persönliche und zielgruppenspezifische Ansprache von Migranten bleibt ihnen nicht viel Zeit. Dennoch waren in allen Untersuchungsgebieten Ansätze oder Aktivitäten zu finden, die auf eine Aktivierung und Beteiligung von Migranten abzielten. Neben der persönlichen Ansprache sind hier die gemeinsame Planung von Projekten, niedrigschwellige Aktivitäten im Stadtteilbüro und die Organisation von Festen oder informellen Veranstaltungen zu nennen. Diese werden von den Gebietsentwicklern aber zum Teil als sehr zeitaufwändig empfunden und führten in der Regel zu keiner höheren Beteiligung in den formellen Gremien.¹⁶⁴

b) Von Bewohnern getragene Gremien

Neben den formellen Beteiligungsgremien, die in der Integrierten Stadtteilentwicklung entstanden sind, gibt es in fast allen Gebieten Stadtteil-, Bürger- oder Einwohnervereine, die sich lokalpolitischen, kulturellen oder sozialen Belangen des Stadtteils widmen und von Bewohnern getragen werden. Beispielsweise sind hier der Bürgerverein Lohbrügge e.V., der Bürgerverein zu St. Georg von 1880 r.V., der Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V. und der Bürgerverein Wilhelmsburg e.V. zu nennen. Im Phoenix-Viertel existiert

¹⁶² Interview vom 24.10.2011, 12 Uhr.

¹⁶³ Interview vom 14.12.2010, 11 Uhr.

¹⁶⁴ Interviews mit den Gebietsentwicklern im Phoenix-Viertel und in Lohbrügge-Ost.

zwar kein Bürgerverein, dort gibt es aber eine Arbeitsgemeinschaft Phoenix-Viertel, der eine ähnliche Funktion zukommt. Im Osdorfer Born gab es bis vor kurzem einen Stadtteilverein, der von lokalen Einrichtungen und Bewohnern getragen wurde, dieser hat im Jahr 2010 allerdings Insolvenz angemeldet.

Im Rahmen der Untersuchung hat sich gezeigt, dass in den Vereinen und der Arbeitsgemeinschaft keine oder nur sehr wenige Migranten aktiv sind. Die lokalen Bewohnerinitiativen sind größtenteils in den Stadtteil- oder Sanierungsbeiräten vertreten und dominieren in einigen Fällen auch die Diskussion in diesen Gremien. Beispielsweise haben im Sanierungsbeirat Phoenix-Viertel nach Auskunft des Gebietsentwicklers in der Vergangenheit mehrere Mitglieder und ehemalige Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Phoenix-Viertel die Themen Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung vertreten und sind dabei sehr dominant aufgetreten.¹⁶⁵ Für die Gebietsentwickler ist es in einer solchen Situation nicht einfach, weitere Mitglieder für eine Beteiligung in den Gremien zu gewinnen, die sich durch die bestehende Diskussionskultur evtl. abgeschreckt fühlen.¹⁶⁶

Im Stadtteil St. Georg existieren zwei Vereine von Bewohnern: der Bürgerverein zu St. Georg von 1880 und der Einwohnerverein St. Georg von 1987, der sich in den 1980ern als stärker mieterorientierte Alternative gegen den von Gewerbetreibenden und Immobilieneigentümern geprägten Bürgerverein gebildet hat. In beiden Vereinen sind nur wenige Migranten aktiv.¹⁶⁷ Man geht im Bürgerverein davon aus, dass das deutsche Vereinsleben nicht zu den Alltagsinteressen der Migranten passe, sieht aber auch keine Kapazitäten, stärker auf sie zuzugehen. Die deutsch-türkische Ausgabe des St. Georg Magazins habe auch nicht die erhoffte Resonanz gefunden. Auch im Einwohnerverein gibt man sich nach Auskunft seines Vorsitzenden schon seit Jahren keine große Mühe mehr, Migranten für eine Mitwirkung zu gewinnen. Die erste Ausgabe der vom Verein herausgegebenen Stadtteilzeitung "Der lachende Drache" sei noch mit einem Aufruf in sechs Sprachen gestartet, inzwischen sei man pragmatisch geworden. Es gebe ein gutes Nebeneinander im Stadtteil, punktuelle Kooperation und wenn man jemanden ansprechen wolle, finde man ihn. Das gelte für beide Seiten.

¹⁶⁵ Interview mit dem Gebietsentwickler Phoenix-Viertel

¹⁶⁶ Im Sanierungsbeirat Phoenix-Viertel war in der ersten Phase ein Anwohner mit Migrationshintergrund vertreten, der sein Engagement im Beirat aus privaten und beruflichen Gründen beendete. Leider stand uns dieses ehemalige Mitglied nicht für ein Gespräch zur Verfügung, weshalb offen bleibt, ob weitere Gründe zu dem Rückzug aus dem Beirat führten.

¹⁶⁷ Interview vom 04.03.2011; Interview vom 28.03.2011.

5.5 Weitere Beteiligungsformen in den Quartieren und Partizipation von Migranten¹⁶⁸

Neben den formellen Beteiligungsgremien gibt es in den Gebieten eine Reihe von niedrigschwelligen Aktivitäten und Angeboten sowie Eigeninitiativen, die im Folgenden exemplarisch dargestellt und kommentiert werden. Danach erfolgt eine Querauswertung zu Beteiligungsanlässen und -hindernissen, die auch Kommentare von Migranten und Experten aufgreift.

Feste, Sport sowie Freizeit- und Kulturaktivitäten

Es gibt ein breit gefächertes Angebot von Seiten der verschiedenen Akteure, die im Bereich Stadtteil- und Quartiersentwicklung involviert sind. Das sind die Straßen- und Stadtteulfeste, das Suppenfest im Billebogen und das Grillfest im Lindwurm, das Fest für Bewohner im Weltquartier, das Einweihungsfest für das Bürgerzentrum Feuervogel im Phoenix-Viertel und der Kunstwettbewerb am Hansaplatz. Als Angebote von professionellen Akteuren werden sie in allen Stadtteilen auch von Migranten positiv angenommen. Einige sind auch von den Bewohnern selbst initiiert worden. Von den Migranten werden in erster Linie die informellen Maßnahmen zu Beteiligung im Stadtteil registriert und geschätzt, bei denen es sich im Grunde eher um Angebote der Gemeinwesenarbeit und der sozialpädagogischen Stadtteilarbeit handelt.

Ein Beispiel für ein niedrigschwelliges Angebot, das als ein Baustein in den Rahmen eines öffentlich getragenen Beteiligungsprozesses gestellt wurde, ist eine Initiative des Stadtteilbüros in Lohbrügge-Ost. Als Auftakt für die Gründung einer Bewohner-AG war von den Gebietsentwicklern mehrsprachig zu einem Mietertreffen mit Grillfest auf dem Spielplatz am Lindwurm eingeladen worden. Für viele Bewohner, auch Migranten, war das Grillen ein Grund dorthin zu kommen. Das Stadtteilbüro hatte Übersetzer für die polnische, russische und afghanische Sprache engagiert und es kam in vier Gruppen zu einer regen Beteiligung an einer Diskussion über den Zustand der Wohnungen und Häuser. Aufgrund der Presseberichte im Anschluss an die Veranstaltung wollte der Besitzer keine weiteren Grillfeste auf seinem Gelände mehr zulassen. Die AG trifft sich aber weiter im Gemeindezentrum, um darüber zu beraten, wie sie den Vermieter dazu bringen kann, auf ihre Forderungen einzugehen. Allerdings machen in der AG inzwischen keine Migranten mehr mit, es beteiligen sich in erster Linie ältere, deutsche, eher mittelständische Mieter, die

¹⁶⁸ Die Beteiligungsformen sind in den verschiedenen Quartieren sehr unterschiedlich. Die Wiedergabe ist exemplarisch und nicht nach Häufigkeit geordnet.

auch im Mieterverein Mitglied sind. Das Beispiel zeigt, dass es auch auf Quartiersebene schwer ist, durch niedrigschwellige Aktivitäten Angesprochene dauerhaft zu aktivieren.

Eigeninitiativen von Migranten

Auf Stadtteilebene werden von den Migranten selbst vielfältige Aktivitäten initiiert, die scheinbar einen privaten Charakter haben (Klassenausflüge begleiten, Frauenfrühstück initiieren, Essen zubereiten für Stadtteilstände, Grünflächen bearbeiten, Internationale Frauengruppe Osdorfer Born etc.), aber von den Bewohnern mit Migrationshintergrund in den Stadtteilen durchaus als eine Beteiligung am Stadtteileben und seiner Gestaltung verstanden werden. Diese häufig von den Quartiersmanagements positiv aufgegriffenen Aktivitäten laufen entweder Gefahr, als niedrigschwellige Maßnahmen im Vergleich zu einer regelmäßigen Beteiligung in Gremien wie Sanierungs- und Stadtteilbeiräten abgewertet zu werden.¹⁶⁹ Oder es kommt umgekehrt zu einer Reduzierung der Beteiligungspotenziale von Migranten auf kulinarische, handwerkliche oder sportliche Beiträge.

In den Quartieren finden sich Migranten aus unterschiedlichem Anlass zu informellen Treffen zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen oder bestimmte Aspekte ihrer Lebenssituation zu thematisieren. Im Osdorfer Born hat das Internationale Frauenfrühstück eine herausragende Kontinuität erreicht. Es wurde vor sechs Jahren von einer Migrantin ins Leben gerufen, die bereits vor 36 Jahren aus Istanbul eingewandert ist. Zunächst finanzierte sie die Lebensmittel für das Frühstück selbst, später gelang es ihr, das Essen von der Hamburger Tafel zu bekommen, die inzwischen im Stadtteil eine eigene Essensausgabe betreibt. Mittlerweile bekommt sie das Geld für die Einkäufe vom Diakonischen Werk. In den ersten Monaten war es ein Treff, um sich auszutauschen und kennen zu lernen, später wurden verschiedene Themen wie Gesundheit, Arbeitssuche, Ausbildungsmöglichkeiten, Drogen oder auch Themen, die den Stadtteil betreffen, behandelt. Zudem kommt zu jedem Frauenfrühstück ein Anwalt, der die Frauen in sozialrechtlichen und behördlichen Fragen berät. Es nehmen zwischen 30 und 40 Frauen mehr oder weniger regelmäßig teil, darunter viele Alleinerziehende. Bei der Borner Runde konnten inzwischen erfolgreich Mittel für gemeinsame Aktivitäten der Frauen wie Saunabesuche, Schwimmen, Zirkusvorstellungen oder Theateraufführungen akquiriert werden.

Anlässlich der Bürgerschaftswahl lud das Internationale Frauenfrühstück zu einer Veranstaltung unter dem Titel "Miteinander - voneinander lernen" alle wahlberechtigten Bewoh-

¹⁶⁹ Etwa dadurch, dass in verschiedenen Experten-Interviews bedauert wurde, dass diese Bewohner nicht auch in die Gremien kommen.

ner mit Migrationshintergrund in das Stadtteilbüro Osdorfer Born ein. Es waren Kandidatinnen von SPD, Die Linke, Die Grünen und der CDU eingeladen. Sie waren zunächst gebeten worden, das neue Wahlsystem zu erläutern, um die Wahlbeteiligung der Frauen damit zu erhöhen. Im Anschluss stellten sie ihre Programme vor und diskutierten mit den ca. 40 anwesenden Frauen über ihre Politik für Migrantinnen.

Beteiligung mittels Stadtteilzeitungen

In fast allen Untersuchungsgebieten existieren Stadtteilzeitungen, die sich sowohl in ihrer Geschichte, in der redaktionellen Entstehung als auch von der inhaltlichen Gestaltung sehr voneinander unterscheiden. Das fängt an bei den Anzeigenblättern, die kostenlos in jeden Haushalt verteilt werden und reicht über die Informationszeitungen der Gebietsentwickler und von Bürger- und Einwohnervereinen herausgegebenen monatlichen Stadtteilblättern bis hin zu Stadtteilzeitungen, die von engagierten Einwohnern erstellt werden und sich selbst finanzieren. In der Regel werden sie in Einrichtungen und Geschäften des Stadtteils ausgelegt.

Stadtteilzeitungen mit einer Kontinuität von über 20 Jahren sind in St. Georg "Der lachende Drache" vom Einwohnerverein und "Die Blätter aus St. Georg", die vom Bürgerverein herausgegeben werden. Beide greifen wichtige Stadtteilthemen auf und werden auch von Stadtteilbewohnern mit Migrationshintergrund gelesen. In den Redaktionen sind keine Migrantinnen vertreten und es wird nur in Deutsch berichtet. Allerdings werden migrationspolitische Themen, die für den Stadtteil relevant sind, wie z. B. die Diskussionen um die Minarette der Centrum-Moschee, aufgegriffen. Darüber hinaus gibt es das "St. Georg Magazin", das privat über Anzeigen betrieben wird und vor allem kulturelle Initiativen und Einrichtungen, wie z. B. Galerien, vorstellt.

In Harburg wird das Journal "Phoenix-Viertel", das Magazin zur Sanierung von der STEG, ebenfalls nur in deutscher Sprache herausgegeben. Die redaktionelle Arbeit wird von einem Mitarbeiter der STEG in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Harburg ausgeführt. Es berichtet schwerpunktmäßig über Aktivitäten des Quartiersmanagements und Planungen für die Stadtteilentwicklung. In Lohbrügge wird die Stadtteilzeitung ebenfalls vom Gebietsentwickler, der Lawaetz-Stiftung, herausgegeben, die dort das Stadtteilbüro betreibt. Im Unterschied zum "Phoenix-Viertel" erscheint hier immer auch ein Artikel in einer anderen Sprache, in der letzten Ausgabe wurden die Aktivitäten der Schkola Asbuka in Russisch vorgestellt, zuvor war es ein Artikel über die Moscheevereinerung DITIB und den interreligiösen Dialog in Türkisch.

In Wilhelmsburg gibt es den "Inselrundblick", der in alle Haushalte verteilt wird, und ein deutsch-türkisches Journal, das sich wie das "St. Georg Magazin" über Anzeigen finanziert. Es steht in keinem direkten Zusammenhang mit der Stadtteilentwicklung, berichtet aber in seinen Ausgaben über Aktivitäten und Pläne der IBA. Im Osdorfer Born erscheint seit Jahresbeginn die Stadtteilzeitung "Westwind", die von einer ehrenamtlichen Redaktion erstellt und von der Behörde für Stadtentwicklung und dem Bezirksamt Altona finanziell unterstützt wird. Herausgeber ist das Diakonische Werk, bei dem auch der Quartiersmanager angestellt ist. Im Phoenix-Viertel gibt es seit Januar 2011 eine griechische Stadtteilzeitung, die nur in der griechischen Community verteilt wird.

Für die aktive und passive Beteiligung von Migranten an diesen Zeitungen haben sich verschiedene Aspekte als relevant erwiesen:

a) Themen

In der Mai-Ausgabe des "Westwinds" finden sich auf 16 Seiten eine Reihe von Artikeln über Migrantinnen und ihre Aktivitäten im Stadtteil. So ein Portrait über die Begründerin des Internationalen Frauenfrühstücks unter der Überschrift "Unsere Fähigkeiten und Stärken zeigen". Das Portrait lässt neben der Würdigung ihres Engagements im Stadtteil auf respektvolle und anerkennende Weise Einblicke in ihre Lebenssituation und über ihre Herkunft zu.

Darüber hinaus finden sich in der Mai-Ausgabe des "Westwind" viele kurze Berichte, die über wichtige Themen und Anlässe im Stadtteil berichten, wie aktuelle Infos über die Planung des neuen Bürgerhauses und mehrfach Infos über Aktivitäten von Migrantinnen, so über die Lesung einer afghanischen Stadtteilbewohnerin bei den internationalen Lesetagen in der Bücherhalle. Darüber hinaus wurde der Bericht einer iranischen Autorin über die iranische Frauengruppe, die sich im Stadtteilbüro trifft, veröffentlicht.

Eine türkische Ausgabe des "St. Georg Magazins", die von einer eigenen Redaktion relativ unabhängig von der deutschen gestaltet wurde, zeigt darüber hinaus, dass es nicht nur unterschiedliche Themen sind, die migrantische Leser interessieren. Die gesamte Aufmachung der Zeitung ist vollkommen anders als der deutsche Teil: Sehr ausführlich wird in Wort und vor allem Bild das gesellschaftliche Leben der türkischstämmigen Community in St. Georg dargestellt. Bei den vielen Bildern von Treffen, Partys, Events, Hochzeiten und Festen scheint es weniger auf die Qualität der Fotos anzukommen, sondern darauf, dass alle zu sehen sind.

b) Mehrsprachigkeit

Eine Ausgabe des "St. Georg Magazins" erschien komplett zweisprachig. Die Zeitung muss herumgedreht werden, um den jeweils anderen Teil lesen zu können. Diese Form ist von den anderen Quartierszeitungen nicht gewählt worden. Art und Umfang der Artikel in anderen Sprachen als der deutschen werden dort sehr unterschiedlich gehandhabt. So war ein Vorläufer der Zeitung "Westwind" im Osdorfer Born eine Zeitlang in Deutsch und Türkisch erschienen, was aber aus Kostengründen wieder aufgegeben wurde. Nun will man wieder zur Mehrsprachigkeit zurückkehren, zumindest bei einem Teil der Artikel. Bei der Zeitung in Lohbrügge, die dies so handhabt, war zuletzt ein Artikel über die Schkola Asbuka in Russisch bei den deutschen Lesern nicht auf positive Resonanz gestoßen, vereinzelt gab es sogar Beschwerden.

Die mehrsprachige Herausgabe der Stadtteilzeitungen ist also mit mehreren Problemen konfrontiert: Erstens entstehen Kosten für Übersetzung und Satz, zweitens für den notwendigen größeren Druckumfang. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob alle oder nur Artikel, die speziell Interessen der Migranten aufgreifen, mehrsprachig erscheinen sollen. Eine Zeitung, die ihre Artikel in mehreren Sprachen anbietet, wird notwendigerweise unübersichtlicher. Dass dies teilweise Unmut hervorruft, könnte zu nachlassender Akzeptanz bei nicht-migrantischen Lesern führen. Andererseits ist noch nicht untersucht worden, ob die Migranten, von denen die Stadtteilzeitungen gelesen werden, überhaupt Sprachbarrieren haben, oder umgekehrt, ob Migranten mit Sprachbarrieren durch Artikel in ihrer Sprache überhaupt in nennenswertem Umfang angesprochen werden können. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, in welche Sprachen die Artikel übersetzt werden sollen, ob in die der größten Community im Stadtteil oder die, an deren Mitwirkung man das größte Interesse hat oder deren Artikulationsmöglichkeiten besonders gering sind. Hinzu kommt das Problem, dass die Akzeptanz bei einer Migrantengruppe nicht unbedingt erhöht wird, wenn ein Artikel in der Sprache einer anderen erscheint. Andererseits ist es nicht praktikabel, die Beiträge in alle Sprachen zu übersetzen, die im Stadtteil von größeren Gruppen gesprochen werden. Nicht zuletzt verwerfen einige Redaktionen die Mehrsprachigkeit mit dem Argument, dass es für die Integration der unterschiedlichen Gruppen im Gebiet ohnehin unerlässlich sei, Deutsch zu sprechen und damit auch zu schreiben.

c) Mitwirkung von Migranten

Nicht einfach ist es, Migranten für die Mitwirkung an Stadtteilzeitungen zu gewinnen, jedenfalls dann, wenn keine passionierte Gruppe von Zeitungsmachern zur Verfügung steht wie im Fall des "St. Georg Magazins". Für die neue Stadtteilzeitung "Westwind" wurde schon in der Planungsphase eine Beteiligung von Bewohnern mit Migrationshintergrund

angestrebt. Als Vorbereitung dafür regte die Integrationsfachkraft eine internationale Schreibwerkstatt für Einwanderer an, die dann von "Borner lernen im Zentrum" (BLIZ) und der Volkshochschule (VHS) im Stadtteilbüro auch realisiert wurde. Die Intention war, Bewohner mit Migrationshintergrund von Anfang an in die Redaktion und die inhaltliche Gestaltung einzubeziehen. Dies gelang in der ersten Ausgabe des "Westwind" noch nicht. Auch für die zweite Ausgabe konnte aus der internationalen Schreibwerkstatt noch niemand für die Mitarbeit in der Redaktion motiviert werden. Doch statt zu resignieren, wird das Ziel der Beteiligung von Migranten von der Redaktion hartnäckig weiterverfolgt.

Aufsuchende Beteiligung, aktivierende Befragung

In einigen Gebieten wurden zu Beginn des Quartiersentwicklungsprozesses aktivierende Bewohnerbefragungen durchgeführt. Ein besonders aufwändiges Beteiligungsverfahren wurde in diesem Zusammenhang im IBA-Sonderfördergebiet Weltquartier Wilhelmsburg gewählt. Bevor mit der Sanierung des Weltquartiers begonnen wurde, wurde im Rahmen einer Interkulturellen Planungswerkstatt unter dem Thema "Heimat" ein Zugang zu den Mietern, die sich aus mehr als 30 Nationen zusammensetzen, gesucht. Die Mieter wurden zunächst durch mehrsprachige Studierende ("Heimatforscher") in Deutsch, Türkisch und Englisch an den Haustüren persönlich angesprochen und eingeladen, an der Befragung und einer Fotoaktion teilzunehmen. Insgesamt öffneten sich ca. 200 Türen der 820 Haushalte und es wurden mit ungefähr 100 Haushalten ausführliche Gespräche geführt. Den Anteil der an der Befragung teilnehmenden Personen mit Migrationshintergrund wird von der Agentur SUPERURBAN PUBLIC RELATIONS auf über 50 Prozent geschätzt.

Grundsatz dieses Projektes, das im Auftrag der IBA durchgeführt wurde, war: "Es ist wichtig, dass die Migranten in der eigenen Sprache angesprochen werden und dass man sie nicht einlädt, sondern zu ihnen nach Hause geht. Sie haben also schlicht Hausbesuche gemacht."¹⁷⁰ Der zuständige Projektleiter fand es wichtig, dass man nicht mit dem Thema "Sanierung der Wohnungen" ins Haus fällt, sondern über ein benachbartes Thema ins Gespräch kommt. Darüber hinaus findet er es wichtig, mit verschiedenen Medien zu arbeiten, damit es nicht nur beim gesprochenen Wort bleibt. Daher erfolgte der Einsatz von Fotos und Zeichnungen.

Die Befragungen als Teil der Bewohnerbeteiligung im Weltquartier fanden neben den Hausbesuchen auch bei einem Wochenendfest im Hof statt, wo ein Zelt aufgebaut war, viele Angebote für Kinder gemacht wurden (u. a. wurde ein Videofilm gedreht) und viele

¹⁷⁰ Interview mit dem Projektleiter von SUPERURBAN.

Einzelgespräche mit den Erwachsenen geführt wurden, sowohl in ihren Herkunftssprachen als auch in Deutsch. Der Projektleiter geht davon aus, dass zwar viele der Bewohner Deutsch sprechen, aber bei komplizierteren und persönlichen Fragen die eigene Muttersprache vertrauter ist und deshalb auch mehr Vertrauen zum Gegenüber weckt. Es sollten Produkte hergestellt werden, die auch wieder ausgestellt und mit einem Event verbunden wurden. So z. B. die gemeinsame Einweihung von großformatigen Fotos an der Veringstraße im Reiherstiegviertel, die auch gegenwärtig noch dort zu sehen sind. Sie zeigen die Bewohner unterschiedlichster Herkunft, wie sie sich in ihren Wohnungen im Weltquartier abbilden ließen und schaffen auf diese Weise auch einen Ansatz zur Erzeugung von mehr Identität mit dem Stadtteil. Bedauerlich ist, dass die Akteure nur begrenzte Zeit vor Ort waren und so das aufgebaute Vertrauen der Migranten nicht in kontinuierliche Strukturen übertragen wurde.

Unterschriftensammlungen, Demonstrationen

In mehreren untersuchten Stadtteilen wurden Unterschriftensammlungen durchgeführt, um Interessen der Anwohner zu artikulieren und durchzusetzen. Beispiele hierfür sind die Unterschriftensammlung für einen Spielplatz in Wilhelmsburg, die sich an die SAGA richtete, und eine Unterschriftensammlung gegen die Prostitution in St. Georg, die sich an den Bezirksamtsleiter richtete sowie die Unterschriftenliste und Protestaktionen "Ohne Mix ist Nix" in St. Georg. Sie boten die Möglichkeit, mit Stadtteilbewohnern auch migrantischer Herkunft ins persönliche Gespräch zu kommen. Im Fall der Unterschriftenliste, die eine türkische Mutter vor vier Jahren initiiert hatte und 1.000 Unterschriften zusammenbekam, war festzustellen, dass auch viele migrantische Eltern unterschrieben hatten.

Interreligiöse Dialogkreise

Interreligiöser Dialog zwischen Christen und Muslimen hat in St. Georg mit 14 Moscheen und muslimischen Einrichtungen seit den 1990er Jahren Tradition, schon mehrere Veranstaltungen haben hier unter Teilnahme von hochrangigen Vertretern der Bürgerschaft und der Kirchen stattgefunden. Für Aufsehen sorgte der Besuch der Centrum-Moschee in St. Georg durch Bischöfin Maria Jespen im Jahr 2009 anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Schura, der die Centrum-Moschee angehört. Im Arbeitsbereich christlich-islamischer Dialog der Kirchengemeinde St. Georg-Borgfelde bemüht man sich seit Jahren um den christlich-islamischen Dialog. Auch der Schura sei der Dialog ein wichtiges Anliegen, bestätigte Imam Ramazan Ucar im Gespräch.¹⁷¹ In St. Georg ist das

¹⁷¹ Interview vom 24. August 2010, 15 Uhr.

gemeinsame Feiern des Fastenbrechens inzwischen fast schon Tradition. Zuletzt lud die St. Georg-Gemeinde im Juni 2011 anlässlich der Wiedereröffnung des Hansplatzes zu einem gemeinsamen Gebet von Christen und Muslimen im Rahmen eines Open-Air-Gottesdienstes ein, bei dem auch die sozialen Veränderungen und Probleme im Stadtteil angesprochen wurden.

In den islamischen Gemeinden kennt man so etwas wie die klassische Seelsorge bzw. kirchliche Sozialarbeit im Sinne individueller Hilfestellung und Sozialberatung nicht. Der Frauen- und Jugendgruppen sowie der Koranunterricht für Kinder in den Moscheen wurden in den letzten Jahren auf- und ausgebaut und dienen der Beförderung des gemeinsamen Gebetes. Dennoch finden sich dort aber auch Ansprechpartner für eine Beteiligung im Stadtteil. So strebt der islamische Jugendbund der Centrum-Moschee die Mitgliedschaft im Landesjugendring an und kooperiert mit unterschiedlichen Einrichtungen in St. Georg wie dem CVJM, dem Jugendzentrum Schorsch und der katholischen Studentengemeinde.

Seit drei Jahren existiert der Interreligiöse Dialogkreis Wilhelmsburg mit der Unterstützung einer Sprach- und Kulturvermittlerin. Der Kreis geht auf die Initiative einer Pastorin von einer der evangelischen Kirchengemeinden in Wilhelmsburg zurück. Er trifft sich drei- bis viermal im Jahr. Regelmäßig nehmen 18 bis 20 Personen teil. Teilnehmer sind die Pastoren sämtlicher evangelischer Gemeinden, ein Pfarrer der katholischen Kirche, ein Pfarrer der methodistischen Kirche, zwei Imame der Muradiye-Moschee in der Eckermannstraße (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V., Ditib), der Imam der Ayasofya-Moschee vom Bündnis der islamischen Gemeinden (BIG - Milli Görüş), ein Vertreter der Fatih-Moschee in der Mannesallee und ein Vertreter der kurdischen Moschee Said Nursi.

5.6 Beteiligungsanlässe und -hindernisse auf Seiten der Migranten¹⁷²

Quartier und Beteiligungsanlässe

Grundsätzlich lebt die überwiegende Anzahl der Befragten, männliche wie weibliche, gern in dem jeweiligen Wohngebiet. Während in St. Georg vor allem die multikulturelle Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und der Geschäfte, die engen Netzwerke in einer "dörflichen" Struktur (jeder kennt jeden) und das große kulturelle und gastronomische Angebot als positive Merkmale überwiegen, sind es im Osdorfer Born und Wilhelmsburg die

¹⁷² Die Beteiligungsanlässe sind in den verschiedenen Quartieren sehr unterschiedlich. Die Wiedergabe ist exemplarisch und nicht nach Häufigkeit geordnet.

Lage im Grünen.¹⁷³ Hinzu kommt, dass in den Gebieten häufig auch viele Verwandte leben. Doch in jedem Stadtteil werden auch teilweise nicht unerhebliche Problemfelder benannt:

In St. Georg werden vor allem die Aufwertung des Stadtteils und die damit verbundenen steigenden Mietpreise, die Umwandlungen von Wohnraum in Eigentum und die immer noch nicht verkehrsberuhigte Einkaufsstraße als Problemfelder benannt. Interviewpartner, die sich kritisch äußerten, beklagten in St. Georg Böckmannstraße zudem den Wegzug vieler türkischer Familien durch die Sanierung, die Prostituierten sowie die Alkoholkonsumenten im Straßenbild am Steindamm und um den Hansaplatz.¹⁷⁴

Beim Osdorfer Born wurden der schlechte Ruf des Stadtteils in den Medien und der hohe Anteil von Migranten als Grund genannt, nicht gerne hier zu wohnen. Die schlechte Anbindung des Osdorfer Born an die Innenstadt stellt für viele Bewohner ein Problem dar.¹⁷⁵ Insbesondere auch deswegen, weil es im Stadtteil so gut wie keine Angebote für Jugendliche gibt.¹⁷⁶

Im Phoenix-Viertel wird von einem befragten Anwohner und Gewerbetreibenden ausdrücklich die hohe Kriminalität im Stadtteil beklagt.¹⁷⁷ Zwei der befragten Anwohnerinnen beschwerten sich über Lärm und Schmutz, vor allem in der Nähe der Phoenix-Werke und an der Wilstorfer Straße. Auch die Geruchsbelästigung durch die Phoenix-Werke wird genannt. Eine Bewohnerin aus der Türkei betont, dass die Nachtkonzessionen für die vielen Spielhallen bzw. die türkischen Kulturvereine, die von den Männern zum Glückspiel genutzt würden, zu besonderen sozialen Problemlagen für viele Frauen mit ihren Kindern führen würden.¹⁷⁸

Eine Anwohnerin mit russischem Migrationshintergrund aus der Weimarer Straße in Wilhelmsburg findet, dass mehr für die Pflege des Stadtteils gemacht werden müsse, die

¹⁷³ Interview vom 13.06.2010, 16 Uhr; Interview vom 21.01.2011, 14 Uhr.

¹⁷⁴ Interview vom 08.11.2010, 16 Uhr.

¹⁷⁵ Durch die Einführung der Linie 3 bis zur Holstenstraße hat sich noch nicht viel verändert. Und der Schnellbus der Linie 37 kostet Zuschlag, der für Kinder und Jugendliche aus ärmeren Haushalten nicht bezahlbar ist.

¹⁷⁶ Interview vom 21.01.2011, Interview vom 04.09.2010, 12:30 Uhr.

¹⁷⁷ Interview vom 21.01.2011, Interview vom 08.02.2011, 10:30 Uhr.

¹⁷⁸ Interview vom 01.04.2011, 18:30-19:40 Uhr.

Anwohner würden noch sehr unachtsam mit Müll umgehen und ihn überall hinwerfen. Außerdem sei der Hundekot ein Problem, gegen das etwas getan werden müsse.

In verschiedenen Interviews, sowohl mit Experten als auch mit Migranten, wurde darauf hingewiesen, dass viele der migrantischen Familien in einigen Untersuchungsgebieten (Phoenix-Viertel, Wilhelmsburg-Weltquartier) in völlig überbelegten Wohnungen leben.¹⁷⁹ Allerdings sei es nicht nur als Belastung, sondern auch als ein Teil mitgebrachter Wohnkultur zu sehen, dass ein eigenes Zimmer für die Kinder als nicht erforderlich angesehen wird und sich z. B. die Großmutter zum Schlafen ein Zimmer mit mehreren Kindern teilt.

Es zeigt sich also, dass es in den Gebieten eine Reihe von Problemlagen gibt, die Anlass zu Aktivitäten bieten könnten. Dennoch kommt es zu keinen entsprechenden Initiativen auf Seiten der migrantischen Bevölkerung und auch die Beteiligung an Protesten gegen Verdrängung (Wilhelmsburg), Gentrifizierung (Phoenix-Viertel), hohe Mietpreise (St. Georg) bleiben schwach. Dies hat verschiedene Gründe:

Bezug zum Herkunftsland und der Heimatkultur

Es schließt sich bei vielen Migranten nicht aus, dass sie sowohl eine große Integrationsbereitschaft aufweisen und gleichzeitig sehr viel Wert darauf legen, mit der Kultur und der Sprache ihres Herkunftslandes in Verbindung zu bleiben. So ist es vorrangiges Ziel des griechischen Elternvereins, der seine Aktivitäten im Bürgerzentrum Feuervogel im Phoenix-Viertel durchführt, dass die Kinder von früh auf die griechische Nachmittagsschule besuchen, um von vornherein die griechische Sprache auf einem hohen Niveau zu lernen. Der griechische Elternverein mit 50 Familien als Mitglieder trifft sich jeden Samstag, um die Kommunikation untereinander und die griechische Kultur zu pflegen. Dabei ist es ihnen wichtig, mit dem persönlichen Beispiel als "Botschafter" für ihr Herkunftsland aufzutreten.¹⁸⁰

Für Männer dominieren nach der Beobachtung des Leiters des Hauses der Jugend Wilhelmsburg zwei Bereiche, über die sie sich mit ihrer Heimat verbunden fühlen: die Kulturvereine und die Fußballvereine. In Wilhelmsburg und in Harburg existieren sehr viele türkische Kulturvereine, hinter deren geschlossenen Türen um viel Geld gespielt wird, was zu immensen sozialen Problemlagen und auch gewalttätigen Streitigkeiten führt.¹⁸¹ Im

¹⁷⁹ Interview vom 08.09.2010, 14 Uhr.

¹⁸⁰ Interview vom 02.03.2011, 20 Uhr.

¹⁸¹ Interview vom 22.02.2011, 10:45-13:00 Uhr.

Phoenix-Viertel gibt es auch einen griechischen und einen türkischen Fußballclub, die ein reges Vereinsleben betreiben, aber im Wesentlichen unter sich bleiben. Ähnlich ist es mit dem türkischen Fußballclub in Wilhelmsburg, der sich - ebenso wie die Portugiesen - ein eigenes Vereinshaus gebaut hat. Im Haus der Jugend hat er einen Fernsehraum, wo zusammen Fußballübertragungen aus der Türkei angesehen werden.

Auch die Deutschen aus Russland sind sehr stark auf die eigene Gruppe bezogen. Sie sind jedoch weniger auf die Pflege der russischen Sprache für ihre Kinder ausgerichtet als auf Folklore (Tanz und Gesang), die sie bei ihren Festen vorführen. Sie verbinden diese Aktivitäten auch mit Veranstaltungen, bei denen die Hamburger Behörden (Finanzbehörde, Polizei, Feuerwehr) ihre Ausbildungsgänge für Schulabgänger in der Geschwister-Scholl-Gesamtschule vorstellten, um bewusst Migranten zu werben. Anders agiert der Verein Schkola Asbuka, der in Lohbrügge in Zusammenarbeit mit dem Kifaz mehrere Schulen betreibt, in denen die Kinder der Migranten aus Russland Russisch lernen und an die russische Kultur herangeführt werden. Diese Aktivitäten richten sich an die Familien aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die keine deutschen Wurzeln haben.

Fehlende Kenntnis der Gremien

Die formellen Maßnahmen zur Beteiligung wie Stadtteil- und Sanierungsbeiräte sowie deren Arbeitsgruppen und der Verfügungsfonds sind bei vielen der befragten Migranten nicht bekannt oder aber sie werden als sehr deutsche Gremien identifiziert. Zwei der Befragten (in St. Georg und dem Phoenix-Viertel) vermuteten, dass man zur Mitarbeit in diesen Gremien einen deutschen Pass haben muss. Viele der Migranten zeigten in der Befragung aber auch durchaus Interesse, sich in das Stadtteilleben und die Aktivitäten einzubringen. Offensichtlich waren viele von ihnen gar nicht informiert, welche Möglichkeiten zur Beteiligung überhaupt bestehen.

Teilweise wird die Arbeit des Stadtteilbeirats als politische Arbeit gesehen und einige der Interviewpartner im Phoenix-Viertel und im Osdorfer Born sagten, sie wollen explizit nichts mit Politik¹⁸² zu tun haben. Insbesondere aus dem Bereich islamischer Gemeinden betonten die Interviewpartner, dass sie sich nicht in Politik einmischen wollen.

Neben fehlender Kenntnis stößt man häufig auf grundsätzliche Vorbehalte gegen die Stadtteilgremien. So wird z. B. häufig unterstellt, sie seien eine Alibiveranstaltung, bestenfalls sieht man sie als nutzlos an. Ein Geschäftsmann in St. Georg fragt sich, was er im

¹⁸² Dabei wird ein sehr traditioneller Politikbegriff zugrunde gelegt, wo das Private und das Politische voneinander getrennt sind.

Stadtteilbeirat soll, wenn letztendlich die Entscheidungen von den Politikern getroffen würden. Verglichen mit den wichtigen Problemen seien Aufgaben der Stadt(teil)entwicklung Luxusthemen.

Sprache als Zugangsschwelle und Informationsbarriere

Eine der am häufigsten genannten Erklärungen, warum sich Migranten an den Stadtteilbeiräten nicht beteiligen, sind die sprachlichen Hürden.¹⁸³ Wilhelmsburg und St. Georg sind Stadtteile, in denen man auch mit der türkischen Sprache auskommt, wenn es um die alltägliche Kommunikation mit Einschränkung auf Einkaufen und Verständigung in der Nachbarschaft geht. In beiden Stadtteilen existiert eine gut ausgebaute lokale Ökonomie türkischer Geschäfte.

In allen Untersuchungsgebieten werden von der VHS, verikom oder anderen Trägern Sprachkurse vor Ort angeboten. Sie werden auch sehr gut angenommen und genutzt. Dennoch gibt es in allen Untersuchungsgebieten noch größere Gruppen von Migranten, die nur sehr wenig Deutsch sprechen, auch wenn sie schon seit Jahrzehnten in Hamburg leben und zum Teil sogar die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Für sie sind die formalen Sprachkurse oft nicht geeignet, weil sie die Regeln des Lernens und der Grammatik nicht kennen. Für sie wären Konversationskurse angebracht, die auch für Analphabeten Sinn machen. Ein solches Angebot besteht im Stadtteilbüro Osdorfer Born von einem Anwohner, der praktische Lebenshilfe und Rat in einem Gesprächskreis gibt und Migranten auf die Fahrschule vorbereitet.

In einigen Gremien, wie im Projektdialog der IBA in Wilhelmsburg "Weltquartier", werden Übersetzungen angeboten. In den Stadtteilbeiräten und den Sanierungsbeiräten ist das in der Regel nicht der Fall. Faktisch heißt das, Migranten müssen bereits integriert sein, also über entsprechende Sprachkenntnisse verfügen und Wissen über entsprechende Förderprogramme einbringen, um partizipieren zu können.¹⁸⁴ Noch schwieriger wird es, wenn es um komplizierte Sachverhalte geht. Allerdings stößt man nicht überall auf sprachliche Barrieren: Im Haus der Jugend Wilhelmsburg können alle Besucher (70 Prozent Migranten) inzwischen gut genug Deutsch, um sich miteinander zu verständigen.

¹⁸³ Interview vom 06.10.2010, 14 Uhr; Interview vom 23.03.2011, 17 Uhr.

¹⁸⁴ Durch die fehlenden Möglichkeiten, sich an den politischen Wahlen zu beteiligen, also in den politischen Willensbildungsprozess einzugreifen, fühlen sich viele Migranten nicht aufgefordert, sich mit z. B. stadtteilpolitischen Themen zu befassen und sich überhaupt in gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen einzumischen (vgl. Kapitel Beteiligung von Migranten am parteipolitischen Willensbildungsprozess).

Damit keine ethnischen Abgrenzungen über die Sprache entstehen können, ist die "Geschäftssprache" dort grundsätzlich Deutsch.¹⁸⁵

Fehlende persönliche Ansprache

Die überwiegende Anzahl der befragten Migrantinnen gab an, dass sie sich an der Stadt- oder Quartiersentwicklung im Rahmen von Gremien und AGs nur dann beteiligen würden, wenn sie auch persönlich angesprochen würden, am liebsten mit einer Einladung in ihrer Herkunftssprache, selbst dann, wenn sie gut deutsch sprechen.¹⁸⁶ Sie würden dieses als eine Willkommensgeste werten. Die Bindung der Einwanderer an ihre Muttersprache und ihre Herkunft ist auch bei wachsender Kompetenz in der deutschen Gesellschaft sehr stark.¹⁸⁷

Bevor eine Kommunikation zwischen Deutschen und Einwanderern in den Institutionen stattfinden kann, muss eine Grundlage von Akzeptanz und persönlicher Ansprache geschaffen werden, die - wie Zafer Senocak bemerkt - "in Deutschland geradezu auffällig unterentwickelt ist".¹⁸⁸

Erfahrung von Diskriminierung, persönliche Umgangsformen

In vielen der Interviews wird von den Befragten geäußert, dass sie selbst Diskriminierungen erlebt haben oder erleben oder aber eine Diskriminierung der Migranten in Deutschland insgesamt wahrnehmen.¹⁸⁹ Die Migranten, die zunächst als Flüchtlinge gekommen waren, haben die strukturelle Diskriminierung (Asylbewerberleistungsgesetz, SGB II, Arbeitsverbot für drei Jahre, Arbeitsmarktprüfung zur Bevorzugung deutscher Arbeitsloser) auch dann noch in ihrem Erleben gespeichert, wenn sie schon längst in den gesicherten Status überwechseln konnten.

Vor allem türkische Interviewpartner erleben es als Diskriminierung, wenn ihnen nicht zugehört wird, weil sie sich sprachlich nicht gut ausdrücken können, z. B. bei Elternabenden

¹⁸⁵ Konzept HdJ Wilhelmsburg.

¹⁸⁶ Interview vom 24.10.2010, 12 Uhr.

¹⁸⁷ Senocak (2011): Deutschsein. Eine Aufklärungsschrift, S. 31.

¹⁸⁸ Ebenda, S. 30.

¹⁸⁹ Interview vom 07.01.2011, 17:30 Uhr.

in der Schule oder beim Stadtteilbeirat bzw. Bürgerverein, wenn sie dort mit einem Anliegen aufgetreten sind.¹⁹⁰ Eine türkische Interviewpartnerin aus St. Georg berichtete, man habe ihr vorgeworfen, nicht genügend deutsch zu verstehen, um der komplizierten Diskussion zu folgen. Der befragte türkische Friseur erlebte, dass er bei Elternabenden oder bei einer Stadtteilversammlung zum Umbau des Hansaplatzes nicht ernst genommen wurde, weil er sich nicht gut in Deutsch artikulieren konnte.

Die aktuelle Debatte, die durch Sarrazin vor allem gegen Türken und Araber, aber auch insgesamt gegen Muslime entfacht worden ist, wurde in den Interviews häufiger angesprochen. Eine philippinische Frau, die mit einem Türken verheiratet ist und wegen ihm und der beiden Kinder zum Islam konvertiert ist, erlebt eine weit verbreitete Muslimfeindlichkeit, wenn ihre kleine Tochter aus der Schule nach Hause kommt und fragt, ob Muslim sein etwas Schlechtes ist.

Häufig ist es nicht durch Tatsachen zu belegen, ob eine Diskriminierung stattgefunden hat oder stattfindet, aber das Erleben der Diskriminierung oder Ausgrenzung z. B. durch Sprache oder wegen des Kopftuches reicht häufig schon aus, um sich in den vermeintlich sicheren Raum der eigenen Familie, der Community oder der Religionsgemeinschaft zurückzuziehen.

Unterschiedliche Sichtweisen

Die Schilderungen einer türkischen Interviewpartnerin aus St. Georg zeigen Verständigungsschwierigkeiten auf, die jenseits der sprachlichen Ebene liegen. Sie hatte am Hansaplatz eine Initiative gegen die Prostitution in St. Georg gestartet und dabei nach eigenen Angaben in kurzer Zeit über 1.000 Unterschriften gesammelt. Sie stellte ihr Anliegen daraufhin im Bürgerverein vor, wo sie zunächst auch unterstützt wurde. Später, als sich auch die Beratungsstellen für Prostituierte in St. Georg eingeschaltet hatten, bezog der Bürgerverein eine Position, die sowohl die Beratungsstellen als auch die Anwohner unterstützte. Es wurde stärker die Lage der (ebenfalls größtenteils migrantischen) Prostituierten gewürdigt und eine Vertreibung abgelehnt. Durch diese Kehrtwende sah sich die Türkin diskriminiert. Man habe ihr in den Gesprächen vorgeworfen, sie könne die komplizierten Sachverhalte nicht richtig verstehen.

In St. Georg findet auch das Verhalten von homosexuellen Paaren in der Öffentlichkeit nicht bei jedem Migranten ungeteilte Zustimmung. Doch die Artikulation einer solchen

¹⁹⁰ Interview vom 25.11.2011, 18 Uhr.

Haltung stößt bei aufgeklärten deutschen Gesprächspartnern in den Stadtteilgremien auf offene oder verdeckte Ablehnung. Entsprechende Anliegen werden in der Regel nicht aufgegriffen und es ist angesichts der sehr unterschiedlichen Grundeinstellungen dazu auch schwer möglich, darüber in eine sachliche Diskussion einzutreten. In solchen Situationen fühlten sich Migranten, wie mehrfach beschrieben wurde, nicht ernst genommen oder in ihren Artikulationsmöglichkeiten beschnitten.

Soziale Kontrolle

Der familiäre Hintergrund gibt sowohl Sicherheit und Unterstützung, übt aber auch eine starke soziale Kontrolle aus. Zwar bewegen sich alle Migranten auch in anderen sozialen Netzwerken, wie Schule, Arbeit, Kirche etc., aber das Netzwerk Familie und Herkunftsgruppe scheint für viele - vor allem Frauen - dominant zu sein. Eine Interviewpartnerin, die sich auch im Elternrat der Schule ihrer Söhne engagiert und auf dem zweiten Bildungsweg ihren Hauptschulabschluss nachholt, beschreibt die Schwierigkeiten folgendermaßen: Wer aus der engen Rollenverteilung in der Familie und der Community ausscheren will, über den wird schlecht geredet. Wenn sie abends allein wegginge, z. B. zum Elternrat, gäbe es Tuscheleien hinter ihrem Rücken, dass sie ein Verhältnis mit einem anderen Mann hätte. Deshalb lässt sie sich immer von einem ihrer Söhne abholen.

Die patriarchalen Strukturen in den Familien wurden von mehreren Frauen als Grund genannt, warum sie sich nicht an Aktivitäten in Gremien beteiligen, welche die Frauen besonders in den Abendstunden an den Wohnraum binden.¹⁹¹ Bei alleinerziehenden Müttern besteht demgegenüber das Problem, dass ihnen keine Kinderbetreuung in den Abendstunden zur Verfügung steht.

Trotzdem ist festzuhalten, dass die Aktivitäten, die in den Stadtteilen von Migranten entwickelt und mitgetragen werden, in erster Linie von den Frauen ausgehen (Frauenfrühstück Osdorfer Born, afghanische Frauengruppe in Lohbrügge, russische Schule). Diese finden häufig tagsüber statt, wenn die Kinder in der Schule sind.

5.7 Fazit

Die schriftliche Befragung der Gebietsentwickler hat gezeigt, dass in allen untersuchten Quartiers- oder Stadtteilgremien der Anteil der Mitglieder mit Migrationshintergrund deut-

¹⁹¹ Interview vom 01.04.2011, 10 Uhr; Interview vom 01.04.2011, 18:30 Uhr; Interview vom 03.02.2011, 9:15 Uhr.

lich unter dem Migrantenanteil an der Bevölkerung im zugehörigen Gebiet oder Stadtteil liegt. Migranten mit den Bezugsländern Türkei und Russland sind am häufigsten in den formellen Quartiers- oder Stadtteilgremien vertreten. Auffällig wenig oder gar nicht beteiligt sind Migranten mit einem afrikanischen oder südeuropäischen Bezugsland.

Nach Einschätzung der Gebietsentwickler waren Migranten an allgemeinen Beschlüssen zu lokalen/kommunalen Fragen in den Quartiers- und Stadtteilgremien in den letzten zwei Jahren gar nicht oder nur selten beteiligt. Etwas höher fiel ihre Beteiligung an Beschlussfassungen zu Projektanträgen aus. Die vertiefenden Gespräche mit Migranten haben verdeutlicht, dass die geringe Beteiligung an allgemeinen Beschlüssen auch darauf zurückzuführen ist, dass von Migranten formulierte Anliegen in den Sitzungen nicht immer aufgegriffen wurden und zum Teil in der Diskussion untergingen. Daraus lässt sich schließen, dass es einer höheren Sensibilität auf Seiten der Moderatoren bedarf.

An den Ergebnissen der schriftlichen Befragung wird zudem deutlich, dass eine besondere Berücksichtigung migrantischer Belange und eine gezielte Ansprache von Migranten bisher nicht systematisch in die Beteiligungsstrukturen und -prozesse integriert waren. Inwiefern eine besondere Ansprache und Aktivierung von Migranten stattfindet, blieb bisher größtenteils den Gebietsentwicklern und Sanierungsträgern überlassen. Insbesondere für die Betreuung der Sanierungsbeiräte und des IBA/igs Beteiligungsgremiums wurden den betreuenden Organisationen diesbezüglich keine besonderen Kenntnisse oder Vorschläge zur Herangehensweise abverlangt, was sich insbesondere im Fall des IBA/igs Beteiligungsgremiums negativ auf die Beteiligung von Migranten ausgewirkt haben dürfte. Dass ein Teil der Gebietsentwickler die Beteiligung von Migranten nicht immer oder erst seit Kurzem im Blick hat, zeigte sich auch daran, dass einige von ihnen Schwierigkeiten hatten, den Anteil der Migranten in den Gremien und den Umfang der bisherigen Beteiligung von Migranten überhaupt zu benennen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die kontinuierliche Beteiligung der migrantische Quartiersbewohner an den Verfahren der Stadtteilentwicklung eine sehr betreuungsintensive und aufwändige Aufgabe ist, die mit den bestehenden Personal- und Ressourcenausstattungen der Quartiersmanagements vor Ort und in den Stadtteilbüros nur schwer geleistet werden kann. Darüber hinaus arbeiten in keinem der Teams Quartiersmanager mit Migrationshintergrund als feste Mitarbeiter. Sinnvoll erscheint es, Studenten mit Migrationshintergrund und/oder anderen Sprachkenntnissen in die Arbeit der Gebietsentwickler einzubeziehen - sei es über die Berufspraktika oder über die Schaffung von Stellen auf Honorarbasis, als Ergänzung zu dem bestehenden Angebot und solange keine hauptamtlichen Mitarbeiter mit Migrationshintergrund eingestellt wurden. Eine Kooperation mit der Hafen City Universität und der Hochschule für angewandte Wissenschaften wäre anzustreben, um fachliche Unterstützung durch Praktikanten zu bekommen.

Eine Bestandsaufnahme, welche migrantischen Organisationen in den Stadtteilen ansässig sind und zu welchen Themen sie ansprechbar sind, ist die Voraussetzung dafür, aktiv auf sie zuzugehen und sie persönlich anzusprechen. Wenn man Migranten in die Stadtteilentwicklung einbeziehen will, ist es notwendig, in den Stadtteilen ein Klima von Akzeptanz, Anerkennung und zumindest Toleranz aufzubauen, die vor allem den muslimischen Stadtteilbewohnern das Gefühl nimmt, wegen ihres Glaubens oder ihres Anders-Seins (Kopftuch) diskriminiert zu werden.

Weder in Bürgerinitiativen, die teilweise mit den Quartiersentwicklern in enger Kommunikation stehen, wie dem Bürgerverein und dem Einwohnerverein St. Georg, noch in solchen, die eher in kritischer Distanz zu den Quartiersentwicklern stehen, arbeiten Migranten in einem nennenswerten Umfang aktiv mit. Da die Bürgerinitiativen des Stadtteils oftmals auch die Diskussionen in den Stadtteil- oder Sanierungsbeiräten dominieren, wird hierdurch die Beteiligung von Anwohnern (mit Migrationshintergrund), denen diese Diskussionskultur fremd ist, ebenfalls erschwert.

Wie an den Eigeninitiativen und bisherigen Beteiligungsaktivitäten von Migranten deutlich wird, besteht auf Seiten der Migranten eine große Bereitschaft zur Beteiligung insbesondere an informellen Beteiligungsformen, die kreativ genutzt und weiterentwickelt werden können. Feste und Veranstaltungen mit Kinderbeteiligung mit kulturellen Beiträgen aus den jeweiligen Ländern wurden mehrfach vorgeschlagen, um Migrantinnen zu erreichen, weil sie sehr gerne etwas aus ihrer heimischen Küche oder Kultur präsentieren. Das Suppenfest in Lohbrügge konnte auf gute Beteiligung und öffentliche Anerkennung zählen, was die türkische Gewinnerin mit großem Stolz erfüllte. Die Einladung zum Essen kochen soll nun in anderem Rahmen wieder aufgegriffen werden (Beteiligung an Buffets mit Unkostenerstattung).¹⁹²

Für engagierte Migranten mit dem entsprechenden Bildungshintergrund scheint es attraktiver zu sein, sich in politischen Parteien zu engagieren, wo man de facto auch mehr bewegen kann als in den Stadtteilgremien, die nur empfehlenden Charakter haben.¹⁹³

Um die Beteiligung von Migranten in den Stadtteilgremien zu erhöhen, wurden in den Interviews eine Reihe von Voraussetzungen genannt und Anregungen gegeben. An erster Stelle stehen die mehrsprachigen Informationen über die Möglichkeiten der Beteiligung.

¹⁹² Die Erwartung vieler Gebietsentwickler, dass Stadtteilbewohner mit geringen finanziellen Ressourcen auch noch selber für die Materialien aufkommen, die sie z. B. für Begrünungen, Buffets etc. einbringen, geht an der prekären sozialen und wirtschaftlichen Lage des Großteils der Bewohner mit Migrationshintergrund in den untersuchten Gebieten vorbei.

¹⁹³ Interview vom 17.03.2011, 17 Uhr; Interview vom 22.02.2011, 12:30 Uhr.

Diese sollten nicht nur als Handzettel in die Briefkästen geworfen werden, sondern auf Anregung einer befragten Migrantin aus Senegal - möglichst nach dem Vorbild der Heimatforscher im Weltquartier - über Multiplikatoren aus dem jeweiligen Umfeld persönlich übergeben werden. Bei dieser Gelegenheit könnten die Stadtteilbewohner auch gleichzeitig in ihrer Muttersprache nach ihren Wünschen und Problemen gefragt werden. Angeregt wurde auch, dass Informationen über den Nutzen von Beteiligung für Migranten - wie z. B. den Verfügungsfond für die Finanzierung von Stadtteilaktivitäten und Informationsveranstaltungen zu relevanten Themen im Stadtteil - auch über das Lokalradio verbreitet werden, weil viele der migrantischen Bewohner zwar Radio hören, aber keine deutschen Zeitungen lesen. Der Regionalsender Tide mit seinen Programmen in verschiedenen Landessprachen bietet sich dafür an.

6. Engagement von Migranten in der Schule

Bei den Bemühungen um eine Verbesserung der Lage in Stadtteilen mit sozial benachteiligter Bevölkerung wird die Kooperation zwischen Eltern und Schule in den vergangenen Jahren zunehmend als wichtig erachtet. Ein Grund hierfür ist die Tatsache, dass in Deutschland der Zusammenhang zwischen der Soziallage der Eltern und dem Schulerfolg ihrer Kinder deutlicher ausgeprägt ist als in anderen Ländern. Hierfür werden in erster Linie verschiedene Mechanismen des deutschen Bildungssystems (Mehrgliedrigkeit, mangelnde Durchlässigkeit, häufig fehlende Ganztagsbetreuung, Rekurs auf privat organisierten Nachhilfeunterricht etc.) verantwortlich gemacht. Außerdem baut das deutsche Schulsystem auf ein Zusammenwirken von Eltern und Lehrern bei der Bildung und Erziehung der nachwachsenden Generation.¹⁹⁴ Das bedeutet, dass die Erziehungsziele und -methoden von Eltern und Lehrern im Grundsatz möglichst übereinstimmen sollten, und es verlangt vor allem ein konstruktives Zusammenwirken von Schule und Eltern. Ein wichtiger Faktor für die Verbesserung des Bildungserfolges ist dabei die Fähigkeit und Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder bei der Bewältigung der Anforderungen der Schule zu unterstützen.

Dass unterschiedliche Soziallagen über die Fähigkeit und Bereitschaft von Eltern, ihrem Erziehungsauftrag nachzukommen und sich aktiv mit der schulischen Ausbildung ihrer Kinder auseinanderzusetzen, wesentlich mitbestimmen, trifft für Migranten ebenso zu wie für Nicht-Migranten. Bei Eltern mit Migrationshintergrund werden zusätzlich interkulturelle

¹⁹⁴ Dies ist in Deutschland bereits durch die Formulierungen des Grundgesetzes (Art. 6 und Art. 7) vorgegeben. Das Bundesverfassungsgericht hat das Verhältnis von Elternrecht und Recht des Staates zur Aufsicht über das Schulwesen als ein "Verhältnis der Gleichordnung" bestimmt. Vgl. Böhm, T., Elternrechte in der Schule, in Pädagogik 46, 1994.

Distanzen hinsichtlich des Umgangs mit der Institution Schule sichtbar, die zu Irritationen und Konflikten zwischen Lehrern und Eltern, aber auch zwischen Eltern unterschiedlicher Herkunft und Prägung führen und auch Segregationsbemühungen auslösen können. In einem Einwanderungsland sind die Schulen mit der Aufgabenstellung konfrontiert, sich mit den Lebensbedingungen der verschiedenen Migrantengruppen auseinanderzusetzen und sie in den Schulalltag zu integrieren. Die beiden zentralen Ziele bestehen darin, die Kinder wirkungsvoll zu unterstützen und zu fördern und die Eltern in die Bildungsbemühungen einzubeziehen.

Bei der Beschreibung von Elternbeteiligung lassen sich zwei Ebenen von Mitwirkung unterscheiden, einerseits eine kindbezogene Mitwirkung und andererseits eine schulbezogene Beteiligung. Die kindbezogene Mitwirkung umfasst dabei die kritische und fördernde Begleitung der schulischen Leistungen und die häusliche Unterstützung der Kinder bei den Hausaufgaben, die Kontrolle der gestellten Aufgaben und die Sicherstellung angemessener Rahmenbedingungen für ein Lernen zu Hause und in der Schule. Dies spielt sich vorwiegend in der Privatsphäre der Haushalte ab, es verlangt jedoch auch eine zumindest ungefähre Vorstellung davon, was in der Schule passiert. Daher setzt diese Form der Unterstützung der eigenen Kinder auch die Mitwirkung in Form der Kommunikation mit dem Lehrpersonal und den Austausch mit anderen Eltern voraus. Diese kann individuell spontan oder bei Sprechtagen erfolgen oder durch den Besuch der Elternabende. Die Motivation für diese Mitwirkung kindbezogene Mitwirkung ergibt sich individuell aus dem Interesse der Eltern an einem Schulerfolg des eigenen Nachwuchses.

Schulbezogene Beteiligung hingegen überschreitet diesen privaten Horizont. Ehrenamtliche Tätigkeit in der Schule, die Übernahme einer Funktion in der Klassenelternvertretung, im Elternbeirat oder auf schulübergreifender Ebene sind Aktivitäten, die das Wohl der Schulklasse oder der ganzen Schule im Auge haben, durch die man Interessen der Eltern durchsetzen oder schulpolitische Entscheidungen beeinflussen will. Beide Ebenen hängen eng miteinander zusammen, bedingen sich jedoch nicht unmittelbar. Zwar dürfte in der Regel ein kindbezogenes Engagement mit einer schulbezogenen Beteiligung einhergehen. Es ist jedoch nicht notwendigerweise so, dass eine aktive Rolle bei der schulischen Bildung der eigenen Kinder ursächlich für die Mitwirkung in der Schule oder darüber hinaus ist und diese notwendigerweise nach sich zieht. Es stellt sich damit die Frage nach dem Ausmaß von und den Gründen für das Engagement von Eltern in der Schule, nach den Interessenlagen von verschiedenen sozialen Gruppen in der Schule, darunter auch den Migranten, nach fördernden und hemmenden Faktoren für ein solches Engagement.

6.1 Stand der Forschung

"Eltern geraten im Zusammenhang mit Schuluntersuchungen nur selten in den Blick", stellt eine bundesweite Untersuchung aus dem Jahr 2003 von Infratest fest.¹⁹⁵ Daran hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert. Noch seltener befasst sich die Forschung mit den spezifischen Belangen migrantischer Beteiligung an schulischen Angelegenheiten. Die Infratest-Untersuchung nimmt die Eltern mit Migrationshintergrund gar nicht in den Blick, weil sich Umfrageforschung aufgrund der schwer lösbaren methodischen Probleme im Zusammenhang mit den Sprachdefiziten bei Migranten nach wie vor mit dieser Personengruppe schwertut. So sieht auch eine jüngere Expertise zu Elternvertretern mit Migrationshintergrund an Schulen aus dem Jahr 2009 hier noch Forschungsbedarf.¹⁹⁶

Immerhin ergeben sich aus der Infratest-Studie Anhaltspunkte für eine Gewinnung von Maßstäben für das Ausmaß, in dem sich Eltern an den Schulen engagieren. Es wird sichtbar, dass eine kindbezogene Mitwirkung durch weitaus mehr Eltern erfolgt, während sich für das Geschehen in der Schule nur rund ein Viertel der Befragten engagiert (vgl. Tabelle 6.1). Die empirische Studie bestätigt auch den häufig von Experten geäußerten Eindruck, dass der Grad der elterlichen Mitwirkung in der Grundschule am stärksten ist und danach deutlich nachlässt. Das Gespräch mit den Lehrern und die regelmäßige Hilfe bei den Hausaufgaben werden häufig durch die Unzufriedenheit mit der Schule stimuliert, während das schulbezogene Engagement mit einer größeren allgemeinen Zufriedenheit einhergeht. Hierbei werden auch soziale Implikationen des Engagements sichtbar. So stellen die Autoren fest: "Die möglicherweise eher auf schulische Probleme hinweisenden Formen (Hausaufgabenbetreuung, Gespräch mit Lehrern) sind tendenziell häufiger bei Eltern aus niedrigeren Bildungs- und Einkommensschichten zu finden. Die eher demokratisch-partizipatorische Mitwirkung an Schulangelegenheiten findet sich dagegen häufiger bei Eltern aus höheren Bildungs- und Einkommensschichten".¹⁹⁷

Tabelle 6.1

Anteil der Eltern, die in folgenden Formen an schulischen Angelegenheiten mitwirken	
	Eltern in %
Regelmäßige Hilfe bei den Hausaufgaben des Kindes	64
Gespräche mit Lehrern über das Kind	82
Besuch eines Elternsprechtages/Elternabends	95
Elternsprecher/Elternvertreter/Elternbeirat	25

¹⁹⁵ Infratest Sozialforschung (2003): Schule aus Sicht der Eltern, München, S. 3.

¹⁹⁶ Kröner, S. (2009): Expertise Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen, Nürnberg, S. 6.

¹⁹⁷ Infratest Sozialforschung (2003): Schule aus Sicht der Eltern, München, S. 7.

Ehrenamtliche Tätigkeit im Rahmen der Schule (Mehrfachnennungen)	26
Quelle: Schule aus der Sicht von Eltern, Infratest 2002	

Zwei Aspekte sind hier vor allem interessant: Den Anlass für "spontane" Beteiligung (im weiteren Sinn) bildet in vielen Fällen gerade die Unzufriedenheit der Eltern mit der Schule. Das kann sich aus ihrem Eindruck ergeben, in der Schule werde das eigene Kind zu wenig gefördert, ungerecht behandelt oder die Schule versage bei der Lösung von Konflikten. Gerade bei Eltern, deren Kinder Probleme in der Schule haben, ist die Ausgangssituation der Beteiligung also zunächst eher konfliktbezogen. Zwar äußern sich zwei Drittel der Befragten mit Grundschulkindern zufrieden über die Ansprechbarkeit der Lehrer und 61 Prozent von ihnen meinen, Elternabende und Sprechstunden seien interessant.¹⁹⁸ Kröner betont in diesem Zusammenhang, dass sich die Beteiligungsanlässe bei Eltern mit Migrationshintergrund kaum von denen ohne Migrationshintergrund unterscheiden.¹⁹⁹ Allerdings stellt z. B. Sacher fest, dass Eltern mit Migrationshintergrund sich sowohl in Einzelgesprächen als auch bei Elternversammlungen seltener artikulierten und sich stärker von den übrigen Eltern allein gelassen fühlten.²⁰⁰

Die Ergebnisse lassen die Hypothese zu, dass sich der Zugang zum schulbezogenen Engagement von dem unterscheidet, der sich auf die eigenen Kinder bezieht. Während bei letzterem häufig Unzufriedenheit mit der Schule, konflikt- oder defizitbezogene Anlässe eine wichtige Rolle spielen und es in höherem Maße Eltern aus niedrigeren Bildungs- und Einkommenschichten einbezieht, speist sich ersteres aus Identifikation mit der Schule, aus sozialem oder politischem Engagement und ist bei Eltern mit und ohne Migrationshintergrund eher ein Mittelschicht-Engagement.

Für beide Formen der Beteiligung ist eine geringere Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund plausibel, aber aus unterschiedlichen Gründen: Die kindbezogene Beteiligung scheitert an der mangelnden Kenntnis des Schulsystems, den Defiziten in der Artikulationsfähigkeit und dem Unverständnis, mit dem Migranten häufig vom Lehrpersonal begegnet wird. Die schulbezogene Beteiligung ist geringer, weil die soziale Struktur der Migranten sich von der der Gesamtbevölkerung unterscheidet, also die "beteiligungsrelevante" Mittel- und Oberschicht in geringerem Umfang vorhanden ist. Dies erklärt es teilweise

¹⁹⁸ Ebenda, S. 14.

¹⁹⁹ Kröner, S. (2009): Expertise Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen, Nürnberg, S. 38.

²⁰⁰ Sacher, W. (2009): Zum Stand der Elternarbeit mit Migranten. Vortrag in der ev. Akademie Bad Boll, zitiert nach S. Kröner, Expertise Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen, Nürnberg, S. 5.

auch, warum Eltern mit Migrationshintergrund selbst an Schulen mit sehr hohem Migrantenanteil unterrepräsentiert sind.²⁰¹

Über das Ausmaß, in dem sich Eltern mit Migrationshintergrund in den Schulen engagieren, liegen so gut wie keine empirisch gesicherten Befunde vor. Sacher stellt fest, dass sie vor allem an Schulen mit niedrigem Migrantenanteil unterrepräsentiert seien. Er registriert in einer Untersuchung in Bayern weniger Kontakte mit den Lehrern, vor allem weniger informellen oder spontanen Austausch, und beobachtet bei ihnen einen größeren Anteil von Gruppenkontakten. Zwar seien umgekehrt die Kontaktaufnahmen durch die Lehrkräfte zu Eltern mit Migrationshintergrund nicht schwächer ausgeprägt, häufiger als mit Nicht-Migranten werde jedoch über Disziplin, Werte und Erziehungsmaßnahmen und weniger über die Schullaufbahn gesprochen. Ein geringerer Teil der Eltern mit Migrationshintergrund kennt die Elternvertreter in den Klassen und nimmt Kontakt zu ihnen auf.²⁰²

Kröner wertet die Erfahrungen von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Gremienarbeit aus. Zunächst stellt er fest, dass "oft ganz 'normale', nicht migrantenspezifische Probleme im Zentrum der Elternarbeit auch von Eltern mit Migrationshintergrund stehen", dass sie andererseits "Vorbehalte seitens der Schulleitung, der Lehrkräfte sowie der Eltern ohne Migrationshintergrund" wahrnehmen. "Darüber hinaus berichten sie über weitere Problemfelder, von denen zwar nicht sie selbst, wohl aber andere Eltern mit Migrationshintergrund betroffen sind. Dabei handelt es sich um sprachliche Defizite und unzureichende Informationen über die Elternrolle im deutschen Schulsystem."²⁰³ Eine vergleichende Befragung von Schulleitungen sowie Eltern mit und ohne Migrationshintergrund ergab, dass die Schulleitungen "die Ursachen für Probleme primär bei den Eltern mit Migrationshintergrund suchen."²⁰⁴

6.2 Schulsystem und Rechtslage in Hamburg

Eine Statistik zur Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund gibt es für Hamburg nicht. Allerdings werden die Anteile der Schüler erhoben, in deren Familien die gängige Sprache Deutsch oder eine andere Sprache ist. Im Ergebnis zeigt, sich, dass über alle Schulstufen

²⁰¹ Kröner, S. (2009): Expertise Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen, Nürnberg, S. 22.

²⁰² Sacher, W. (2007): Stand der Elternarbeit mit Migranten, Eröffnungsvortrag zur Tagung "Elternarbeit: Herausforderung und Chance für den Bildungserfolg junger Migranten" am 14./15.12.2007 in der Ev. Akademie Bad Boll.

²⁰³ Kröner, S. (2009): Expertise Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen, Nürnberg, S. 38.

²⁰⁴ Kröner, S. (2009): Expertise Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen, Nürnberg, S. 54.

gemessen rund 23 Prozent der Schüler zu Hause nicht Deutsch sprechen. Das bedeutet allerdings nicht automatisch, dass die Eltern in diesen Familien Verständigungsprobleme in der deutschen Sprache hätten. Umgekehrt ist es auch möglich, dass zu Hause Deutsch gesprochen wird, auch wenn es die Eltern nicht beherrschen. Vom türkischen Elternbund wird beobachtet, dass manche Eltern aufgrund des äußeren Drucks versuchen würden, mit ihren Kindern Deutsch zu sprechen. Allerdings geben die Zahlen einen Hinweis darauf, welches für die Eltern die präferierte Sprache ist, was auf ihre Beteiligungsfähigkeit und Bereitschaft einen Einfluss haben kann.

Tabelle 6.2

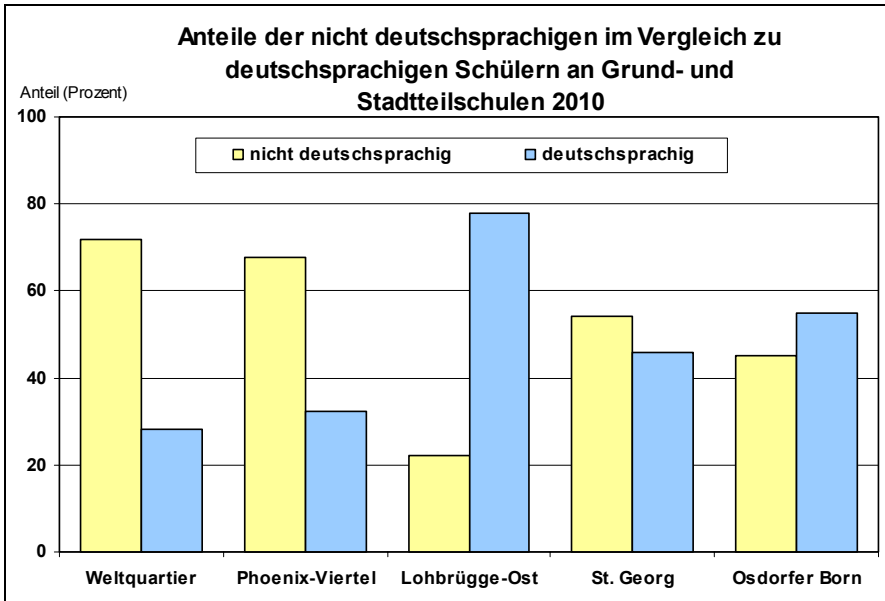
Schüler in allgemeinbildenden Hamburger Schulen im Schuljahr 2010/11, differenziert nach Staatsangehörigkeit und Familiensprache											
Staatsangehörigkeit	Familiensprache	Schülerstufe									
		Elementarstufe		Primarstufe		Sekundarstufe I				Sekundarstufe II	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	Stufe 5 und 6		Stufe 7-10		absolut	Anteil
deutsch	deutsch	4.957	68,3%	43.950	73,8%	23.682	78,2%	45.743	74,4%	16.354	80,0%
	nicht deutsch	1.546	21,3%	9.900	16,6%	2.554	8,4%	5.915	9,6%	1.746	8,5%
nicht deutsch	deutsch	161	2,2%	824	1,4%	1.173	3,9%	1.229	2,0%	358	1,8%
	nicht deutsch	594	8,2%	4.845	8,1%	2.877	9,5%	8.632	14,0%	1.984	9,7%
Ergebnis		7.258	100%	59.519	100%	30.286	100%	61.519	100%	20.442	100%

Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung, Herbststatistik 2010

Es wird deutlich, dass in der Primarstufe der Anteil der Eltern, deren Familiensprache nicht Deutsch ist, bei rund einem Viertel liegt. Demgegenüber liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund im Alter zwischen sechs und zehn Jahren bei 74 Prozent. Es wird also nur in einem Drittel der Familien mit Migrationshintergrund kein Deutsch gesprochen, wenn Kinder im Grundschulalter zum Haushalt gehören.

Das folgende Schaubild lässt erkennen, dass die Anteile der Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter, in denen Deutsch gesprochen wird, in den untersuchten Stadtteilen stark unterschiedlich sind: Während im Weltquartier und im Phoenix-Viertel jeweils starke Mehrheiten innerhalb der Familie nicht deutsch sprechen, sind es in St. Georg und im Osdorfer Born jeweils rund die Hälfte. Ganz anders sieht es in Lohbrügge Ost aus: Hier wird in drei Vierteln der Haushalte Deutsch gesprochen. Bei der Familiensprache schlägt sich der hohe Anteil an Bewohnern mit den Bezugsländern Polen, Russland und Kasachstan nieder, die im Weltquartier kaum vertreten sind und im Phoenix-Viertel deutlich geringere Anteile an allen Einwanderern bilden.

Abbildung 6.1



Gesetzliche Rahmenbedingungen für eine Beteiligung von Migranten als Eltern von Schülern ergeben sich einerseits aus dem Grundgesetz (Art. 6, 7, 30, 70, 73 und 74) sowie den §§ 68 bis 75 des Hamburger Schulgesetzes. Eltern steht hiernach das aktive und passive Wahlrecht unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit zu. Die Eltern jeder Klasse wählen auf einem Elternabend zwei Klassenelternvertreter. Sie haben die Aufgabe, die Beziehungen der Eltern untereinander und mit den Lehrern zu pflegen, bei Meinungsverschiedenheiten zu vermitteln, über aktuelle Fragen der Schule zu informieren, den Elternrat zu wählen und die Leitung der Elternabende zu übernehmen (§§ 70, 71). Als stimmberechtigte Mitglieder nehmen sie an den Klassenkonferenzen, aber nicht an den Zeugiskonferenzen teil.

Die Elternräte (in Hamburg gibt es ca. 430 mit rund 5.000 Mitgliedern) informieren die Eltern über wichtige Entscheidungen der Schulkonferenzen, arbeiten mit Schulleitung, Lehrkräften und Schülerrat zusammen und vertreten die Interessen der Schulen im Stadtteil (§ 72). Sie bestehen aus mindestens neun Mitgliedern und nehmen auch an der Schulkonferenz als oberstem Beratungs- und Beschlussgremium der schulischen Selbstverwaltung teil. An den meisten Hamburger Schulen gibt es außerdem einen Schulverein, dessen Mitglieder die Eltern, Lehrer, ehemalige Schüler und Freunde der Schule sein können.

Die Elternräte wählen Vertreter in die sieben Hamburger Kreis Elternräte (§ 75), aus deren Mitgliedern wiederum die Elternkammer als höchstes Mitwirkungs-gremium der Hamburger Elternschaft gewählt wird. Vertreter der Elternkammer sind im Landesschulbeirat vertreten

(§ 83), dem auch Vertreter des Integrationsbeirates angehören. Um Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich dabei offenbar nicht.²⁰⁵ Er kann zu allen Grundsatzfragen des Schulwesens Stellung nehmen und berät die zuständige Behörde bei grundlegenden Änderungen des Schulwesens. In einer Stellungnahme zu den Auswirkungen der Migration auf das Hamburger Schulwesen hat er im Jahr 2001 die Priorität einer Unterweisung in der deutschen Sprache unterstrichen, aber auch zweisprachige Bildung begrüßt, die allerdings ausdrücklich nicht der Förderung von Nationalbewusstsein (zum Herkunftsstaat) oder der Rückkehrfähigkeit des Kindes dienen dürfe. Eine interkulturell orientierte Didaktik sei ebenso wie die Professionalität der Lehrer in Fragen der interkulturellen Erziehung weiterzuentwickeln. Gefördert werden solle die "beständige Ermutigung aller Eltern zur Beteiligung am schulischen Geschehen und die Förderung interkultureller Elternarbeit und Fortbildungsangebote für Eltern durch die Schulen".²⁰⁶ Die Rechte des Landesschulbeirates sind in Hamburg im Vergleich zu anderen Bundesländern schwächer ausgeprägt, da hier nur das Recht zur Abgabe von Stellungnahmen und kein Mitwirkungsrecht eingeräumt wird. Allerdings verfügt Hamburg in Gestalt der Elternkammer über eine Einrichtung, die von der Schulbehörde in allen wichtigen Fragen beteiligt werden muss.

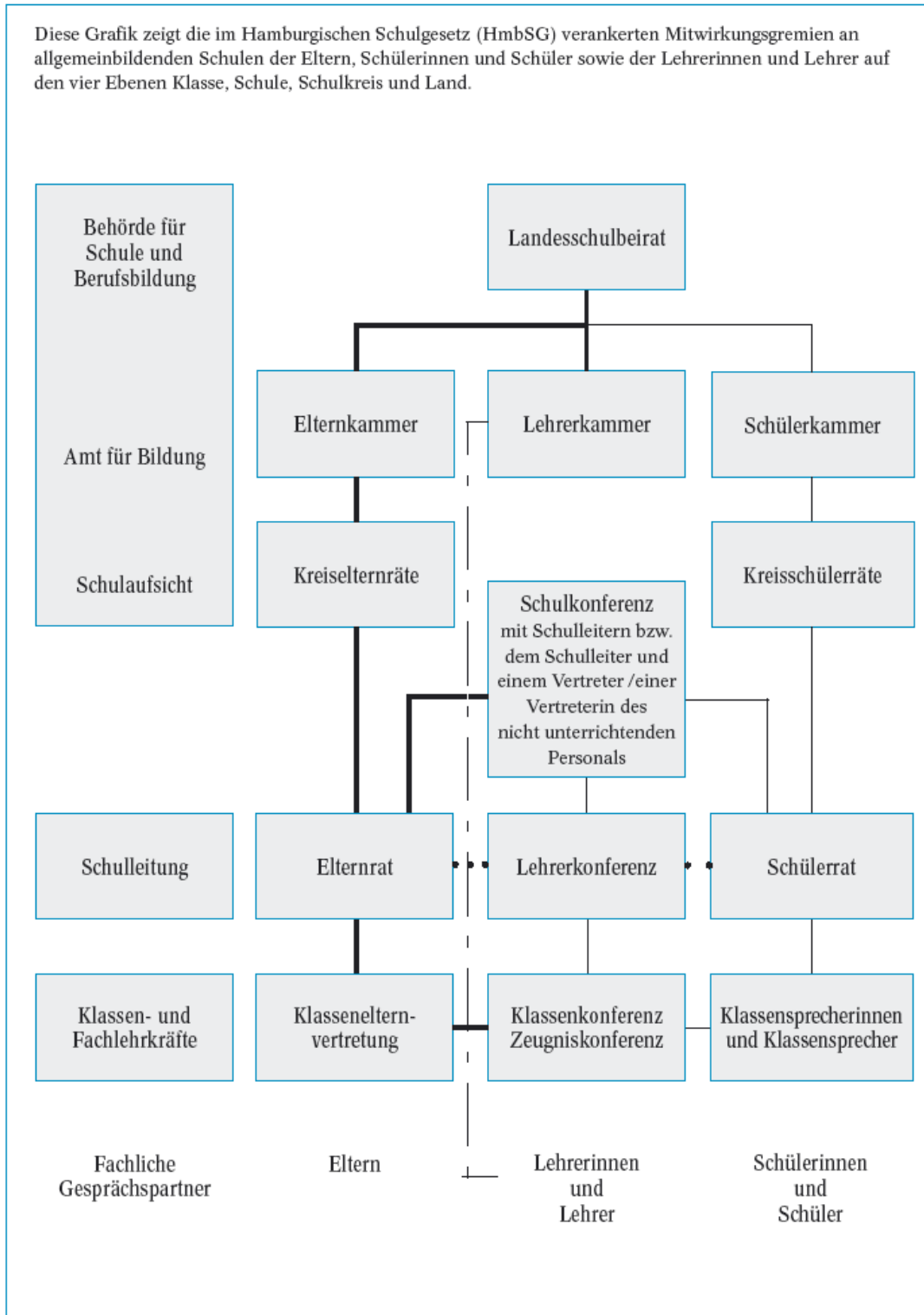
²⁰⁵ Homepage der Behörde für Schule und Berufsbildung: Mitglieder und Institutionen im Landesschulbeirat. Es konnte nur eine vereinfachte Namensanalyse vorgenommen werden.

²⁰⁶ Homepage der Behörde für Schule und Berufsbildung.

Abbildung 6.2

Die schulischen Gremien im Überblick

Diese Grafik zeigt die im Hamburgischen Schulgesetz (HmbSG) verankerten Mitwirkungs-gremien an allgemeinbildenden Schulen der Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer auf den vier Ebenen Klasse, Schule, Schulkreis und Land.



Quelle: Hamburger Schulbehörde: Elternratgeber 2010

Im Hinblick auf die Rechte von ausländischen Eltern oder Personengruppen mit Migrationshintergrund existieren in Hamburg keine Sonderregelungen wie beispielsweise in Hessen, wo Vertreter ausländischer Eltern mit beratender Stimme dem Schulleiternbeirat angehören. "Da dieser bei Schulkonferenzen einen starken Einfluss hat, können diese Vertreter hier für Bürger mit Migrationshintergrund besonders relevante Themen anregen ... Nach § 114 V-VIII HSchG können darüber hinaus auch Repräsentanten ausländischer Schüler an den Sitzungen der Kreis- bzw. Stadtleiternbeiräte teilnehmen."²⁰⁷

Die "Beschäftigtenbefragung zur Erhebung eines Migrationshintergrundes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hamburgischen Verwaltung"²⁰⁸ hat ergeben, dass "vergleichsweise wenig" Personen mit Migrationshintergrund in Hamburg als Lehrkräfte an staatlichen Schulen beschäftigt sind. Von den insgesamt rund 15.000 Lehrkräften haben 7,6 Prozent einen Migrationshintergrund, unter allen Beschäftigten sind es 8,9 Prozent. Als Ursache hierfür wird unter anderem die staatliche Laufbahnausbildung genannt. Relativ hohe Anteile von Migranten als Lehrkräfte sind an Gesamtschulen beschäftigt, relativ die wenigsten arbeiten in Berufs- und Sonderschulen. Zu den Bezugsländern liegen nur Angaben für die Gesamtzahl der im öffentlichen Dienst Hamburgs beschäftigten Migranten vor. Die größten Gruppen sind demzufolge die Lehrkräfte mit den Bezugsländern Polen, Türkei und Russland, wobei erstere und letztere deutlich höher qualifiziert sind.

Als besondere Angebote zur Beteiligung von Migranten bietet die Hamburger Schulbehörde einerseits den Elternratgeber für ausländische Eltern in den Sprachen Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch, Polnisch, Russisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Spanisch und Türkisch an. Dieser enthält Hinweise zur Elternmitbestimmung und zu den Rechten und Pflichten der Eltern nach dem Hamburger Schulgesetz, gibt Hinweise zum Deutschunterricht für Schüler mit Migrationshintergrund und antwortet auf häufig gestellte Fragen zum Umgang mit besonderen Anliegen von Migranten oder zu Erziehungskonflikten.²⁰⁹ Zusätzlich bietet die Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburger Pädagogen sowie speziellen Nachfragegruppen (wie interessierten (Kreis-)Elternräten, Teilkollegien, Funktionsträgern und Multiplikatoren) ein umfangreiches Beratungs- und Fortbildungsangebot rund um das Thema interkulturelle Erziehung und Bildung an. Derzeit arbeiten in der Beratungsstelle sieben

²⁰⁷ Schulz, R., Friedrich, M., Kröner, S. (2009): Gesetzliche Rahmenbedingungen zur Elternvertretung an Schulen in Bayern und Hessen in: S. Kröner, Expertise Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen, Nürnberg, S. 14.

²⁰⁸ Beschäftigtenbefragung zur Erhebung eines Migrationshintergrundes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hamburgischen Verwaltung, Ergebnisbericht, in: Bürgerschaftsdrucksache 19/2532 vom 10.03.2009.

²⁰⁹ Homepage der Behörde für Schule und Berufsbildung: Veröffentlichungen.

Mitarbeiter, von denen vier Mitarbeiter einen Migrationshintergrund haben. Im Jahr 2010 ist das Netzwerk Lehrkräfte mit Migrationshintergrund gegründet worden, von dem aktuell rund 180 Personen erreicht werden.²¹⁰

6.3 Befunde zum Umfang der Beteiligung

Um den Umfang der Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund an den Schulen abschätzen zu können, wurden die Schulleitungen von 23 Schulen in den Untersuchungsgebieten in eine schriftliche Befragung einbezogen und es wurden die Internetauftritte der Schulen auf Hinweise abgesucht. Drei Schulen verfügten über keine aktualisierte Homepage, unter den übrigen enthielten nur neun Angaben zum Elternrat (Angaben zur Wahl, Kontaktdaten der gewählten Vorsitzenden, in einem Fall Protokolle). Die Auswertung ließ Rückschlüsse auf das Ausmaß der Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund am Schulleben nicht zu, zeigt allerdings, dass das Internet als Medium für eine Stimulierung der Elternmitwirkung von den Schulen so gut wie nicht genutzt wird.

An der schriftlichen internetgestützten Umfrage haben sich sechs von 23 Schulen (rund 26 Prozent) beteiligt. Auch wenn auf diese Weise keine repräsentativen Ergebnisse erzielt worden sind, geben die Angaben doch Aufschluss über die Anteile von Personen mit Migrationshintergrund an den einzelnen Gruppen in der Schule. Beteiligt haben sich drei Grundschulen, zwei Stadtteilschulen und eine Förderschule. Die Anteile der Schüler mit Migrationshintergrund streuen zwischen 25 und 80 Prozent.

²¹⁰ Auskunft von Frau Hartung vom 24. Januar 2011.

Tabelle 6.3

Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund in den Schulen												
Schule	Schulform	Schüler gesamt	Migrantenanteil	Schülervertreter gesamt	davon Migranten	Migranten in %	darunter weiblich	Lehrer gesamt	davon Migranten	Migranten in %	TN Lehrer interkult. Fortbild.	weitere Mitarbeiter mit Migrationshintergrund
1	G	330	70%	18	14	80	8	24	1	4	1	0
2	S	1.050	80%	100	85	85	50	110	4	4	10	2
3	G	232	57%	24	14	58	8	19	3	16	5	6
4	F	135	27%	12	4	30	0		0		0	0
5	S	531	65%	50	23	46	10	60	3	5	2	0
6	G	168	25%	k. A.	0	0	0		0		7	1
Ø		407		41	28	68	15	43	2	5	4	2

G=Grundschule/S=Stadtteilschule/F=Förderschule
 Quelle: Online-Befragung des IfS in den Schulen der Untersuchungsgebiete

Die Schülervertretungen spiegeln den Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund in der jeweiligen Schule am besten wider. In einigen Fällen übersteigt sogar der Anteil der Schülervertreter mit Migrationshintergrund den der Schüler mit Migrationshintergrund. Der Anteil der Mädchen in den Schülervertretungen liegt in drei Schulen deutlich über 50 Prozent. Die Schüler repräsentieren also am besten die Gruppe, die sie vertreten, und es scheinen hier in der Regel keine selektiven Mechanismen zu Ungunsten von Migranten zu wirken.

Der Anteil der Lehrer mit Migrationshintergrund steht in keinem direkten Zusammenhang mit dem Migrantenanteil der Schüler. Eine Schule mit einem eher moderaten Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund verfügt über den höchsten Anteil sowohl an Lehrern als auch an weiterem Personal mit Migrationshintergrund. Der Anteil der Lehrer mit Migrationshintergrund am Kollegium ist nur in einem Fall signifikant höher als die vier bis fünf Prozent in den übrigen Schulen. An dieser Schule sind auch auffallend viele sonstige Mitarbeiter mit Migrationshintergrund tätig. In einer Schule gibt es gar keinen Lehrer mit Migrationshintergrund, hier ist allerdings auch der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund deutlich unterdurchschnittlich. Dies ist auch die einzige Schule, an der noch keine Teilnahme an einer interkulturellen Fortbildung erfolgt ist. Die Zahl der Lehrer, die an Maßnahmen der interkulturellen Fortbildung teilgenommen haben, steht ansonsten ebenfalls in keinem Verhältnis zum Anteil der Migranten an der Schule oder dem Anteil migrantischer Lehrer in der Schule.

Tabelle 6.4

Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund in den Schulen												
Schule	Klassenelternvertreter gesamt	davon Migranten	Migranten in %	darunter weiblich	Elternrat gesamt	davon Migranten	Bet. am Schulleben	davon Migranten	Bet. an fachlichen Belangen	davon Migranten	Bet. an Freizeitaktivitäten	davon Migranten
1	32	19	59	15	9	4	25	15	10	4	10	4
2	100	0	0	0		0	50	25	50	25	3	0
3	24	11	46	6	9	2	20	10	1	0	10	5
4	13	1	8	1	9	1	30	10	15	1	5	0
5	36	7	19	4	9	1	0	0	0	0	0	0
6	14	0	0	0		0	20	8	0	0	15	8
∅	37	6	16	5	9	1	145	68	76	30	43	17

Quelle: Online-Befragung des IfS in den Schulen der Untersuchungsgebiete

Der Anteil der Klassenelternvertreter mit Migrationshintergrund liegt mit rund 16 Prozent deutlich unter dem Anteil der Migrantenschüler an den Schulen. Ein Zusammenhang der Höhe ihres Anteils mit dem der Migranten in der jeweiligen Schule ist nicht erkennbar. Allerdings sind mehr Eltern mit Migrationshintergrund in den Grundschulen engagiert als in den anderen Schulformen. Ähnliches gilt für ihre Mitwirkung im Elternrat. Der Anteil liegt insgesamt bei 11 Prozent, auch hier sind keine Zusammenhänge zum Migrantenanteil der Schüler zu erkennen, der Zusammenhang mit der Schulform ist in diesem Fall schwächer ausgeprägt. Wie viele Migranten sich an den schulischen Mitwirkungsgremien beteiligen, hängt also wohl eher von besonderen Konstellationen innerhalb der Schulen ab. Auch wenn es sich häufiger um türkischstämmige Eltern handelt, sind die Bezugsländer der Mitglieder der Elternvertretungen breit gefächert.

Die Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund an informellen Aktivitäten außerhalb der Gremienarbeit liegt erwartungsgemäß höher. Ihre stärkste Mitwirkung ist bei der Beteiligung am Schulleben (Schulfeste, Verpflegung, Flohmärkte etc.) festzustellen (47 Prozent), aber auch bei fachlichen Belangen von Schule und Unterricht liegt sie noch mit knapp 40 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei der Mitwirkung in den Vertretungsgremien. In ähnlicher Größenordnung bewegt sich die Mitwirkung bei Freizeitaktivitäten (Klassenfahrten, Bastelnachmittage), auch sie ist deutlich höher als bei der Mitwirkung im formellen Rahmen. Dies könnte ein Hinweis auf institutionelle Hürden sein, in diese Gremien gewählt zu werden, oder auch auf persönliche Vorbehalte zurückzuführen sein, sich zur Wahl zu stellen.

Von fast allen Befragten wird die bisherige Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund als insgesamt zu niedrig eingeschätzt, in zwei Fällen meint man, sie habe in den letzten Jahren zugenommen, in vier Fällen, sie sei gleich geblieben. Dass sie abgenommen habe, wird nirgendwo bestätigt. Es war gefragt worden, ob die Schulen gezielte Versuche unternehmen, Eltern mit Migrationshintergrund für eine Mitarbeit zu gewinnen. Ein Zusammenhang zwischen einer stärkeren Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund und der positiven Beantwortung dieser Frage ist nicht zu erkennen. In den drei Schulen, in denen eine persönliche Ansprache neben der allgemein praktizierten Information bei Elternabenden erfolgt, sind die Erfolge nicht größer als bei einer Schule, die angibt, hier keine speziellen Aktivitäten zu entfalten. Ein Elterncafé gibt es in keiner der Schulen, die sich an der Befragung beteiligt haben.

Als Ursachen für das verhältnismäßig niedrige Niveau der Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund werden von allen Befragten sprachliche Defizite genannt. Eine Mehrheit sieht auch im niedrigen Bildungsniveau, der anders gelagerten Problemsicht von Migranten und in den fehlenden oder zu schwachen Kontakten zwischen deutschen Eltern und Migranten wichtige Faktoren für das Ausbleiben von mehr Beteiligung. Vorbehalte auf Seiten der einheimischen Eltern sowie das Gefühl der Ausgrenzung auf Seiten der Migranten werden von keinem der Befragten als Ursache angesehen. Hier bestätigt sich die bereits zitierte Beobachtung, dass in den Schulen die Ursachen für mangelnde Beteiligung von Migranten in erster Linie bei diesen selbst gesehen werden.

Niedrigschwellige Angebote für Eltern an den Schulen, wie z. B. Elterncafés, werden neben der Einstellung von mehr Lehrern mit Migrationshintergrund von den meisten Befragten als sinnvolle Strategie angesehen, um die Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Obwohl die sprachlichen Defizite von allen Befragten als Grund für fehlende Beteiligung gesehen werden, befürworten nur zwei die Ansprache der Migranten in ihrer eigenen Sprache. Eine stärkere Motivation der Migranten durch eine Willkommenskultur und besondere Unterstützung wird hingegen von keinem Befragten als zielführend angesehen, ebenso wenig die Kooperation mit Migrantenvereinen.

6.4 Befunde aus den Interviews

Die Ergebnisse der Befragung lassen sich durch die Befunde aus den qualitativen Interviews vertiefen und konkretisieren. Hierzu stehen Aussagen von Migranten in den sechs Wohngebieten zur Verfügung, die, wenn sie Eltern waren, auch auf dieses Thema angesprochen worden sind. Außerdem wurden Experten in Schulen und schulbezogenen Organisationen sowie Vertreter von migrantischen Elternvereinen befragt.

a) Kindbezogene Beteiligung

Viele der befragten Eltern bestätigen, dass sie ihre Kinder beim Lernen und den Hausaufgaben nicht unterstützen können. Einige berichten von Verständnisproblemen und nicht ausreichendem Wissen darüber, was im Unterricht von den Kindern und was von den Eltern verlangt wird. Oft sind Hemmungen die Folge, sich an die Lehrer zu wenden oder die Elternabende zu besuchen. Für einige erscheint die deutsche Schule als wenig durchschaubar und schwer zugänglich. Eltern mit Sprachproblemen äußern sich häufig dahingehend, dass sie bei den Elternabenden zu wenig verstehen würden und auch Scheu davor hätten, sich mit ihren Fragen einzubringen. Bei einigen Eltern führen die Sprachprobleme dazu, dass sie nur selten an Veranstaltungen in den Schulen teilnehmen. So berichtet die Vertreterin einer afrikanischen Migrantenorganisation, dass viele der afrikanischen Eltern auf Elternabenden nichts verstehen würden. Sie würden sich dann "als Idiot fühlen" und aus Scham nicht so häufig zu den Elternabenden hingehen. Allerdings stellen fehlende Deutschkenntnisse bei der zweiten und dritten Generation nach Einschätzung des türkischen Elternbundes Wilhelmsburg nicht mehr das Haupthindernis für die Elternbeteiligung dar.

Teilweise stehen praktische Probleme einer Beteiligung von Migranten im Wege: Muslimische Mütter begründen ihre mangelnde Teilnahme an Elternabenden teilweise damit, dass sie als Frau abends nicht ohne männliche Begleitung eines Familienangehörigen das Haus verlassen könnten.²¹¹ Die meisten Männer seien aber nicht bereit, die Elternabende zu besuchen. Andere Mütter mit Migrationshintergrund berichten, dass sie in den Abendstunden stark in familiäre Verpflichtungen eingebunden seien und daher die Termine nicht wahrnehmen könnten. Deshalb ist man in einigen Schulen dazu übergegangen, nachmittags informelle Treffen oder Elterncafés einzurichten. In der Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg ist der Elternabend durch ein Treffen am Nachmittag ersetzt worden, zu dem die Eltern zusammen mit Geschwisterkindern kommen können und wo auch durch den äußeren Rahmen versucht wird, mittels einer offenen Atmosphäre individuelle Hemmschwellen abzubauen und äußeren Zwängen zu begegnen.

Dass sich mit geänderten Formen der Ansprache eine Senkung der Hemmschwellen und eine deutliche Verbesserung der Kommunikation erreichen lassen, zeigt auch das Vorgehen in der Schule an der Burgweide in Wilhelmsburg. Nach einer entsprechenden Schulung durch das Landesinstitut für Lehrerfortbildung wurden anlässlich der Umgestaltung zur Gesamtschule die Eltern zu einem Elternnachmittag mit Essen und Trinken eingeladen. Den Migranten unterschiedlicher Sprachräume wurden dort an mehreren Sprachen-

²¹¹ Interview vom 14.04.2011, 14 Uhr; Interview vom 01.04.2011, 17 Uhr.

tischen durch vorher gebriefte Personen die wichtigsten Informationen vermittelt und Fragen beantwortet. Im Vorfeld der Veranstaltung wurde eine CD in sechs verschiedenen Sprachen aufgenommen und an die Eltern verteilt, was sich sehr positiv auf die Bereitschaft zur Teilnahme ausgewirkt hat. Inzwischen wurden die klassischen Elternabende durch zwanglosere Elternnachmittage mit Kaffee und Kuchen abgelöst (auf denen auch Fotos der Kinder gezeigt werden). Auch Darbietungen der Kinder werden genutzt, um mit Eltern ins Gespräch zu kommen. Die Elternvollversammlung wird als Schuleingangsfest gestaltet, mit Verpflegung und Kinderbetreuung, aber auch den notwendigen Informationen und den Wahlen zur Elternvertretung. In dem Gespräch mit der Schulleiterin wurde deutlich, dass es der Schule selbst sehr wichtig ist, die Eltern über die Lehrformen und -inhalte der Schule zu informieren und Eltern mit unterschiedlichen Hintergründen und Interessen an schulbezogenen Entscheidungen zu beteiligen. Hierdurch konnte sie an die Eltern Signale senden, die wie das folgende Zitat der Elternratsvorsitzenden mit irakischem Migrationshintergrund zeigt, zu einer höheren Beteiligung führten. *"Die Lehrer, die Schulen sollen die Ängste, Bedenken und Sorgen von Eltern ernst nehmen und nicht versuchen, alles schön zu reden und zur Seite schieben. Wenn die Eltern das Gefühl haben, sie werden ernst genommen, so werden sie auch mehr der Schule und den Lehrern vertrauen. Und sie würden dann auch mit mehr Interesse öfter an Elternabenden, Elterngesprächen und Elternräten teilnehmen."*

Elterncafés haben sich auch durch Aussagen anderer Gesprächspartner bewährt, um einen zwanglosen Rahmen zu schaffen, um Fragen zu klären, Briefe übersetzen zu lassen oder über Probleme mit den eigenen Kindern zu sprechen. Die Anliegen können dann stellvertretend an die Lehrer weitergegeben werden, allgemeine Fragen auch ohne deren Beteiligung geklärt werden. Als vielversprechende Form der Anerkennungskultur wird die Möglichkeit genannt, Feste, die bei den Familien mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle spielen, gemeinsam zu feiern (Opferfest oder Fastenbrechen). Hier ist natürlich zu beachten, dass diese Form immer nur einen bestimmten Kulturkreis repräsentiert und zudem die Frage aufwirft, ob und in welcher Form religionsbezogene Aktivitäten in den Schulen stattfinden sollen.

An der Schule in Wilhelmsburg hat sich Elternberatung bewährt. So konnten die Kontakte zu den Eltern durch die persönliche Ansprache deutlich verstärkt werden und die Eltern haben die Möglichkeit, Beschwerden zu äußern, die dann in anonymisierter Form an die betreffenden Lehrer weitergegeben werden, wenn sich die Eltern eine unmittelbare Konfrontation nicht zutrauen. Die zwanglosen Gespräche und die informellen Kontakte setzen nach Aussage mehrerer Gesprächspartner auch bei den Lehrern Lernprozesse in Gang. Sie lernen die Fallstricke im interkulturellen Umgang kennen, können Missverständnisse und Verstimmungen besser vermeiden und zeigen, dass sie die Sorgen, Ängste und Be-

denken der Eltern ernst nehmen. Auf diese Weise kann dann auch leichter eine Atmosphäre für die sachliche Beilegung von Konflikten entstehen: *"Ja, die zeigen wirklich viel mehr Empathie. Also vor drei vier Jahren, da hatte ich selbst Auseinandersetzungen mit einigen gehabt, aber das haben wir alles geklärt. Die kommen jetzt mehr auf einen zu, die versuchen schon so gut wie möglich, verständnisvoll mit den Eltern umzugehen"*,²¹² sagt die Elternberaterin von der Schule an der Burgweide als Resümee eines mehrjährigen Lernprozesses.

Allerdings zeigt sich auch, dass eine Verminderung von Sprachdefiziten nicht automatisch die Hemmschwelle herabsetzt, sich an den schulischen Angelegenheiten zu beteiligen. Im Projekt "Von der Sprache zur Mitsprache" wurde an mehreren Hamburger Schulen vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Sprachunterricht in herkunftssprachlich homogenen Gruppen angeboten. Die Vermittlung grundlegender Sprachkenntnisse wurde mit Informationen zu schulischen Inhalten, Inhalten zur Erziehung und zu schulischen Beteiligungsstrukturen verbunden. Durch die Kurse habe ein gewisses Empowerment der Mütter stattgefunden. Diese würden sich nach einer Beteiligung an dem Kurs beispielsweise eher trauen, auch mal alleine in die Schule zu gehen. Insbesondere bei neu zugewanderten jungen Müttern mit Migrationshintergrund könne so ein erster Kontakt zu den zentralen Institutionen in Hamburg hergestellt werden. Eine Beteiligung der Mütter in der Elternvertretung habe dies aber nicht zur Folge gehabt. In Bezug auf russischsprachige Familien habe sich zudem gezeigt, dass oftmals die Großeltern an den Sprachkursen teilnehmen würden, da die Eltern aufgrund der Berufstätigkeit keine Zeit hätten. Insgesamt beteiligen sich mehr Mütter als Väter. *"Die Herren tauchen häufig erst dann auf, wenn es Probleme gibt. Die Problemgespräche führen dann die Väter, ansonsten kommen aber mehr Mütter."*²¹³ Die Schulleiterin aus Harburg erlebt einige Eltern mit Migrationshintergrund als zum Teil sehr aufbrausend, das sei aber bei deutschen Eltern häufig auch so und bei Migranten beruhe es teilweise auf Verständigungsschwierigkeiten.

Auch wenn niedrigschwellige Angebote quasi der gemeinsame Nenner sind, der die Kommunikation mit migrantischen Eltern erleichtert, so ist in den Gesprächen auch immer wieder deutlich geworden, dass sich das, was künstlich unter dem Begriff "Eltern mit Migrationshintergrund" zusammengefasst wird, aus sehr unterschiedlichen Gruppen besteht, die auch untereinander starke Vorbehalte ausdrücken. Selbst wenn von Eltern mit Migrationshintergrund in Interviews Defizite in der Beteiligung angegeben werden, geschieht dies meist in Bezug auf andere Gruppen von Migranten. So meint beispielsweise

²¹² Interview mit Frau Hamzah, Elternratsvorsitzende mit irakischem Migrationshintergrund; Schule an der Burgweide, am 8. Februar 2011.

²¹³ Gespräch mit der Schulleiterin der Schule an der Maretstraße, 03.03.2011.

eine philippinische Migrantin, viele Migrantinnen seien selbst zu undiszipliniert, um Deutsch zu lernen und diese wären es dann, die sich am lautstärksten beschweren würden. Polnische und russische Eltern geben ihre Kinder gezielt auf Schulen, in denen der Anteil türkischer Kinder nicht so hoch liegt, die polnischen Eltern bevorzugen auch aus diesem Grund katholische Schulen. Ein Teil der Eltern mit Migrationshintergrund war gegen die Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre, um ihre Kinder möglichst frühzeitig aus den Schulen mit hohem Migrantanteil herauslösen zu können.

Die Mitglieder türkischer Elternorganisationen klagen über mangelnde Offenheit der Lehrer gegenüber den Anliegen der türkischstämmigen Eltern. Sie nähmen sich wenig Zeit, seien zeitlich nicht flexibel, bei Elternsprechtage gäbe es einen Zeitrahmen von maximal 20 Minuten, was zu wenig sei, die Lehrer würden keine Hausbesuche machen, ließen sich nicht zu Hause anrufen. Der Vertreter des türkischen Elternbundes Hamburg berichtet von Fällen, *"wo Mütter bei der Schule um Termine bitten und zwei, drei Monate warten müssen ... Oder der Schulleiter sagt, so jetzt haben Sie eine halbe Stunde Zeit, sagen Sie mal, was Sie auf dem Herzen haben und dann guckt er immer auf die Uhr und sagt: So, jetzt haben Sie noch zehn Minuten."*²¹⁴ Wollte man bei den Halbjahresgesprächen mit mehreren Lehrern sprechen, müsse man sich teilweise zwei bis drei Stunden in der Schule aufhalten.

Häufig sind Diskriminierungen der Schüler der Anlass für Elternaktivitäten.²¹⁵ Doch spräche man die Lehrer auf Fälle von Diskriminierung an, fühlten sie sich gleich "auf den Schlipps getreten". Die Eltern würden viele Ungerechtigkeiten hinnehmen, weil sie der Meinung sind, ihr Kind müsste darunter leiden, wenn sie sich wehren würden. Bei Diskriminierungen würden sich nach Auffassung der türkischen Elternvereine die Schulleitungen immer hinter die betroffenen Lehrer stellen, für die Eltern sei es zu langwierig und zu kostspielig, den Rechtsweg zu beschreiten. Der türkische Elternbund Hamburg hat daher ein Beschwerdeformular entwickelt, das die Eltern in Fällen, in denen sie ihr Kind ungerecht behandelt sehen oder bei sonstigen Konflikten ausfüllen und an den Verband senden können. Der Verband schreibt dann die Schulbehörde an, die gibt den Fall weiter an die Schulaufsicht. In den Gesprächen zwischen Schulleitung, Lehrern, Eltern, Schulaufsicht und dem HBVT fände man in der Regel eine Lösung. Teilweise schicke man auch Fälle an die OECD oder gibt sie an die Open Society Foundation²¹⁶ oder an den Verbund für

²¹⁴ Interview mit Mehmet Karabulut, Vorstandsmitglied des türkischen Elternbundes am 29.12.2010.

²¹⁵ Bei einer Auswertung ihrer Antidiskriminierungsberatung kommen Basis und Woge zu dem Ergebnis, dass Diskriminierungen im Bildungsbereich rund 10 Prozent aller Diskriminierungsfälle ausmachen. Vgl.: Basis und Woge: Zwei Jahre Antidiskriminierungsberatung in Hamburg, Beispiele und Ergebnisse aus dem Projekt "Antidiskriminierungsberatung für MigrantInnen", Hamburg 2010, S. 11.

²¹⁶ In deren Studie "Muslime in Hamburg" werden entsprechende Äußerungen aus den Fokusgruppen zitiert: "Muslime beschrieben Situationen wie das in der Ecke stehen als Strafe für sprachliche Defizite

interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V. (verikom) weiter. Die Praxis der Verbände zielt stark auf das Aufgreifen von Fällen angeblich ungerechter Behandlung, ungerechtfertigter Bestrafung oder fehlerhafter Leistungsbeurteilung sowie herabwürdigender Äußerungen oder anderer Diskriminierungserfahrungen. Auch der Elternbund in Wilhelmsburg stellt seine Aufgabe, die Eltern dabei zu unterstützen, sich zu wehren, stark in den Vordergrund.

In der Studie "Muslime in Hamburg" wird auf eine "systematische Abstufung von Migranten durch das Bildungssystem" hingewiesen, die auch darin zum Ausdruck komme, dass "Lehrkräfte Kinder ohne Behinderungen in Sonderschulen" schicken würden.²¹⁷ Die Aussagen einer türkischen Mutter in St. Georg bestätigten das: Ihr Sohn habe von der Grundschule auf die Sonderschule wechseln sollen. Erst nachdem sie sich heftig dagegen gewehrt habe, sei eine Untersuchung vorgenommen worden und es habe sich herausgestellt, dass er hochbegabt ist.²¹⁸ Er habe dann eine Klasse erfolgreich übersprungen. Dass Symptome der Hochbegabung bei Migranten oftmals nicht richtig gedeutet werden und dann zur Förderschulempfehlung führen würden, wird inzwischen in der Hamburger Fachöffentlichkeit, z. B. im Netzwerk Hochbegabung, diskutiert. Die gängige Praxis sorgt für Konfliktstoff, weil diese Schulen, die keinen qualifizierenden Abschluss anbieten, eigentlich nur eine temporäre Lösung darstellen, ihre sinnvolle Integration in das Schulsystem aber von vielen Experten nicht als gewährleistet angesehen wird. Damit wird diese Schulform für die betroffenen Kinder mit Migrationshintergrund zur Sackgasse.

Aus den Gesprächen mit Vertretern der türkischen Elternverbände ist ein deutliches Gefühl von Diskriminierung und Ohnmacht erkennbar.²¹⁹ So wehrt man sich auch gegen die Konzentration von Migranten mit Bezugsland Türkei in einzelnen Klassen, wie sie an vielen Schulen betrieben werde. Diese Praxis, die nach Meinung der türkischen Elternvereine innerhalb der Schulen nicht offen thematisiert werden könne, findet allerdings bei Eltern ohne Migrationshintergrund und auch bei Eltern mit anderen Bezugsländern teilweise Zustimmung. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, dass sich die öffentliche Wahrnehmung

und unfaire Benotung. Einige berichteten, dass Lehrkräfte muslimische Schüler systematisch schlecht benoteten. Muslime beobachteten eine Herabsetzung des Islams durch Lehrkräfte, die ihn durch ironische Fragen lächerlich machten und über muslimische Gebräuche wie das Fasten im Ramadan lachten. Muslimische Schüler berichteten von Hasstiraden, Spott und Herabwürdigung." (Open Society Institute (OSI) (2010): *Muslime in Hamburg*, Budapest, New York, S. 95).

²¹⁷ OSI (2010): *Muslime in Hamburg*, Budapest, New York, S. 91.

²¹⁸ Gespräch am 07.01.2011, 17:30 Uhr.

²¹⁹ In der Antidiskriminierungsberatung von Basis und Woge waren Betroffene mit türkischem mit 26 Prozent hinter denen mit afrikanischem Hintergrund (30 Prozent) die zweitstärkste Gruppe. Vgl. Basis und Woge 2010, S. 13.

angeblicher Defizite auf Seiten von Migranten auf bestimmte Einwanderergruppen stärker fokussiert als auf andere.

b) Schulbezogene Beteiligung

Die elementarste Form der Beteiligung, die über die Wahrnehmung der Interessen des eigenen Nachwuchses hinausgeht, ist die informelle Beteiligung an Aktivitäten der Klasse oder der Schule in Form von Essenzubereitung, handwerklichen Leistungen oder der Betreuung von Schülern beispielsweise bei sportlichen Aktivitäten. Wenn eine Befragte etwas abwertend bemerkt, beim Klassenfest *"würden alle Mamis gerne zeigen, wie gut sie kochen können"*,²²⁰ so zeigt diese Äußerung doch auch, dass es sich dabei um eine Form der Mitwirkung handelt, in der sich Migrantinnen kompetent fühlen und sich der Anerkennung sicher sein können. Bei solchen Aktivitäten kann es sich auch um Vorbereitungen für ein Klassenfest, um Kurse für Stricken und Basteln, um Lotsendienst, Pausenaufsicht oder Spieleausgabe handeln oder, eher bei Männern, um Fußballtraining. Wenn es gelingt, sie für solche Aktivitäten zu gewinnen, wird den Migranten in der Regel ein hohes persönliches Engagement bescheinigt.

Daneben hat sich für die Einbeziehung von Eltern das Vorlesen von Geschichten in der eigenen Sprache bewährt. Das Vortragen von Büchern in der Landessprache durch Mütter oder Väter erzeugt Wertschätzung und Anerkennung für die Migranten. Auch Theaterarbeit eignet sich sehr zur Einbeziehung von Eltern mit Migrationshintergrund: Hierfür können Mütter Kostüme nähen und Väter beim Bühnenaufbau mitwirken. In der Schule an der Burgweide wird inzwischen auch intensiver versucht, migrantische Eltern dazu zu bewegen, im Unterricht zu hospitieren. Beginnen will man mit den Aktiven aus dem Elternrat, die dann darüber im Elterncafé berichten.

Die professionell in den Schulen der untersuchten Gebiete Tätigen berichten durchweg, dass die Mitwirkung der Eltern insgesamt und unabhängig vom Migrationshintergrund sehr zu wünschen übrig ließe. Die Wahl der Elternvertreter wird als mühsam beschrieben. *"Zum Teil müssen wir sagen, es kann keiner gehen, bevor sich nicht jemand aufstellen und wählen lässt"*, berichtet die Schulleiterin einer Harburger Schule. Die Beteiligung an der schriftlichen Befragung hatten einige Schulleitungen deshalb abgelehnt, weil sie der Meinung waren, Zahlenangaben ließen ein falsches Bild von der Beteiligung der Migranten entstehen. Ein Schulleiter kommentierte die Angaben im Fragebogen so: *"Diese Angabe kann leicht zu Fehlinterpretationen führen, da von den vier Mitgliedern mit Migrati-*

²²⁰ Interview vom 01.04.2011, 17 Uhr.

onshintergrund eine Person gar nicht kommt, eine Person selten, eine Person nahezu regelmäßig, eine Person regelmäßig." Andere berichten, es sei ihnen zwar teilweise gelungen, Migranten zur Kandidatur für Elternvertretungen zu bewegen, doch lasse die tatsächliche Mitwirkung dann sehr zu wünschen übrig. Dass ein solches Verhalten tatsächlich vorkommt, bestätigte ein Interview mit einer sehr engagierten Mutter. Obwohl sie selbst eine wichtige Initiative vorangetrieben hatte, über die bei der Sitzung des Elternrates abgestimmt werden sollte, verpasste sie die Teilnahme an der Sitzung. Ein genauer Grund dafür konnte im Interview nicht geklärt werden.

Teilweise haben muslimische Eltern besondere Anliegen, die bei anderen Migranten und den deutschen Eltern auf Unverständnis stoßen. Dazu gehören beispielsweise Fragen der Verpflegung bei Klassenfahrten, die Teilnahme von jungen Mädchen an gemischtgeschlechtlichen Aktivitäten oder der Bedarf an Räumen für religiöse Aktivitäten. Es ist aber offenbar so, dass diese Formen der Mitwirkung nicht automatisch in weitergehende Formen des Engagements münden. Zwischen der Bereitschaft zu einzelnen spontanen Aktivitäten und einem regelmäßigen verbindlichen Engagement besteht eine deutliche Kluft. Zudem stellen fehlende Kenntnisse des Schulsystems und mangelnde Sprachkompetenz starke Hemmnisse dar, Beteiligungsfunktionen in der Schule zu übernehmen. Die Dominanz verbaler Interaktion, die institutionelle Form, die geforderte Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit, das Schreiben von Protokollen, all dies sind Hürden, die von Eltern, die durch niedrigschwellige Angebote angesprochen werden konnten, nicht kurzfristig überwunden werden können. Dennoch zeigen einzelne Fälle, dass mehrjährige Zusammenarbeit, flankiert von Deutschkursen und weiteren Fortbildungsmaßnahmen, eine Brücke zu einem dauerhaften Engagement bilden kann. Allerdings ist dies für die in der Regel weiblichen Migranten zusätzlich mit einem Rollenwechsel im persönlich-privaten Bereich verbunden, der fast immer mit innerfamiliären Konflikten einhergeht.

Auch in der sehr aktiven Schule an der Burgweide wird festgestellt, bei der Wahl zum Elternrat gebe es zwar durchaus eine große Bereitschaft, sich wählen zu lassen, aber mit der regelmäßigen Teilnahme der Gewählten hätten sie immer noch zu kämpfen. So konnten auch im Elternrat, dem sechs Migranten (von insgesamt neun Mitgliedern) angehören, im vergangenen Jahr noch keine Protokolle geschrieben werden. *"Im letzten Jahr hatten wir noch Schwierigkeiten mit dem Einhalten der Termine. Aber in diesem Jahr klappt das schon viel, viel besser als letztes Jahr. Also in diesem Jahr führt ein Deutscher das Protokoll (sie lacht) und das funktioniert richtig."*²²¹ Am besten scheint die Zusammenarbeit zu funktionieren, wenn Migranten aus unterschiedlichen Ländern aktiv sind. Aus der Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung des Landesinstituts für Lehrerfortbildung wurde be-

²²¹ Interview mit Frau Seemann, Schulleiterin an der Schule an der Burgweide am 8. Februar 2011.

richtet, dass Angebote, bei denen eine Migrantengruppe dominiere, teilweise von anderen gemieden würden.

Meist handelt es sich bei jenen Eltern, die sich an institutionellen Formen der Elternarbeit beteiligen, allerdings eher um "bildungsnahe" Personen. Die Bereitschaft, sich in den Elternrat wählen zu lassen, wird in diesen Fällen entweder durch direkte Ansprache geweckt oder sie ergibt sich spontan aus einer sozial oder politisch motivierten Bereitschaft zum Engagement. Einige Schulleiter scheinen ein Gespür für mögliche Aspiranten zu haben und sind damit erfolgreich, Migranten direkt auf eine Kandidatur anzusprechen. Andere lassen sich von sich aus wählen, weil sie etwas für die Gemeinschaft tun oder die Interessen ihrer Gruppe durchsetzen wollen. Dennoch bilden selbst in Schulen, in denen Familien ohne Migrationshintergrund nur eine kleine Minderheit bilden, die deutschen Eltern die Mehrheit im Elternrat.

Für eine ganze Reihe von Migranten, die im Elternrat aktiv sind oder gewesen sind, scheint das Engagement in der Schule nur eine Option unter anderen zu sein. So bildet die politische Arbeit für manche eine Alternative, die für die Durchsetzung von Interessen vielversprechender erscheint. Umgekehrt kann schulpolitisches Engagement auch ein Betätigungsfeld für politisch "heimatlos" Gewordene sein. Allerdings sind dann politisch Motivierte teilweise frustriert über die Themenschwerpunkte, die in den Elternbeiräten verhandelt werden. So sagte eine Aktivistin der Interkulturellen Elterninitiative, sie sei auch im Elternrat tätig gewesen, aber sie habe nicht das Gefühl gehabt, dass die Aufgaben ihren Vorstellungen entsprachen: *"Ich hatte gedacht, hier arbeiten wir politisch und nicht, dass ich für den Laternenumzug oder Kuchen backen zuständig war."* Ein türkischer Elternvertreter meint, er habe bei seinen Kindern immer am Elternabend teilgenommen, es sei aber unzureichend, sich zwei Stunden über die Klassenfahrt zu unterhalten, aber z. B. so wichtige Sachen wie Sprachstandserhebung würden nicht besprochen. Die empirische Basis reicht nicht aus, um den Eindruck, den die Gespräche vermittelt haben, zu überprüfen, aber offenbar besteht bei den interessierten Eltern der Eindruck, dass es ihnen kaum gelingt, die für sie relevanten Themen in den Gremien ausreichend zur Sprache zu bringen.

Während die eher bildungsnahe Eltern stärker daran interessiert zu sein scheinen, dass im Elternbeirat schulpolitische Themen mit Bezug zur Lage der Migranten behandelt werden, sind die "bildungsfernen" stärker an Themen interessiert, die ihre alltägliche Praxis als Eltern betreffen. So ist es in Wilhelmsburg mit Themen wie Gewaltprävention oder gesundes Leben und Sport gelungen, den Elternbeirat zu beleben. Dass die Einigung über die zu behandelnden Themen nicht einfach ist, bestätigt auch die Aussage einer Mitarbeiterin aus dem Arbeitsbereich Elternfortbildung im Landesinstitut für Lehrerbildung. So habe es in einem ihrer Beratungsfälle mehrere mehrstündige Telefonate erfordert, um

den durchaus interessierten Eltern die Unterschiede zwischen den angebotenen Themen zu erläutern und unter ihnen eine Einigung herzustellen.

Für viele besser gebildete Eltern mit Migrationshintergrund stellt auch die Mitwirkung in ihren auf das eigene Bezugsland orientierten Gremien und Organisationen eine attraktivere Alternative zu einer Mitwirkung in den Strukturen des Aufnahmelandes dar. Nicht wenige Befragte sind aber auch auf mehreren Feldern aktiv, was sie dann mitunter schmerzlich an die eigenen zeitlichen und Belastungsgrenzen stoßen lässt. So musste eine Befragte ihre Funktion im Elternrat aufgeben, weil sie häufiger an Sitzungen des Integrationsbeirates teilnehmen musste und sich die Termine überschneiden, was im Elternrat für böses Blut sorgte. Für aktive Migranten ergibt sich nicht selten das Problem, dass sie sehr "nachgefragt" sind und sich dann schnell mit einer kaum zu bewältigenden Fülle von Anforderungen konfrontiert sehen.

Ein generelles Problem bei der Elternbeteiligung ist die Tatsache, dass das erforderliche Wissen wieder von Neuem aufgebaut werden muss. Die Mitglieder des Elternrates werden im Allgemeinen für drei Jahre gewählt und jedes Jahr scheidet ein Drittel der Mitglieder aus.

In den Gremien jenseits der einzelnen Schulen ist die Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund noch geringer. In den Kreiselternräten sind noch weniger Migranten vertreten, erstens weil sie in den meisten Schulen ohnehin in der Minderheit sind, zweitens aber auch, weil hier die formelle Seite der Beteiligung noch deutlicher zutage tritt. So sei zwar der Kreiselternrat in Wilhelmsburg *"in letzter Zeit etwas dynamischer geworden"*, wie eine Schulleiterin meint, insgesamt scheint es sich hier aber eher um bildungspolitische Gremien zu handeln. Bei den ersten regionalen Bildungskonferenzen, die im April in den Bezirken stattfanden, waren Migrantenorganisationen so gut wie gar nicht vertreten. Dem Landesschulbeirat schließlich gehören auch Vertreter des Integrationsbeirates an. Um Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich dabei augenscheinlich nicht.²²²

In die Elternkammer Hamburg werden Elternvertreter nach förmlicher Bewerbung aus den Kreiselternräten gewählt. In der Wahlperiode 2010-2012 lag der Anteil der Mitglieder mit Migrationshintergrund bei 25 Prozent (zehn von insgesamt 39). Ihre Bezugsländer sind breit gefächert: USA, Polen, Frankreich, Spanien, Afghanistan, Türkei, Italien, Iran. Die Arbeit im Vorstand wird von deutschen Eltern dominiert, so gibt es derzeit keine Vorstandsmitglieder mit Migrationshintergrund, zwei Mitglieder der Kammer sind allerdings in früheren Wahlperioden im Vorstand gewesen. Der Anteil der Elternvertreter mit Migrati-

²²² Homepage der Behörde für Schule und Berufsbildung: Mitglieder und Institutionen im Landesschulbeirat.

onshintergrund ist in der Kammer in den letzten Jahren konstant. Bei ihnen wird eine höhere Fluktuation festgestellt, vor allem aus dem arabisch-türkischen Kulturkreis.

Ihre Facharbeit leistet die Elternkammer in Ausschüssen, in denen zwischen fünf und 14 Kammermitglieder, darunter auch solche mit Migrationshintergrund, mitwirken. Ein Migrant ist Vorsitzender eines Ausschusses. Der Öffentlichkeitsausschuss organisiert jährlich zusammen mit dem Institut für Lehrerfortbildung den Elterntag, eine Informationsveranstaltung für Eltern. An diesem Tag finden verschiedene Vorträge, Diskussions- und Arbeitsgruppen statt. Die Beteiligung von Migranten und interkulturelle Bildung sowie Beteiligung in Schulgremien waren dabei bereits Thema. Nach Auskunft aus der Kammer hätten sich aber wenige Eltern mit Migrationshintergrund an diesem Tag beteiligt, obwohl auch Referenten mit Migrationshintergrund zu dem Thema sprachen.

Die Kontakte der Elternkammer zu Migrantenorganisationen sind noch nicht sehr stark ausgeprägt. Im Rahmen der Schulreform-Debatte sind erste Kontakte zur Interkulturellen Elterninitiative von "Unternehmer ohne Grenzen" entstanden (*"wir waren bei deren Veranstaltungen und haben die zu unseren eingeladen"*). Das Bild der Elternkammer ist bei einigen befragten Migranten durch recht verkrustete Strukturen bestimmt. Für einen polnischen Migrant war gerade dies der Anlass, sich in die Kammer wählen zu lassen. Er war mit den bildungspolitischen Vorstellungen der Kammer nicht einverstanden und sah seine Community dadurch nicht repräsentiert. Tatsächlich scheint es bei einigen migrantischen Vertretern innerhalb der Kammer divergierende Vorstellungen über Erziehungsstile und Bildungspolitik zu geben, was die Zusammenarbeit bisweilen erschwert. Zudem treffen auch hier unterschiedliche Arbeitsweisen aufeinander, die wechselseitig für Irritationen sorgen.

6.5 Interkulturelle Elterninitiative und Volksentscheid zur Schulreform

Ein aufschlussreiches Beispiel für den Versuch einer Einflussnahme auf bildungspolitische Entscheidungen, der jenseits der Gremienarbeit unternommen wurde, stellt die Bildung der Interkulturellen Elterninitiative im Vorfeld des Volksentscheides zur Schulreform im Herbst 2010 dar. Die Initiative war vom Verein "Unternehmer ohne Grenzen" als Zusammenschluss von Elternvereinen ins Leben gerufen und von den Gewerkschaften unterstützt worden. In der Initiative waren die türkischen Vereine, Spanier, Griechen, Italiener und einige aus Afrika und Russland aktiv, berichtet eine Aktivistin.²²³ Insgesamt hätten sie sich einmal im Monat in großer Runde getroffen, pro Initiative waren ein bis drei Per-

²²³ Interview mit Frau Marina Mannarini, Interkulturelle Elterninitiative, am 15.12.2010.

sonen vertreten, fünf bis zehn Personen hätten zu den ganz Aktiven gezählt. Es gab keine formellen Strukturen, es wurden keine Sprecher gewählt, wer aktiv war, konnte mitmachen. Die Initiative versuchte vor allem, auf die Politik Einfluss zu nehmen, denn man sah, dass fast alle Parteien in der Frage gespalten waren. Mit der SPD, den Grünen und den Linken kam es zu Treffen. Weil sehr viele betroffene Eltern mit Migrationshintergrund nicht abstimmungsberechtigt waren, organisierte die Initiative eine symbolische öffentliche Volksabstimmung, an der sich aber nur 400 Menschen beteiligten.

Bei den Migranten selbst fand die Initiative durchaus keine ungeteilte Zustimmung. Vor allem unter den Eltern mit polnischem und russischem Hintergrund wurde die Initiative als ein Zusammenschluss linker Aktivisten²²⁴ angesehen, die keineswegs die Interessen aller Migranten vertrete. Im Fall eines polenstämmigen Elternvertreter führte dies, wie bereits erwähnt, dazu, dass dieser sich in die Elternkammer wählen ließ, weil er sie als einseitig agierenden Verbündeten dieser Kräfte ansah. Letztlich gelang es nicht in ausreichendem Maße, die Migranten zur Beteiligung an der Abstimmung zu motivieren. Diesbezüglich äußert ein Mitglied der Interkulturellen Elterninitiative selbstkritisch, dass sie sich mit ihren Aktivitäten zu wenig an die breite Masse gerichtet hätten. Nach dem Scheitern des Volksentscheides deutet wenig darauf hin, dass sich aus der Ein-Punkt-Bewegung ein längerfristiger Zusammenschluss der Elternvereine von Migranten entwickeln würde. Der Migrantenstatus allein bildet keine Grundlage für einheitliche bildungspolitische Vorstellungen.

6.6 Fazit

Das deutsche Schulsystem setzt eine Mitwirkung der Eltern bei der schulischen Ausbildung ihrer Kinder voraus. Unter anderem, weil es sozial benachteiligten Familien in geringerem Umfang gelingt, diesem Anspruch nachzukommen, weist das deutsche Schulsystem im internationalen Vergleich einen starken Zusammenhang zwischen schulischen Leistungen und Soziallage der Eltern auf. Dies trifft nicht nur für Migranten zu, doch fällt es vielen von ihnen aufgrund sprachlicher Defizite, mangelnder Kenntnis des Schulsystems und zusätzlicher Hemmschwellen besonders schwer, sich am schulischen Leben zu beteiligen.

Anlässe für die kindbezogene Mitwirkung bilden sehr häufig Konflikte mit den Lehrern, es kommt zu gegenseitigen Schuldzuweisungen und oft fühlen sich Migranten dabei diskriminiert. Ein Schwerpunkt der Arbeit von Elternvereinen, insbesondere der türkischen

²²⁴ Interview mit Herrn Reimanowski, Mitglied der Elternkammer, am 19.12.2010.

Community, liegt in der anwaltschaftlichen Vertretung der Interessen der Eltern mit dem Ziel einer Vermittlung in solchen Konflikten. Bei anderen Elternvereinen steht die Erreichung der Lernziele stärker im Vordergrund. Um sozial benachteiligte Migranten für eine kindbezogene Mitwirkung zu gewinnen, haben sich niedrigschwellige Angebote in Form von Eltern-Cafés oder offenen Sprechstunden am Nachmittag bewährt.

Für eine stärkere schulbezogene Mitwirkung bieten sich Aktivitäten jenseits der Gremienarbeit (Feste, Klassenfahrten, Sport- und Kulturveranstaltungen) an. Eine kontinuierliche Mitarbeit in den schulischen Gremien beschränkt sich darüber hinaus jedoch im Wesentlichen auf Migranten, die selbst eine höhere Qualifikation haben. Aber auch bei dem Bemühen um eine Verstärkung dieses Engagements sollten unterschiedliche Sichtweisen, anders gelagerte Themenschwerpunkte und das Bedürfnis nach weniger formellen Strukturen auf Seiten der Migranten beachtet werden. Die Bemühungen des Landesinstituts für Lehrerfortbildung, Schulleitungen und Lehrerschaft in Hinblick auf interkulturelle Kompetenz fortzubilden, zeigen positive Ergebnisse. Letztlich hängt der Erfolg davon ab, welche Anstrengungen in einer Schule hierfür unternommen werden und auf welche personellen Ressourcen sie dabei zurückgreifen kann.

7. Beteiligung von Migranten am parteipolitischen Willensbildungsprozess

In diesem Kapitel soll die politische Partizipation im engeren Sinne als parteipolitisches Engagement betrachtet werden. Dieses unterliegt spezifischen Rahmenbedingungen, die kurz skizziert werden sollen: Während die Mitgliedschaft in einer politischen Vereinigung jedem Migranten offen steht, ist das Wahlrecht auf Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit (bei allen Wahlen) und auf EU-Bürger beschränkt, die an Kommunal- und Europawahlen teilnehmen dürfen. Die Auseinandersetzung um das kommunale Ausländerwahlrecht, die nun schon seit etwa drei Jahrzehnten geführt wird, ist zwar durch verfassungsrechtliche Bedenken in den Hintergrund gedrängt worden, doch auch das EU-Bürgern gewährte Wahlrecht auf kommunaler Ebene beseitigt nicht den Widerspruch, dass nach wie vor einem Großteil der Migranten, die ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in einem anderen als ihrem Ursprungsland haben, eine rechtlich verbrieftete Möglichkeit der Einflussnahme auf die lokalen Entwicklungen vorenthalten bleibt. Gerade hinsichtlich der großen Zahl von Migranten aus der Türkei wird in Deutschland diese Form der Ungleichbehandlung von Befürwortern des Kommunalwahlrechts als willkürlich angesehen, während die andere Seite argumentiert, dass die Möglichkeit der Einbürgerung fast allen Betroffenen offen stehe und deren vermehrte Inanspruchnahme auch politisch wünschenswert sei.

Diese Einschränkungen sind zu beachten, wenn im Folgenden untersucht wird, in welchem Umfang und mit welchem Erfolg Migranten in Hamburg ihr aktives und passives Wahlrecht ausüben. In Hamburg waren rund 172.000 Migranten für die Bürgerschaft wahlberechtigt,²²⁵ rund 14 Prozent der Wahlberechtigten insgesamt. Hinzu kommen rund 65.000 Unionsbürger, die sich an den Wahlen zu den Bezirksversammlungen beteiligen können.

7.1 Stand der Forschung

Obwohl in Deutschland inzwischen knapp sechs Millionen Migranten das aktive und passive Wahlrecht und mehr als zwei Millionen Unionsbürger kommunales Wahlrecht besitzen²²⁶, ist das Wahlverhalten von Migranten noch weitgehend unerforscht. Die Untersuchungen zur Parteiorientierung zeigen zwar, dass bestimmte Präferenzen einzelner Gruppen von Migranten für bestimmte Parteien bestehen, hingegen ist wenig bekannt darüber, wie diese sich in der Ausübung des passiven Wahlrechts, der Teilnahme an Wahlen und in der Parteimitgliedschaft niederschlagen. Auch die großen deutschen Wahlforschungsinstitute unternehmen keine nennenswerten Anstrengungen, diese Frage näher zu beleuchten. So wurde auch bei der Wahltagsbefragung zu den Wahlen in Hamburg 2011 auf die Erhebung entsprechender Merkmale verzichtet.²²⁷

Bedenkt man, dass im System der politischen Willensbildung die Parteien in Deutschland allen aktuellen Diskussionen um die wachsende Relevanz direkter Formen der Demokratie zum Trotz noch immer die zentrale Instanz darstellen, gibt es wenige Untersuchungen zur parteipolitischen Artikulation der Migranten in Deutschland. Eine Studie von Wüst verdeutlicht, dass die Zahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund auf allen politischen Ebenen in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist. Höhere Zuwächse seien bei SPD, Grünen und der Linkspartei festzustellen, während die Zahl migrantischer Mandatsträger bei den konservativeren Parteien geringer ist. Studien aus Nordrhein-Westfalen und Hessen kommen zu dem Ergebnis, das Interesse an Kommunalpolitik sei besonders bei Migranten aus Nicht-EU-Ländern hoch, umgekehrt sei die Wahlbeteiligung der EU-Bürger relativ gering. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer wird ein wachsendes Interesse an

²²⁵ Eigene Berechnung auf der Grundlage der Zahlen mit Stand 31.12.2009, Personen mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit.

²²⁶ Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund umfasst 2,6 Millionen Spätaussiedler, 2,1 Millionen eingebürgerte ausländische Zuwanderer, knapp 290.000 Eingebürgerte, die in Deutschland geboren sind, und 566.000 Deutsche, bei denen mindestens ein Elternteil Spätaussiedler, Eingebürgerter oder Ausländer ist. Der Bundeswahlleiter 2009.

²²⁷ Auskunft von infratest-dimap am 15.02.2011 auf entsprechende Nachfrage.

Themen der deutschen Politik festgestellt, während sich Angehörige der ersten Zuwanderergeneration noch stärker politisch auf das Herkunftsland beziehen. Besonders bei Jugendlichen wird deutlich, dass politische Orientierungen und Parteipräferenzen sich bei Migranten und Nicht-Migranten zunehmend angleichen und soziale Merkmale deutlich an Gewicht gewinnen.

Eine Wahltagsbefragung in Stuttgart aus dem Jahr 2009 hat ergeben, dass sich "die Unionsbürger/innen noch weniger an der Wahl beteiligen als die eingebürgerten Migranten. Letztere gingen wiederum deutlich seltener zur Urne als die Deutschen ohne Migrationshintergrund."²²⁸ Bei den Eingebürgerten stellte man eine stärkere Orientierung auf die beiden großen Parteien fest, während die Unionsbürger eine höhere Präferenz für die SPD zeigten. Die Differenzierung der Parteienpräferenz nach Bezugsländern und Religionszugehörigkeit bestätigte die Erkenntnisse von Wüst, dass Migranten mit Bezugsländern Türkei und auch Angehörige einer nicht-christlichen Religionsgemeinschaft stärker der SPD, Eingebürgerte aus der UdSSR und deren Nachfolgestaaten, aus Rumänien und Polen sowie Angehörige christlicher Religionsgemeinschaften stärker der CDU zuneigen. Hunger weist noch in seiner Expertise darauf hin, dass die Grünen unter jungen und hoch gebildeten Eingebürgerten großen Zuspruch fänden, obgleich "Luxusthemen" post-industrieller Gesellschaften wie Umweltschutz bei der Mehrheit der Eingebürgerten auf wenig Interesse stießen.²²⁹ Türkischstämmige Eingebürgerte und Rumäniendeutsche sind seinen Befunden gemäß im Vergleich zu den Russlanddeutschen politisch interessierter und aktiver. Die Befragung in Stuttgart ließ eine relativ dauerhafte Parteienpräferenz erkennen. Solche stabilen Bindungen von Migranten an bundesdeutsche Parteien hat auch eine Auswertung des Sozio-ökonomischen Panels durch das DIW über die Jahre 2000 bis 2008 bestätigt.²³⁰

Die Untersuchung der politischen Beteiligung von Migranten lässt sich im Rahmen dieser Studie am Beispiel Hamburgs auf mehreren Ebenen vertiefen. Zunächst wurde eine schriftliche internetgestützte Befragung von Hamburger Parteigliederungen vorgenommen. Es wurden Angaben zum Anteil der migrantischen Mitglieder und Funktionsträger erhoben sowie Einschätzungen zu der politischen Beteiligung von Migranten in Deutschland erfragt. Leider war der Rücklauf aufgrund prinzipieller Vorbehalte und aufgrund der

²²⁸ Haussmann, Michael: Das Wahlverhalten von Migranten bei der Gemeinderatswahl 2009 in Stuttgart. Informationssystem des Statistischen Amtes Stuttgart, Online Information abgerufen am 09.03.2011, S. 1. Das wird durch eine Erhebung des Statistikamtes Nord für Hamburg bestätigt. Danach haben sich 2011 nur 16 Prozent der Unionsbürger an den Wahlen zu den Bezirksversammlungen beteiligt.

²²⁹ Hunger, U. (2009): Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Münster, S. 19.

²³⁰ Kroh, Martin/Tucci, Ingrid/DIW: Parteibindung von Migranten, Wochenbericht 47/2009.

hohen zeitlichen Inanspruchnahme der Angeschriebenen durch die vorgezogenen Wahlen nicht so hoch wie erhofft.²³¹

Andererseits ermöglichten die Neuwahlen der Bürgerschaft und der Bezirkparlamente im Februar 2011 die Erhebung der Anteile von Migranten an den Mandatsträgern auf beiden Ebenen während zweier Legislaturperioden und einen Vergleich im Zeitverlauf. Zudem bot das neue Wahlverfahren in Hamburg erstmals die Möglichkeit, die Akzeptanz migrantischer Kandidaten bei den Wählern direkt zu messen.

7.2 Engagement von Migranten in politischen Parteien

Über den Umfang der Mitgliedschaft von Migranten in politischen Parteien lassen sich annäherungsweise Aussagen auf Grundlage der schriftlichen Befragung Hamburger Parteien treffen. Es liegen Angaben unterschiedlicher Parteigliederungen der SPD, der FDP, der GAL und der Linkspartei vor.²³² Aus der CDU hat nur eine Bezirksfraktion die Fragen beantwortet, auf persönliche Nachfrage beim Landesvorstand wollte man keine ergänzenden Aussagen machen.²³³ Die Angabe der Landesorganisation der Linkspartei, 30 Prozent ihrer Mitglieder hätten einen Migrationshintergrund, büßt dadurch an Plausibilität ein, dass sie extrem von den Angaben aller anderen Parteigliederungen, auch der eigenen, abweicht und zudem die Relevanz, die man den eigenen empirischen Aussagen zumisst, durch stark programmatisch gefärbte Anmerkungen im Fragebogen relativiert wird.²³⁴ Wenn man diese Angabe für sich stehen lässt, ergibt sich für die übrigen Parteigliederungen ein durchschnittlicher Anteil von Mitgliedern mit Migrationshintergrund von rund acht Prozent.

Die Bezugsländer, denen die migrantischen Mitglieder am häufigsten zugeordnet werden, sind (in dieser Reihenfolge) die Türkei, Polen, der Iran, Afghanistan, die Länder der ehemaligen Sowjetunion sowie Portugal. Die Fraktionen sind zu dem Thema ebenfalls befragt worden. Hier ist die Dominanz der Türkei als Bezugsland der Abgeordneten weitaus deut-

²³¹ Bei den Fraktionen belief er sich auf 35%, bei den Parteigliederungen auf knapp 10%.

²³² Es konnten die ausgefüllten Fragebögen von elf Parteigliederungen und 13 Fraktionen in die Auswertung einbezogen werden.

²³³ Telefonat am 31. März 2011 mit dem Büro des Landesvorsitzenden und des Landesgeschäftsführers der CDU Hamburg.

²³⁴ So wird zur Frage nach den Bezugsländern angemerkt, die Linke *"sei genauso vielfältig wie die Hamburger Bevölkerung selbst!"* und dies sei *"bei den Linken nichts Besonderes"*. Es wird bei der Beantwortung der Fragen wiederholt darauf hingewiesen, es handele sich bei den Angaben um subjektive Schätzungen und das Merkmal Migrationshintergrund werde parteiintern nicht beachtet.

licher ausgeprägt. Das kann als erster Hinweis darauf gewertet werden, dass einerseits die Mitgliederbasis der Parteien weitgehend die Struktur der Migranten in Hamburg insgesamt widerspiegelt, während andererseits unter den Mandatsträgern die Migranten mit Bezugsland Türkei überproportional vertreten sind.

In fast allen befragten Parteigliederungen wird registriert, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in den letzten fünf Jahren zugenommen habe. In den Parteigliederungen hat es im vergangenen Jahr Neueintritte von Migranten in einer Größenordnung von einem Viertel ihrer Gesamtzahl gegeben. Trotzdem hält man ihren Anteil überwiegend noch für unbefriedigend. Dabei wird häufiger die Sichtweise bestätigt, die Partei sei für alle Bürger gleichermaßen offen, als der Aussage zugestimmt, man halte besondere Anstrengungen für die Gewinnung von Migranten für sinnvoll. In den Fällen, in denen solche unternommen werden, handelt es sich um gezielte, möglichst persönliche Ansprache von Migranten, um Thematisierung von Rassismus und kultureller Vielfalt oder um Hilfsangebote an Migrantenorganisationen. Spezielle Arbeitsgruppen oder Gliederungen werden von rund drei Viertel der Befragten nicht genannt. In einer Bezirksorganisation der SPD gibt es einen Arbeitskreis zum Thema Integration und parallel einen Inländerstammisch, bei lokalen Gliederungen der GAL, der Linken und der SPD wird auf die entsprechenden Arbeitsgruppen auf Landesebene verwiesen.

Überwiegend ist man der Meinung, dass die eigene Parteiorganisation die Interessen und Belange der Migranten ausreichend berücksichtigt, doch in einem Drittel der lokalen Gliederungen wird dies auch bezweifelt. Bei der Beantwortung der Frage, ob Personen mit Migrationshintergrund ausreichend in den gewählten Funktionen der Parteien auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene vertreten seien, überwiegen pauschale Urteile, sodass die Frage für die lokale, die bezirkliche und die Landesebene zu annähernd gleichen Teilen positiv und negativ beantwortet wird. Die Frage nach einer ausreichenden Repräsentanz der Migranten unter den Abgeordneten wird überwiegend verneint, vor allem hinsichtlich der Bürgerschaft werden Defizite gesehen, was allerdings den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht.

Tabelle 7.1

Gründe für mangelnde politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund	
Fehlendes Wahlrecht der Migranten	17
Fehlende Erfahrung mit deutschen Beteiligungsstrukturen	15
Nicht ausreichende Repräsentanz der Migranten in den politischen Vertretungsorganen	11
Sprachliche Defizite der Migranten	10
Gefühl der Ausgrenzung auf Seiten der Migranten	10
Nicht ausreichende Repräsentanz der Migranten in den Parteigremien	10
Kulturelle Distanzen, andere politische Sozialisation der Migranten	9
Geringeres Interesse an Kommunalpolitik auf Seiten der Migranten	8
Heimatlandbezogenes Engagement der Migranten	8
Vorbehalte auf Seiten der Einheimischen	8
Andere Themenschwerpunkte, andere Probleme der Migranten	8
Relativ niedriges Bildungsniveau der Migranten	6
Quelle: Befragung von Parteigliederungen und Fraktionen	

Die geringe Erfahrung mit deutschen Beteiligungsstrukturen und, was damit in einem inneren Zusammenhang steht, das fehlende Wahlrecht werden am häufigsten als Gründe für eine mangelnde politische Partizipation von Migranten gesehen. Hinzu kommt neben sprachlichen Defiziten das Gefühl der Ausgrenzung als subjektive Komponente auf Seiten der Migranten. Den Konsequenzen dieser Defizite, eine mangelnde Repräsentanz in Parteigremien und Vertretungsorganen, wird als quasi selbstreferenzielle Faktoren eine wichtige Rolle zugebilligt.

Tabelle 7.2

Was könnte in den Parteien getan werden, um Partizipation zu erhöhen?	
Kommunales Wahlrecht für alle Migranten	19
Mehr Werbung unter Migranten	18
Eine ausgeprägtere Willkommenskultur in den Parteiorganisationen	15
Doppelte Staatsbürgerschaft erleichtern	15
Mehr Kooperation mit Migrantenvereinen	11
Stärkere Berücksichtigung der Probleme von Migranten	8
Ansprache der Migranten in ihrer eigenen Sprache	7
Integrationsbeauftragte auf den verschiedenen Ebenen der Partei	5
Quotierung der politischen Funktionen und Mandate	4
Thematisierung der Probleme der Herkunftsländer von Migranten	4
Mehr Rechte für Integrationsbeiräte	4
Eigene Parteigliederungen für Migranten	2
Quelle: Befragung von Parteigliederungen und Fraktionen	

Das kommunale Wahlrecht für alle Migranten wird am häufigsten als ein Hebel genannt, mit dem die politische Partizipation der Migranten erhöht werden könnte. Ebenso wie die Erleichterung der doppelten Staatsbürgerschaft stellt sich dies eigentlich mehr als über-

greifende politische Aufgabe als dass es eine Handlungsoption für die Parteigliederungen selbst wäre. Als solche wird die direkte Werbung unter Migranten und damit zusammenhängend eine ausgeprägtere Willkommenskultur am häufigsten genannt. Mehr Kooperation mit den Migrantenvereinen wird noch relativ häufig als eine sinnvolle Strategie genannt, um Migranten für die Partei zu gewinnen, seltener ist man bereit, auf die besonderen Probleme der Migranten einzugehen oder sich in ihrer Sprache an sie zu wenden. Die Thematisierung der Probleme in den Herkunftsländern, die Schaffung eigener Parteigliederungen, die Quotierung der politischen Funktionen und Mandate, also sehr deutliche Veränderungen des innerparteilichen Lebens, erfahren deutlich geringere Zustimmung. Auch in der Gewährung von mehr Rechten für den Ausländerbeirat sehen nur wenige ein probates Mittel zur stärkeren Integration der Migranten in die Parteien.

Teilweise spiegeln sich in den Antworten die Erfahrungen der bundesdeutschen Parteien wider, die sie in der Zusammenarbeit mit migrantischen Parteimitgliedern gemacht haben. Man ist ganz offensichtlich bemüht, die heimatlandbezogenen Probleme nicht zu stark zum Thema der Parteiarbeit werden zu lassen. Dies hat in einigen Parteigliederungen zu Fraktionierungen und innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt (beispielsweise Türken, Kurden und Libanesen). Der Schaffung eigenständiger Gremien steht man aus demselben Grund skeptisch gegenüber. So kam es beispielsweise in der SPD in Berlin zur Gründung eines Arbeitskreises Arabischer Sozialdemokraten. Die Hamburger SPD hat ihren Arbeitskreis Migration in ein Gremium umgewandelt, das dem inhaltlichen Austausch der Funktionsträger dienen und vor allem in die Partei wirken soll. Daneben soll die Vorbildfunktion der migrantischen Mandatsträger nach außen deutlicher sichtbar gemacht werden.

7.3 Motive für parteipolitisches Engagement von Migranten

Aus den Gesprächen mit parteipolitisch engagierten Migranten, aus der Durchsicht biographischer Angaben der Parteien zu ihren Funktionsträgern sowie aus Veröffentlichungen in verschiedenen Medien zum Thema lassen sich idealtypisch bestimmte Motivationsmuster für parteipolitisches Engagement von Migranten skizzieren, die mit ihrer besonderen Lebenslage zusammenhängen.

a) Herkunftslandbezogene Aktivitäten als Brücke

Bei einer Reihe von parteipolitisch engagierten Migranten waren es die besonderen herkunftslandbezogenen Anliegen einer bestimmten migrantischen Gruppe, die zum parteipolitischen Engagement in Deutschland geführt haben. Meist handelt es sich um Angehö-

rige von nationalen oder ethnischen Minderheiten, die sich, häufig als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, hier weiterhin für die Belange ihrer Landsleute einsetzen. Ins parteipolitische Engagement führen zwei Wege: Die einen schließen sich zur Durchführung der heimatbezogenen Aktivitäten mit Landsleuten zusammen. Aus der Praxis dieser Vereinigung und teilweise durch Kontakte mit parteipolitisch Engagierten ergibt sich die Einsicht, dass sich die eigenen Anliegen leichter durchsetzen lassen, wenn man sich einer deutschen Partei anschließt. Ein in Mazedonien geborener Flüchtling beispielsweise wurde aufgrund seiner persönlichen Flüchtlingsbiographie über den Kosovo-Konflikt politisch aktiv, engagierte sich erst in der Albanischen Gemeinschaft und fand dann aufgrund einer aktiven Unterstützung durch ein CDU-Mitglied den Weg in die Partei. Anderen wird individuell die Unterstützung von parteipolitisch aktiven Bundesbürgern zuteil. Diese führt dann unter Umständen in das eigene parteipolitische Engagement. So erfuhren beispielsweise Angehörige der aramäisch-syrischen Minderheit in der Türkei von einem CDU-Politiker in Hamburg tatkräftige Hilfe und fanden auf diese Weise den Weg in die CDU, in der sie inzwischen teilweise wichtige Funktionen inne haben.

b) Aktivitäten bezogen auf die eigene Gruppe in Deutschland

Neben den heimatbezogenen Problemen können auch bestimmte Aspekte der Lebenslage von Migranten in Deutschland der Anknüpfungspunkt von politischen Aktivitäten sein. Dabei kann es sich um Fragen der Arbeit oder des Berufslebens, aber auch der Wohnung oder anderer Lebenslagen handeln. Der gruppenbezogen motivierte Migrant hat den Anspruch, für die "anderen" ein Interessenvertreter und eine Führungspersönlichkeit zu sein (*"Sie kommen mit ihren Anliegen zu mir, ich bin für sie da"*). Die Gruppe, auf die sich sein Augenmerk richtet, kann territorial, sozial oder durch das Bezugsland definiert sein (*"wir Türken in Wilhelmsburg"*). Man möchte für die anderen ein Vorbild, eine Vertrauensperson und ein Sprecher sein. Quasi archetypische Vertreter des Arbeitermilieus treten der SPD bei, weil die Familie traditionell sozialdemokratisch orientiert ist. Allerdings ist dieses Muster, das noch für die erste und zweite Generation der Arbeitsmigranten eine größere Rolle gespielt hat, inzwischen nur noch in nennenswertem Umfang bei der Linken anzutreffen.

Häufiger führt ein Engagement für die Probleme in bestimmten Lebenslagen zu einem späteren parteipolitischen Engagement, z. B. haben sich einige Migrantengruppen, insbesondere Türken, Griechen und Spanier, für Verbesserungen bei der Bildung und Ausbildung ihrer Kinder engagiert. Diese Aktivitäten münden nicht selten in parteipolitisches Engagement. Der Vorstandsvorsitzende des türkischen Elternbundes Hamburg beispielsweise war zwölf Jahre in der SPD aktiv und ist nun in die GAL gewechselt, wo er für die Bürgerschaft kandidierte, allerdings ohne Erfolg.

Sich für die besonderen Belange von Frauen mit Migrationshintergrund aus dem eigenen kulturellen Umfeld einzusetzen, ist für einige aktive Migrantinnen ein zentrales Betätigungsfeld. Bei den insgesamt neun Frauen mit Migrationshintergrund, die 2011 in die Hamburger Bürgerschaft oder in die Bezirksversammlungen gewählt worden sind, spielt es jedoch nur in zwei Fällen eine zentrale Rolle.

c) Migrantenbezogene Zielsetzungen

Es ist längst nicht mehr der "Normalfall", dass es migrantenspezifische Problemlagen oder Anliegen sind, die direkt oder indirekt in parteipolitisches Engagement münden, aber es ist nach wie vor recht häufig der Fall. In der SPD Hamburg schätzt man, dass die Mehrheit der Mandatsträger sich fachlich in Ausschüssen, Arbeitskreisen oder anderen Gremien im Bereich der Migrationspolitik engagiert. Das war bei den Mandatsträgern der "ersten Stunde" noch eher die Regel als heute. Hakki Keskin beispielsweise war Ende der 1990er Jahre als erster Türke für die SPD in der Hamburger Bürgerschaft noch ein absolutes Novum. Er engagierte sich hinsichtlich der Probleme von Migranten und agierte als deren "Sprecher" innerhalb der Partei. Vor allem zur Frage der doppelten Staatsbürgerschaft hatte er eine andere Haltung als seine Partei und fühlte sich gerade auf dem Feld der Integrationspolitik nicht als Fachmann anerkannt. Wegen grundsätzlicher Differenzen zur integrationspolitischen Ausrichtung ist er im Jahr 2005 aus der Partei ausgetreten.

Zunehmend sind parteipolitisch engagierte Migranten inzwischen bemüht, eben nicht als Sprecher für "die" Migranten wahrgenommen zu werden, und sie übernehmen auch keineswegs regelmäßig entsprechende Aufgaben. Die Aufgabenbereiche der Mandatsträger sind neben Gleichstellung und Integration breit gestreut, so betrifft die Ausschussarbeit von Migranten die Bereiche Wirtschaft, Arbeit, soziale Stadtentwicklung, Soziales, Gesundheit, Schule, Jugend sowie Haushalt. Das hängt auch mit einer zunehmenden Professionalisierung der parteipolitisch engagierten Migranten zusammen, wodurch ihr Wirken in den Parteien häufiger mit ihrer fachlichen Kompetenz zusammenhängt.

Ein Sonderfall ist die Bildung von Migrantenorganisationen, die versuchen, die Interessen von Migranten unterschiedlicher Herkunft durchzusetzen. Beispielsweise wurde von Kazim Abaci die Organisation Unternehmer ohne Grenzen mit dem Ziel gegründet, die berufsbezogenen Interessen der Migranten gegenüber Senat und Kammern besser vertreten zu können. Jahre später und nach vielen Kontakten zu Vertretern unterschiedlicher Parteien führte dies 2011 zur (erfolgreichen) Kandidatur Abacis für die Bürgerschaft auf der Liste der SPD. Er werde seine "Erfahrungen und Expertise als Geschäftsführer von Unternehmer ohne Grenzen e.V. nach bestem Wissen und Gewissen dafür einsetzen, dass die Existenzgründerinnen und -gründer kleiner und mittlerer Unternehmen bessere

Rahmenbedingungen in der Stadt vorfinden", schreibt er und überschreitet damit auch bereits den Handlungsrahmen migrantischer Interessenvertretung.

d) Lokalpolitisches Engagement

Lokalpolitisches Engagement jenseits der Anliegen der eigenen (Migranten-)Gruppe kann ebenfalls zu einem parteipolitischen Engagement führen. Das ist immer dann der Fall, wenn sich Migranten als Bewohner eines Viertels, teilweise aber auch bei kommunalpolitischen Fragen, die nichts mit ihrer eigenen unmittelbaren Lebenssituation zu tun haben, in themenbezogene Auseinandersetzungen einmischen, ohne damit die Interessen einer Gruppe von Migranten oder ihre Interessen als Migrant zu vertreten. Dafür gibt es eine Reihe von Beispielen auch in Hamburg. Politikfelder, auf denen sich Migranten in dieser Weise engagiert haben, sind dabei unter anderem die Stadtentwicklung, der Umweltschutz, die Verkehrspolitik. Stadtentwicklung wird jedoch von anderen bisweilen als "Luxusthema" angesehen, die Kernprobleme der Migranten seien Bildung und Arbeit.

Auf der Ebene dieses stark fachlich geprägten Agierens kommt es sehr schnell zu Berührungen mit parteipolitisch Engagierten, und die Übereinstimmung in der persönlichen Zielsetzung und der jeweiligen Partei kann ein Anknüpfungspunkt für ein dauerhaftes parteipolitisches Engagement darstellen. Hier gleicht sich der Zugang, den Migranten zur Parteipolitik haben können, dem von Menschen ohne Migrationshintergrund stark an.

Im Zuge der schriftlichen Befragung der Parteien wurde gefragt, ob es Zusammenhänge zwischen dem parteipolitischen Engagement und anderen Formen der Beteiligung vor Ort gäbe. Solche positiven Zusammenhänge wurden von der Mehrheit der Befragten gesehen: Ehrenamtliche Arbeit und Engagement in Stadtteilgremien werden von rund 85 Prozent der Befragten als fördernde Faktoren für die Bereitschaft angesehen, dass sich Migranten parteipolitisch engagieren. Für das Engagement in Stadtteilgremien gilt das in noch stärkerem Maße als für das Ehrenamt.

e) Professioneller Zugang

Zunehmend werden Migranten als Professionelle und als Spezialisten in bestimmten juristischen oder wirtschaftlichen Fachfragen in Parteien aktiv. So bildet beispielsweise die fachliche Spezialisierung eines Rechtsanwalts auf Aufenthaltsrecht oder berufliche oder familiäre Probleme von Migranten einen Anknüpfungspunkt, diese Expertise für die Partei zu nutzen. Auch bei diesen Anknüpfungspunkten, die sich aus fachlichen Zusammenhängen herstellen, sind die Muster kaum mehr von denen zu unterscheiden, die auch bei

Menschen ohne Migrationshintergrund zunehmend an Bedeutung gewinnen. Im Gegenteil befördert der Kosmopolitismus gebildeter Migranten (Mehrsprachigkeit, Ausbildung an renommierten Universitäten im Ausland) ihre Attraktivität für die deutschen Parteien. So wurde z. B. ein iranischstämmiger Rechtsanwalt von einer Partei als Referent ins Hamburger Rathaus geholt ohne Mitglied zu sein ("Kompetenz statt Parteibuch" nannte er es). *"Drei vier Jahre später waren Freunde von mir in der CDU, viele Juristen gehen in die CDU, da tat ich mich erstmal schwer, aber als Ole von Beust Schill rausgeworfen hat, bin ich in die CDU eingetreten, weil ich vieles, was Ole von Beust verkörpert, vertreten kann. Dann hab ich mitgewirkt, war irgendwann auch auf 'ner Liste und Abgeordneter in der Bezirksversammlung, da hat die Arbeit Spaß gebracht, kommunalpolitische Themen, man konnte sich auseinandersetzen mit den Fraktionen ..."*²³⁵ Dieser Zugang hat mit dem eigenen Bezugsland oder der eigenen ethnischen Herkunft nichts mehr zu tun. Er führt teilweise sogar zur subjektiven Distanzierung von den "bedürftigen" Migranten.

7.4 Integration von Migranten in die Parteiorganisationen

Welcher Zugang auch immer den Weg in das parteipolitische Engagement bildet, fast immer ist dabei ein persönlicher Kontakt im Spiel. Es ist die persönliche Ansprache, die zu einem Engagement in der Partei führt, in den Gesprächen wird immer wieder positiv hervorgehoben, auf der Basis fachlicher, kollegialer oder freundschaftlicher Beziehungen angesprochen worden zu sein. Dabei scheint es mitunter geradezu zweitrangig, um welche Partei es sich handelt. Sehr honoriert wird von den befragten Migranten, wenn jemand aus den Parteien offen auf einen Migranten zugeht und ihm aufgrund seines Engagements, seines Fachwissens oder sonstiger Aspekte vermittelt, dass sein Wirken für die Partei einen großen Nutzen habe und er dort gebraucht werde. Der persönliche Kontakt ist auch erforderlich, um die Distanz abzubauen und Vertrauen herzustellen. In einigen Fällen sind solche Kontakte von den Befragten sogar als Freundschaften beschrieben worden.

Der Eintritt von zahlreichen Migranten hat in verschiedenen Ortsgruppen von Hamburger Parteien zu Verschiebungen der Mehrheitsverhältnisse geführt, was teilweise für Irritationen und innerparteiliche Auseinandersetzungen sorgte. Zwei Migranten waren beispielsweise mit einer beträchtlichen Zahl von Familienangehörigen und Freunden in die CDU in Veddel eingetreten. Sie hatten seitdem bei Wahlen eine starke Stellung, was dazu beigetragen hat, dass beide inzwischen Funktionsträger sind. Anlässlich ihrer Wahl gab es Austritte und Versuche, die Wahl anzufechten. Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Billstedt.

²³⁵ Interview mit Cyrus Cahedy vom 15.12.2010.

Dort hatte ein Deutsch-Aramäer rund 80 neue Mitglieder aus seinem Umfeld für die Partei geworben und wurde danach zum Ortsvorsitzenden gewählt.

Ein neues Phänomen, das auch andere Parteien zunehmend verzeichnen, besteht darin, dass ein Teil der Migranten nicht als Individuen auf der politischen Bühne agiert, sondern im Kollektiv auftritt. Sich innerparteilicher Klientel zu vergewissern, ist zwar auch bei nicht-migrantischen Mitgliedern nichts Ungewöhnliches, doch erfolgt der Aufbau entsprechender Netze in der Regel langsamer und entlang bestimmter Interessen. Bei vielen Migranten hingegen spielen Herkunftsort, religiöser Hintergrund und Verwandtschaftsverhältnisse auch beim parteipolitischen Engagement eine größere Rolle und mit diesem bisher unbekanntem Phänomen wird die Partei unmittelbar mit dem Eintritt konfrontiert.

Die traditionellen Karrieremuster der "großen" deutschen Parteien setzen langjährige Mitgliedschaft, kontinuierliche Mitarbeit und Parteidisziplin als Bewährungsproben für einen Aufstieg voraus. Die Parteizugehörigkeit der Migranten ist in der Regel nicht so lang und es lässt sich auf Seiten der Migranten nicht selten eine vergleichsweise stärkere Erwartungshaltung hinsichtlich eines raschen Aufstiegs in Funktionen feststellen. Befördert wird diese Haltung durch Rekrutierungsmuster, die sich in der SPD wie in der CDU beobachten lassen. So wurden einzelnen Migranten durch die Protektion hochrangiger Funktionsträger steile Karrieren beschert. Das war in Hamburg in der CDU der Fall bei Aygül Özkan, die nach einer kurzen Mitgliedschaft in der Partei und durch Absprachen zwischen Ole von Beust und Christian Wulff zur Ministerin in Niedersachsen aufstieg, sowie bei Aydan Özoguz, die durch Fürsprache von Olaf Scholz ebenso rasch auf Bundesebene Mandatsträgerin und Integrationsbeauftragte bei der SPD-Bundestagsfraktion wurde.

Die Zwiespältigkeit dieser Entwicklung für die Parteien besteht darin, dass das zunehmende parteipolitische Engagement von Migranten einen willkommenen Mitgliederzuwachs darstellt, es andererseits jedoch innerparteilich zu Auseinandersetzungen kommen kann, wenn deren "Karrieren" in Konflikt mit der Machtbasis altgedienter Funktionäre geraten. Inzwischen lässt sich ein erheblicher Anstieg der Zahl von Migranten erkennen, die in Parteifunktionen gelangen oder Mandate in den Parlamenten erringen. Mittlerweile ist die Funktionsträgerschaft von Migranten auf kommunaler Ebene nicht mehr eine öffentlich bestaunte Besonderheit, vielmehr sind inzwischen in Hamburg bereits fünf Migranten in leitende Parteifunktionen auf lokaler Ebene gewählt worden: Öghan Karakas ist Vorsitzender der SPD in Bahrenfeld, David Erkalp ist im Vorstand der CDU Billstedt, Abut Can leitet die CDU Veddel, Zaklin Nastic (Bezugsland Polen) und Müleyim Hüseyin sind im Vorstand bei der Linken in Eimsbüttel.

Auffällig ist die starke Stellung von Migranten türkischer Abstammung in der Funktionsträgerschaft quer durch alle Parteien. Zusammenschlüsse türkischstämmiger Parteimitglie-

der und Funktionsträger gibt es seit 2008 in der SPD (Zusammenschluss türkischstämmiger Kandidaten) und in der CDU (deutsch-türkisches Forum). Anlässlich der Wahlen im Jahr 2008 konnte man ein deutliches Unbehagen der türkischstämmigen Parteimitglieder in der Hamburger SPD feststellen. Sie beklagten Defizite bei der Berücksichtigung türkischstämmiger Mitglieder als Kandidaten für die Bürgerschaftswahl im Vergleich zur CDU und GAL. "Wir haben es leider als Partei versäumt, eine Kandidatin oder einen Kandidaten mit Migrationshintergrund aus einer der großen Zuwanderergruppen für die nächste Legislaturperiode auf einen sicheren Platz für die Hamburger Bürgerschaft aufzustellen."²³⁶ Austritte waren im Jahr 2010 die Folge, noch bevor es zu den vorgezogenen Neuwahlen kam. Aber auch die CDU blieb davon nicht verschont. Hintergrund waren Frustrationen über mangelnde Anerkennung und Behinderungen der innerparteilichen Entfaltungsmöglichkeiten.

In dem Maße, wie Migranten in die Parteien eintreten und dort Mandate erringen wollen, machen sie sich auch zunehmend gegenseitig Konkurrenz. So wie auch bei anderen Gruppen im Zuge der Verteilung von Posten auf einen innerparteilichen Proporz geachtet wird, gibt es auch ungeschriebene Grenzen, die bei der Kandidatur von Migranten für bestimmte Positionen gelten. So kam es bei der Zusammenlegung der ehemaligen Ortsgruppe Wilhelmsburg zum neuen Distrikt Mitte bei der SPD dazu, dass zwei türkische Migranten Interesse an ihrer Kandidatur zur Bürgerschaft anmeldeten. Überlagert von einer innerparteilichen Auseinandersetzung unterschiedlicher Richtungen unterlag in dem folgenden Streit der eine Aspirant und verließ nach 20 Jahren die Partei. Bei der GAL wurde eine vormals prominente Bürgerschaftsabgeordnete für die Bürgerschaft nicht wieder nominiert, obgleich sie dies angestrebt und nach eigenen Aussagen auf der Landesmitgliederversammlung der GAL Anfang Januar 2011 eine "gute Rede" gehalten habe. Auf der Wahlkreisliste auf Platz 9 und damit dem vorletzten Platz zu kandidieren hat sie abgelehnt. Ein Grund für die Verweigerungshaltung der Partei könnte darin liegen, dass man ihr unterstellt hat, nach der erhofften Regierungsbeteiligung Ansprüche auf einen Senatorinnenposten zu erheben.

7.5 Kandidaten mit Migrationshintergrund bei den Wahlen am 20. Februar 2011

Nach dem Rücktritt des ehemaligen Ersten Bürgermeisters Ole von Beust und des gescheiterten Volksentscheids zugunsten einer sechsjährigen Grundschulpflicht kam es Ende 2010 zum Bruch der Koalition von CDU und GAL und zu Neuwahlen im Februar

²³⁶ Funda Gür, in Barmbeker Kurs, Distrikts-Info der SPD Januar/Februar 2008, S. 3.

2011. Bei diesen Wahlen wirkte erstmals das neuerlich aufgrund eines Volksbegehrens geänderte Hamburger Wahlrecht. Bereits bei der Wahl 2008 war es möglich gewesen, außer über die Landesliste auch Abgeordnete über die 17 neu gebildeten Wahlkreise in die Bürgerschaft zu wählen. Jeweils fünf Stimmen konnten an einzelne Kandidaten oder die jeweilige Parteiliste vergeben werden. Aufgrund des neuerlichen Volksbegehrens konnten nun auch bei der Landesliste fünf Stimmen auf einzelne Kandidaten oder eine Parteiliste verteilt werden. Gleiches galt für die Wahlen zu den Bezirksversammlungen, es waren somit insgesamt 20 Stimmen auf vier Wahlscheinen zu vergeben. Durch die Möglichkeit, die Stimmen bei einer Partei oder einem Kandidaten zu "kumulieren" oder zwischen Parteien und Kandidaten zu "panaschieren", ergab sich für die Wähler erstmals die Möglichkeit, einzelne Kandidaten "hochzuwählen" oder "herabzustufen".

a) Hamburger Bürgerschaft

Bei der Bürgerschaftswahl 2011 haben insgesamt 56 Personen mit Migrationshintergrund kandidiert. Erstmals war auch das Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG) dabei. Die Partei, die zuvor bereits in NRW aktiv geworden war, tritt für die Rechte von Migranten ein und wirbt für eine bessere Integrationspolitik, mehr sprachliche Förderung aller Kinder schon im Vorschulalter und für ein Bildungssystem, das Migrantenkinder besser fördert. Außerdem traten in Hamburg zwei Einzelkandidaten mit Migrationshintergrund an.

Tabelle 7.3

Kandidaten mit Migrationshintergrund für die Bürgerschaft 2011							
SPD	CDU	FDP	GAL	Linke	BIG HH	Die Partei	Piraten
11	6	2	11	13	9	3	1
* zzgl. zwei Einzelkandidaten (Anteil an allen Kandidaten = 6,6%)							

b) Bezirksversammlungen

Als Kandidaten bei der Wahl zu den Bezirksversammlungen traten insgesamt 68 Personen mit Migrationshintergrund an. Mehr als drei Viertel aller Kandidaten entfallen auf die Bezirke Mitte, Altona, Eimsbüttel und Wandsbek. Die meisten Kandidaten wurden von der SPD aufgestellt, bei der Linkspartei kandidierten mehr Menschen mit Migrationshintergrund als bei der GAL, die CDU hat nur neun Migranten für die Bezirkswahlen aufgestellt, die FDP drei.

Tabelle 7.4

Migrantische Kandidaten zu den Bezirksversammlungen 2011 nach Parteizugehörigkeit								
	Altona	Eimsbüttel	Mitte	Nord	Wandsbek	Harburg	Bergedorf	Gesamt
CDU	2	1	3	0	3	0	0	9
SPD	5	2	4	2	5	4	3	25
GAL	2	2	7	0	1	0	1	13
Linke	3	6	0	1	2	1	2	15
FDP	1	0	0	1	1	0	0	3
Piraten						1		1
Einzel	1		1					2
gesamt	14	11	15	4	12	6	6	68
In % an allen Kandidaten	6,9	5,1	6,9	1,5	4,3	3,1	3,8	4,5

Hinsichtlich der Bezugsländer der Kandidaten zeigt sich, dass ganz überwiegend Angehörige der türkischen Community in Hamburg parteipolitisch engagiert sind.

Tabelle 7.5

Kandidaten mit türkischem Migrationshintergrund für die Wahlen 2011 in % von allen Kandidaten mit Migrationshintergrund						
	SPD	CDU	GAL	Linke	FDP	gesamt
Bürgerschaft	45%	17%	64%	71%	50%	53%
Bezirksversammlungen	58%	20%	69%	44%	33%	50%

Die Zahlen verdeutlichen die deutlich stärkere Orientierung politisch aktiver Migranten mit Bezugsländ Türkei auf die Linke, die GAL und die SPD. Obwohl sich bereits 2008 ein deutsch-türkisches Forum in der Hamburger CDU gegründet hat, sind in der CDU eher Menschen aus den arabischen Ländern mit christlicher Religionszugehörigkeit sowie Spätaussiedler. Angesichts ihrer großen Zahl unter den Migranten in Hamburg sind letztere ebenso wie die Zugewanderten aus Polen in nur sehr geringem Umfang parteipolitisch engagiert.

7.6 Migranten als Mandatsträger in Hamburg

a) Bürgerschaft

In der Legislaturperiode der Bürgerschaft bis zum Jahr 2011 hatten zwischen acht und neun Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft einen Migrationshintergrund.²³⁷ Aygül Özkan verließ das Landesparlament im April 2010, um in Niedersachsen das Amt der Ministerin anzutreten. Bei der Wahl am 20. Februar 2011 wurden neun Personen mit Migrationshintergrund in die Bürgerschaft gewählt, eine für die CDU, vier für die SPD, jeweils zwei für die GAL und für die Linke. Über die Landesliste der SPD sind zwei Kandidaten mit Migrationshintergrund gewählt worden, die beide ausschließlich dort kandidiert hatten, bei der CDU war das einer. Alle drei konnten durch das neue Wahlverfahren einen besseren Rangplatz nach Personenstimmen erzielen als es ihren Listenplatz entsprochen hätte. Besonders spektakulär fiel das Abschneiden von Ali Simsek (SPD) aus, der vom 59. Listenplatz auf den 14. Rangplatz nach Personenstimmen aufgestiegen ist. Fast ebenso stark konnte sich Nikolaus Haufler, Spätaussiedler aus Russland, bei der CDU vom aussichtslosen 50. Listenplatz auf den Rangplatz 7 nach Personenstimmen verbessern. Bei Kazim Abaci (SPD) betrug die Differenz sechs Rangstufen.

Direkt über die Wahlkreise wurden drei weitere Kandidaten gewählt, die auch auf den Landeslisten nominiert waren: Dies waren Phyliss Demirel für die GAL, die auch in Wahlkreis 4 kandidiert hatte, sowie Mehmet Yildiz und Cansu Özdemir für die Linke, die auch in den Wahlkreisen 2 und 4 kandidiert hatten. Von den 20 Kandidaten, die teilweise ergänzend zu einer Kandidatur in einem Wahlkreis auf Landeslisten kandidierten, gehören 13 den kleineren Parteien an. Da diese Parteien aufgrund der geringen Stimmenanteile nicht in die Bürgerschaft eingezogen sind, ist keiner dieser Kandidaten gewählt worden. Auch für keinen der Kandidaten mit Migrationshintergrund, die auf der Landesliste der FDP nominiert waren, reichte der Stimmenanteil ihrer Partei.

Kandidaten, die nicht für die Landeslisten nominiert waren und Mandate über die Wahlkreise erringen konnten, waren Kesinija Bekeris und Metin Hakverdi für die SPD sowie Farid Müller für die GAL. Die beiden letzteren haben deutlich besser abgeschnitten als es ihrem Platz auf der Wahlkreisliste entsprach. Auf diese Weise konnte sich mit fast 26.000 Stimmen Metin Hakverdi im Wahlkreis 2 gegen die Kandidatin auf dem zweiten Platz durchsetzen, die nur knapp 5.000 Stimmen erzielte. Auch Farid Müller übertraf im Wahlkreis 1 mit rund 14.000 Stimmen den erstplatzierten Kandidaten der GAL um rund 6.000 Stimmen und zog statt ihm in die Bürgerschaft ein. Der umgekehrte Fall, dass ein Kandidat mit Migrationshintergrund nicht gewählt worden wäre, obwohl er seinem Listenplatz

²³⁷ Für die Bestimmung des Migrationshintergrundes standen neben der Namensanalyse die Angaben der Parteien und der Mandatsträger im Internet sowie Medienberichte zur Verfügung. Eine gewisse Unschärfe des Begriffs wird an dem Beispiel von Isabella Vértes-Schütter deutlich, deren ungarischer Vater einen Migrationsstatus für die 1962 in Hamburg als Tochter einer deutschen Opersängerin Geborene begründen könnte. Die öffentliche Wahrnehmung entspricht dem aber nicht. Deshalb wird ihr Fall auch in die Betrachtung nicht einbezogen. Dasselbe gilt für Andreas C. Wankum, 1955 geboren und ebenfalls in Hamburg aufgewachsen, bei dem es unbestätigte Hinweise auf einen iranischen Vater gibt.

entsprechend in die Bürgerschaft eingezogen wäre, ist nicht eingetreten. Die übrigen vier Kandidaten, die vor der Wahl auf aussichtsreichen Listenplätzen standen, sind aufgrund des Abschneidens ihrer Parteien nicht in die Bürgerschaft gewählt worden.

Den größten "Aufstieg" bei den über die Wahlkreise kandidierenden Migranten erreichte Bayram Inan im Wahlkreis 2 für die GAL, wo er vom 9. auf den 2. Platz "hochgewählt" wurde, was aber nicht für ein Mandat ausreichte. Insgesamt hat sich das neue Wahlrecht, das den Wählern eine gezielte Auswahl einzelner Personen ermöglicht hat, für die Kandidaten mit Migrationshintergrund positiv ausgewirkt. Kandidaten mit Migrationshintergrund sind um 125 Rangplätze auf- und um 19 Rangplätze abgestiegen, saldiert ergibt sich als Differenz zwischen den Listenplätzen und den tatsächlich errungenen Rangplätzen nach Personenstimmen ein Plus von 106 Plätzen. Die Zahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund hat sich im Vergleich zur davor liegenden Legislaturperiode von fünf auf neun und damit von 3,9 auf 7,4 Prozent (beziehungsweise um 80 Prozent) erhöht.

Tabelle 7.6

Veränderungen von Listenplätzen und Rangplätzen nach Personenstimmen (Bürgerschaftswahl 2011)							
	SPD	CDU	FDP	GAL	Linke	Piraten	gesamt*
+	58	44	0	13	10	0	125
-	4	5	2	5	1	2	19
Saldo	+54	+39	-2	+8	+9	-2	+106
* bezogen auf die aufgeführten Parteien							
Quelle: eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben des Statistischen Amtes Nord							

Während die Wähler bei der FDP und der Piratenpartei dazu tendieren, Kandidaten mit Migrationshintergrund zu meiden und dadurch ihren Rangplatz zu verschlechtern, gelang es den Kandidaten mit Migrationshintergrund bei den übrigen Parteien, ihre Position durch das Verhalten der Wähler zu verbessern.

In der neuen Bürgerschaft sind sechs der neun Abgeordneten, also zwei Drittel, Migranten mit Bezugsland Türkei.

b) Bezirksversammlungen

Bei der Wahl zu den Bezirksversammlungen, die (zum letzten Mal) zeitgleich mit der Bürgerschaftswahl stattfand, wurden insgesamt 20 Personen mit Migrationshintergrund gewählt. Sieben davon sind Frauen. Der Anteil von Migranten hat sich damit auf 5,6 Prozent gegenüber 3,6 Prozent in der vergangenen Legislaturperiode, in der 13 Personen mit

CDU	0	0	0	0	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1
SPD	2	1	0	0	1	4	0	1	0	0	1	1	1	3	9	10
GAL	1	1	1	1	2	3	0	0	0	0	0	0	0	0	4	5
Linke	0	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	4
FDP	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ohne	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	2	0
Quelle: eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben des Statistischen Amtes Nord																

Interessant ist wiederum, zu untersuchen, in welcher Weise die Wähler von ihrer neuen Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, einzelne Kandidaten gezielt zu wählen und damit die von den Parteien durch die Listenplatzierung vorgegebene Rangfolge der Kandidaten zu verändern. Es zeigt sich insgesamt auch auf der Bezirksebene ein deutlicher Trend, die Kandidaten mit Migrationshintergrund "hochzuwählen". Dieser ist bei den Bezirkslisten deutlich stärker ausgeprägt als bei den Wahlkreislisten und es bestehen deutliche Unterschiede bei den Parteien und in den einzelnen Bezirken.

Tabelle 7.9

Veränderungen von Listenplätzen und Rangplätzen nach Personenstimmen (Rangplätze)								
	Altona	Eimsbüttel	Mitte	Nord	Wandsbek	Harburg	Bergedorf	Gesamt
Bezirksliste +	58	5	45	24	20	1	23	176
Bezirksliste -	17	15	29	0	3	0	29	93
Wahlkreisliste +	28	5	18	4	15	14	18	102
Wahlkreisliste -	16	13	29	6	11	2	17	94
Gesamt +	86	10	63	28	35	15	41	288
Gesamt -	33	28	58	6	14	2	46	187
Saldo	+53	-18	+5	+22	+21	+13	-5	+91
Quelle: eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben des Statistischen Amtes Nord								

Während sich die Rangplätze der Kandidaten mit Migrationshintergrund durch das Abstimmungsverhalten der Wähler bei den Wahlkreislisten per Saldo nur wenig nach oben bewegen, liegt der Zugewinn bei den Bezirkslisten per Saldo etwa doppelt so hoch wie die Abwärtsbewegung. Insgesamt ist das Verhältnis etwa 2:3, sodass alle Kandidaten mit Migrationshintergrund zusammen ihre Rangplatzierung im Zuge der Wahl zu den Bezirksparlamenten um insgesamt 91 Plätze verbessert haben.

7.7 Ethnisch geprägte Wahlkämpfe als neuer Aspekt der Kommunalpolitik?

Die Wahlen zu Hamburger Bürgerschaft waren vielleicht ein erstes Anzeichen dafür, dass sich in der politischen Landschaft Deutschlands erste Aspekte ethnisch geprägter Wahlkämpfe zeigen, wie sie aus anderen Ländern, vor allem den USA, seit Langem bekannt sind. Da durch das neue Wahlrecht der Hansestadt die personenbezogene Wahl ein deutlich höheres Gewicht bekommen hat, war es erstmals möglich, dass Angehörige ethnischer Gruppen ihre Wählerschaft gezielt mobilisieren. Davon haben einige parteipolitisch aktive Migranten gezielt Gebrauch gemacht und damit erreicht, dass ein kleiner Zuwachs bei den migrantischen Mandatsträgern zu verzeichnen ist. Wären die Wähler dem Willen der Parteien gefolgt, hätte die Zahl der migrantischen Mandatsträger im Vergleich zur letzten Legislaturperiode in Hamburg deutlich abgenommen.

In der CDU fiel vor allem der 27-jährige Kandidat, ein im südlichen Ural geborener Nachkomme von Krimdeutschen, auf. Er lebt seit 1995 in Hamburg, hat dort 2003 das Gymnasium abgeschlossen und war bereits 2001 in die Junge Union und die CDU Hamburg eingetreten. In den Folgejahren beteiligte sich unter anderem an Aktionen gegen das Volksbegehren "Eine Schule für alle". Es gelang ihm bei der Wahl 2011, vom unbedeutenden Listenplatz 50 auf Platz 7 aufzurücken. Erfolge hatte er weniger im eigenen Wahlkreis als vielmehr in Stimmbezirken wie Bergedorf, die stark von Russlanddeutschen geprägt sind. Dort hatte er Wahlplakate in kyrillischer Schrift aufgestellt. Er hat seit vielen Jahren Kontakt zur russlanddeutschen Community, war mehrmals als Referent beim Verein der Deutschen aus Russland eingeladen und ist dort nach Aussage des Vorsitzenden populär.

Der SPD-Kandidat, 1973 in der Türkei geboren und dort bis 1988 aufgewachsen, ist als technischer Betriebswirt tätig. Er ist erst wenige Monate vor der Wahl Mitglied der SPD geworden. Man hatte ihn zum Inländerstammtisch in Bergedorf eingeladen, weil er als aktiver Vorsitzender des AKD aufgefallen war. Er habe eigentlich keinen Wahlkampf gemacht, keine Flyer verteilt, keine Plakate geklebt, keine eigenen Veranstaltungen gemacht, sagt man in der Partei. Aber er sei über seine Herkunftsgruppe (Aleviten aus einem Dorf in Mittelanatolien) und als in der Türkei gebürtiger Deutscher mit der türkischen Gemeinde in Hamburg gut vernetzt. So sei er offenbar oft eingeladen worden, die türkische Presse, sowohl die im Ausland als auch die in Hamburg, habe häufig über ihn berichtet, er sei auch in einer türkischen Talkshow ("Kultmoderator Bedo"), die in Hamburg spät abends ausgestrahlt wird, aufgetreten. Durch seine Präsenz in den türkisch orientierten Medien war er also in der türkischen Community bekannt. Ihm gelang es, obwohl parteipolitisch weitgehend ohne Profil und von der SPD in erster Linie als Kandidat für die Bezirksversammlung nominiert, sich vom eigentlich aussichtslosen Listenplatz 59 in den Kreis der gewählten Bürgerschaftsabgeordneten der SPD hochwählen zu lassen.

Dieses Muster scheint jedoch vor allem bei Kandidaten zu funktionieren, die als im Ausland geborene noch unmittelbar als "echte" Migranten die Unterstützung ihrer Community erhalten ("einer von uns") und die teilweise auch durch Netze in ihrem Ursprungsland unterstützt werden. Bei Migranten, die in Deutschland geboren sind, funktioniert es nicht so gut.

7.8 Fazit

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die parteipolitische Beteiligung von Migranten zweifellos zugenommen. Dennoch wird dem Wahlverhalten von Migranten nach wie vor erstaunlich wenig öffentliche Aufmerksamkeit gezollt. Was die Mitgliedschaft in Parteien anbetrifft, liegt sie in Hamburg inzwischen etwa auf dem Niveau anderer Beteiligungsformen wie Schöffen oder Elternvertreter. Die Motive für das parteipolitische Engagement haben sich ausdifferenziert, auffällig ist, dass Karrieren aus dem Arbeitermilieu die Ausnahme sind. In der Politik dominieren die gut ausgebildeten Migranten, wobei der Anteil der Mandatsträger mit gut einem Drittel angesichts der Dominanz der türkischstämmigen Aktiven beachtlich ist.

Aber die migrantische Mandatsträgerschaft nimmt keineswegs "automatisch" zu. Wäre die Hamburger Wählerschaft dem Willen der Parteien gefolgt, hätte sich die Zahl der migrantischen Mandatsträger gegenüber der letzten Wahlperiode sogar deutlich verringert. Doch den Migranten ist es, teilweise auf durchaus spektakuläre Weise, gelungen, das Hamburger Wahlrecht zu ihren Gunsten zu nutzen. Teilweise haben sie dabei ihre Community gezielt mobilisieren können, wie überhaupt festzustellen ist, dass Migranten auch in den Parteigliederungen häufig im Kollektiv auftreten, wobei dies meist stark von der Herkunftsregion geprägt ist. Die Bindung an die deutschen Parteien scheint weniger gefestigt zu sein, darauf weisen zahlreiche Parteiwechsel im Vorfeld der letzten Wahl hin. Hauptmotiv des parteipolitischen Engagements ist es, politisch Einfluss zu gewinnen.

8. Zentrale Ergebnisse der Untersuchung

Bei der Untersuchung der verschiedenen Handlungsfelder sind verallgemeinerbare Antworten auf die Frage nach der Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund auf den verschiedenen Handlungsfeldern sowie den Möglichkeiten und Grenzen für eine erfolgreiche Beteiligung sichtbar geworden. Anhand der drei bereits einleitend problematisierten Kernbegriffe "Menschen mit Migrationshintergrund", "Beteiligung" und "vor Ort" lassen sich zentrale Ergebnisse der Studie zusammengetragen und systematisch darstellen. Danach wird auf die Faktoren eingegangen, die eine Beteiligung von Migranten

hemmen und fördern. Anschließend werden Beteiligungsansätze vorgestellt, die sich bewährt haben und Empfehlungen formuliert, wie die Rahmenbedingungen für eine Beteiligung von Migranten verbessert und die Hemmnisse für eine erfolgreiche Partizipation verringert werden können.

Menschen mit Migrationshintergrund - ein untauglicher Begriff für die Förderung lokaler Partizipation

Im Verlauf der Untersuchung hat sich der Begriff "Menschen mit Migrationshintergrund" weder für die Erklärung noch für die Förderung lokaler Partizipation von Einwanderern als geeignet erwiesen. Dafür lassen sich objektive und subjektive Gründe angeben. Objektiv konstituieren die Unterschiede nach Migrationskontext, rechtlichem Status, sozialer Lage und Bildungsniveau sowie hinsichtlich der jeweiligen Bezugsländer ganz unterschiedliche Voraussetzungen für Partizipation der mit dem Begriff bezeichneten Menschen. Das empirische Merkmal des Migrationshintergrundes beschreibt zwar einen nicht unwesentlichen Aspekt ihrer Biographie, als erklärender Faktor für typische Verhaltensmuster der gesamten Kategorie hinsichtlich der Beteiligung ist er jedoch zu abstrakt und tritt letztlich in der Bedeutung hinter andere, vor allem soziale Faktoren wie materielle Lage und Bildungsgrad zurück.

Die subjektive Sicht der Befragten hat zudem deutlich werden lassen, dass der Begriff auch keineswegs geeignet ist, die so bezeichneten Personen anzusprechen. Ein Teil der Befragten wehrte sich bereits im Vorfeld der Interviews explizit dagegen, als Migrant angesprochen zu werden. So sehen sich z. B. die Deutschstämmigen aus Polen selbst nicht als Migranten. Ihr Selbstbild ist meist das eines Deutschen, der aus Polen zugewandert ist. Dasselbe konnte teilweise auch bei Spätaussiedlern aus Russland und Kasachstan beobachtet werden. Interviewpartner aus europäischen Ländern und solche, die vor längerer Zeit zugewandert waren, äußerten sich, auf die Probleme von Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen, häufig in einer Weise, die deutlich machte, dass sie das Thema nicht auf sich selbst bezogen. In einigen Gesprächen waren Migranten "die Anderen", obwohl der Gesprächspartner selbst einen Migrationshintergrund hatte und auch gerade deshalb interviewt wurde.

Auch die Form, in der sich Gruppen zugewanderter Menschen organisieren, weist darauf hin, dass überwiegend die jeweiligen Bezugsländer oder Gruppen innerhalb dieser Länder eine Gemeinschaft konstituieren. Die Elternvereine in Hamburg haben jeweils ein Bezugsländ (Spanien, Griechenland, Türkei etc.). Die türkischstämmigen Mitglieder in den deutschen Parteien organisieren sich stets als Türken (beispielsweise das deutsch-türkische Forum in der CDU) und in keiner Partei gibt es eine Unterorganisation für Migranten.

Bundesweit haben sich die türkischstämmigen Mandatsträger sogar über die Parteigrenzen hinweg zusammengeschlossen. Das bedeutet, dass das gemeinsame Bezugsland sogar die politischen Unterschiede der Parteien überstrahlt. In den Zusammenschlüssen der Migranten werden neben den gemeinsamen Bezugsländern aber auch die Differenzen der Eingewanderten aus ein und demselben Bezugsland deutlich. So haben sich die Deutschen aus Russland bewusst als eine Gruppe konstituiert, die sich von den nicht-deutschstämmigen Russen abgrenzen will. Dasselbe lässt sich bei der Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe oder zu einer Religion als konstituierende Merkmale für Migrantenorganisationen beobachten.

Auch Zusammenschlüsse von mehreren nach Bezugsländern organisierten Gruppen sind, wie beispielsweise die interkulturelle Elterninitiative, nur temporäre Erscheinungen geblieben. Auf Nachfrage wird zwar häufig gesagt, man strebe einen solchen Zusammenschluss an, die Praxis sieht aber anders aus. Die existierenden interkulturellen Zusammenschlüsse von Migranten wiederum bewegen sich zu einem großen Teil im Kontext öffentlicher Förderung und stellen insofern eher eine Reaktion auf die institutionellen Rahmenbedingungen dar. Einige Organisationen sind aufgrund der gemeinsamen wirtschaftlichen Stellung entstanden (Selbständige oder bestimmte Berufe wie beispielsweise Juristen), es gibt jedoch außer in den Gewerkschaften kaum gemeinsame Organisationen für Menschen mit Migrationshintergrund.

Beteiligungsangebote an "Menschen mit Migrationshintergrund" laufen daher Gefahr, ihre Adressaten gar nicht zu erreichen, einfach weil diese sich nicht angesprochen fühlen. Vor allem Menschen, die am ehesten die Voraussetzung für Beteiligung mitbringen, die in Deutschland geboren sind, die deutsche Sprache fließend sprechen oder gut ausgebildet sind, werden sich mit diesem Begriff weniger identifizieren.

Dasselbe Kommunikationsproblem ergibt sich bei Versuchen der Kooperation mit Migrantenvereinen. Meist fehlt den öffentlichen Akteuren eine differenzierte Kenntnis der Lebenslage und der Interessen der relevanten Migrantengruppen und der Anliegen ihrer Organisationen. Auf allen Ebenen sind im Verlauf der Untersuchung bei den professionell in diesem Bereich Tätigen erhebliche Kenntnislücken zutage getreten.

Sprache als Erfolgsfaktor für Beteiligung

Als ganz wesentliche Unterscheidungslinie für die Partizipationsfähigkeit und die Beteiligungsbereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund hat sich der Grad der Beherrschung der deutschen Sprache erwiesen. Menschen mit lückenhaftem Verständnis der deutschen Sprache bleiben jenseits ihrer eigenen Community fast alle formellen Ebenen

der Beteiligung verschlossen, wenn diese ausschließlich in Deutsch stattfinden. Das heißt keineswegs, dass sie sich nicht artikulieren, organisieren und einmischen können, aber da die sprachliche Interaktion die Voraussetzung für die ganz überwiegende Zahl der auf Mitgestaltung und Mitwirkung angelegten Gremien, Einrichtungen und Verfahren ist, halten sich die Menschen, die ihre Sprachkompetenz für unzureichend halten, hier deutlich zurück. Wenn sie zustande kommt, treten bei der Kommunikation oft große Schwierigkeiten auf, die zu Frustration, Rückzug oder Ablehnung auf beiden Seiten führen können.

Die so genannten "niedrigschwelligen" Aktivitäten, vorwiegend auf der Stadtteilebene und im schulischen Bereich angesiedelt, setzen an den Potentialen jenseits der sprachlich-kognitiven Interaktion an und versuchen, andere Kompetenzen der Adressaten aufzugreifen, um ihnen soziale Anerkennung zu vermitteln, Hemmschwellen abzubauen und auf diese Weise andere Ebenen der Kommunikation zu schaffen. Die Frage, ob die Wahrnehmung dieser Angebote quasi das "Eingangstor" zu weiteren Beteiligungsformen darstellt und ob sich für die so Gewonnenen die Hemmschwellen anderer Beteiligungsangebote senken lassen, kann nicht abschließend beantwortet werden. Es wurde allerdings deutlich, dass zwischen den niedrigschwelligen Formen der Mitwirkung und den anderen Beteiligungsebenen eine deutliche Kluft besteht, die zu überwinden es letztlich flankierender Maßnahmen vor allem in Form einer in die Beteiligungsaktivitäten integrierten Sprachförderung bedarf.

Bei denjenigen Migranten, die über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, entspricht die Partizipationsbereitschaft weitgehend der Mitwirkungsbereitschaft von Herkunftsdeutschen. Ausbildung, Beruf, wirtschaftliche Interessen stehen im Vordergrund. Allerdings spielen auch die besonderen Problemlagen, mit denen sich die verschiedenen Gruppen von Migranten konfrontiert sehen, eine wichtige Rolle für das Engagement. Fehlende Anerkennung von Schul- oder Berufsabschlüssen, aufenthaltsrechtliche Fragen, das Einfordern von Angeboten wie Sprachförderung oder Weiterbildung, die Respektierung kultureller oder religiöser Besonderheiten, heimatlandbezogene Problemkonstellationen oder auch der Wunsch, die eigene Kultur zu pflegen, führen zu freiwilligem Engagement und zu Beteiligung. Letztere ist dann vorwiegend auf der politischen Ebene angesiedelt.

Dass die idealtypische Trennung in zwei Gruppen quer durch die Bezugsländer verläuft, zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der türkischstämmigen Bürger. Sie sind sowohl in der einen, aber auch in der anderen Gruppe stark vertreten. Besonders beim parteipolitischen Engagement überflügeln Angehörige der türkischen Community alle anderen Gruppen, sie sind häufig als Schöffen tätig und engagieren sich in schulpolitisch aktiven Elternvereinen stärker als es ihrem quantitativen Gewicht entsprechen würde. Auch weisen die türkischstämmigen Einwanderer einen höheren Organisationsgrad auf als andere Migrantengruppen. Die gewählten Mandatsträger mit türkischem Migrationshintergrund

verfügen dabei fast durchgängig über ein hohes Bildungsniveau. Auf der anderen Seite gehören türkischsprachige Personen aber auch zu der Gruppe mit großen Defiziten im Verständnis der deutschen Sprache, was insbesondere vielen türkischstämmigen Eltern eine Mitwirkung in der Schule erschwert.

Beteiligung von Migranten noch zu schwach

Bei einer Bewertung der Partizipation von Migranten stellt sich die Frage nach dem Maßstab, anhand dessen das Ausmaß an Beteiligung als "hoch" oder "niedrig" bewertet werden kann. Die Fähigkeit und die Bereitschaft zu Beteiligung sind auch bei Menschen ohne Migrationshintergrund sozial selektiv. Berufstätige und Menschen mit höherer Bildung sind erfahrungsgemäß stärker bereit und in der Lage, sich zu engagieren. Obwohl hierzu für Hamburg keine genauen Angaben zur Verfügung standen, dürften Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell in größerem Umfang aus dem ländlichen und Arbeitermilieu zugewandert sein als es dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung entspricht. Hinzu kommt, dass ein Teil der Qualifikationen von Migranten durch die Wanderung selbst entwertet wird. Die Sprachkompetenz nimmt im Zuwanderungsland automatisch ab, aber auch berufliche Qualifikationen genießen hier größtenteils nicht dieselbe Anerkennung wie in den Herkunftsländern. Hinzu kommt, dass die Institutionen und Verfahren im Aufnahmeland nicht so geläufig sind wie im Herkunftsland. Es treten also bei Migranten zusätzliche Selektionsmechanismen auf, die das Ausmaß der Beteiligung herabsetzen. Insofern lässt sich Beteiligung von Migranten nicht allein anhand ihres jeweiligen Anteils an der Gesamtbevölkerung messen.

Die Beteiligung von Migranten hat in Hamburg, wenn man die wichtigsten Beteiligungsbereiche zusammen betrachtet, in den letzten Jahren tendenziell zugenommen. Wo für eine Analyse quantitative Schätzungen vorgenommen werden konnten (Schöffenamts, Parteimitgliedschaft, Abgeordnete in der Bürgerschaft, Mandatsträger in den Bezirksversammlungen), liegt sie derzeit zwischen fünf und acht Prozent. Beim parteipolitischen Engagement wird besonders deutlich, dass die Mandatsträgerschaft von Zuwanderern, die vor wenigen Jahren noch eine absolute Ausnahmeerscheinung war, innerhalb eines Zeitraums von rund fünfzehn Jahren sich als gesellschaftliche Normalität zu etablieren beginnt. Allerdings wäre ohne die Änderung des Wahlrechts in Hamburg, wodurch einige Kandidaten ihre jeweiligen Communities für den Wahlgang mobilisieren konnten, der Anteil der migrantischen Mandatsträger zurückgegangen. Allerdings kann es durchaus als positives Zeichen für eine weitere Beteiligung gewertet werden, dass trotz dieser Erfolge bislang kaum Konflikte in den Parteien öffentlich zutage getreten sind.

Die Ausübung des Schöffenamtes durch Personen mit Migrationshintergrund hat ein Ausmaß erreicht, das in einem bemerkenswerten Kontrast zu der geringen öffentlichen Beachtung steht, die dieser Form ehrenamtlicher Tätigkeit entgegengebracht wird. Die großen Einwanderungsgruppen der Menschen aus der Türkei, aus Polen und aus Russland sind hier zahlenmäßig stark vertreten, obgleich ihre Organisationen bisher nur in Ausnahmefällen in die Rekrutierung einbezogen worden sind. Dass für das Ausüben dieses Amtes ebenso wie bei der parteipolitischen Mandatsträgerschaft das Beherrschen der deutschen Sprache und die deutsche Staatsangehörigkeit Voraussetzung sind, stellt für Migranten zwei grundsätzliche Schranken für diese Art der Partizipation dar, angesichts derer diese Formen des Engagements erst recht ein beachtenswertes Ausmaß erreicht haben. Positiv ist vor allem der Befund zu werten, dass sich bei dem Vergleich der Wahlvorschläge und der Wahlergebnisse nur wenig Selektion zeigte, also kein "Herauswählen" von Migranten zu beobachten war.

Die relativ erfolgreiche Integration von Migranten in die politischen Parteien, die in vergleichsweise kurzen Zeiträumen auch zur Übernahme leitender Funktionen auf unterschiedlichen Ebenen geführt hat, zeigt darüber hinaus, dass zumindest hier ihre anfänglichen Festlegungen auf die Rolle von Interessenvertretern migrantischer Belange inzwischen überwunden ist. Sie sind also auf dem Weg, als vollwertige Akteure im politischen Raum anerkannt zu werden. Allerdings waren in anderen Organisationen nach wie vor Ressentiments dergestalt feststellbar, dass man Migranten mitunter als "unsichere Kantonisten" ansieht und ihnen deshalb ungern ein Mandat zur Außendarstellung überträgt.

Der Befund anderer Untersuchungen, dass das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund im schulischen Bereich am höchsten ist, lässt sich durch unsere Erhebungen bestätigen. Allerdings erreicht es in Hamburger Schulen nicht das Niveau der Eltern ohne Migrationshintergrund. Das Ausmaß der schulbezogenen Beteiligung liegt bei durchschnittlich 15 bis 20 Prozent, ist allerdings bei informellen Aktivitäten in der Schule stärker: Am Schulleben und auch an einzelnen fachlichen Belangen (z. B. Arbeitsgruppen) sind zwischen 40 bis 50 Prozent der Beteiligten Eltern mit Migrationshintergrund. Nimmt man allerdings die Mitwirkung von Schülern mit Migrationshintergrund zum Maßstab, die in den untersuchten Schulen bei rund 80 Prozent liegt und damit ihrem quantitativen Gewicht in etwa entspricht, werden bereits zahlenmäßig Defizite in der Beteiligung der Erwachsenen deutlich. Darüber hinaus wurde deutlich, dass die Intensität der Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund häufig geringer ist als bei Eltern ohne Migrationshintergrund. Die Gründe hierfür sind vielschichtig: Sprachliche Defizite, aber auch anders gelagerte Erwartungen an die Funktion einer Elternmitwirkung, die hohen formellen Anforderungen der Gremien an die Mitwirkenden und die unerwartet hohen Anforderungen, die in Deutschland an eine aktive Begleitung der schulischen Ausbildung durch die

Eltern gestellt werden, wirken sich hemmend aus. Andererseits zeugt das relativ hohe Ausmaß der Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund in der Elternkammer (25 Prozent) von deren schulpolitischem Engagement.

Im Bereich der Stadtteilentwicklung konnte in den Untersuchungsgebieten im informellen Bereich die stärkste Beteiligung von Migranten festgestellt werden. Wie das Beispiel der Borner Runde zeigt, scheinen auch reine Bewohnergremien für die Beteiligung von Migranten besser geeignet als die Gremien mit Vertretern von Personengruppen. In der Borner Runde fällt die Beteiligung von Anwohnern mit Migrationshintergrund insgesamt und an Beschlussfassungen zu Projektanträgen besonders hoch aus. An Beschlussfassungen zu Fragen, die sich allgemein auf die Gestaltung und Entwicklung des Stadtteils beziehen (Mit-Entscheidung und Leitbild-Diskurs), sind Migranten kaum beteiligt. Auch andere Formen der Beteiligung im Bereich der Stadtentwicklung (wie z. B. Information oder Anhörung zu öffentlichen Vorhaben) erreichen die migrantische Bevölkerung nur in einem sehr geringen Umfang. Es dominiert die Beschäftigung mit sehr konkreten Themen. An Beschlussfassungen zu Projektanträgen sind Migranten dagegen etwas häufiger beteiligt. So gibt es in den Quartieren bereits eine Reihe von Eigeninitiativen und Selbstorganisationen von Migranten, die mit dem Instrument des Verfügungsfonds erreicht und unterstützt werden können. Um die Beteiligung in diesem Bereich noch weiter zu steigern, bedarf es aber einer zielgerichteten Ansprache und Information der Migranten.

Grundsätzlich stellt sich hinsichtlich der Bereitschaft zu persönlichem Engagement die Frage, ob der subjektive Nutzen, den Migranten aus der Mitwirkung an Beteiligungsverfahren oder aus ehrenamtlicher Tätigkeit ziehen können, sich von dem der Deutschen ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Die Befragungen zum Freiwilligensurvey haben ergeben, dass als Motivation für das freiwillige Engagement neben dem Willen mitzugestalten auch die Motive mit anderen Menschen zusammenzukommen und Ansehen zu erwerben eine wichtige Rolle spielen. Häufig stellt sich aber für Migranten das Gefühl, mit sympathischen Menschen zusammen zu sein, in Beteiligungszusammenhängen nicht ein. Sie kritisieren vielfach die unpersönliche Atmosphäre und eine fehlende persönliche Ansprache.

Dort, wo die Umgangsformen verändert worden sind, Partizipationsangebote einen offeneren und stärker familienorientierten Charakter erhalten haben, indem die Beschäftigung mit Sachthemen durch gemeinsames Essen und Trinken, durch Musik und Darbietungen ergänzt wurde, haben sich neue Formen der Kommunikation etablieren können, die auch von Nicht-Migranten als Bereicherung erfahren werden. Diese Veränderung in den Kommunikationsformen bezieht sich in erster Linie auf den sogenannten "niedrigschwiligen" Bereich. Allerdings verbessert ein Mehr an Anerkennung und Wertschätzung auch in den anderen Bereichen für alle Beteiligten die Atmosphäre.

Beteiligung findet auf allen administrativen Ebenen statt

Die Untersuchung in der Freien und Hansestadt Hamburg bot die Möglichkeit, Partizipation auf verschiedenen Ebenen zu untersuchen. So wurden die Quartiere, die Bezirksebene und das landespolitische Gremium der Bürgerschaft untersucht. Diese Ebenen sind für die Beteiligung von Bewohnern einerseits als physische Räume wichtig, die als Nachbarschaft und Wohnort verbinden und in denen man sich trifft. Gleichzeitig stellen sie Orte gesellschaftlichen Handelns und der Politik dar (Stadtteilpolitik, Bezirkspolitik, Landespolitik).

Die Untersuchung hat gezeigt, dass alle drei Ebenen für die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund wichtig sind. Auf jeder Ebene wirken andere Akteure, werden unterschiedliche Themen verhandelt und bilden sich verschiedene Netze. Aber man kann nicht sagen, eine Ebene sei besonders wichtig für die Beteiligung. Insofern hat sich die Hypothese bestätigt, dass Beteiligung "vor Ort" tatsächlich in unserem Fall "ganz Hamburg" umfasst. Das mag in Flächenländern, wo die Distanz zwischen der kommunalen und der Landesebene rein geografisch größer ist, anders sein. In Berlin, Bremen, aber auch in acht übrigen Landeshauptstädten wird es ähnlich sein.

Die Stadtteile haben sich als sehr wichtige räumliche Ebene für informelle Beteiligung herausgestellt. Hier begegnen sich die Menschen als Bewohner eines Hauses oder einer Nachbarschaft, als Konsumenten oder als Eltern ihrer Kinder in Schule und Hort. Hier sind die Bürger unmittelbar ansprechbar, was den Stadtteil zur geeigneten Bühne für niedrigschwellige Beteiligungsaktivitäten wie Feste, Treffen oder Basare macht. Auch lassen sich Netze zwischen Horten, Schulen und sozialen Einrichtungen am besten auf Stadtteil- oder Quartiersebene installieren. Allerdings hat es sich als sehr schwer herausgestellt, Nachhaltigkeit zu erzielen. In den untersuchten Gebieten wurde mit der Borner Runde nur ein Beispiel für ein reines Bewohnergremium gefunden, in dem dauerhaft eine nennenswerte Beteiligung von Migranten erreicht worden ist.

Die räumliche Konzentration von Menschen mit Migrationshintergrund spiegelt sich in den unterschiedlichen Anteilen von Migranten an Beteiligungsaktivitäten wider. Ein unmittelbarer Zusammenhang besteht allerdings nicht. Besonders hohe Beteiligungsquoten werden beim parteipolitischen Engagement im Bezirk Hamburg-Mitte sichtbar. Hier wirkt sich sicher einerseits der hohe Bevölkerungsanteil der Migranten von 43 Prozent stimulierend auf die Beteiligung aus, vor allem lebt in diesem Bezirk neben Angehörigen traditioneller Migrantenmilieus eine größere Zahl höher Gebildeter, was als zusätzlicher Einflussfaktor zur räumlichen Konzentration wirken dürfte. In den anderen Bezirken folgen nämlich die Beteiligungsquoten hinsichtlich des parteipolitischen Engagements und hinsichtlich der Tätigkeit als Schöffen nicht den jeweiligen Anteilen der Migranten in den Bezirken.

Die Beteiligung auf Stadtteilebene ist zu wenig dokumentiert, um hierfür messbare Zusammenhänge angeben zu können. Auffällig ist, dass für eigentlich beteiligungsrelevante Themen wie Mietenentwicklung, Verdrängung, ÖPNV oder soziale Infrastruktur in den Stadtteilen Migranten noch nicht in nennenswertem Umfang mobilisiert werden konnten. Vor allem ist ihr Engagement häufiger spontan und weniger dauerhaft als bei Nicht-Migranten. Die Organisationen der Migranten sind, was die Inhalte ihrer Arbeit betrifft, nur selten stadtteilorientiert. Insbesondere religiöse Vereinigungen von Migranten beziehen ihre Mitglieder oder Anhänger oftmals aus mehreren Stadtteilen, die bereit sind, längere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen, um an einem Gottesdienst in der eigenen Herkunftssprache oder Community teilzunehmen. Das Quartier hat für die Arbeit der Vereinigungen daher zunächst keine besondere Bedeutung. Dies schließt aber nicht aus, dass sie sich dennoch an Arbeitsgruppen oder Gremien auf Stadtteilebene beteiligen. So hat die Befragung der Migrantorganisationen gezeigt, dass religiöse Vereinigungen von Migranten bereits vielfältig in Netzwerke und Arbeitsgruppen involviert sind. Somit können auch Migrantorganisationen, die auf gesamtstädtischer Ebene aktiv sind, auf Quartiersebene als Brückenbauer dienen.

Dagegen ist auf der Ebene der gesamten Stadt in verschiedenen Bereichen ein relativ hoher Grad der Partizipation von Migranten zu verzeichnen. So ist es in Hamburg im Jahr 2010 zu einer beachtlichen Mobilisierung von Eltern mit Migrationshintergrund für die Schulreform gekommen. Auch Selbsthilfeorganisationen von Migranten agieren zumeist hamburgweit. Die Wahlerfolge der Kandidaten mit Migrationshintergrund waren im Jahr 2011 ebenso wie bei der vorherigen Wahl auf der Ebene der Bürgerschaft größer als auf der Ebene der Bezirke. Die Einbeziehung der Schöffen wiederum gelingt in erheblichem Umfang auf Bezirksebene. Es ist also durchaus nicht so, dass die Beteiligung von unten nach oben abnimmt oder die Quartiersebene für alle Formen der Partizipation besonders wichtig sei.

8.1 Einflussfaktoren auf die Beteiligung von Migranten

Die Untersuchung hat quer durch die Handlungsfelder verschiedene Faktoren sichtbar werden lassen, die einer Partizipation von Migranten abträglich sind. Dabei handelt es sich einerseits um hemmende Faktoren, die sich aus den Lebenszusammenhängen der Migranten ergeben, andererseits um solche, die sich in Strukturen und Dispositionen von Organisationen, Einrichtungen oder bei Verfahren von Beteiligungsaktivitäten manifestieren. Faktoren, die eine Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund erschweren, stellen entweder Rahmenbedingungen dar, wirken also bereits, bevor eine Beteiligung überhaupt in Gang kommt, oder sie werden als hemmende oder fördernde Faktoren im Verlauf der Beteiligungsprozesse wirksam. Wie bei allen anderen Aussagen, ist beson-

ders bei der Zusammenschau der hemmenden Faktoren zu beachten, dass sie keineswegs für alle Personengruppen mit Migrationshintergrund zutreffen. Zudem zeigt sich, dass hemmende Wirkungen nicht zwangsläufig eintreten, dass vielmehr auch gegenläufige Reaktionsweisen auf dieselben Erfahrungen auftreten.

8.1.1 Hemmende Faktoren für die Beteiligung auf Seiten der Migranten

Zunächst sollen die Faktoren dargestellt werden, die sich vor allem vor dem Erfahrungshintergrund der Zuwanderer als hemmend für eine Beteiligung darstellen können.

Erfahrungen mit Institutionen und Beteiligungsverfahren im Herkunftsland

Häufig greifen Zuwanderer hinsichtlich des Verhältnisses von öffentlichen Einrichtungen zu den Bürgern und der Anforderungen, die in diesem Kontext an sie gestellt werden, auf ihre Erfahrungen im Herkunftsland zurück. In vielen Ländern stellt beispielsweise die Schule eine Institution dar, die weniger Wert auf eine aktive Mitwirkung der Eltern legt. Die Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems ist vielen Migranten aus der Heimat nicht geläufig. Auch der Partizipation in der Stadtentwicklung wird in vielen Ländern nicht die Bedeutung beigemessen wie in Deutschland oder sie erscheint aufgrund der Erfahrungen im Herkunftsland wenig Erfolg versprechend.

Auch die Erfahrungen der Migranten mit Wahlen, Parteien und politischen Institutionen in ihren Herkunftsländern können sich hemmend auf die Beteiligung auswirken. In erster Linie gilt das natürlich für alle Asylsuchenden, aber auch die demokratischen Systeme sind in vielen Ausreiseländern noch äußerst defizitär. Das gilt unter anderem für die Türkei, was einer raschen Integration des Landes in die Europäische Union im Wege steht. Allerdings hat es sich gezeigt, dass es gerade Zuwanderer aus der Türkei, aber auch aus dem Iran sowie aus Russland sind, die sich stark in politischen Parteien engagieren. Zudem kann die Auseinandersetzung mit spezifischen Problemen ethnischer Minderheiten in ihren Heimatländern eine Basis für politisches Engagement in Deutschland darstellen. Die Aktivitäten wenden sich dann häufig von den Themen des Ursprungslandes ab und den Realitäten in Deutschland zu.

Erfahrung von Diskriminierung

Die Bedingungen, die sich speziell auf die Partizipationsbereitschaft von Migranten auswirken, können sich sowohl aus Erfahrungen im Herkunftsland als auch in Deutschland

ergeben. Es ist davon auszugehen, dass bestimmte Gruppen der Migranten der Verwaltung mit Misstrauen begegnen, weil sie schlechte Erfahrungen mit Behörden gemacht haben. Vor allem wird das dann der Fall sein, wenn in der Familie oder der Verwandtschaft aufenthaltsrechtliche Probleme aufgetreten sind, wenn es zu Auseinandersetzungen hinsichtlich des Transfereinkommens gekommen ist oder wenn man sich vergeblich um die Anerkennung beruflicher Abschlüsse bemüht hat.

Diskriminierung erfahren Migranten teilweise aufgrund ihres Äußeren, andersartiger Verhaltensweisen oder ihrer Sprache. Der Arbeitsbereich, staatliche Einrichtungen, aber auch der Bildungs- und Wohnbereich sind nach Aussage der Antidiskriminierungsberatung²³⁸ Hamburg die wichtigsten Felder, auf denen Diskriminierung stattfindet. Benachteiligt oder ungerecht behandelt zu werden, sind die stärksten Empfindungen der Diskriminierten. In der Schule wird über viele derartige Fälle berichtet. Bei den Eltern führt dies zu Konfrontation und Konflikten mit Schulleitung und Lehrern und sehr häufig zum Rückzug oder zur Resignation. Die Migranten, die in ihrem erlernten Beruf nicht arbeiten dürfen, sind häufig - wie auch in unseren Interviews beklagt wurde - in prekären und schlechtbezahlten Tätigkeiten beschäftigt. Für sie stellt dies eine enorme persönliche Herabwürdigung dar und erschwert zudem eine Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen und Entwicklungen.

Es ließ sich allerdings beobachten, dass Diskriminierung eine Beteiligung nicht nur verhindern, sondern auch herausfordern kann. Sie kann aktivierend wirken, wenn man sich dagegen wehrt. Mit einigem Erfolg versuchen die migrantischen Elternorganisationen, die Betroffenen bei der Artikulation ihrer Beschwerden zu unterstützen. Es ist auffallend, dass die Menschen türkischer Herkunft, deren Herabwürdigung in Deutschland nach der Veröffentlichung des Buches "Deutschland schafft sich ab"²³⁹ einmal mehr breiten öffentlichen Raum eingenommen hat, auch diejenigen sind, die sich (selbst wenn man ihre zahlenmäßige Stärke in der Bevölkerung berücksichtigt) besonders intensiv als Gruppe organisieren. Das betrifft sowohl die Gründung eigener Vereine und Organisationen als auch ihr außerordentlich hohes Ausmaß an Beteiligung in den politischen Parteien.

Institutionelle Verhaltensanforderungen und vorherrschende Diskurse

Auf den wichtigsten subjektiven Faktor, die mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache, war bereits hingewiesen worden. Da die meisten Beteiligungsverfahren auf ver-

²³⁸ Basis & woge e.V./Weiß, Birte (2010): Zwei Jahre Antidiskriminierungsberatung in Hamburg.

²³⁹ Thilo Sarrazin (2010): Deutschland schafft sich ab.

bale Kommunikation aufbauen, werden Menschen, die Verständnisprobleme haben, hier von automatisch ausgeschlossen. In den Befragungen äußerten sich viele Migranten dahingehend, dass sie es sich aufgrund ihrer geringen Deutschkenntnisse nicht zutrauen würden, in Stadtteil- oder Schulgremien mitzuwirken. Andere gaben an, dass sie sich in den Veranstaltungen nicht verständlich machen konnten oder übergangen wurden. Die häufig bilderreiche Sprache, derer sich Migranten bedienen, wirkt auf Nicht-Migranten in dem betont sachlichen Kontext mitunter befremdlich.

Als Barrieren in der Praxis von Beteiligung stellen sich oft institutionelle Verhaltensanforderungen und vorherrschende Diskurse heraus. Die starke Rolle der Sprachgewandtheit und der Vertrautheit mit den wichtigen und "richtigen" Begriffen, der üblichen Codes, macht es Migranten in vielen Handlungsfeldern schwer, sich (unabhängig von den rein "technischen" Sprachkenntnissen) Gehör zu verschaffen. Aus Sicht der nicht-migrantischen Teilnehmer an Beteiligungsverfahren äußern sie sich mitunter zu den "falschen" Themen (z. B. Ablehnung von Homosexualität, Befürwortung traditioneller Erziehungsstile) oder beherrschen nicht die als "politisch korrekt" anerkannten Ausdrucksformen. Auch der geforderten Disziplin und Zuverlässigkeit (pünktliches, regelmäßiges Erscheinen, Entschuldigung bei Nichterscheinen, inhaltliche Vorbereitung etc.) wird von Migranten mitunter nicht sogleich entsprochen, was auf der anderen Seite zu Verstimmung führt.

Die Aufnahme eines freiwilligen Engagements oder der Eintritt in einen Beteiligungsprozess ist für viele Migranten, vor allem für Frauen, mit einem erheblichen Rollenwechsel verbunden. Die traditionellen Verhaltensmuster aufzugeben, stellt einen Verstoß gegen herrschende Regeln in der Community dar und ist mit Ängsten verbunden. Nicht selten stößt das Verhalten von Frauen, abends allein das Haus zu verlassen, sich in Kreisen aufzuhalten, in denen auch Männer zugegen sind oder im Besitz der Telefonnummern von Männern zu sein, auf erheblichen Widerstand von Familienmitgliedern, insbesondere des Mannes. Insofern ist dann nicht nur nach dem Nutzen zu fragen, den eine Person aus der Mitwirkung ziehen kann, sondern es sind auch die Nachteile zu berücksichtigen, die die Person teilweise dadurch erleidet. Eine Einbindung der Familien kann in diesem Zusammenhang als vertrauensbildende Maßnahme wirken.

Fehlende Ressourcen

Eine Mitwirkung von Migranten wird nicht selten dadurch beeinträchtigt, dass einige Beteiligungsformen, selbst im "niedrigschwelligen Bereich", mit materiellem Aufwand verbunden sind. So ist der finanzielle Aufwand, um für ein Klassen- oder Schulfest Kuchen oder andere Speisen mitzubringen, vielleicht für einen Haushalt mit durchschnittlichem Ver-

dienst nicht so erheblich. Doch für eine Familie, die nahe der Armutsgrenze lebt, stellt ein solcher unentgeltlicher Beitrag durchaus eine Belastung dar. Auch bei Gestaltung öffentlicher Grünanlagen oder anderen Aktivitäten wird oftmals vorausgesetzt, dass die Akteure das Material ohne Gegenleistung zur Verfügung stellen.

Als ein Engpass für die Verbesserung von Beteiligungsprozessen stellt sich in unterschiedlicher Intensität die Ausstattung der Migrantenorganisationen mit personellen und finanziellen Ressourcen dar. Vielfach klagen sie über mangelnde Unterstützung und hohe Belastung der ehrenamtlich tätigen Vereinsmitglieder. Insbesondere die stärkere Vernetzung der Vereine untereinander scheint mit den gegebenen personellen Kapazitäten nicht leistbar zu sein. Aktive Vertreter der Migrantenvereine beklagen sich auch darüber, dass sie selbst häufig als ehrenamtlich Tätige in den Gremien Akteuren begegnen, die im Rahmen ihrer hauptamtlichen Tätigkeit für ihre Mitwirkung bezahlt werden.

8.1.2 Hemmende Faktoren für die Beteiligung auf Seiten der Aufnahmegesellschaft

Ausgehend von einem wechselseitigen Beteiligungsverständnis werden jetzt jene Aspekte beleuchtet, die sich als hinderlich erwiesen haben, Menschen mit Migrationshintergrund erfolgreich in Beteiligungsprozesse zu integrieren.

Mangelnde Kenntnisse über die Lebenslagen und Interessen der migrantischen Bevölkerung

Wie gezeigt, stellen sich die Lebenslagen und Interessen der verschiedenen Gruppen mit Migrationshintergrund sehr unterschiedlich dar. Bei den Akteuren, die auf den jeweiligen Ebenen der Verwaltung mit der Aufgabe betraut waren, Netzwerke mit Migranten aufzubauen oder sie stärker zur Partizipation zu motivieren, war häufig keine genauere Kenntnis der Lebensumstände der Adressaten festzustellen. Ein Wissen um die Migrationsgeschichte, die Kulturen und Religionen sowie die inneren Strukturen der unterschiedlichen Gruppen ist aber eine wichtige Voraussetzung für eine gezielte Auswahl geeigneter Ansprechpartner und eine Ansprache im "richtigen Ton" und mit den relevanten Themen.

Es ist für eine erfolgreiche Ansprache der Migranten wichtig, sich mit deren Problemen und Interessen auseinanderzusetzen. Aufenthaltsrechtliche Fragen, Schwierigkeiten bei der Anerkennung von schulischen und beruflichen Abschlüssen, Konflikte mit den Behörden im Herkunftsland, aber auch ihre besonderen Problemlagen in Deutschland sollten zumindest in groben Zügen bekannt sein. Ebenso ist es hilfreich, Vorurteile, die auf Seiten

der Migranten gegenüber anderen migrantischen Gruppen bestehen, zu kennen, um auf dieser Grundlage mögliche Konflikte oder Spannungen im Beteiligungsprozess vermeiden oder sie zumindest in Rechnung stellen zu können.

Die Akteure bemühen sich auf den verschiedenen Ebenen, jeder für sich, diesen komplexen Anforderungen gerecht zu werden. Eine systematische Zusammenführung der verstreuten Kenntnisse und Erfahrungen sowie die Vermittlung von Hintergrundinformationen finden derzeit aber noch nicht in genügendem Umfang statt. Dabei bietet diese Aufgabe durchaus auch Ansatzpunkte für die Einbeziehung der Migranten selbst, denn sie sind selbst "Experten" in eigener Sache, die den Akteuren der Aufnahmegesellschaft wichtige Kenntnisse vermitteln können. Die Angebote und Veröffentlichungen der Landeszentrale für politische Bildung²⁴⁰ und der Volkshochschulen können in entsprechende Weiterbildungen ebenfalls einbezogen werden, allerdings weisen sie in der Regel bislang nicht die erforderliche thematische Ausrichtung und den wünschenswerten Praxisbezug auf.

Mangelnde interkulturelle Kompetenzen der Akteure

Im Zusammenhang mit Aktivierungsversuchen werden häufig unterschiedliche kulturelle Hintergründe und Verhaltensweisen bei Personen, die aus anderen Ländern zugewandert sind, sichtbar. Auch zwischen verschiedenen Migrantengruppen unterscheiden sie sich erheblich. Auf diese Verhaltensweisen angemessen reagieren zu können, setzt ein kultursensibles Vorgehen voraus. Auch bestehen bei jedem der in diesen Prozessen tätig ist, bewusste oder auch unbewusste Vorurteile gegenüber den Adressaten. Wenn diese nicht bearbeitet werden, stehen sie einer offenen Kommunikation im Wege.

Zur interkulturellen Kompetenz gehört es auch, andersartige Verhaltensweisen und Werte zur Kenntnis zu nehmen und angemessen darauf zu reagieren. Hier können nur sehr allgemeine Aspekte beispielhaft beschrieben werden. So wird von den meisten Migranten großer Wert auf persönliche Ansprache gelegt. Entsprechend der stärkeren Förmlichkeit im Umgang miteinander sollte diese, wenn sie einen positiven Effekt auslösen soll, mit expliziter Wertschätzung und Würdigung der jeweiligen Person verbunden sein. Die deutschen Umgangsformen werden häufig als schroff und abwertend empfunden. In diesem Zusammenhang werden auch Einladungen und Informationen in der eigenen Sprache als Ausdruck von Wertschätzung angesehen. In allen Handlungsfeldern, selbst für das par-

²⁴⁰ Ein gutes Beispiel stellt die Broschüre "Begegnungen - İliskiler" der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg dar, die auch eine gute Darstellung der Geschichte der türkischen Selbstorganisation in Deutschland enthält.

teipolitische Engagement waren meistens persönliche Ansprache und persönliche Unterstützung für die Beteiligung ausschlaggebend.

So wurde in vielen Gesprächen mit Migranten deutlich, dass diese aufgrund von in der Vergangenheit erlebten Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen eher dazu tendieren, sich zurückzuziehen. Wenn sie bei einem der Treffen das Gefühl hatten, dort nicht willkommen zu sein, haben sie die Gremien oder Veranstaltungen nicht mehr besucht. Solche Rückzugstendenzen haben sich im Rahmen der Studie in unterschiedlichen Zusammenhängen gezeigt: Im Bereich der Stadtteilentwicklung nach dem Besuch einer Beiratssitzung, wenn auf ein dort vorgetragenes Anliegen nicht reagiert wurde, im Bildungsbereich nach einem Gespräch mit einem Lehrer, bei dem sich die Eltern nicht ernst genommen fühlten oder im politischen Bereich nach einer Gremiensitzung, bei der eine diskriminierende Bemerkung fiel. Diese Erfahrungen der Ablehnung oder Diskriminierung wurden von den betroffenen Personen mit Migrationshintergrund nicht immer angesprochen, weshalb es den beteiligten Akteuren und den anderen Mitgliedern oftmals gar nicht bewusst sein dürfte, warum es zu keiner weiteren Beteiligung der betroffenen Personen kam.

Hinzu kommt, dass viele Personen mit Migrationshintergrund nicht im selben Ausmaß wie die Herkunftsdeutschen als Individuen agieren. In den politischen Parteien hatte es sich ganz deutlich gezeigt, dass Aktive beim Eintritt in die Parteiorganisationen häufig weitere Personen "mitbrachten". Ein großer Rückhalt in der eigenen Gruppe wurde im Verlauf der Hamburger Wahlen sichtbar, als es mehreren Kandidaten gelang, durch die Unterstützung aus der eigenen Gruppe teilweise spektakuläre Wahlerfolge zu verbuchen. Insofern ist oftmals nicht nur die einzelne Person der Adressat, sondern es muss die Reaktion des sozialen Umfelds (Familie, soziale Netze) mitbedacht werden. Das kann die individuellen Entscheidungsmöglichkeiten einschränken, wie beispielsweise im Fall von Frauen, von denen erwartet wird, abends nicht allein aus dem Haus zu gehen und für die Familie da zu sein.

Wen man zu einer Sitzung einladen sollte, welche Reihenfolge gegebenenfalls zu beachten ist, ob es sinnvoller ist, eine Frau ohne oder mit ihrem Mann anzusprechen, ob die direkte Ansprache oder die Ansprache über eine Organisation der empfehlenswertere Weg ist, diese für den erfolgreichen Aufbau kommunikativer Prozesse erforderlichen Vorüberlegungen setzen voraus, sich mit den Adressaten ausreichend vertraut gemacht zu haben. Wenn diese unterschiedlichen Dispositionen den Akteuren nicht vertraut sind, kann auf der einen Seite eine ungewollte Diskriminierung von Migranten die Folge sein. In vielen Expertengesprächen sind kommunikative Dissonanzen deutlich geworden, die fehlender interkultureller Sensibilität der Akteure geschuldet war.

Teilweise ist in Institutionen und Einrichtungen die Bereitschaft, auf Migranten zuzugehen oder besondere Anstrengungen zu deren Beteiligung zu unternehmen, auffallend gering. Dies steht in einem deutlichen Kontrast zu den öffentlichen Verlautbarungen in Politik und Verwaltung. Es ist zu vermuten, dass dies teilweise der Reflex einer unzureichenden interkulturellen Kompetenz ist. So scheinen selbst bei Akteuren, denen sicher keine politisch motivierte Xenophobie zu unterstellen ist, Unsicherheiten und Berührungängste in Bezug auf Gruppen von Migranten zu bestehen.²⁴¹

Schwache Repräsentation von Migranten in der Verwaltung und in öffentlichen Einrichtungen

Ein weiterer Aspekt, der sich auf die Bereitschaft von Migranten zur Beteiligung hemmend auswirken kann, ist die schwache Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und in öffentlichen Einrichtungen. So wurde in mehreren Gesprächen deutlich, dass die geringe Repräsentation von Migranten in Politik, Verwaltung und in öffentlichen Einrichtungen dazu führen kann, dass sich Einwanderer nicht so gut mit den deutschen Behörden identifizieren können und ihre Beteiligungsmöglichkeiten insgesamt als begrenzt wahrnehmen. Für die meisten Einwanderer reicht es in diesem Zusammenhang nicht aus, wenn die Gruppe der Migranten in den zentralen Institutionen vertreten ist, sondern sie möchten ihre spezifische Bezugsgruppe, die sich auf ein bestimmtes Land, eine Kultur oder Religion beziehen kann, in den Institutionen vertreten sehen.

So zeigte sich insbesondere in Gesprächen mit praktizierenden Muslimen, dass diese aufgrund von fehlenden Vorbildern in Politik und Verwaltung oftmals das Gefühl haben, keinen gleichberechtigten Zugang in Politik, Verwaltung und öffentliche Einrichtungen zu haben und ihr Engagement daher aus ihrer Sicht sehr stark auf die ehrenamtliche Beteiligung in den Gremien begrenzt bleibt. Auch andere Migrantengruppen, wie z. B. die Deutschen aus Russland, sehen sich nicht ausreichend in den öffentlichen Institutionen repräsentiert. Im Rahmen der Untersuchung wurde in mehreren Gesprächen darauf verwiesen, dass eine Beschäftigung von Einwanderern im öffentlichen Dienst auch dazu beitrage, das Vertrauen der Einwanderer in die deutschen Behörden zu stärken, was sich positiv auf die Beteiligungsbereitschaft der Einwanderer auswirken kann.

²⁴¹ Wenn von Antragstellern, wie bei "Vielfalt tut gut" im Bezirk Hamburg-Mitte, für öffentliche Projektförderung die Unterzeichnung von Treueerklärungen und von Trägern verlangt wird, sich mit deren Verfassungstreue zu befassen, so ist dies einer offenen Interaktion sicherlich ebenfalls abträglich.

8.2 Bewährte Ansätze im Beteiligungsprozess

Im Rahmen der Untersuchung konnten verschiedene Ansätze identifiziert werden, die von einzelnen Akteuren entwickelt und erprobt wurden und die zu einer Verbesserung der Beteiligung von Migranten geführt haben. Dabei hat sich gezeigt, dass sich die erfolgreichen Herangehensweisen, die in unterschiedlichen Zusammenhängen angewandt wurden, kaum zwischen den einzelnen Handlungsfeldern unterscheiden und somit meist auch auf andere Bereiche übertragbar sein dürften. Im Folgenden werden die zentralen Elemente erfolgreicher Ansätze dargestellt.

Erprobung neuer Anspracheformen

Die Entwicklung und Nutzung geeigneter Anspracheformen ist für die Aktivierung und Beteiligung bisher unbeteiligter Zielgruppen grundsätzlich von hoher Bedeutung. Wie sich im Rahmen der Untersuchung gezeigt hat, sind insbesondere sozial belastete und geringer qualifizierte Migranten mit den bisher vorherrschenden Anspracheformen, wie schriftlichen Einladungen, Aushängen oder Flyern, nur sehr schwer zu erreichen. Doch gerade die sozial benachteiligten Migranten stellen in den Quartieren im Rahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung oder in einzelnen Handlungsfeldern wie Bildung oder Sport eine wichtige Zielgruppe dar. In verschiedenen Zusammenhängen wurden daher neue Formen der Ansprache erprobt, um eine breitere Beteiligung zu erreichen.

Als ein Schlüssel zur Beteiligung von Migranten wird in diesem Zusammenhang immer wieder die persönliche Ansprache genannt. Diese kann abhängig vom jeweiligen Beteiligungsprozess auf unterschiedlichem Wege erfolgen. Wie die erfolgreichen Ansätze zeigen, ist es hierbei zunächst von Bedeutung, die genaue Zielgruppe zu bestimmen. Richtet sich der Beteiligungsprozess beispielsweise an die Bevölkerung in einem bestimmten Quartier, hat sich die Durchführung von aktivierenden Befragungen in mehreren Sprachen im Wohnquartier als ein erster Schritt zur Einbeziehung der Bevölkerung bewährt. So konnte beispielsweise durch den Einsatz von sogenannten "Heimatforschern" im Weltquartier sichergestellt werden, dass die Bewohner unabhängig von ihrer Herkunft oder sozialen Lage über den Beteiligungsprozess und die Möglichkeit zur Beteiligung informiert wurden.

Es hat sich aber gezeigt, dass diese Form der Ansprache alleine nicht ausreicht, um eine Beteiligung aller relevanten Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten und eine gewisse Kontinuität sicherzustellen. Vielmehr ist eine kontinuierliche Ansprache wichtig, was auch eine personelle Kontinuität impliziert. Gleichzeitig sollten mit dem ersten bereits weitere Schritte geplant werden, um die Nachhaltigkeit im Beteiligungsprozess zu sichern.

Ein etwas anderer Ansatz, der sich ebenfalls bewährt hat, wurde von der Schule an der Burgweide in Wilhelmsburg gewählt. Da sich auch im Bildungsbereich schriftliche Einladungen und Informationen in Bezug auf die Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund als ungeeignet erwiesen hatten, erstellte die Schule eine mehrsprachige CD, auf der die Eltern über das Schulsystem und die Beteiligungsmöglichkeiten informiert wurden und zu einer Nachmittagsveranstaltung in der Schule eingeladen wurden. An der Veranstaltung nahmen daraufhin deutlich mehr Eltern mit Migrationshintergrund teil als zuvor, woran deutlich wird, dass bereits der Einsatz eines anderen Mediums dazu führen kann, dass sich Personen mit Migrationshintergrund stärker persönlich angesprochen fühlen und erste Hemmschwellen überwunden werden können. Gleichzeitig kann durch die Ansprache der Eltern in verschiedenen Sprachen sichergestellt werden, dass sie grundlegende Informationen in ihrer Herkunftssprache erhalten, ohne die eine Beteiligung gar nicht erst möglich ist.

Eine weitere Form der Ansprache, die in einigen Fällen genutzt wurde, besteht darin, Flyer und Materialien interkulturell zu gestalten. Interkulturelle Gestaltung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass bei der Wahl der Themen, Sprachen und Bilder darauf geachtet wird, dass sich Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft hierdurch angesprochen fühlen. Beispielsweise enthält die Einladung zum Bergedorfer Dialog der Kulturen Fotos, auf denen Bergedorfer mit und ohne Migrationshintergrund mit dem Bergedorfer Wappen und der Fahne ihres Herkunftslandes abgebildet sind. Darüber hinaus ist der Einladungstext in sechs verschiedenen Sprachen aufgebaut und es wird auf die Übersetzungsmöglichkeit durch Dolmetscher bei der Veranstaltung verwiesen.

Mehrsprachige Broschüren oder Informationsmaterialien werden von senatorischen Dienststellen, auf Bezirks- und Stadtteilebene herausgegeben. Ein Beteiligungsverfahren in einer Fremdsprache vorzustellen und dazu einzuladen, macht allerdings nur Sinn, wenn für das gesamte Verfahren Zwei- oder Mehrsprachigkeit sichergestellt werden kann. Sonst ist es ein "falsches Versprechen" an die Eingeladenen und führt im Beteiligungsprozess auf allen Seiten zu Frustration. Zudem ist in Bezug auf Mehrsprachigkeit und Übersetzungen zu berücksichtigen, dass die Adressaten je nach Handlungsfeld und räumlicher Bezugsebene hinsichtlich der gesprochenen Sprache sehr heterogen sind, weshalb Übersetzungen in mehrere Sprachen erforderlich sind. Kleinere Gruppen von Migranten bleiben aber auch dann noch ausgeschlossen.

Für kommunikative Beteiligungsprozesse ist der erforderliche Übersetzungsaufwand erheblich größer. Eine Lösung hierfür ist in den Schulen gefunden worden, wenn an bestimmten Veranstaltungen sogenannte "Sprachmittler" teilnehmen, die als Beteiligte mit größeren Sprachkenntnissen die Informationen in kleinen Gruppen vermitteln und die Ideen, Einwände oder Fragen der Beteiligten übersetzen und weitergeben. Ein solches

Verfahren bietet sich vor allem für relativ große Runden an, in Arbeitsgremien wie Elternvertretungen oder Stadtteilbeiräten dürfte es das Vorankommen sehr erschweren. Daneben kann eine Lösung mit längerfristiger Perspektive darin liegen, niedragschwellige Beteiligungsprozesse mit einem Angebot zur systematischen Verbesserung der deutschen Sprachkompetenz zu verbinden.

Einbeziehung von Multiplikatoren und Migrantenorganisationen

Die Zusammenarbeit mit Multiplikatoren und Migrantenorganisationen hat sich in vielen Fällen als hilfreich erwiesen, um einen Zugang zu bestimmten Migrantengemeinschaften aufzubauen. Multiplikatoren aus der jeweiligen Community oder Vertreter von Migrantenorganisationen können zum einen Informationen in ihre Community weitertragen und für Beteiligungsmöglichkeiten werben. Ein Beispiel hierfür ist das Internationale Frauenfrühstück im Osdorfer Born. Darüber hinaus können sie den Akteuren von Beteiligungsprozessen als erste Ansprechpartner dienen, um auf besondere Anliegen und Problemlagen der jeweiligen Community aufmerksam zu machen. Oftmals ist auf Seiten der Migrantenorganisationen eine große Bereitschaft vorhanden, diesbezüglich als Vermittler zu agieren. Wie das Beispiel des Hamburger Vereins der Deutschen aus Russland zeigt, gehen sie zum Teil sogar selbst auf die Akteure von Beteiligungsprozessen zu, um ihre Unterstützung anzubieten und gemeinsame Aktivitäten durchzuführen. Dabei ist von Bedeutung, dass die Eigenaktivitäten der Migrantenorganisationen von den beteiligten Akteuren anerkannt werden. Wird den Migrantenorganisationen dagegen mit Misstrauen oder Unterstellungen begegnet, sie wollten nur für ihren eigenen Verein werben und Mittel für die Verbandsarbeit aus dem Verfügungsfonds beantragen, kann dies dazu führen, dass sich diese aus den gemeinsamen Aktivitäten zurückziehen.

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass die Migrantenorganisationen zum Großteil auf rein ehrenamtlicher Basis agieren und ihre Ressourcen für ein Engagement außerhalb der eigenen Organisation begrenzt sind. Oftmals werden die Organisationen in verschiedenen Zusammenhängen von ganz unterschiedlichen Akteuren angesprochen und gebeten, sich an Sitzungen, Prozessen oder Gremien zu beteiligen. Viele Vertreter von Migrantenorganisationen, die sich dazu bereit erklärt haben, sind daher bereits jetzt in mehrfacher Weise engagiert. Dieses Engagement kann nicht in beliebiger Weise ausgeweitet werden, ohne den Migrantenorganisationen hierfür entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Informellere Ausgestaltung von Beteiligungsaktivitäten

Insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren hat es sich zudem als hilfreich erwiesen, Beteiligungsaktivitäten mit Festen und informellen Treffen zu verbinden. So ist die Beteiligung an einem Fest oder informellen Treffen in der Nachbarschaft oder Schule mit keinen großen Hürden verbunden. Personen mit und ohne Migrationshintergrund können hier zusammenkommen, ohne dass besonders gute Sprachkenntnisse oder ein bestimmtes Hintergrundwissen erforderlich sind. Auch eine Mitwirkung an den Vorbereitungen der Veranstaltungen ist durch unterstützende Tätigkeiten, wie z. B. Kuchen backen oder beim Aufbau helfen, ohne größere Schwierigkeiten möglich. Wie die Erfahrungen von Gebietsentwicklern, Schulen und Vereinen zeigen, ist unter den Migranten in diesem Zusammenhang eine sehr große Bereitschaft zur Beteiligung vorhanden. In den Gesprächen mit Migranten wurde deutlich, dass viele solche informellen Treffen als Möglichkeit für ein geselliges Zusammenkommen schätzen. Vor allem aber ist es ihnen wichtig, dass Feste als Familienaktivitäten stattfinden und auf jeden Fall die Kinder einbezogen sein müssen. Hier können sie sich mit anderen austauschen und in ungezwungener Atmosphäre Themen oder Fragen erörtern, die ihnen wichtig sind.

In einigen Fällen haben Akteure von Beteiligungsaktivitäten solche informellen Treffen oder Feste genutzt, um diese mit Möglichkeiten zur Beteiligung zu verbinden. So verbindet die Schule an der Burgweide die Wahl zum Elternrat mit einem Schulfest, sodass sich möglichst viele Eltern an der Wahl beteiligen können. In der Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg wurden Elternabende zu Elternnachmittagen mit Kaffee und Kuchen unter Beteiligung der Kinder umfunktioniert, was den Erfolg einer erheblich größeren Teilnahme hatte, aber noch nicht unbedingt zu einer Kommunikation unter den Eltern verschiedener migrantischer Herkunft führte. Trotzdem war es ein wichtiger Schritt, die migrantischen Eltern einzubeziehen. In der Schule an der Burgweide wurde ein Elterncafé eingerichtet, in dem für Eltern darüber hinaus die Möglichkeit besteht, in einer zwanglosen Atmosphäre mit anderen Eltern und Lehrern zusammenzukommen und mögliche Fragen, Bedenken oder Anliegen anzusprechen.

Auch im Rahmen von Quartiersverfahren wird die Veranstaltung von informellen Treffen oder Festen zum Teil genutzt, um Bevölkerungsgruppen einzubeziehen, die mit den formellen Beteiligungsverfahren nicht erreicht werden können. Als Beispiel ist hier das Suppenfest in Lohbrügge-Ost zu nennen. Zwar führen solche informellen Veranstaltungen nicht unmittelbar zu einer weitergehenden Beteiligung, es wird aber zumindest die Gelegenheit geschaffen, mit bisher unbeteiligten Bevölkerungsgruppen ins Gespräch zu kommen und mehr über deren Anliegen, Probleme und Fragen zu erfahren. Somit kann die Initiierung von informellen Treffen oder Festen zu einer ersten Aktivierung der Bevölke-

rung führen und ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Beteiligungsaktivitäten darstellen.

Da die Beteiligung von Migranten insbesondere in benachteiligten Quartieren einige Herausforderungen mit sich bringt, ist es von großer Bedeutung, dass einmal erzielte Beteiligungserfolge nicht sofort wieder verpuffen, sondern dass dauerhafte niedrigschwellige Beteiligungsstrukturen geschaffen werden, die eine kontinuierliche Beteiligung sicherstellen. Ein positives Beispiel stellt in diesem Zusammenhang das Beteiligungsgremium "Borner Runde" dar, das mittlerweile seit über zehn Jahren im ehemaligen Entwicklungsgebiet Osdorfer Born besteht. Das Gremium zeichnet sich durch eine besondere Niedrigschwelligkeit aus, da es sich um ein reines Bewohnergremium ohne feste Mitgliederstruktur handelt und sich interessierte Bewohner des Stadtteils jederzeit punktuell oder dauerhaft an den Aktivitäten beteiligen können. Hierdurch konnte auch eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit quartiersbezogenen Eigeninitiativen von Migranten, wie dem Internationalen Frauenfrühstück oder der Ortsgruppe des Hamburger Vereins der Deutschen aus Russland, sichergestellt werden.

9. Handlungsempfehlungen an Politik, Verwaltung und Akteure

Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Studie werden im Folgenden zentrale Handlungsempfehlungen für Akteure von Beteiligungsprozessen in den Stadtteilen, Bezirken und auf Landesebene dargestellt. Dabei werden zunächst allgemeine handlungsfeldübergreifende Empfehlungen aufgezeigt. Im zweiten Schritt erfolgt dann die Aufbereitung handlungsfeldbezogener Empfehlungen für die zentralen Handlungsfelder.

9.1 Allgemeine Empfehlungen

Verbesserung des Kenntnisstandes für eine zielgruppenspezifische Ansprache

Von elementarer Bedeutung für die Beteiligung von Migranten ist eine zielgruppenspezifische Ansprache, die ethnische und kulturelle Besonderheiten, Bildungsstand und soziale Lage der Bevölkerungsgruppen berücksichtigt. Dies setzt insbesondere bei den Gebietsentwicklern und Sozialraummanagern der Bezirke einen guten Kenntnisstand über die Bevölkerung bzw. den Adressatenkreis voraus. In einigen Experteninterviews mit Gebietsentwicklern und Sozialraummanagern wurde deutlich, dass die Vielzahl der Migrantenorganisationen und Vereine, die in jedem Untersuchungsgebiet vorhanden sind, weitgehend unbekannt waren. Der erste Schritt ist also die Durchführung einer Recherche, um eine Grundlage dafür zu schaffen, systematisch auf die Organisationen und Gruppen bzw. ihre

Mitglieder zuzugehen und mit ihnen ins Gespräch über Stadtteilanliegen zu gelangen. Dazu können zum einen die Bevölkerungsdaten des Statistischen Landesamtes genutzt werden. Vor allem kommt es darauf an, sich anhand von Gesprächen mit Migrantenorganisationen oder Multiplikatoren den zentralen Migrantengemeinschaften persönlich zu nähern und erste Informationen zu deren Lebenslagen, Aktivitäten und Treffpunkten zu erhalten. Darauf aufbauend können dann geeignete Anspracheformen entwickelt werden. Da eine solche Vorgehensweise sehr zeitaufwändig ist, bedarf es insbesondere dort, wo die persönliche Ansprache und Information von Bewohnern mit Migrationshintergrund unabdingbar ist, wie in den Bereichen Stadtteilentwicklung und Bildung, zusätzlicher personeller Ressourcen und einer interkulturellen Schulung des Personals.

Bestehende Beteiligungsstrukturen nutzen und erweitern

Aktivitäten zur Beteiligung der Bevölkerung sollten auf den bestehenden Beteiligungsstrukturen in den Bezirken und Stadtteilen aufbauen und diese nutzen. Dies betrifft zum einen formelle und informelle Netzwerke von Vereinen, Initiativen und Bürgergruppen und zum anderen Selbstorganisationen und Eigeninitiativen von Migranten. Im Rahmen der Untersuchung hat sich gezeigt, dass in allen Stadtteilen Strukturen dieser Art zu finden sind, an die angeknüpft werden kann. Diese können genutzt werden, um Schlüsselpersonen zu identifizieren, die als Multiplikatoren fungieren können. Zudem können im Austausch mit bestehenden Initiativen und Eigenorganisationen Anliegen und Problemlagen der Bevölkerung identifiziert werden. Allerdings reicht es nicht aus, bereits aktive Gruppen und Initiativen in die Beteiligungsstrukturen einzubinden, sondern es muss auch geprüft werden, welche Bevölkerungsgruppen noch nicht durch Initiativen oder Eigenorganisationen vertreten sind und daher auf anderem Weg in die Beteiligungsprozesse einbezogen werden müssen.

Willkommenskultur schaffen

Um eine stärkere Beteiligung von Migranten in Gremien oder Initiativen zu erzielen, ist es von zentraler Bedeutung, dass sich diese in den Gremien oder Initiativen erwünscht und anerkannt fühlen. Eine offensive Willkommenskultur und persönliche Begrüßung und Ansprache in den Beteiligungsgremien könnte ungewollten Missverständnissen entgegenwirken. Dazu gehört es, zumindest in kleineren Arbeitsgremien, dass neu Hinzugekommene persönlich angesprochen werden, dass die Verantwortlichen ihre Freude über ihr Erscheinen ausdrücken, gegebenenfalls die Motivation für das Kommen erfragen und dass man sich gegenseitig vorstellt. Während der Sitzung sollte darauf geachtet werden, sie in die Diskussion einzubeziehen und sie sollten nach der Sitzung zu ihren Eindrücken

befragt werden. Danach sollten der persönliche Kontakt aufrechterhalten und gegebenenfalls die Gründe für ein Fernbleiben erfragt werden. Beteiligungsgremien.

Schulung und Beratung zur Verbesserung der interkulturellen Kompetenzen

In einem engen Zusammenhang mit der Vermeidung von Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen und der Schaffung einer Willkommenskultur steht die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz der zentralen Akteure in Beteiligungsprozessen durch Weiterbildung oder Beratung. Insbesondere bei Akteuren, die direkt mit der Bevölkerung zusammenarbeiten und Beteiligungsprozesse initiieren, sollte der Nachweis von interkulturellen Kompetenzen eine Voraussetzung sein oder sie sollten Schulungen in diesem Bereich erhalten. Dies betrifft die Akteure von Beteiligungsprozessen in allen Handlungsfeldern. Zentrale Akteure, wie z. B. Gebietsentwickler, Lehrer oder Mitarbeiter der Bezirks- und Landesverwaltung, sollten in die Lage versetzt werden, mit Menschen anderer Kulturen erfolgreich zu kommunizieren und Missverständnisse oder Situationen zu vermeiden, die zu einem Gefühl der Ausgrenzung oder Diskriminierung führen könnten. Hier können die Ansätze zur vorurteilsbewussten Erziehung und Bildung,²⁴² der Anti-bias-Ansatz²⁴³ oder Ansätze zur Erhöhung der Kultursensibilität genutzt werden.

Erhöhung des Mitarbeiteranteils mit Migrationshintergrund

Eine sichtbare Repräsentation von Migranten in den öffentlichen Behörden kann dazu beitragen, die Identifikation der Migranten mit den deutschen Institutionen zu stärken und deren Beteiligungsbereitschaft zu erhöhen. In diesem Zusammenhang ist der von Hamburg eingeschlagene Weg zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung zu begrüßen. Durch die Kampagne "Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?" konnte unter den neu eingestellten Auszubildenden bereits eine Steigerung des Migrantenanteils erreicht werden, die sich langfristig auch positiv auf den Migrantenanteil unter den Beschäftigten auswirken dürfte. Die Kampagne sollte aber mit weiteren Aktivitäten verknüpft werden, die zu einer Verbesserung der Berufschancen von Migranten im öffentlichen Dienst beitragen. Wie die Befragung der Beschäftigten in den Hamburger Behörden und Ämtern aus dem Jahre 2008 gezeigt hat, sind Migranten bisher überwiegend im einfachen und mittleren Dienst tätig. Um die interkulturelle Öffnung der Verwaltung als Gesamtprozess weiter voranzu-

²⁴² Netzwerk Kinderwelten (www.kinderwelten.net).

²⁴³ Gramelt, Katja (2010): Der Anti-Bias-Ansatz. Zu Konzept und Praxis einer Pädagogik für den Umgang mit (kultureller) Vielfalt (Wiesbaden).

bringen, sollten die weiteren Aktivitäten daher verstärkt auch darauf abzielen, den Anteil der Migranten unter den Beschäftigten im gehobenen und im höheren Dienst sowie mit Vorgesetztenfunktion zu erhöhen.

Die Einstellung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund sollte sich zudem nicht auf den Bereich des öffentlichen Dienstes beschränken. In den Bereichen, wo Unternehmen oder Gesellschaften als Dienstleister für die öffentliche Verwaltung in Erscheinung treten und Beteiligungsprozesse initiieren sollen, könnte die Beschäftigung von hauptamtlichen Mitarbeitern mit Migrationshintergrund als ein zusätzliches Auswahlkriterium bei der Auftragsvergabe aufgenommen werden

Beteiligungsanspruch einlösen

Ein weiterer zentraler Punkt, der zwar grundsätzlich für alle Partizipationsprozesse, für die Beteiligung von Migranten aber von besonderer Bedeutung ist, betrifft den Beteiligungsprozess an sich. Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen eines Beteiligungsverfahrens ist die reale Möglichkeit zur Einflussnahme auf Entscheidungen. Bei den Befragten herrschte oftmals die Ansicht vor, in den Gremien auf Stadtteil- und Quartiersebene bestehe diese Möglichkeit in der Regel nicht. Wie gezeigt wurde, kann dies zum Teil auf die besonderen Hemmnisse zurückgeführt werden, die in Bezug auf die Beteiligung von Migranten bestehen. Aber auch Nicht-Migranten hatten nicht selten den Eindruck, die Initiatoren seien nicht wirklich an einem Votum der Beteiligten interessiert, sondern versuchten, die eigenen Vorstellungen lediglich öffentlich absegnen zu lassen. Aktuell sehen sich Verwaltung und Politik vor der Herausforderung, solche überkommenen Praktiken zu überwinden.

In Bezug auf die Beteiligung von Migranten ist dies mit besonderen Anstrengungen verbunden. So ist für bei den Veranstaltungen ein für alle angenehmes Klima zu schaffen. Das bedeutet für die Nicht-Migranten, gegebenenfalls die Kommunikationsweise und die Interaktionsformen anzupassen, mehr zu erklären, Informationen zu geben, disziplinierter zuzuhören, auch zunächst befremdliche Sichtweisen zuzulassen. Es ist ein Klima der Offenheit gegenüber Erfahrungen und Standpunkten der Migranten zu schaffen, Einwände und Sorgen von Migranten müssen ernst genommen werden. Unterschiede und andere Positionen sollten dabei nicht übergangen werden, sondern es sollte nach Gemeinsamkeiten und Schnittmengen gesucht werden.

Mehrsprachigkeit bei Stadtteilzeitungen und anderen Medien kann ein Mittel sein, Migranten die Artikulation ihrer Standpunkte zu erleichtern, in jedem Fall ist es wichtig, Migranten hierbei als Autoren zu gewinnen. Migration selbst und die Erfahrungen der Migranten soll-

ten zum Thema gemacht werden. Allerdings sollten solche Einzelschritte stets im Hinblick auf eine Verstetigung der Beteiligungsprozesse hin geplant und umgesetzt werden. So darf es nicht bei einmaligen Aktionen bleiben, die dann wieder im Sande verlaufen. Auch Ansprechpartner dürfen nicht ständig wechseln, denn gerade weil der persönliche Kontakt im Umfang mit den Zuwanderern eine besonders große Bedeutung hat, wird der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses ohne feste Bezugspersonen scheitern.

Verbindlichkeit und Kontrolle stärken

Die Kluft, die heute teilweise noch zwischen den offiziellen Verlautbarungen und Zielformulierungen in Konzepten und Programmen einerseits und der Praxis der Beteiligung von Migranten andererseits besteht, sollte unter anderem durch ein Mehr an Verbindlichkeit und Kontrolle reduziert werden. Die öffentlichen Beteiligungsgremien sollten ihre Konzepte zur Partizipation von Migranten konkretisieren, mittelfristig erreichbare Ziele formulieren und Indikatoren bereitstellen, anhand derer der Zielerreichungsgrad gemessen werden kann.

Auf der Bezirksebene wäre es erstrebenswert, wenn die Bezirksversammlungen Beschlüsse fassen würden, in denen im Rahmen der bezirklichen Integrationsbemühungen konkrete Ziele benannt und Zeiträume festgelegt würden, in denen sie für erreichbar gehalten werden. Die für Integration zuständigen Sozialraummanager und Gebietsentwickler sollten regelmäßig über ihre Erfolge bei der Beteiligung von Migranten berichten. Auf der Landesebene sollten die für das Thema relevanten Behörden Selbstverpflichtungen zur Beteiligung von Migranten festlegen und diese sollten regelmäßig kontrolliert werden. Die Fraktionen der Parteien in der Bürgerschaft sollten über Anfragen an die Fachverwaltungen Angaben zum Thema einholen.

Bei der Zusammenarbeit mit freien Trägern sollten Kooperationsvereinbarungen geschlossen werden, die den Beauftragten, wenn dies sinnvoll erscheint, die Beschäftigung von migrantischen Mitarbeitern, die Kooperation mit Organisationen der Migranten oder die Umsetzung bestimmter Verfahren verbindlich vorschreiben. Die Verbindlichkeit bei der Umsetzung von programmatischen Beschlüssen sollte sich jedoch nicht auf Festlegungen, Kontrolle und Sanktionen bei Nichteinhaltung beschränken, sondern auch regelmäßigen Erfahrungsaustausch und Weiterbildungsangebote einschließen.

9.2 Handlungsfeldbezogene Empfehlungen

Gremien und Strukturen zur Beteiligung auf Bezirks- und Landesebene

Die Entscheidung des neu gewählten Hamburger Senats, die Arbeit des Integrationsbeirates fortzusetzen und dabei den Ergebnissen eine höhere Verbindlichkeit zuzumessen, ist zu begrüßen. Eine höhere Verbindlichkeit könnte dadurch erreicht werden, dass die Umsetzung der Beschlüsse durch das Amt für Integration stärker begleitet und kontrolliert wird. Wie sich im Rahmen der Untersuchung gezeigt hat, gibt es hierfür bisher noch kein verbindliches Verfahren und es bleibt den zuständigen Behörden und Ämtern überlassen, wie sie mit den Empfehlungen weiter verfahren. Eine zum Teil fehlende Konkretisierung der Beschlüsse und nicht ausreichend definierte Zuständigkeiten erschweren in diesem Zusammenhang die Umsetzung. Daher ist zu empfehlen, dass die Umsetzung der Beschlüsse des Integrationsbeirates künftig auf Grundlage von internen Verwaltungsvereinbarungen erfolgt, in denen die jeweiligen Verantwortlichkeiten und Zeiträume verbindlich festgeschrieben werden. Die zuständigen Behörden und Ämter sollten dann regelmäßig über die Umsetzung der Beschlüsse im Integrationsbeirat berichten. In den Fällen, in denen es einer weiteren Konkretisierung oder Klärung bedarf, bevor eine Umsetzung der Empfehlungen vorgenommen werden kann, sollten Arbeitsgruppen mit Vertretern der zuständigen Behörden und des Integrationsbeirates eingerichtet werden, um diese vorzunehmen und die weitere Umsetzung zu begleiten. Um die Handlungsfähigkeit des Integrationsbeirates zu erhöhen, sollten zudem Beschlüsse, die auf Mehrheitsentscheidungen beruhen, ermöglicht werden.

In den Bezirken kommt den bezirklichen Referenten für Integration im Sozialraummanagement, den Integrationsfachkräften, eine wichtige Funktion zu. Wie sich in einigen Fällen gezeigt hat, kann durch diese eine zielgerichtete Ansprache und Beteiligung von Migrantenorganisationen und Multiplikatoren mit Migrationshintergrund erfolgen. Die Erfahrungen und Kontakte der für Integration zuständigen Sozialraummanager sollten für Beteiligungsprozesse in den Stadtteilen stärker genutzt werden. Erste Ansätze zur Zusammenarbeit von Integrationsfachkräften und den Gebietsmanagements ließen sich in unterschiedlicher Ausprägung in allen Bezirken finden, allerdings gibt es diesbezüglich keine Verfahrensvorgaben, weshalb es den einzelnen Akteuren überlassen bleibt, ob und auf welche Art ein Austausch oder eine Zusammenarbeit stattfindet. Die Bezirke könnten den Erfahrungsaustausch zwischen den Integrationsfachkräften, den zuständigen Fachabteilungen und den Gebietsmanagements durch Workshops unterstützen, um Strategien zur Aktivierung und Beteiligung von Migranten zu entwickeln und zu diskutieren. Im Rahmen der Untersuchung ist der Eindruck entstanden, dass sich hierfür spontan noch kein optimales Vorgehen herausgebildet hat.

Da die bezirklichen Referenten für Integration nur in sehr begrenztem Umfang über eigene Mittel verfügen, ist es für ihre Arbeit von großer Bedeutung weitere Finanzierungsquellen zu erschließen. In den Bezirken Altona und Mitte konnten im Rahmen der Vorbereitung für das Bundesprogramm "Toleranz fördern - Demokratie stärken" eine Reihe an neuen Kooperationen und Aktivitäten angestoßen werden, die fortgesetzt werden sollten. Allerdings sollte dem im Rahmen des Antragsverfahrens entstandenen Misstrauen unter den Partnern entgegen gewirkt werden. Der Hamburger Senat sollte nach dem Vorbild Berlins darauf hinwirken, den Absatz zur Überprüfung der Partner in der Demokratieerklärung zu streichen, und sich dazu bereit erklären, im Falle einer Ablehnung des Antrags aus diesem Grund die Kosten für die beiden Hamburger Projekte zu übernehmen, damit die Projektträger auf eine Unterzeichnung des umstrittenen Passus verzichten können.

Freiwilliges Engagement

In Hamburg haben sich in den letzten Jahren erste Ansätze und Aktivitäten zur interkulturellen Öffnung von Institutionen, Einrichtungen und Netzwerken der Engagementförderung entwickelt, die fortgesetzt und ausgeweitet werden sollten. Es hat sich gezeigt, dass Migrantenorganisationen in diesem Zusammenhang eine wichtige Brückenfunktion einnehmen können und daher verstärkt in bestehende Netzwerkstrukturen einbezogen werden sollten. Hierfür bedarf es zusätzlicher Unterstützungsstrukturen. So ist deutlich geworden, dass für die Ausweitung der Beteiligung von Migrantenorganisationen an gemeinsamen Aktivitäten wie der Freiwilligenbörse eine spezifische Ansprache und Beratung erforderlich ist. Auf Seiten der Behörden oder bei den Institutionen der Engagementförderung sollte es hierfür eine feste Anlaufstelle geben, an die sich die Migrantenorganisationen mit ihren Fragen wenden können. Diese sollte die Organisationen darüber hinaus durch persönliche und aufsuchende Ansprache zu Beteiligungsmöglichkeiten beraten und informieren. Das kürzlich gestartete Projekt "Fachberatung und Unterstützung für Migranten(selbst)organisationen" des PARITÄTISCHEN Hamburg kann in diesem Zusammenhang einen ersten Ansatzpunkt bieten. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn die Beratung von Migrantenorganisationen nicht nur auf Grundlage von projektbezogenen Aktivitäten erfolgt, sondern dauerhafte Beratungsstrukturen sichergestellt werden können.

Neben der Unterstützung von Migrantenorganisationen durch Beratung sollte auch ihre finanzielle Förderung erfolgen, um eine weitergehende Beteiligung zu ermöglichen. So ist deutlich geworden, dass viele Migrantenorganisationen in unterschiedlichen Zusammenhängen aktiv sind und mit ihrem bisherigen Engagement bereits an die Grenzen ihrer personellen Kapazitäten stoßen. Eine finanzielle Förderung könnte beispielsweise über ein Tandemprogramm nach dem Beispiel Berlins erfolgen, bei dem Migrantenorganisationen mit Institutionen der Mehrheitsgesellschaft zusammenarbeiten. Darüber hinaus sollte, dort

wo es möglich ist, den Migrantenorganisationen der Zugang zu öffentlichen Fördermitteln erleichtert werden (beispielsweise durch die Aufnahme in den Landesjugendring). Neben der finanziellen Förderung kommt der Anerkennung von Engagement eine große Bedeutung zu. So hat sich im Rahmen der Untersuchung an mehreren Stellen gezeigt, dass sich diese positiv auf die Engagementbereitschaft auswirkt, wohingegen fehlende Anerkennung zu Frustrationen und Rückzugstendenzen führen kann. Eine Anerkennung des Engagements von (Migranten)organisationen kann beispielsweise im Rahmen von Auszeichnungen oder gemeinsamen Veranstaltungen erfolgen. Dabei sollten auch informelle Formen des Engagements und Eigeninitiativen von Migranten, die außerhalb der traditionellen Engagementbereiche stattfinden, stärker sichtbar gemacht und anerkannt werden.

Die einzelnen Aktivitäten und die Öffentlichkeitsarbeit der Institutionen und Netzwerke der Engagementförderung sollten grundsätzlich dahingehend überprüft werden, ob Migranten(organisationen) bereits ausreichend als Zielgruppe berücksichtigt werden oder ob ergänzende Maßnahmen zur Ansprache von Migranten(organisationen) erforderlich sind. Wie die schriftliche Befragung der Migrantenorganisationen gezeigt hat, besteht unter den Migrantenorganisationen in Bezug auf die zentralen Einrichtungen, Netzwerke und Aktivitäten im Bereich der Engagementförderung noch ein grundsätzlicher Informationsbedarf. Zentrale Organisationen und Beteiligungsmöglichkeiten, wie die Freiwilligenzentren, das AKTIVOLI-Netzwerk oder die Freiwilligenbörse sind den Migrantenorganisationen mehrheitlich nicht bekannt. Gleichzeitig wünscht sich ein Großteil der Organisationen mehr Informationen über Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten. Somit sollte ein weiterer Schritt darin bestehen, zentrale Informationen zu den bestehenden Einrichtungen, Angeboten und Beteiligungsmöglichkeiten zielgerichteter für Personen mit Migrationshintergrund aufzubereiten und unter den Migrantenorganisationen zu verbreiten. Mögliche Ansätze könnten in diesem Zusammenhang die Einbeziehung von Multiplikatoren und die Erstellung von mehrsprachigen Informationsmaterialien sein. Gerade bei komplexen Themen könnte es für einige Migranten hilfreich sein, grundlegende Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten in ihrer Herkunftssprache zu erhalten. Auch über den Aufbau von mehrsprachigen Internetseiten sollte nachgedacht werden.

Die Arbeit einer beachtlichen Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund als Schöffen ist bisher öffentlich so gut wie unbeachtet geblieben. Dass auch ihre Beteiligung erforderlich ist, um den gesellschaftlichen Querschnitt sicherzustellen, den die Schöffen repräsentieren sollen, wird bislang weder von den für die Schöffenwahl Verantwortlichen auf Bezirks- noch auf Landesebene angemessen berücksichtigt. Es ist erforderlich, dass im Vorfeld der Aufstellung der Vorschlagslisten Migrantenorganisationen, Parteien und andere Institutionen stärker mit der Maßgabe angesprochen werden, gezielt geeignete Personen mit Migrationshintergrund für dieses Amt vorzuschlagen. Die Wahlausschüsse sollten das

Kriterium des Migrationshintergrundes in ihre Auswahl einbeziehen. Das Amt für Integration in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration sollte sich mit der Rekrutierung von Migranten im Zuge des Schöffenwahlverfahrens befassen.

Integrierte Stadtteilentwicklung

In Bezug auf die Beteiligung von Migranten an den Verfahren der Integrierten Stadtteilentwicklung hat sich gezeigt, dass eine deutliche Diskrepanz zwischen den zum Teil sehr ehrgeizig formulierten konzeptionellen Zielsetzungen auf Landes- und Bezirksebene und der konkreten Umsetzung vor Ort besteht. So ist eine nennenswerte Beteiligung von Bewohnern mit Migrationshintergrund bis auf die Borner Runde und den Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg bisher in keinem der untersuchten Quartiers- oder Stadtteilgremien gelungen. Allerdings sind in allen Gebieten positive Ansätze zur Aktivierung und Beteiligung von Migranten und Eigenaktivitäten von Migranten zu finden, auf denen aufgebaut werden kann.

Wie die Ergebnisse der Befragungen zu den verschiedenen Handlungsfeldern gezeigt haben, besteht eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von Beteiligungsprozessen darin, dass die Gebietsentwickler und weitere zentrale Akteure über die notwendigen Kenntnisse der Bevölkerung und Möglichkeiten der Aktivierung und Ansprache verfügen. Das Land und die Bezirke sollten die Gebietsentwickler in diesem Zusammenhang unterstützen, indem sie ihnen Informationen zur Verfügung stellen und Erfahrungsaustausch mit anderen Gebietsentwicklern und Mitarbeitern der Bezirke und Schulungen ermöglichen. Insbesondere die für Integration zuständigen Sozialraummanager der Bezirke sollten hierbei eine unterstützende Funktion einnehmen. In einigen Gebieten waren diesbezüglich bereits erste erfolgversprechende Ansätze zu finden.

Allerdings sind Aktivitäten dieser Art oftmals sehr zeitintensiv. Insbesondere zu Beginn des Beteiligungsprozesses, wenn es darum geht, Vertrauen zu den einzelnen Migrantengruppen aufzubauen, sind mehrere persönliche Gespräche und Treffen der Gebietsentwickler mit einzelnen Organisationen, Gruppen und möglichen Multiplikatoren erforderlich. Damit die Gebietsmanagements die vielseitigen Anforderungen, die an sie gestellt werden, bewältigen können, müssen sie zur Erfüllung dieser Aufgaben mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden.

Darüber hinaus sollten Migrantenorganisationen und Multiplikatoren in den Erfahrungsaustausch und die Entwicklung von lokalen Handlungsstrategien einbezogen werden. Um eine verbindliche Beteiligung von Migrantenorganisationen zu ermöglichen, könnte in diesem Zusammenhang über die Entwicklung von Tandem- oder Kooperationsprojekten

nachgedacht werden. Durch ein solches Vorgehen könnte sichergestellt werden, dass Migrantenorganisationen nicht immer nur als ehrenamtlich agierende Brückenbauer einbezogen werden, sondern zu gleichberechtigten Akteuren im Beteiligungsprozess werden. Ebenfalls als hilfreich könnte sich der Einsatz von interdisziplinären Teams oder die Kooperation mit weiteren Akteuren, wie z. B. den Hochschulen, erweisen.

Als erster Schritt zur Ansprache und Aktivierung der Bevölkerung sind verbindliche mehrsprachige aktivierende Befragungen an den Haustüren der Bewohner zu Beginn eines Stadtteilentwicklungsprozesses zu empfehlen, wie sie bereits in einigen Gebieten stattgefunden haben. Eine solche Befragung kann dazu genutzt werden, die zentralen Problemlagen und Interessen der Bewohner mit Migrationshintergrund zu identifizieren, an denen das Integrierte Handlungskonzept anknüpfen sollte.

Darüber hinaus sollten zur Aktivierung und Beteiligung von Bewohnern (mit und ohne Migrationshintergrund) in benachteiligten städtischen Quartieren ergänzend zu den formalen Beteiligungsstrukturen regelmäßig nachbarschaftliche Treffen und Feste organisiert werden, die als informelle Zusammenkünfte zum gegenseitigen Kennenlernen, zur Information und zum Aufgreifen von Anliegen der migrantischen Bevölkerung genutzt werden können. Erste Ansätze dieser Art sind bereits in allen Stadtteilen zu finden. Solche informellen Veranstaltungen sollten auch dazu dienen, die Bewohner über weitergehende Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren und durch persönliche Ansprache für eine Beteiligung in diesen Gremien zu werben und Multiplikatoren zu gewinnen. Da sich die Stadtteil- und Sanierungsbeiräte aufgrund der Größe und Zusammensetzung für Migranten als nicht niedrigschwellig erwiesen haben, sollte zudem erwogen werden, nach dem Vorbild der Borner Runde im Osdorfer Born auch in anderen benachteiligten Stadtteilen reine Bewohnergremien einzurichten, denen die Mittel des Verfügungsfonds oder ein Teil der Mittel zugeordnet sind. Hierdurch könnte eine niedrigschwelligere Beteiligung mit Entscheidungsbefugnis sichergestellt werden. Darüber hinaus sollten zu einzelnen Themen oder Problemstellungen Arbeitsgruppen mit einem konkreten Lösungsauftrag gegründet werden.

Als hinderlich für die Beteiligung von Migranten hat sich das Losverfahren für die Aufstellung der Mitglieder in Stadtteil- und Sanierungsbeiräten erwiesen. Bei diesem Verfahren laufen die wenigen Migranten, die sich teilweise nur mit erheblicher Überzeugungsarbeit der Gebietsentwickler zu einer Kandidatur bewegen lassen, Gefahr, nicht hineingewählt zu werden. Zu empfehlen ist vielmehr ein offenes Beteiligungsgremium, in dem jeder Anwohner, der regelmäßig an den Sitzungen teilnimmt, stimmberechtigt ist. Für die Ansprache von Migranten und die Werbung für die Beteiligung in den Gremien sollten auch weitere Medien, wie z. B. die Zeitungen von Migrantengemeinschaften, genutzt werden.

Die Arbeit der Stadtteil- oder Sanierungsbeiräte könnte durch verschiedene Aktivitäten aufgelockert werden. Ein nachahmenswerter Ansatz des Sanierungsbeirates Böckmannstraße bestand darin, die einzelnen Beiratssitzungen in jeweils unterschiedlichen Einrichtungen stattfinden zu lassen, was zu einem besseren Kennenlernen von Initiativen und Migrantenorganisationen im Stadtteil führte. Ein anderer Ansatz könnte darin bestehen, zu jeder Sitzung Initiativen oder Gruppen, wie z. B. engagierte Schülergruppen oder Eigeninitiativen von Migranten, aus dem Stadtteil einzuladen, die sich bei der Sitzung präsentieren können. Um mehr Migranten die Beteiligung in formelleren Gremien zu ermöglichen, sollten die Aktivitäten zur Beteiligung außerdem mit Sprachkursen, Dialoggruppen oder themenbezogenen Schulungen verbunden werden.

Darüber hinaus ist die Initiierung von Kunstaktionen oder Theaterstücken zu empfehlen, an denen sich Bewohner unterschiedlicher Kulturen beteiligen können und die somit zu einer breiteren Aktivierung im Stadtteil führen können. Beispielhaft sind die Projekte im Rahmen des Bundesprogramms "Toleranz fördern – Kompetenz stärken" zu nennen, die sich vor allem an Kinder und Jugendliche richten, aber auch für Erwachsene eine geeignete Form sein können, die eigenen Interessen in den Stadtteil einzubringen. Künstlerische Aktivitäten dieser Art können sich auch mit dem Thema Migration im Stadtteil befassen und die Vielfalt in der Bevölkerung als Bereicherung zum Ausdruck bringen. Die Mitarbeit an der Erstellung von Stadtteilzeitungen könnte durch interkulturelle Schreib- und Fotowerkstätten angeregt werden, die in Kooperation mit der Volkshochschule organisiert werden könnten.

Die Kooperationen mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und der Hafen-City-Universität sollten ausgebaut und im Interesse einer Weiterentwicklung der Konzepte der Stadtteilentwicklung genutzt werden. Auch die Einbeziehung von Studenten, vor allem solchen, die selbst einen Migrationshintergrund haben, und Projekten, die sich dem Thema Beteiligung widmen, in die Arbeit der Stadtteilbüros hat sich bewährt.

Mitwirkung in der Schule

Zu Recht steht das Handlungsfeld Schule im Fokus der Bemühungen um eine Steigerung der Beteiligungsbereitschaft und Mitwirkungsfähigkeit der Eltern mit Migrationshintergrund. Es hat sich gezeigt, dass beide Seiten mit diesem Anspruch unter den gegebenen Bedingungen überfordert sind. Eltern, denen die Mitwirkung schwer fällt, brauchen niedrigschwellige Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme (Elterncafé) oder zur Mitwirkung (Feste, Aufführungen). Um diese Begegnungen aber auch zur Kontaktaufnahme und als Grundstein für einen kontinuierlichen Dialog nutzen zu können, müssen entsprechende Kommunikationsstrukturen aufgebaut und personell abgesichert werden. Auf der anderen

Seite fühlen sich die Lehrer und Schulleitungen mit dieser Aufgabe derzeit überfordert, denn sie bedeutet die Schaffung einer zusätzlichen Beteiligungsebene neben Klassenelternvertretung und Elternrat.

Hausbesuche durch die Lehrer haben sich als sehr geeignet erwiesen, um mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Aus den Äußerungen der Befragten wurde auch deutlich, dass der übliche Zeitrahmen für Gespräche in der Schule vielen Migranten als zu kurz bemessen erscheint. Das liegt sicher zum Teil an den sprachlichen Hürden, deren Überwindung natürlich Zeit kostet. Es ist aber auch eine spezifische Erwartungshaltung, dass sich die Lehrer für die Belange der Eltern ausreichend Zeit nehmen. Das mag man für angemessen halten oder nicht, fest steht, ohne erheblich mehr Zeit zu investieren, wird sich der Erfolg, eine größere kindbezogene Mitwirkung der Eltern, nicht einstellen. Bloße Appelle führen nicht zum Ziel. Der höhere Zeitaufwand ist bei der personellen Ausstattung von Schulen, wo die Deutschkenntnisse von Eltern besonders gering sind, entsprechend in Rechnung zu stellen. Entsprechend sollten auch alle diese Bemühungen mit Angeboten für Sprachkurse verbunden werden.

Der Aufbau interkultureller Kompetenz ist der Schlüssel für den Abbau von Konflikten und Verständigungsschwierigkeiten. Die diesbezüglichen Weiterbildungsangebote für aktive Eltern und Lehrer müssen fortgesetzt und intensiviert werden. Die vorhandenen Angebote, die sich vornehmlich an gut ausgebildete und motivierte Eltern richten, sollten durch solche ergänzt werden, in denen die Einbeziehung von Eltern thematisiert wird, die größere Zugangsschwierigkeiten haben. Die Schulen sollten verstärkt den Dialog mit Migrantenorganisationen suchen und dabei von den Verantwortlichen in den Bezirksämtern unterstützt werden.

Hinsichtlich einer Intensivierung der schulischen Beteiligung von Eltern, also ihre kontinuierliche Mitwirkung in den Gremien, bietet sich die Weiterbildung von Multiplikatoren an, wie es in Brandenburg und in Kürze auch in Berlin praktiziert wird. Hier werden Eltern qualifiziert, um in den Schulen andere Eltern für die Mitwirkung in den Beteiligungsgremien zu werben. Gerade unter dem Gesichtspunkt, dass Eltern mit Migrationshintergrund vorwiegend durch persönliche Ansprache zur Mitwirkung motiviert werden können, bietet sich dieses Verfahren als sinnvolle Ergänzung der schriftlichen Unterlagen an. Die Maßnahme könnte vom Landesinstitut für Lehrerfortbildung und Schulentwicklung getragen werden.

Parteilgisches Engagement

Deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund haben die politischen Parteien als Beteiligungsfeld entdeckt. Innerhalb eines vergleichsweise kurzen Zeitraums ist es ihnen in Hamburg (wie in anderen Regionen Deutschlands auch) in beachtlichem Umfang gelungen, Funktionen und Mandatstragerschaften zu übernehmen.²⁴⁴ Dieser Prozess hat sich bisher ohne nennenswerte Konflikte vollzogen, in der Öffentlichkeit war vielmehr eine eher zustimmende Resonanz auf die Berufungen von Migrantinnen in die Landesregierungen von Niedersachsen und Baden-Württemberg vorherrschend. Dass in Hamburg kein Senator mit Migrationshintergrund ins Kabinett eingezogen ist und dass die Zunahme der Mandate nur durch den Wahlerwillen ermöglicht wurde, zeigt allerdings, dass diese Entwicklung kein Selbstläufer ist.

Die Parteien werden sich langsam der wachsenden Bedeutung der Migranten bewusst, die Beteiligung von Migranten wird in den meisten Ortsgruppen und Fraktionen noch als defizitär angesehen. Die Bereitschaft für eine weitergehende Öffnung und ein Zugehen auf Migranten ist zwar erkennbar, doch sieht man in Parteien und Fraktionen die Gründe für die nach wie vor bestehenden Defizite vorwiegend auf Seiten der Migranten. Eine Quotierung stst bei den Parteigliederungen auf wenig Zustimmung. Die Parteigliederungen sollten jede für sich konkretisieren, was hinsichtlich einer Willkommenskultur verändert werden müsste und wie der Kontakt zu Migrantenvereinigungen hergestellt werden kann.

Selbstverständlich dürfte sich auch die parteilgische Beteiligung von Migranten erhöhen, wenn die Einbrgerungsquote steigt. Die untersuchten Beispiele zeigen sogar, dass der Wunsch, sich parteilgisches zu engagieren, in mehreren Fällen zur Beantragung der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Insofern ist hier eine Wechselwirkung zu konstatieren, die bei Versuchen, die Bereitschaft zur Einbürgerung zu stimulieren, stärker berücksichtigt werden sollte. Hierfür wäre die Ausweitung der Regelungen zur Erteilung einer doppelten Staatsbürgerschaft sowie die Einführung eines kommunalen Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Migranten hilfreich, wofür allerdings Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat erforderlich sind.

²⁴⁴ Schönwälder, Karen, Kofri, Christiane, Vielfältige Gesellschaft - homogene Parlamente? Einwanderer in den Räten von Nordrhein-Westfalens Großstädten, Working Paper 10-17 des Max Planck Instituts 2010.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe Stadtforschung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (2004): Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm - Zwischenevaluation 2003 in acht Quartieren, Gutachten im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bau und Verkehr.
- Babka von Gostomski, Christian (2010): Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Forschungsbericht 8. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2009): Engagiert für Integration - Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus 16 Modellprojekten zum interkulturellen bürgerschaftlichen Engagement, Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010): Bundesweites Integrationsprogramm - Angebote der Integrationsförderung in Deutschland - Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung, Berlin.
URL: http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/integration/Content/Publikationen/___Anlagen/integrationsprogramm.property=publicationFile.pdf (Stand: 23. Mai 2011).
- Böhm, T. (1994): Elternrechte in der Schule, in Pädagogik 46.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2008): Integration vor Ort - Der Nationale Integrationsplan - Zwischenbilanz, November 2008.
- Bundesregierung (2007): Der Nationale Integrationsplan, Neue Wege - Neue Chancen, Berlin.
- Cumani, Claudio (2002): Italiener in Deutschland. Vortrag für die Veranstaltung "Sind wir in Europa schon zu Hause? - EU - Bürgerinnen und Bürger im deutschen Alltag". Informations- und Diskussionsveranstaltung der "Europa Akademie" der Friedrich Ebert Stiftung, München, 6. Februar 2002.
- Cyrus, Norbert/Vogel, Dita (2007): Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten in Sachsen. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten. Expertise für die Fraktion von BÜNDNIS 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag. URL: http://www.politischebildung.uni-oldenburg.de/download/2007_Sachsen_Politische_Integration.pdf (Stand: 16. Mai 2011).
- Cyrus, Norbert (2008): Politische Integration von Einwanderinnen und Einwandern, Papier der Heinrich-Böll-Stiftung. URL: http://www.migration-boell.de/downloads/integration/Cyrus_Politische_Partizipation.pdf (Stand: 06. Juni 2011).
- Deth, Jan W. van (2001): Soziale und politische Beteiligung - Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?, in: A. Koch, M. Wasmer, P. Schmidt (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S. 195-219.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2007): Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren unter besonderer Berücksichtigung der Aktivierung von Berlinerinnen und Berlinern mit migrantischer Herkunft, im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin.
- Foroutan, Naika/Schäfer, Korinna/Canan, Coskun/Schwarze, Benjamin (2010): Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland. URL: <http://www.heimat.hu-berlin.de/dossier-sarrazin-2010> (Stand: 16. Mai 2011).
- Fürstenau, Sara/Gomolla, Mechtild (Hrsg.) (2009): Migration und schulischer Wandel: Elternbeteiligung, Wiesbaden.

- González, Toralf/Becker, Anna (2008): Entwicklungslogiken und Perspektiven der Migrantenökonomie im Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte, im Auftrag von Beschäftigung und Bildung e.V., Hamburg.
- Gramelt, Katja (2010): Der Anti-Bias-Ansatz. Zu Konzept und Praxis einer Pädagogik für den Umgang mit (kultureller) Vielfalt, Wiesbaden.
- Griese, Hartmut M./Sievers, Isabel (2010): Bildungs- und Berufsbiographien erfolgreicher Transmigranten, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 46-47, 15. November 2010, S. 22-28.
URL: http://www.bpb.de/publikationen/UTZ8Y6,0,Bildungs_und_Berufsbiografien_erfolgreicher_Transmigranten.html (Stand: 16. Mai 2011).
- Hadeed, Anwar (2005): Selbstorganisation im Einwanderungsland - Partizipationspotenziale von Migranten-Selbstorganisationen in Niedersachsen, Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Nr. 21, Oldenburg.
- Hausmann, Michael (2009): Das Wahlverhalten von Migranten bei der Gemeinderatswahl 2009 in Stuttgart. Informationssystem des Statistischen Amtes Stuttgart.
URL: <http://www.stuttgart.de/item/show/305805/1/publ/17597?> (Stand: 9. März 2011).
- Hirsland, Katrin (2010): Bundesweites Integrationsprogramm. Angebote der Integrationsförderung in Deutschland - Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Bundesministerium des Inneren (Hg.).
URL: http://www.integration-in-deutschland.de/cdn_110/nn_287158/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Integrationsprogramm/bundesweitesintegrationsprogramm.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/bundesweitesintegrationsprogramm.pdf (Stand: 16. Mai 2011).
- Hunger, Uwe/Metzger, Stefan/Bostanci, Seyran (2011): Kooperation mit Migrantenorganisationen, Studie im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Münster.
- Hunger, Uwe/Candan, Menderes (2009): Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die Grenzen hinweg, Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Online-Publikation.
URL: http://www.bamf.de/nn_441968/SharedDocs/Anlagen/DE/Migration/Publikationen/Forschung/Experten/politische-partizipation.html (Stand: 21. Oktober 2011).
- Huth, Susanne (2007a): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten - Lernorte und Wege zu sozialer Integration. INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main.
- Huth, Susanne (2007b): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten, in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 4, Juli-September 2007, S. 203-206.
- IfS - Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2004): Die Soziale Stadt -Ergebnisse der Zwischen-evaluierung, Bewertung des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt" nach vier Jahren Programmlaufzeit, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Berlin.
- Kaase, Max (2003): Politische Beteiligung/Politische Partizipation, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen System der Bundesrepublik Deutschland, 5. aktualisierte Auflage, Opladen, S. 495-500.
- Kalpaka, Annita/Mecheril, Paul (2010): "Interkulturell" - Von spezifisch kulturalistischen Ansätzen zu allgemein reflexiven Perspektiven, in: Paul Mecheril u. a. (Hrsg.): Migrationspädagogik, Weinheim/Basel, S. 77-98.

- Kaluza, Andrzej: Zuwanderer aus Polen in Deutschland, in: UTOPIE kreativ, Heft 141/142, Juli/August 2002, S. 699-709.
- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren (2011a): Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005-2009. Teil 1 Ergebnisse.
URL: http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Einzelseiten/Integrationsbericht_Teil1_2011-02-10-Le-sezeichen.pdf (Stand: 16. Mai 2011).
- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren (2011b): Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 bis 2009, Datenband.
URL: http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Einzelseiten/Integrationsbericht_Teil2_2011-02-10.pdf (Stand: 16. Mai 2011).
- Kroh, Martin/Tucci, Ingrid (2009): Parteibindung von Migranten, in: DIW-Wochenbericht 47/2009, S. 821-827.
URL: http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.343315.de (Stand: 20. Mai 2011).
- Kröner, Stephan (2009): Expertise. Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen. Abschlussbericht.
URL: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/expertise-elternvertreter-migrationshintergrund.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 16. Mai 2011).
- Lima-Curvello, Tatiana: Interkulturelle Öffnung. URL: <http://www.bpb.de/themen/W2GWPY.html> (Stand: 07. Juni 2011).
- Mecheril, Paul u. a. (2010): Bachelor/Master Migrationspädagogik, Weinheim/Basel.
- Mitrović, Emilija/Müller, Dorothea (2009): Sexarbeit - ein Beruf mit Interessenvertretung, in: Forum Wissenschaft, Studien 57, Marburg.
- Mitrović, Emilija (2010): Menschen ohne Papiere - Zur Lebenssituation von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in Hamburg, in: Forum Wissenschaft, Studien 59. Marburg.
- Munsch, Chantal (2010): Engagement und Diversity
- Neumann, Klaus (2010): Die Bedeutung von Migrantengesellschaften und Wertewandel für den öffentlichen Raum, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung Heft 6, Dezember 2010.
- Olk, Thomas (2007): Bürgerschaftliches Engagement und seine besondere Bedeutung für die Integration von Zuwanderern und die Unterstützung von Familien, Impulsvortrag, in: Freie und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Kongressdokumentation "Hamburg engagiert sich - Ehrensache! Integration fördern, Familien unterstützen" am 19. September 2007, S. 11-21.
URL: www.engagement.hamburg.de (Stand: 31. Mai 2011).
- Open Society Institute (OSI) (2010): Muslime in Hamburg, Budapest, New York.
- Penta, Leo (Hrsg.) (2007): Community Organizing - Menschen verändern ihre Stadt, Hamburg.
- Prognos AG/AMB Generali Holding AG: Engagementatlas 2009 - Daten, Hintergründe, Volkswirtschaftlicher Nutzen, S. 21. URL: <http://www.wir-tun-was.de/index.php?id=498> (Stand: 07. Juni 2011).
- Psychotherapeutenjournal 1/2011.
- Putnam, R. D. (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn, Gütersloh.
- Rambøll Management Consulting/TU Darmstadt (2010): Forschungsstudie Migrantinnenorganisationen in Deutschland, Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin. Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (2010): Personalmanagementbericht 2010,

Hamburg.

- Roth, Roland (2009): Integration durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, in: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft - Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen, Wiesbaden, S. 195.
- Sacher, W. (2007): Stand der Elternarbeit mit Migranten, Eröffnungsvortrag zur Tagung "Elternarbeit: Herausforderung und Chance für den Bildungserfolg junger Migranten" am 14./15.12.2007 in der Ev. Akademie Bad Boll. Zitiert nach Kröner, S.: Expertise Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen, Nürnberg.
URL: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/expertise-elternvertreter-migrationshintergrund.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 16. Mai 2011).
- Schmid, Stefanie (2006): Islam im Klassenzimmer. Bericht über die Fachtagung vom 18.-19. Mai 2006 im Körber Forum, Hamburg. Im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).
- Schröer, Hubertus (2007): Interkulturelle Öffnung, Statement für den Workshop des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema "Chancengleichheit in Betrieben und Verwaltungen - Empirische Befunde und strategische Optionen", Berlin.
URL: http://www.fes.de/wiso/pdf/integration/2007/14_Schroer_230407.pdf (Stand: 07. Juni 2011).
- Schulz, R./Friedrich, M./Kröner, S. (2009): Gesetzliche Rahmenbedingungen zur Elternvertretung an Schulen in Bayern und Hessen, in: S. Kröner, Expertise Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen, Nürnberg.
URL: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/expertise-elternvertreter-migrationshintergrund.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 16. Mai 2011).
- Schönwälder, Karen/Kofri, Christiane (2010): Vielfältige Gesellschaft - homogene Parlamente? Einwanderer in den Räten von Nordrhein-Westfalens Großstädten.
URL: http://mmg.vweb12-test.gwdg.de/fileadmin/user_upload/documents/wp/WP_10-17-de_Schoenwaelder_Kofri_Diversity-in-Germanys-Political-Life.pdf (Stand: 16. Mai 2011).
- Senocak, Safer (2011): deutschsein. Eine Aufklärungsschrift. Hamburg.
- Spohn, Margret (2009): Ausländerbeirat? Integrationsrat? Migrationsausschuss? Ergebnisse einer Befragung in fünfzig deutschen Städten zur Vertretung von Migranten und Migrantinnen.
URL: <http://www.auslaenderbeirat-muenchen.de/zukunft/umfrage.pdf> (Stand: 16. Mai 2011).
- Stauf, Eva (2004): Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz - Potenziale, Partnerschaften und Probleme. Bericht über die Befragung ausgewählter Migrantenorganisationen.
URL: <http://www.inpact-rlp.de/eBooks/Migrantenorg.pdf> (Stand: 06. Juni 2011).
- Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2005): Freiwilliges Engagement von Türiinnen und Türiken in Deutschland, Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Essen.
URL: http://www.21-kom.de/fileadmin/user_upload/PDFs/04_Menschen_mit_Migrationshintergrund/Freiwilliges_Engagement_von_Tuerkinnen_und_Tuerken_in_Deutschland.pdf (Stand: 17. Mai 2011).
- Straßburger, Gaby/Wurtzbacher, Jens (2009): Mehr Demokratie - Sicherstellung der bürgerschaftlichen Beteiligung im Wohnquartier. Abschlussbericht des gleichnamigen Forschungsprojektes mit einer Analyse des Quartierbeirates Reuterkiez und Hinweise zur Weiterentwicklung, Berlin.
- Stövesand, Sabine in GWA-Jahrbuch 7 (2004).
- Szynka, Peter (2011): Community Organizing - Ein Weg zu mehr Beteiligung, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachforum, Arbeitspapier 8.

Süssmuth, Rita/Büsch, Victoria (2010): Modell der Zusammenarbeit von Schulen mit Eltern mit Migrationshintergrund. Erfahrungen Berliner Grundschulen. Eine Expertise im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge durchgeführt von der SRH Hochschule Berlin.

Süssmuth, Rita (2005) Streetsoccer & Co. - Wie Integration gelingen kann, Körber-Stiftung, Hamburg.

TNS Infratest Sozialforschung (2003): Schule aus Sicht der Eltern, München.

TNS Infratest Sozialforschung (2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004 - Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, durchgeführt im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, München.
URL: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Engagementpolitik/Pdf-Anlagen/freiwilligen-survey-langfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Stand: 31. Mai 2011).

Unternehmer ohne Grenzen e. V. und Kirstin Krüger (2009): Interkulturelle Elternarbeit in Hamburg und vergleichende Analyse von ausgewählten Multiplikatorenprojekten in anderen Bundesländern, Expertise im Auftrag der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Hamburg.

Verwendete Materialien

AKTIVOLI Netzwerk Hamburg (2003): AKTIVOLI-Netzwerk - Verbund zur Engagementförderung in Hamburg, Leitbild. URL: http://www.aktivoli.de/website.php?id=/index/fuer_organisationen/leitbild.html (Stand: 20. Mai 2011).

AK Umstrukturierung (2011): Alles, alles verkehrt! Wie das Stadtentwicklungsinstrument "Internationale Bauausstellung" Wilhelmsburg und die Veddel verwertbar aufbereiten soll und was das für die BewohnerInnen bedeutet. Februar 2011, Hamburg.

basis & woge e.V./Weiß, Birte (2010): Zwei Jahre Antidiskriminierungsberatung in Hamburg. Beispiele und Ergebnisse aus dem Projekt "Antidiskriminierungsberatung für MigrantInnen". URL: http://www.basisundwoge.de/basiswogecms/fck_uploads/ADB_PDF%285%29.pdf (Stand: 16. Mai 2011).

Bauministerkonferenz (2005): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt". URL: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=CGI5FK4X> (Stand: 06. Juni 2011).

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (2007): Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern. URL: <http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf> (Stand: 23. Mai 2011).

Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten (2011): Länderinformationen - Türkei, Serbien&Montenegro, Polen, Afghanistan, Griechenland, Iran, Portugal, Russland, Italien, Kroatien, Ghana. URL: <http://www.bqm-handbuch.de/site/html/cms.php?cont=115&PHPSESSID=a530f276b0e279b64875dc59e42beb74> (Stand: 06. Juni 2011).

Beutner, Barbara/Büchel, Helga/Hartung, Regine/Mebus, Gudula (2005): Elternratgeber Spezial für ausländische Eltern. Wir reden mit. URL: <http://www.hamburg.de/contentblob/69508/data/bbs-br-e-ratg-spez-deutsch-2005.pdf> (Stand: 16. Mai 2011).

Bezirksamt Altona (2011): Integrationskonzept, Hamburg. URL: <http://www.hamburg.de/contentblob/2873434/data/2011-42-integrationskonzept.pdf> (Stand: 23. Mai 2011).

Bezirksamt Altona (2010): "Was brauchen junge Migrantinnen?", Veranstaltungsdokumentation.

Bezirksamt Bergedorf (2010): Integration gestalten - Vielfalt leben, Strategiepapier für den Bezirk Bergedorf/SR60 (Stand: 26. Oktober 2010).

Bezirksamt Harburg (2009): Sanierungsgebiet S 6 "Phoenix-Viertel", Erneuerungskonzept, 1. Fortschreibung.

Bezirksamt Hamburg-Mitte (2010): Modellvorhaben Gemeinschaftsstraße in Hamburg-Mitte Einladung zum 28. Oktober 2010.

Bezirksamt Hamburg-Mitte (2010): Quartiersentwicklung St. Georg-Mitte: Umsetzung des Quartiersentwicklungskonzeptes. Ergebnisprotokoll der Sitzung des Stadtteilbeirats am 19.04.2010.

Bezirksamt Hamburg-Mitte (2008): Sanierungsgebiet St. Georg S 2 Böckmannstraße, Lindenblatt.

Bezirksamt Harburg, Fachamt Sozialraummanagement (2010): Empfehlungen für ein Harburger Integrationskonzept "Zusammenleben in Eigenverantwortung" - Entwurf, unveröffentlichtes Dokument (Stand: 17. Februar 2010).

Buchard, Boran (2009): Darf ich mal Ihr Minarett anmalen? Minarett Projekt in St. Georg 2008/2009.

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2009): Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, 19. Wahlperiode, Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE).

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2009): Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, Bericht über die Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung 2008 zur Erhebung des Migrationshintergrundes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hamburgischen Verwaltung, Drucksache 19/2532.

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2010): Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, Konzept zur beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Bürgerverein zu St. Georg von 1880 (2011): Blätter aus St. Georg, Ausgaben 8/10, 9-10 und 4/11.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001): Fachworkshop Freiwilliges Engagement in Deutschland, Tagungsdokumentation, Bonn, 18. Dezember 2001.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2010): Migration/Integration und Stadtteilpolitik, Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration, März 2010.

Czaja, Nico (2006): Macht Laune - Portugiesen in Hamburg, in: caiman.de, Oktober 2006. URL: http://www.caiman.de/10_06/kol_1/druckversion.shtml (Stand: 06. Juni 2011).

CONVENT Planung und Beratung GmbH (2008): Quartiersentwicklung Osdorfer Born, 1999-2008, Dokumentation 2008.

Deutsches Rotes Kreuz Osdorf, Unsere Zeitung (2010) Ausgaben 11/2009, 4/2010 und 9/2010.

Diakonisches Werk Hamburg (2009): Leben ohne Papiere - Eine empirische Studie zur Lebenssituation von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in Hamburg.

Diakonisches Werk (2011): Westwind 5/2011.

Eggers, Karin (2005): Das neue Wahlrecht. So wählen wir in Hamburg. Landeszentrale für politische Bildung. URL: <http://www.faires-wahlrecht.de/files/dateien/Broschuere-Landeszentrale.pdf> (Stand: 16. Mai 2011).

Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V. (Hrsg.) (2011): Der lachende Drache - Stadtteilzeitung für St. Georg, Ausgaben 3-4/2009 11-12/2010, 1-2/2011, 3/2011, 4-5/2011.

Engste, Maria/Erkan, Hasan/Medvedev, Alexei/Rocher, Gaella (2011): Netzwerk Interkulturelle Elternprojekte des ESF. Handlungsempfehlung für eine nachhaltige interkulturelle Elternkooperation. URL: http://www.bqm-hamburg.de/media/downloads/Interkulturelle_Elternkooperation.pdf (Stand: 23. Mai 2011).

Eßer, Paul (ohne Angabe): Paella und Flamenco kamen nicht allein. Zur Integration von Portugiesen und Spaniern in Deutschland, in: Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal. URL: <http://www.matices.de/16/16spaella.htm> (Stand: 06. Juni 2011).

Evangelisch-luth. Kirchengemeinde Osdorfer Born (2010): Gehlos, Ausgabe Juni-Juli 2010.

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (2011): Geschäftsordnung des Integrationsbeirats - Aufgaben, Zusammensetzung, Arbeitsweise. URL: <http://www.hamburg.de/arbeitsweise/> (Stand: 20. Mai 2011).

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung (2010): Mit allen an die Spitze. 2010 startet die Schulreform: für mehr Gerechtigkeit und mehr Leistung.

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung (2010): Hamburger Sozialmonitoring. Aufmerksamkeit für soziale Ungleichheit (November/Dezember 2010).

Freie und Hansestadt Hamburg, Personalamt (2010): Wir sind Hamburg! Bist du dabei? Junge Menschen mit Migrationshintergrund gesucht!

Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Hamburg-Mitte (2007): Leitbild zur Integrationsarbeit im Bezirk Hamburg-Mitte - "Kultur des Dialogs".

Georg/Güncel (2010): Stadtteil- und Kulturmagazin Hamburg, Ausgabe April/Mai 2010.

Goetsch, Christa/Dorn, Susanne/Medvedev, Alexei (2010): Eltern in die Schule. Engagierte Väter und Mütter mit Zuwanderungsgeschichte berichten. URL: <http://www.bqm-hamburg.de/media/Elternbroschuere.pdf> (Stand: 16. Mai 2011).

Gür, Funda (2008): Türkischstämmige Stimmen in der BV, in: Barmbeker Kurs, Distrikts-Info der SPD Barmbek-Mitte, Ausgabe Nr. 1 - Januar/Februar.

Haus der Jugend (HdJ) Wilhelmsburg (2010): Leistungsprofil/Konzept - Der Sozialraum.

Helmke, Martina (2006): Sanfte Sitten, in: taz.de, 31. August 2006. URL: <http://www.taz.de/?id=archivseite&dig=2006/08/31/a0267> (Stand: 06. Juni 2011).

Homepage der Behörde für Schule und Berufsbildung (2011): Mitglieder und Institutionen im Landesschulbeirat. URL: <http://www.hamburg.de/navigation-mitglieder-start/70478/start.html> (20. Mai 2011).

Homepage der Behörde für Schule und Berufsbildung (2011): Veröffentlichungen. URL: <http://www.hamburg.de/bsb-publikationen/> (20. Mai 2011).

URL: <http://www.ig-reiherstieg.de/kunst+kultur/kunst+kultur.html>

Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg (2008): Leitfaden für Schöffen. Informationen zum Schöffenamt. Neuauflage. URL: <http://www.schoeffen-nord.de/buchtipps/leitfaden-fuer-schoeffen.pdf> (Stand: 16. Mai 2011).

Medvedev, Alexei (2011): BQM - Beratung Qualifizierung Migration (Hamburg) - (Interkulturelle) Elternkooperation am Übergang Schule-Beruf: Versuch einer Bestandaufnahme. URL: http://www.bqm-hamburg.de/media/downloads/Elternarbeit_2011.pdf (Stand: 31. Mai 2011).

MieterJournal (2009): Stadtporträt St. Georg, Zeitschrift des Mieterverein zu Hamburg, Ausgabe 2/2009.

Morgenpost Hamburg (2011): Aufstand auf dem Straßenstrich vom 1. April 2011.

Netzwerk Kritische Migration- und Grenzregimeforschung (2010): Demokratie statt Integration. <http://www.demokratie-statt-integratin.krit.net.org>.

Pressestelle Hamburg (2009): Integrationsbeirat für mehr interkulturelle Kompetenz 04.10.2009.

Reimann, Anna (2006): Kasachen im Kino - Bei ‚Borat‘ hört der Spaß auf, in: Spiegel Online - UNISPIEGEL, 03. November 2006. URL: <http://www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/0,1518,446216,00.html> (Stand: 06. Juni 2011).

SAGA/GWG (2006): Leben im Born - 18 Lieblingsorte in Wohnungen im Osdorfer Born.

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (2009): Personalmanagementbericht 2009, Hamburg.

Stadtteilbüro Lohbrügge (2010): Stadtteilzeitung Lohbrügge (2010), Ausgaben 01/09 und 06/10.

Stadtteilbüro Osdorfer Born (2009): Stadtteilwegweiser.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord) (2010): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen, in: Statistik informiert Spezial, August 2010.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2010): Statistik informiert vom 10. August 2010.

Steg Hamburg (2010): Phoenix-Viertel - das Magazin zur Sanierung, Ausgaben 3/10 und 6/10.

TAZ Hamburg, Gernot Knödler, Auf der Elbinsel steigen die Mieten. 14.12.2010.

Textor, Martin R. (ohne Datum): Elternarbeit in Kindertageseinrichtungen. URL: http://www.familienhandbuch.de/cms/Kindertagesbetreuung_Elternarbeit.pdf (Stand: 16. Mai 2011).

Wilhelmsburger Inselrundblick, Stadtteilzeitung für Wilhelmsburg, Ausgaben 9/2010, 3-5/2011.

Verband Deutscher Städtestatistiker, Informationen über Migrapro. URL: staedtestatistik.de (Stand: 16. Februar 2011).

Verikom (2009): Active Citizenship. Kompetenz für den Arbeitsmarkt und Orientierung für das Leben in Hamburg.

Zeitungsinitiative Westwind 2010: Stadtteilmagazin für Osdorf und Umgebung 11/2010.

Anhang

Interviews

a) Befragte Experten, institutionelle Vertreter

Herr Kazim Abaci; Hamburger mit türkischem Migrationshintergrund; Befragt zur Hamburgebene; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 45 Jahre; Mitglied im Integrationsbeirat, Unternehmer ohne Grenzen; Interview am 14. Dezember 2010, 17:00-18:30 Uhr.

Frau Danja Antonovic, Journalistin mit serbischem Migrationshintergrund, keine deutsche Staatsangehörigkeit, aktiv in St. Georg seit über 30 Jahren, Interview am 29.4.2011, 18:00-19:30 Uhr.

Frau Sabine Adatepe; Orientalistin und Turkologin; Sprach- und Kulturvermittlerin beim Interreligiösen Dialogkreis Wilhelmsburg, aktiv im Weltquartier; Interview am 18. April 2011, 11:30-12:45 Uhr.

Herr Appeldorn; Centermanagement im Phoenix-Center; aktiv im Phoenix-Viertel; Telefoninterview am 15. Februar 2011, 12:00-12:30 Uhr.

Herr Frieder Bachteler; ehemaliger Schulleiter der Geschwister-Scholl-Stadtteilschule; Lesetage, Stadtteilzeitung Westwind, Borner Runde, Bürgerhaus; aktiv im Osdorfer Born; Interview am 3. Dezember 2010, 12:45-14:15 Uhr, sowie telefonische Nachfrage am 17. Januar 2011.

Frau Tülay Beyoglu, Frau Christiane Tuzy; Verikom Wilhelmsburg, aktiv in Wilhelmsburg; Interview am 22. Februar 2011, 10:45-13:00 Uhr.

Herr Jorge Birkner; brasilianischer Migrationshintergrund; Bezirk Bergedorf, Fachamt Sozialraummanagement, Integration und kulturelle Vielfalt und Bürgerschaftliches Engagement; Telefoninterview am 18. März 2011, 14:30-16:30 Uhr.

Herr Daniel Boedecker; steg Hamburg mbH, Stadtteilbüro Phoenix-Viertel, aktiv im Phoenix-Viertel; Interview am 7. Oktober 2010, 09:30-11:00 Uhr.

Frau Edda Borst und Frau Sabine Thierkon; Sozialpädagogin und Lehrerin an der Elternschule, aktiv im Phoenix-Viertel; Interview am 24. Februar 2011, 11:30-12:30 Uhr.

Frau Dragica Brügel; serbischer Migrationshintergrund; Fachamt Sozialraummanagement Altona, Referentin für Integration und bürgerschaftliches Engagement, aktiv im Osdorfer Born; Interview am 25. August 2010, 14:00-16:00 Uhr, sowie zweites ergänzendes Interview am 22. Januar 2011, 20:00-21:30 Uhr.

Herr Cyrus Cahedy, ehemaliger CDU-Abgeordneter, 15.12.2010, 10:00-11:30 Uhr.

Frau Margaretha Dawid; polnischer Migrationshintergrund; KiFaZ, Kinder- und Familienzentrum, aktiv in Lohbrügge; Interview am 1. April 2011, 10:00-11:30 Uhr.

Frau DeBuhr; IBA, aktiv im Weltquartier; Telefoninterview am 31. März 2011, 09:30-10:00 Uhr.

Herr Jean Engler; Turkologe, Mitarbeiter im Stadtteilbeirat und bei Ret Marut e.V., aktiv in St. Georg; Interview am 24. November 2010, 15:00-17:00 Uhr.

Frau Marina Friedt; Journalistin, Sanierungsgebiet Böckmannstraße, aktiv in St. Georg; Interview am 24. August 2010, 19:00-20:30 Uhr; sowie ergänzendes Gespräch am 18. Dezember 2010.

Herr Julian Frohnecke, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration , telefonisches Interview am 6. Juni 2011, 16:30-16:45 Uhr.

Frau Georgi; stellvertretende Vorsitzende Elternkammer Hamburg, aktiv auf Hamburgebene; Interview am 15. Dezember 2010, 11:30-13:30 Uhr.

Frau Sylvaina Gerlich; Vorsitzende von IMIC e.V., befragt zur Hamburgebene; Hamburgerin mit ghanaischem Migrationshintergrund, deutsche Staatsangehörigkeit; Mitglied im Integrationsbeirat; Interview am 3. März 2011, 10:45-13:00 Uhr.

Frau Glandorf-Strotmann; Freiwilligenzentrum Hamburg, aktiv auf Hamburgebene; Telefoninterview am 16. April 2011, 13:20-14:10 Uhr.

Herr Uli Gomolzig; Sozialpädagoge; Leiter Haus der Jugend (HdJ) Wilhelmsburg; aktiv im Reiehrstiegviertel/Weltquartier; Interview am 22. Februar 2011, 10:45-13:00 Uhr.

Frau Gudrun Greb; Leiterin der Beratungsstelle ragazza e.V.; aktiv in St. Georg; Interview am 9. Februar 2011, 16:30-17:45 Uhr.

Frau Aferdita Halimi; Verein für Bildung, Kultur und Völkerverständigung (BKV e.V), aktiv im Osdorfer Born; Interview am 26. November 2010, 13:00-14:15 Uhr; albanischer Migrationshintergrund.

Frau Regine Hartung; Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung; aktiv auf Hamburgebene; Telefoninterview am 24. Januar 2011, 17:30-18:20 Uhr.

Frau Sarah Heinlin; Bezirk Harburg, Fachamt Sozialraummanagement; Referentin für Integration; Telefoninterview am 18. April 2011, 10:00-10:45 Uhr.

Frau Iris Hollmann; Fachamt Sozialraummanagement Integration und Bürgerschaftliches Engagement im Bezirksamt Hamburg-Mitte, aktiv im Bezirk Mitte, St. Georg und Wilhelmsburg Telefoninterview am 23. Februar 2011, 10:20-11:00 Uhr.

Herr Andreas Hopfgarten; Chefredakteur des ehrenamtlichen Jugendmagazin Freihafen, aktiv im Weltquartier; Interview am 06. Januar 2011, 15:00-16:00 Uhr.

Herr Marcus Hoppe; Student im Praxissemester beim Altonaer Spar- und Bauverein, aktiv im Osdorfer Born; Interview am 12. Januar 2011, 13:15-14:30 Uhr.

Herr Willi Hoppenstedt, GWG-Geschäftsführung, SAGA-GWG, Interview am 1. September 2011, 12:45-14:00 Uhr.

Herr Jochem; Bezirksamt Mitte, Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung, Vor Ort Büro, aktiv in St. Georg; Interview am 14. Dezember 2010, 14:00-16:30 Uhr.

Herr Michael Joho; Historiker und Stadtteilaktivist seit 1986; Mitglied im Stadtteilbeirat, Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V., aktiv in St. Georg; Interview am 4. März 2011, keine Uhrzeit.

Mehmet Karabulut, Vorstandsmitglied des türkischen Elternbundes, Interview am 29.12.2010.

Mehmet Karaoğlu, Leiter des Islamischen Jugendbundes, Hamburger mit türkischem Migrationshintergrund; keine deutsche Staatsangehörigkeit; Interview am 7. Februar 2011, 16:00-18:00 Uhr.

Herr Manuel Kienzler; Lawaetz-Stiftung, Stadtteilbüro, aktiv in Lohbrügge; Interview am 6. Oktober 2010, 17:00-18:00 Uhr.

Herr Michael Klatz; Stadtplanungsstudent; Bewohner im Weltquartier-Wilhelmsburg, aktiv im Weltquartier; Interview am 12. Juni 2010 von 16.00 bis 17.00 Uhr; sowie vertiefendes Interview vom 22. Februar 2011, 14:45-16:30 Uhr.

Frau Vlatka Kraljevic; Flüchtlingszentrum Hamburg, aktiv auf Hamburgenebene; Interview am 25. Februar 2011, 15:00-16:00.

Frau Krawinkel; Hamburger Sportbund, aktiv auf Hamburgenebene; Telefoninterview am 26. April 2011, 14:00-14:40 Uhr.

Frau Dr. Kretzer; Quartiersmanagement ASK Hassenstein + Pfadt GmbH, aktiv in St. Georg und Wilhelmsburg; Interview am 23. Februar 2011, 11:00-13:15 Uhr.

Herr Gottlieb Krune, Andre Kruse, 1. und 2. Vorsitzender des Hamburger Vereins der Deutschen aus Russland e. V. (HVDaR); Gunter Ziegler (Landesverband der Vertriebenen in Hamburg e.V.), aktiv auf Hamburgenebene; Osdorfer Born, Interview am 14. Dezember 2010, 11:00-13:30 Uhr; russischer Migrationshintergrund.

Frau Petra Lotzkat, Leiterin des Zentrums für Aus- und Fortbildung, telefonisches Interview am 6. Juni 2011, 10:20-10:40 Uhr.

Frau Marina Mannarini, Interkulturelle Elterninitiative, Interview am 15.12.2010, 14:30-15:30 Uhr.

Maria Meier-Hjertqvist; ehrenamtlich tätige Anwohnerin seit 32 Jahren; aktiv im Osdorfer Born; Interview am 03. Dezember 2010 von 16.00-17.30 Uhr; sowie vertiefendes Telefonat vom 23.02.2011, 18:00-18:30 Uhr.

Frau Maria Novais; Sozialberaterin bei Verikom, Verbund für interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V., aktiv im Osdorfer Born; Interview am 1. Juli 2010, 16:30-18:00 Uhr; sowie vertiefendes Telefonat am 24. Februar 2011, 14:30-15:00 Uhr.

Herr Wolfgang Oehler; ehem. Quartiersmanager Osdorfer Born für Convent/ASK, aktiv im Osdorfer Born; Interview am 25. August 2010, 10:15-11:30 Uhr; sowie ergänzendes Interview am 9. Februar 2011, 10:00-12:40 Uhr.

Frau Peggy Parnass, Publizistin, schwedischer Migrationshintergrund, keine deutsche Staatsangehörigkeit, aktiv im Einwohnerverein und Mitbegründerin der Bürgerinitiative "Ahoi Savoy - ein Kino für St. Georg", 29. April 2011.

Frau Kaisarina Pettit, Hamburgerin mit Migrationshintergrund Samoa/Neuseeland, keine deutsche Staatsangehörigkeit, Mitglied im Integrationsbeirat, aktiv in St. Georg, Gesprächsprotokoll vom 1. Februar, 17:00-19:30 Uhr.

Herr Pfadt, Frau Jungclaus; Quartiersmanagement ASK Hassenstein + Pfadt GmbH, aktiv in St. Georg; Interview am 25. August 2010, 9:00-10:15 Uhr.

Frau Radtke; Vorsitzende 1. FFC Wilhelmsburg, aktiv in Wilhelmsburg; Telefoninterview am 29. April 2011, 10:30-11:00 Uhr.

Herr Ramazan Ucar; Imam in der Centrum-Moschee, BIG e.V., aktiv in St. Georg; Interview am 24. August 2010, 15:00-16:30 Uhr; türkischer Migrationshintergrund.

Frau Susanne Rautenberg; Lehrerin an der Heinrich-Wolgast-Schule, aktiv in St. Georg; Interview am 11. November 2010, 19:00-20:30 Uhr; sowie ergänzendes Gespräch am 18. Dezember 2010.

Herr Reimanowski, Mitglied der Elternkammer, am 19.12.2010, 13:30-15 Uhr.

Frau Margot Reinig; Leiterin Klück - Kindermuseum, aktiv im Osdorfer Born; Interview am 9. November 2010, 16:00-16:45 Uhr; sowie Ergänzendes Telefonat am 16. November 2010, 14:40-15:10 Uhr; und zweites ergänzendes Telefonat am 22. Februar 2011, 17:00-17:30 Uhr.

Herr Wilfried Ring; Pro Quartier; Weltquartier-Wilhelmsburg, aktiv im Weltquartier; Telefoninterview am 30. März 2011, 15:00-16:00 Uhr.

Herr Ruhkiewick; Pro Quartier - GWG/SAGA, aktiv im Osdorfer Born; Interview am 7. Oktober 2010, 14:00-15:30 Uhr.

Herr Schielke; Stadtteilmanager der Diakonie im Stadtteilbüro Osdorfer Born und Maria Magdalenen Kirchengemeinde, aktiv im Osdorfer Born; Interview am 7. Oktober 2010, 15:30-16:00 Uhr.

Frau Schöne; Schulleiterin in der Schule an der Maretstraße, aktiv im Phoenix-Viertel; Interview am 3. März 2011, 15:30-16:30 Uhr.

Herr Ulf Schröder; Polizeidirektor, Leiter der Wache 11, Polizeidirektion am Steindamm, aktiv in St. Georg; Interview am 11. November 2010, 13:00-14:30 Uhr.

Herr Michael Schulz; Leiter des Büro vor Ort, aktiv in St. Georg; Interview am 23. November 2010, 13:00-14:30 Uhr.

Herr Thomas Schulze; Superurban; Aktiv im Weltquartier; Interview am 6. Oktober 2010, 14.00-15.30 Uhr und 18. April 2011, 14:00-15:30 Uhr.

Frau Seemann, Schulleiterin und Frau Hamzah, Elternratsvorsitzende mit irakischen Migrationshintergrund; Schule an der Burgweide, Wilhelmsburg Kirchdorf, aktiv in Wilhelmsburg; Interview am 8. Februar 2011, 14:15-15:30 Uhr.

Frau Kerstin Seghal; Stadtteilbüro Lohbrügge, aktiv in Lohbrügge; Interview am 1. April 2011, 13.30-16.00 Uhr; telefonische Ergänzung vom 14. April 2011, 13:00-13:30 Uhr.

Herr Siebert; Koordinator Sanierungsbeirat Reiherstiegviertel, Telefoninterview vom 13. Januar 2010; keine Uhrzeit.

Frau Andrea Soyka; Centermanagement im Phoenix-Center, aktiv im Phoenix-Viertel; Telefoninterview am 23. Februar 2011, 10:10-10:30 Uhr.

Frau Spar; Kaffeewelt - Café und Seminarhaus der Guttempler, aktiv in St. Georg; Interview am 24. August 2010, 16:00-16:30 Uhr.

Frau René Steenbock; Mitarbeiterin im Kulturladen St Georg, aktiv in St. Georg; Interview am 14. April 2011, 14:00-15:30 Uhr.

Frau Dr. Ingrid Stöckl; Fachamt Sozialraummanagement Bergedorf, aktiv in Bergedorf; Telefoninterview am 15. April 2011, 10:10-10:50 Uhr.

Frau Andrea Vasse; Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft (jetzt Amt für Arbeit und Integration), Referat Bürgerschaftliches Engagement, Geschäftsstelle AKTIVOLI, aktiv auf Hamburgebene; Telefoninterview am 24. Februar 2011, 10:00-11:00 Uhr.

Herr Helmut Voigtland; Rechtsanwalt, Mitglied im Stadtteilbeirat und Vorsitzender des Bürgerverein zu St. Georg von 1880 RV, aktiv in St. Georg; Interview am 28. März 2011, keine Uhrzeit.

Frau Marion Wartumjan; Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Migranten (ASM), aktiv auf Hamburgebene; Telefoninterview am 9. März 2011, 10:00-11:00 Uhr.

Herr Wilkening (Zuständiger im Bezirksamt Harburg für Stadterneuerung und Sanierungsverfahren), Frau Wassbauer (Sozialpädagogin im Bereich integrierte Stadtentwicklung); Sozialraummanagement Harburg; Frau Heinlin (Integrationsfachkraft), Herr Paulsen, aktiv im Phoenix-Viertel; Interview am 8. September 2010, 14.00-15.30 Uhr, sowie Nachfragen vom 8. Februar 2011, 11:00-11:45 Uhr.

Frau Kerstin Wolf; Leiterin Bliz (Borner Lernen im Zentrum) und SLZ (SelbstLernZentrum), VHS Hamburg, aktiv im Osdorfer Born; Interview am 1. Juli 2010, 15:00-16:30 Uhr; sowie vertiefendes Telefongespräch am 24. Februar 2011, 13:00-13:30 Uhr;.

Frau Jolanda Wozniak; Forum für deutsche und polnische Unternehmer, aktiv auf Hamburgebene; Interview am 17. April 2011, 13:00-14:20 Uhr; polnischer Migrationshintergrund.

Herr Nico Zorn; Sozialraummanager Bezirksverwaltung, aktiv im Osdorfer Born; Telefoninterview am 24. Januar 2011, 10:20-11:00 Uhr.

b) Interviews mit Einzelpersonen (anonymisiert)

Bewohner mit arabischem Migrationshintergrund; aktiv in St. Georg; deutsche Staatsangehörigkeit; 27 Jahre; Jugendleiter in einer Moschee; Interview am 12. Juni 2010, 15:00-15:30 Uhr.

Bewohner mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in Wilhelmsburg; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 15 Jahre; Interview am 13. Juni 2010, 16:00-18:00 Uhr.

Bewohnerin mit iranischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Osdorfer Born; deutsche Staatsangehörigkeit; Mitte 30; Elternvertreterin; Interview am 4. September 2010, 12:30-14:00 Uhr.

Bewohner mit iranischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Osdorfer Born; deutsche Staatsangehörigkeit; Mitte 30; Elternvertreter; Interview am 4. September 2010, 14:00-15:00 Uhr.

Bewohnerin mit brasilianischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in St. Georg; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 51 Jahre; Künstlerin; Interview am 24. Oktober 2010, 12:00-13:45 Uhr.

Bewohnerin mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in St. Georg; deutsche Staatsangehörigkeit; 37 Jahre; Interview am 8. November 2010, 16:00-17:50 Uhr.

Bewohnerin mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im St. Georg; deutsche Staatsangehörigkeit; 16 Jahre; Interview am 8. November 2010, 13:30-15:00 Uhr.

Bewohner mit mazedonischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Osdorfer Born; keine deutsche Staatsangehörigkeit; Mitte 30; Interview am 9. November 2010, 13:15-14:00 Uhr.

Bewohnerin mit afghanischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in Osdorfer Born; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 32 Jahre; Interview am 9. November 2010, 14:20-14:50 Uhr.

Anwohner und Mitarbeiter auf 400 Euro-Basis im Stadtteilbüro, aktiv im Osdorfer Born; Interview am 9. November 2010, 14:30-15:30 Uhr.

Bewohnerin mit serbisch-schwedischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in St. Georg; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 40 Jahre; selbstständige Kulturmanagerin; Interview am 9. November 2010, 20:00-21:45 Uhr.

Bewohner mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in St. Georg; keine deutsche Staatsangehörigkeit; Ende 30; Ladenbesitzer; Interview am 25. November 2010, 18:00-19:45 Uhr.

Schulsozialarbeiter an der Geschwister-Scholl-Stadtteilschule, aktiv im Osdorfer Born; Interview am 3. Dezember 2010, 14:15-15:30 Uhr.

Bewohner mit türkischem Migrationshintergrund; befragt zur Hamburgebene; deutsche Staatsangehörigkeit; 55 Jahre; aktiv in einer Partei; Interview am 14. Dezember 2010, 20:30-22:00 Uhr.

Bewohner mit iranischem Migrationshintergrund; Befragt zur Hamburgebene; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 49 Jahre, Anwalt; aktiv in einer Partei; Interview am 15. Dezember 2010, 10 Uhr.

Bewohnerin mit italienischem Migrationshintergrund; Befragt zur Hamburgebene; keine Angabe zur Staatsangehörigkeit; 50 Jahre, aktiv als Sprachlehrerin; Interview am 15. Dezember 2010, 14:30-15:30 Uhr.

Bewohnerin mit türkischem Migrationshintergrund; befragt zur Hamburgebene; deutsche Staatsangehörigkeit; Mitte 40, aktiv in einer Partei; Interview am 15. Dezember 2010, 16:45-17:30 Uhr.

Bewohner mit polnischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in Wilhelmsburg; deutsche Staatsangehörigkeit; Mitte 40; Mitglied der Elternkammer; Interview am 19. Dezember 2010, 13:30-15:00 Uhr.

Bewohner mit türkischem Migrationshintergrund; befragt zur Hamburgebene; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 44 Jahre; Vorstandsmitglied des türkischen Elternbundes Hamburg; Interview am 29. Dezember 2010, 11:20 bis 13:00 Uhr.

Bewohner mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in Wilhelmsburg; keine deutsche Staatsangehörigkeit; Mitte 30; türkischer Elternbund; Interview am 29. Dezember 2010, 15:30-17:00 Uhr.

Bewohnerin mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in St. Georg; deutsche Staatsangehörigkeit; Mitte 30; Interview am 7. Januar 2011, 17:30-18:30 Uhr.

Bewohnerin mit russischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Osdorfer Born; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 57 Jahre; Angestellte im "Verein der Deutschen aus Russland"; Interview am 26. November 2010, 15:00-16:15 Uhr, sowie telefonische Nachfrage am 18. Januar 2011.

Bewohnerin mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Osdorfer Born; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 48 Jahre; Elternvertreterin; Interview am 21. Januar 2011, 14:00-15:45 Uhr.

Bewohnerin mit neuseeländischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in St. Georg; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 52 Jahre; Mitglied im Integrationsbeirat; Interview am 1. Februar 2011, 17:00-19:30 Uhr.

Bewohnerin mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Osdorfer Born; deutsche Staatsangehörigkeit; 52 Jahre; Initiatorin des Internationalen Frauenfrühstücks; Interview am 3. Februar 2011, 9:15-10:45 Uhr.

Bewohnerin mit afghanischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in Osdorfer Born; deutsche Staatsangehörigkeit; 38 Jahre; Interview am 3. Februar 2011, 10:45-11:30 Uhr.

Bewohner mit mazedonisch-albanischem Migrationshintergrund; Befragt zur Hamburgebene; deutsche Staatsangehörigkeit; Mitte 40, aktiv im Integrationsbeirat; Interview am 7. Februar 2011, 14:30-15:45 Uhr.

Bewohner mit aramäisch-syrischem Migrationshintergrund; Befragt zur Hamburgebene; deutsche Staatsangehörigkeit; 40 Jahre, Vertreter des Syrisch-orthodoxen Kulturvereins; Interview am 8. Februar 2011, 10:30-11:45 Uhr.

Bewohnerin mit türkischem Migrationshintergrund; befragt zur Hamburgebene; deutsche Staatsangehörigkeit; 30 Jahre, aktiv im Schura e.V.; Interview am 8. Februar 2011, 12:00-13:30 Uhr.

Bewohner mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Phoenix-Viertel; deutsche Staatsangehörigkeit; 44 Jahre; Interview am 8. Februar 2011, 12:30-13:45 Uhr.

Bewohnerin mit senegalesischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Phoenix-Viertel; keine deutsche Staatsangehörigkeit; Mitte 30, aktiv in Migrantenorganisation; Interview am 17. Februar 2011, 15:30-17:00 Uhr.

Bewohner mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in St. Georg; keine Angabe zur Staatsangehörigkeit; 42 Jahre, aktiv im Vorstand einer Moschee; Interview am 24. August 2010, 14:00-15:30 Uhr, sowie vertiefendes Interview am 22. Februar 2011, 12:30-14:30 Uhr.

Bewohner mit keinem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im St. Georg; deutsche Staatsangehörigkeit; über 60; Interview am 1. März 2011, 10:00-10:30 Uhr.

Bewohnerin mit afghanischem Migrationshintergrund, keine Angabe zur Staatsangehörigkeit; 45 Jahre, aktiv im Integrationsbeirat und Unternehmer ohne Grenzen; Telefoninterview am 1. März 2011, 10:30-11:00 Uhr.

Bewohnerin mit griechischem Migrationshintergrund; aktiv im Phoenix-Viertel; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 39 Jahre; Ärztin/Kardiologin mit eigener Praxis in Harburg; Telefoninterview am 02. März 2011, 20:00-21:10 Uhr.

Bewohnerin mit polnischem Migrationshintergrund, 67 Jahre, deutsche Staatsangehörigkeit, arbeitet in St. Georg, 15. März 2011, 09:30-10:00 Uhr.

Bewohner mit türkischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Phoenix-Viertel; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 32 Jahre, aktiv im Ortsverband einer Partei; Interview am 17. März 2011, 17:00-17:45 Uhr.

Bewohnerin mit russischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Reiherstiegviertel; deutsche Staatsangehörigkeit; 34 Jahre; Vorsitzende des Sanierungsbeirates im Reiherstiegviertel; Interview am 23. März 2011 von 17:00-17:45 Uhr.

Bewohnerin mit philippinischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz im Phoenix-Viertel; deutsche Staatsangehörigkeit; 32 Jahre; Vertreterin im Elternrat; Interview am 1. April 2011, 17:00-18:20 Uhr.

Bewohnerin mit kurdischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz und aktiv im Phoenix-Viertel; deutsche Staatsangehörigkeit; 35 Jahre; Interview am 1. April 2011, 18:30-19:40 Uhr.

Bewohnerin mit russischem Migrationshintergrund; mit Wohnsitz in Lohbrügge; keine deutsche Staatsangehörigkeit; 38 Jahre; Mitbegründerin des Vereins Schkola Asbuka; Interview am 14. April 2011, 14:00-14:45 Uhr.

Bewohner mit bosnischem Migrationshintergrund, keine deutsche Staatsangehörigkeit, 49 Jahre, aktiv in St. Georg, 13.05.2011, aktiv in St. Georg von 14:30-15:45 Uhr.

Weitere Tabellen zum Kapitel "Freiwilliges Engagement von Migranten"

Tabelle 1

Engagementbereiche der engagierten Nicht-Migranten, Migranten und Migranten türkischer Herkunft im Vergleich (Anteil der Engagierten an der jeweiligen Gruppe, Angaben in %, Mehrfachnennungen möglich)			
	Nicht-Migranten Freiwilligensurvey 2004	Migrantenstichprobe Freiwilligensurvey 2004	Migrantenstichprobe Zentrum für Türkei- studien
Sport und Bewegung	11,5	6,5	2,1
Schule und Kindergarten	7,0	7,0	2,0
Kirche und Religion	6,5	4,0	2,3
Kultur und Musik	6,0	3,5	1,3
Sozialer Bereich	5,5	4,0	1,0
Freizeit und Geselligkeit	5,5	2,5	0,3
Politik/Interessenvertretung	3,0	1,5	0,4
Feuerwehr/Rettungsdienste	3,0	1,0	0,4
Umwelt- und Tierschutz	3,0	1,0	0,0
Berufl. Interessenvertretung	2,5	1,5	0,3
Jugendarbeit/Bildung	2,5	1,0	0,3
Lokales Bürgerengagement	2,0	1,0	0,2
Gesundheitsbereich	1,0	0,5	0,3
Justiz/Kriminalitätsprobleme	0,5	0,0	0,0
Quelle: TNS Infratest Sozialforschung (2005): a. a. O. und Zentrum für Türkeistudien (2005): a. a. O.			

Tabelle 2

Erwartungen an die freiwillige Tätigkeit von engagierten Nicht-Migranten, Migranten und Migranten türkischer Herkunft im Vergleich (Wichtigkeitseinschätzung der Engagierten auf einer Skala von 0=unwichtig bis 5=außerordentlich wichtig)						
	Nicht-Migranten Freiwilligensurvey 2004		Migrantenstichprobe Freiwilligensurvey 2004		Migrantenstichprobe Zentrum für Türkei- studien	
	Mittelwert	Rang	Mittelwert	Rang	Mittelwert	Rang
Dass die Tätigkeit Spaß macht	4,4	1	4,4	1	4,3	2
Dass man damit anderen Menschen helfen kann	4,1	2	4,3	2	4,4	1
Dass man etwas für das Gemeinwohl tun kann	4,1	2	4,2	3	4,1	4
Dass man mit sympathischen Menschen zusammenkommt	4,0	3	4,1	4	4,1	4
Dass man die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen erweitern kann	3,8	4	4,1	4	4,1	4
Dass man eigene Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten hat	3,4	5	3,7	5	4,1	4
Dass man für die Tätigkeit auch Anerkennung findet	3,3	6	3,4	6	3,7	6
Dass man berechnete eigene Interessen vertreten kann	2,8	7	3,0	7	4,2	3
Dass man damit eigene Probleme in die Hand nehmen und lösen kann	2,6	8	2,9	8	3,9	5
Dass die Tätigkeit auch für die beruflichen Möglichkeiten etwas nützt	2,2	9	2,7	9	3,6	7
Unterstützung der Integration	-		-		4,1	4
Verbesserung der Lebenssituation von Migranten	-		-		3,9	5
Erhaltung der Bindung an die Türkei	-		-		3,7	6

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung (2005): a. a. O., S. 293 und Zentrum für Türkeistudien (2005): a. a. O., S. 142

Tabelle 3

Organisationsform der freiwilligen Tätigkeiten von Nicht-Migranten, Migranten und Migranten türkischer Herkunft im Vergleich (Anteil an allen genannten Tätigkeiten, Angaben in %)			
	Nicht-Migranten Freiwilligensurvey 2004	Migrantenstichprobe Freiwilligensurvey 2004	Migrantenstichprobe Zentrum für Türkei- studien
Verein	44	38	43
Kirche oder religiöse Einrichtung	15	12	21
Staatliche oder kommunale Einrichtung	12	17	5
Verband, Partei, Gewerkschaft	12	11	4
Gruppen, Initiativen	11	12	-
Private Einrichtung, Stiftung, Anderes	6	10	-
Selbstorganisation	-	-	27

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung (2005): a. a. O. und Zentrum für Türkeistudien (2005): a. a. O.

Befragung von Migrantenorganisationen und interkulturellen Verbänden

Name des Vereins:

Adresse: _____

Tel.-Nr.: _____

Fax-Nr.: _____

E-Mail: _____

Webseite: _____

Wer ist der/die Ansprechpartner(in) des Vereins?

Seit wann existiert der Verein? _____ Jahr

3. Was sind die zentralen Anliegen Ihres Vereins?

(Bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen möglich!)

- Pflege der eigenen Kultur/Religion
- Austausch, Kommunikation mit Menschen aus dem Herkunftsland
- Information über das Herkunftsland
- Beratung, Unterstützung von Landsleuten
- Förderung der Integration, der Verständigung und des Miteinander
- Verbesserung der Bildungschancen und beruflichen Möglichkeiten
- Entwicklungszusammenarbeit
- Sonstiges, und zwar:

4. Ist die Arbeit Ihres Vereins mehr auf das Herkunftsland oder auf Deutschland bezogen?

- mehr auf das Herkunftsland bezogen
- mehr auf Deutschland bezogen
- beides etwa in gleichem Umfang

5. Sind Sie Mitglied in einem Dachverband?

- Ja, wir sind Mitglied in folgendem Dachverband: _____
- Nein
- Wir sind selbst ein Dachverband mit _____ Mitgliedsverbänden

6. Was sind die wichtigsten Tätigkeitsbereiche Ihres Vereins?

(Bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen möglich!)

- Informationsaustausch, Herstellen von Kontakten
 - religiöse Veranstaltungen, Religionsunterweisung
 - kulturelle Veranstaltungen, Feste
 - herkunftslandbezogene Informationsveranstaltungen
 - interkulturelle Zusammenarbeit
 - gesellschaftspolitische Veranstaltungen
 - sprachliche Förderung in der Herkunftssprache
 - Deutschkurse
 - (Weiter-)Bildungsangebote
 - Beratung in Migrationsangelegenheiten für Neuzuwanderer, Flüchtlinge oder Asylsuchende
 - Beratung für Arbeitslose und Ausbildungssuchende
 - Sozialberatung
 - Seniorenarbeit
 - Elternarbeit
 - Gesundheitsberatung
 - Sport- und Freizeitangebote
 - Sonstiges, und zwar:
-

7. Verfügt Ihr Verein über eigene Räumlichkeiten?

- Ja
- Nein
- Wir teilen uns die Räumlichkeiten, und zwar mit: _____

8. Welche Personengruppen erreichen Sie hauptsächlich mit der Arbeit Ihres Vereins?

- Familien
 - Kinder
 - Jugendliche
 - Frauen, Mädchen
 - Männer, Jungen
 - Eltern
 - Senioren
 - ganz unterschiedlich, alle Gruppen
 - Sonstiges:
-

9. Wo ist Ihr Verein vorwiegend tätig?

- in ganz Deutschland
 - in Hamburg
 - in einem bestimmten Bezirk Hamburgs, und zwar:
-

- in einem bestimmten Stadtteil Hamburgs, und zwar:
-

10. In welcher Form setzen Sie sich aktiv für die Belange Ihrer Mitglieder ein?

(Bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen möglich!)

- durch ehrenamtliche Arbeit
- durch Kooperation mit lokalen Institutionen oder Einrichtungen, wie z. B. mit

durch Mitwirkung in Gremien, wie z. B. in

-
- durch das Erarbeiten von Stellungnahmen
 - über politische Parteien
 - durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 - Sonstiges, und zwar:

11. Wie viele Personen sind im Vorstand Ihres Vereins oder darüber hinaus regelmäßig (d. h. mindestens einmal im Monat) für Ihren Verein tätig?

Anzahl der Personen: _____

12. Kennen Sie die folgenden Organisationen und Beteiligungsmöglichkeiten?

	Ja	Nein
Integrationsbeirat Hamburg	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AKTIVOLI-Netzwerk	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freiwilligenbörse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freiwilligenzentren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Aktionstage Nachbarschaft verbindet	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Welche Möglichkeiten der Beteiligung, Mitsprache oder Mitwirkung kennen Sie in Hamburg und welche nutzen Sie?

kenne: _____

nutze: _____

14. Haben Sie den Eindruck, dass die Verwaltung in ausreichendem Maße die Zusammenarbeit mit Vereinen von Migranten sucht?

	Ja	Nein	Weiß nicht
auf Bezirksebene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
auf Landesebene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Hat die Hamburger Verwaltung Anliegen Ihres Vereins aufgegriffen? Wie sind da Ihre Erfahrungen?

	bisher keine Erfahrungen	Anliegen wurden bisher nicht aufgegriffen	Anliegen wurden in einigen Fällen aufgegriffen	Anliegen wurden fast immer/immer aufgegriffen
auf Bezirksebene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
auf Landesebene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Meinen Sie, dass die großen politischen Parteien die Anliegen der Migrantenorganisationen ausreichend berücksichtigen?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

17. Meinen Sie, dass sich die Möglichkeit zur Mitgestaltung für Migranten in den letzten zehn Jahren verbessert hat, verschlechtert hat oder gleich geblieben ist?

- verbessert
- verschlechtert
- gleich geblieben

18. Mit welchen der folgenden Organisationen oder Institutionen arbeitet Ihr Verein mindestens gelegentlich zusammen?

(Bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen möglich!)

- Quartiersmanagement
- Schule(n)
- Kindertagesstätte(n)
- sonstige soziale Einrichtung(en)
- Jugendamt
- Sozialamt
- Gesundheitsamt
- Schulverwaltung
- Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft
- Ausländerbehörde
- Integrationsbeauftragte auf Bezirksebene
- Integrationsbeirat
- Gewerkschaft(en)
- Parteipolitiker, Partei(en)
- Deutschen Vereinen
- Vereinen von anderen Migrantengruppen
- anderen Vereinen der eigenen Migrantengruppe

19. Arbeiten Sie auf Stadtebene in Projekten mit? Wenn ja, welche? Arbeitet Ihr Verein oder arbeiten Mitglieder Ihres Vereins in den folgenden Gremien mit?

(Bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen möglich!)

- Integrationsbeirat
 - Stadteilkonferenz, Stadteilbeirat oder Sanierungsbeirat
 - Arbeitsgruppen im Stadteil
 - andere Organisationen auf Stadtebene
 - politische Partei
 - Gewerkschaft
 - gesellschaftspolitische Initiative
 - Selbsthilfegruppe
 - Sonstiges, und zwar:
-

20. Was für Erfahrungen haben Sie bei der Mitarbeit in den Gremien gesammelt?

- überwiegend positive Erfahrungen
- gemischte Erfahrungen
- überwiegend negative Erfahrungen

21. Können Sie das erläutern?

22. Was erschwert ganz allgemein die Zusammenarbeit, die Mitarbeit in Gremien?

(Bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen möglich!)

- Sprache
 - Verhaltensweisen auf deutscher Seite
 - Verhaltensweisen von Migranten
 - Vorurteile auf deutscher Seite
 - Vorurteile bei Migranten
 - Sonstiges, und zwar:
-
-
-

23. Welche Vorschläge haben Sie, um die Mitwirkungsmöglichkeiten Ihres Vereins zu verbessern?

24. In welchen Bereichen würden Sie sich mehr Unterstützung oder Informationen von der Verwaltung wünschen?

(Bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen möglich!)

- mehr Informationen über Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten
- andere Beteiligungsmöglichkeiten, wie z. B.:

-
- Unterstützung des Vereins bei der Beschaffung von geeigneten Räumlichkeiten
 - finanzielle Förderung
 - Fortbildungsangebote zu Vereins- und Projektmanagement
 - mehr Informationen über Deutschförderangebote
 - mehr Angebote zur Alphabetisierung und zur Deutschförderung
 - mehr Informationen über Weiterbildungsangebote
 - mehr Informationen über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen
 - mehr Informationen über Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten
 - mehr Informationen über Familienförderangebote
 - mehr Informationen über Angebote zur Gesundheitsversorgung
 - Sonstiges, und zwar:
-

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an Herrn Dr. Aehnelt (030/25 00 07-40) oder Frau Schwarze (030/25 00 07-56) oder schreiben uns eine E-Mail an ifs@ifsberlin.de.

**Fragen an die Verantwortlichen von Beteiligungsgremien
im Rahmen der Gebietsentwicklung in ausgewählten Hamburger Stadtteilen**

Die folgenden Antworten beziehen sich auf das Gremium:

1. Seit wann gibt (bzw. gab) es das Beteiligungsgremium?

seit _____ (Jahr) ggf. bis _____ (Jahr)

2. Wie viele Mitglieder hat (bzw. hatte zuletzt) das Beteiligungsgremium?

_____ (Anzahl)

3. Wie viele sind davon Vertreter von Institutionen, wie viele Vertreter der Gewerbetreibenden, der Wohneigentümer und wie viele sind Anwohnervertreter?

Institutionelle: _____ (Anzahl) Gewerbevertreter: _____ (Anzahl)

Anwohnervertreter: _____ (Anzahl) Wohneigentümer: _____ (Anzahl)

4. Wie viele davon haben einen Migrationshintergrund?

Anzahl: _____

Davon: Institutionelle: _____ (Anzahl) Gewerbevertreter: _____ (Anzahl)

Davon: Anwohnervertreter: _____ (Anzahl) Wohneigentümer: _____ (Anzahl)

darunter weiblich: _____ (Anzahl)

Herkunfts-/Bezugsländer (angeben, soweit bekannt): _____

5. Hat sich die Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten im Laufe der Arbeit im Gremium geändert?

- nein, ist im Wesentlichen gleich geblieben
- ja, hat zugenommen
- ja, hat abgenommen

6. Wie ist die Beteiligung geregelt? Sind die Sitzungen öffentlich, kann jeder an den Sitzungen teilnehmen? Wenn ja: Wie viele weitere Personen nehmen mehr oder weniger regelmäßig an den Sitzungen teil? Und wie groß ist dabei der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund?

- ja, Sitzungen sind öffentlich
- nein Sitzungen sind nicht öffentlich

wenn öffentlich, Zahl der in der Regel weiteren anwesenden Personen: _____

davon mit Migrationshintergrund: _____ (Anzahl)

7. Erfolgt die Entscheidung über die Mitwirkung im Gremium durch eine öffentliche Wahl, durch Losentscheid oder durch Bestätigung?

- öffentliche Wahl
- Losentscheid
- Bestätigung
- Teilnahme reicht aus
- anderes, und zwar: _____

8. Kann sich jeder für die Wahl aufstellen lassen oder nur Bewohner des Quartiers, nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder gibt es andere Kriterien?

- jeder
- nur Bewohner des Quartiers
- nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit
- sonstige Kriterien: _____

9. Gibt es eine festgelegte Quote für den Anteil der Migranten?

- ja
- nein

10. Wie ist die Entscheidungsbefugnis der Teilnehmer geregelt? Darf jeder abstimmen oder nur Bewohnervertreter oder nur offizielle Mitglieder?

- jeder darf abstimmen
- nur Bewohnervertreter
- nur offizielle Mitglieder
- anderes, und zwar: _____

11. Wie oft kommen die Mitglieder im Gremium zusammen?

Anzahl der Treffen im Jahr: _____

12. Gibt es Arbeitsgruppen? Falls ja, wie viele Teilnehmer haben sie, wie viele Migranten sind an den Arbeitsgruppen beteiligt? Falls bekannt, aus welchen Herkunftsländern?

Anzahl der Mitwirkenden in den Arbeitsgruppen insgesamt: _____

Anzahl der Migranten in den Arbeitsgruppen: _____

Herkunfts-/Bezugsländer der mitwirkenden Migranten: _____

13. In welcher Weise haben Sie öffentlich für eine Mitarbeit von Bewohnern im Beteiligungsgremium geworben?

- persönliche Ansprache
- Ankündigung in der Stadtteilzeitung
- Ankündigung in sonstigen Medien
- öffentliche Werbung durch Aushänge
- anderes, und zwar: _____

14. Haben Sie gezielt versucht, Migranten für eine Mitarbeit zu gewinnen? Falls ja, was haben Sie unternommen?

- keine speziellen Aktivitäten
- persönliche Ansprache
- öffentliche Werbung durch Aushänge in (einer) anderen Sprache(n)*
- Ankündigung in der Stadtteilzeitung in (einer) anderen Sprache(n)*
- Ansprache von Migrantenvereinigungen

anderes, und zwar: _____

*wenn ja: welche(n): _____

15. Welches Gewicht haben in dem Gremium Beschlussfassungen zu Projektanträgen im Verhältnis zu allgemeinen Beschlüssen zu lokalen/kommunalen Fragen?

- ausschließlich Beschlussfassungen zu Projektanträgen
 überwiegend Beschlussfassungen zu Projektanträgen, auch Beschlüsse zu lokalen/kommunalen Fragen
 beides etwa in gleichem Umfang
 überwiegend allgemeine Beschlüsse zu lokalen/kommunalen Fragen

16. Wird das Beteiligungsgremium von einer nicht-staatlichen Organisation oder Einrichtung betreut?

- ja
 nein

Wenn ja, war diese Aufgabe öffentlich ausgeschrieben?

- ja
 nein

Wenn ja, beinhaltete diese Ausschreibung für die Übernahme der Betreuungsfunktion die besondere Berücksichtigung migrantischer Belange?

- ja
 nein

17. Sind Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der betreuenden Organisation tätig? Wenn ja, wie viele?

- nein, keine
 ja, Anzahl: _____ Funktion: _____

Abschließend möchten wir Sie bitten, uns die folgenden Unterlagen (als Mail oder in Ablichtung) für unsere Studie zur Verfügung zu stellen:

- die Ihnen vorliegenden Teilnehmerlisten der Sitzungen des Gremiums,
- die Ihnen vorliegenden Protokolle zu den Sitzungen,
- die Aufgabenbeschreibung, Geschäftsordnung und die Wahlordnung des Gremiums.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

Leitfaden für Experteninterviews auf Stadtteilebene

Stadtteil:

Einrichtung:

Funktion des/r Gesprächspartner/-in:

Seit wann im Stadtteil tätig:

Datum, Uhrzeit und Dauer des Gesprächs:

1. Welche Beteiligungsgremien und -strukturen kennen Sie im Stadtteil?
2. Welche Beteiligungsgremien und -strukturen kennen Sie im Stadtteil?
3. Wie viele Bewohner sind in dem jeweiligen Gremium regelmäßig vertreten? Auf welchen Weg wurden die Bewohner in dieses Gremium berufen?
4. Sind Migrantinnen und Migranten an diesen Gremien und Strukturen beteiligt?

Falls ja:

- Welche Migrantengruppen sind in diesen Gremien vertreten? (differenziert nach Alter, Herkunft, Geschlecht und Sozialstatus)
- Welche Befugnisse haben sie in den Gremien? Wie sind die Beteiligungsstrukturen geregelt?
- Inwiefern artikulieren sie in diesen Gremien ihre Interessen?
- Inwiefern nehmen sie Einfluss auf die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens?
- Was passiert mit den Beschlüssen? Werden diese sofort umgesetzt oder an politische Gremien weitergeleitet?

Falls nein:

- Inwiefern wurde bisher versucht, Migrantinnen und Migranten an den Beteiligungsgremien und -strukturen zu beteiligen?
 - Worin sehen Sie die geringe oder nicht vorhandene Beteiligung von Migrantinnen und Migranten begründet?
5. Welche Maßnahmen wurden in den letzten Jahren ergriffen, um gezielt Migrantinnen und Migranten im Stadtteil an der politischen, sozialen, kulturellen Entwicklung teilhaben zu lassen?
 - Welche Maßnahmen waren erfolgreich?
 - Warum?
 - Und bei welchen Migrantengruppen?
 - Welche Maßnahmen wurden von den Migrantinnen und Migranten nicht angenommen?
 - Warum nicht?
 6. Welche Beteiligungsangebote würden Sie vorschlagen?
 7. Was für weitere Beteiligungsinitiativen und -angebote gibt es in den einzelnen Handlungsfeldern (frühkindliche Bildung, Bildung, Soziales / Gesundheit, Freizeit, Sport, lokale Ökonomie)?
 8. Inwiefern engagieren sich Bewohner mit Migrationshintergrund in diesen Bereichen?

9. Können bestimmte Migrantengruppen über einzelne Handlungsfelder wie Schule oder Sport leichter erreicht werden?
10. Inwiefern finden in den einzelnen Handlungsfeldern Aktivitäten statt, die verschiedene Migrantengruppen zusammenführen?
11. Welche altersspezifischen Beteiligungsangebote gibt es für Migrantinnen und Migranten?
Vorschulkinder
Schulkinder
Jugendliche
Erwachsene Frauen
Erwachsene Männer
Senioren
???
12. Welche neuen Beteiligungsangebote gibt es seit 2009/2010?
13. Welche Eigeninitiativen von Migrantinnen und Migranten kennen Sie?
14. Inwiefern nehmen diese auf die politische, soziale oder kulturelle Entwicklung im Stadtteil Einfluss?
15. Wie könnte eine breitere Beteiligung von Migrant/-innen erreicht werden?

Fragen zur Mitarbeiterstruktur und Organisation der Einrichtung

16. Sind Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in Ihrer Einrichtung beschäftigt?
 - Falls ja, wie hoch ist der ungefähre Anteil von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund am Gesamtpersonal?
 - Welche Migrantengruppen sind bei Ihnen beschäftigt?
 - Hat dies Auswirkungen auf die Erreichung der Zielgruppe mit gleichem Migrationshintergrund?
 - Falls nein, warum nicht?
17. Wurden die Mitarbeiter in Ihrer Einrichtung interkulturell fortgebildet?
 - Falls ja, um was für eine Fortbildung handelte es sich? (Dauer, einmalig/regelmäßig, Inhalte etc.)
 - Inwiefern hat die Fortbildung die Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund erleichtert?

Internetauftritt und Materialien der Einrichtung

18. In welchen Sprachen wird auf der Internetseite über Angebote der Einrichtung informiert?
19. Gibt es mehrsprachige Broschüren oder anderweitige Materialien?
20. Was habe ich vergessen zu fragen?

Leitfaden für Interviews mit Stadtteilbewohner/-innen mit Migrationshintergrund (aktive Migranten/-innen)

Stadtteil / Adresse:

Staatsangehörigkeit:

Herkunftsland/Herkunftsland der Eltern:

Alter:

Geschlecht:

Beruf/sozialer Status:

Datum, Uhrzeit und Dauer des Gesprächs:

1. An welchen gesellschaftlichen Aktivitäten sind Sie oder waren Sie beteiligt? Bezogen sich die auf Ihren Stadtteil?

Politik, Partei

Bildung

Schule

Kindergarten

Frauenarbeit/-politik

Wohnumfeld

Stadtteilentwicklung

Sport

Arbeit / Jobs

Lokale Ökonomie

Religion

Kultur

Sonstiges Ehrenamt, andere Aktivität

2. In welcher Form nehmen Sie an diesen Aktivitäten teil?

3. Seit wann?

4. Was waren die Gründe für das Engagement? Eigene Betroffenheit, Helfenwollen, Verändernwollen, weltanschauliche Motive, das gemeinsame Tun mit anderen?

5. Nehmen Freunde, Bekannte, Verwandte an den Aktivitäten ebenfalls teil?

6. Haben (hatten) Sie eine Funktion inne?

7. Welche positiven Erfahrungen haben Sie im Rahmen Ihrer Beteiligung gemacht? (in Bezug auf die eigene Beteiligung und in Bezug auf das Ergebnis der Arbeit)

8. Und welche negativen? (in Bezug auf die eigene Beteiligung und in Bezug auf das Ergebnis der Arbeit)

9. Wenn Funktion inne gehabt und jetzt nicht mehr: Was waren die Gründe?

10. Wie haben Sie von der Möglichkeit zur Beteiligung an den gesellschaftlichen Aktivitäten erfahren?
11. Wenn Aktivität wieder aufgegeben, was waren die Gründe?
12. Haben Sie mit Freunden, Bekannten, Verwandten über Ihre Aktivitäten gesprochen? Wie war die Reaktion? Wie war die Bereitschaft mitzumachen? Was waren die Gründe bei den anderen, sich nicht zu beteiligen?
13. Wie viele Migranten beteiligen sich in dem Zusammenhang, in dem Sie tätig sind?
14. Haben die meisten denselben Bezug zu einem Land oder ist das sehr verschieden?
15. Welchen Einfluss hat der jeweilige Migrationshintergrund für die Zusammenarbeit?
16. Werden Sie von Deutschen, die sich auch beteiligen, eher als Migrant/in oder als Mitwirkende/r wahrgenommen?
17. Welche allgemeinen, für alle bestehenden, Hürden nehmen Sie wahr, die eine Beteiligung erschweren? Welche besonderen sehen Sie für sich als Migrant/in?
18. Wenn nicht in der Politik tätig: Warum beteiligen Sie sich nicht in der Stadtteilpolitik / Bezirkspolitik / der Politik in Hamburg?

Leitfaden für Interviews mit Stadtteilbewohner/-innen mit Migrationshintergrund (passive Migranten/-innen)

Stadtteil / Adresse:

Staatsangehörigkeit:

Herkunftsland/Herkunftsland der Eltern:

Alter:

Geschlecht:

Beruf/sozialer Status:

Datum, Uhrzeit und Dauer des Gesprächs:

1. In welchen Bereichen meinen Sie sollten sich die Bewohner Ihres Stadtteils selbst engagieren? Wo vor allem, wo erscheint es Ihnen nicht so wichtig?

Verkehr/Stadtteil/Sicherheit/Umwelt

Soziale Einrichtungen, Angebote

Kita/Schule/Jugendarbeit

Religion/Kirche

Vereine (Sport/Freizeit)

Freiwillige (karitative) Arbeit

anderes

2. Haben Sie schon einmal in Erwägung gezogen, sich selbst ehrenamtlich zu engagieren? Wenn ja, in welchem Bereich?
3. Wenn ja: Was hat Sie davon abgehalten, sich tatsächlich zu engagieren?
4. Wenn nein: was hat Sie davon abgehalten, dies in Erwägung zu ziehen?
5. Wissen Sie, wo Sie nähere Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten erhalten könnten?
6. Was für Beteiligungsangebote im Stadtteil oder darüber hinaus würden Sie sich wünschen?
7. Unter welchen Voraussetzungen könnten Sie sich vorstellen, sich stärker an gesellschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen?
8. Kennen Sie persönlich Menschen, die sich im Stadtteil oder darüber hinaus engagieren?
9. Wohnen Sie gerne in Ihrem Stadtteil?
10. Warum bzw. warum nicht?
11. Welche konkreten Verbesserungen schlagen Sie für Ihren Stadtteil vor?
12. Haben Sie diese Forderungen schon an Aktive im Stadtteil (z. B. Stadtteilverein, Initiative, Verein, Gemeinde, Politiker) gerichtet? Welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht?
13. An wen sonst könnten Sie sich mit Ihren Ideen/Wünschen/Forderungen wenden?
14. Was hält Ihrer Meinung nach Migranten/-innen davon ab, sich an Aktivitäten im Stadtteil zu beteiligen?